

**Moralische Diktatur; Heribert Prantl schlägt in seiner Streitschrift über Flüchtlinge vor, diese als Bauern in Mecklenburg anzusiedeln. Wie zynisch**

Die Welt

Dienstag 2. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 125

**Length:** 1090 words

**Byline:** Dirk Schümer

## Body

---

Die erfreuliche Nachricht zuerst: Es war höchste Zeit, dass sich eine namhafte Medienfigur für eine europäische **Flüchtlingspolitik** einsetzt - nicht für eine bessere, sondern überhaupt. Heribert Prantl aus der Chefredaktion der "Süddeutschen Zeitung" übernimmt diese Aufgabe "Im Namen der Menschlichkeit", so der Titel eines gerade erschienenen Kurzpamphlets (Ullstein Verlag, 32 Seiten). Völlig zu Recht beklagt der Autor eine menschenfeindliche Taktik, den Strom von Kriegs- und Armutsflüchtlingen aus Europa fernzuhalten. Die zynische Fiktion einer Gesellschaft ohne **Asylanten** - 2006 akzeptierte das System in Deutschland gerade einmal 251 Anträge - ist längst vom Zustrom Hunderttausender ad absurdum geführt worden. Dass dabei bereits Tausende Verzweifelte im Mittelmeer ertrunken sind, dass eine Schleusermafia mit dem Elend und Sterben der Menschen einen Milliarden Gewinn erwirtschaftet, ist offensichtlich. Nirgendwo ist das Versagen der politischen Klasse schreiender, ist der Mangel an europäischer Kooperation augenfälliger. Der jetzt vorgelegte **Asylkompromiss** der EU, der erstmals eine Verteilung der Menschen auf die Nationen des Kontinents vorsieht, lässt sich mit Prantls Argumenten füglich als ein Tropfen auf den heißen Stein abtun.

Doch nicht einmal dieser Minimalkonsens wird tragen, denn Länder wie Ungarn oder Großbritannien wollen die Verantwortung für Verfolgte und Verzweifelte nicht mittragen. Wie also umgehen mit dem, was Hans Magnus Enzensberger "Die große Wanderung" genannt hat? Prantl möchte den gordischen Knoten durchschlagen, indem er die Abschaffung aller Grenzanlagen und -kontrollen fordert. Hier beginnen dann die unerfreulichen, um nicht zu sagen: unmenschlichen Aspekte dieser Kampfschrift.

Schon die Ankündigung, Europa halte für jeden Gast freien Antransport, freie Ortswahl, ärztliche Versorgung, Schule, Wohnung und Grundeinkommen parat, würde sofort einen gigantischen Ansturm auf die viel geschmähte "Festung Europa" auslösen. Wie würden die Bürger reagieren, zumal an den Grenzen in Griechenland, Italien oder Bulgarien, wo schon die Einheimischen kaum über die Runden kommen? Bräche jedes Sozialsystem nicht sofort zusammen? Hier zeigen sich in der Argumentation größtmögliche Unstimmigkeiten. Ginge es um die von Prantl beiläufig erwähnten drei- bis vierhunderttausend Hilfesuchenden, würde vielleicht sogar der deutsche Staat allein mit großer Mühe die Herausforderung bewältigen. Prantl erwähnt aber selbst, dass allein im Libanon über eine Million Syrer

Moralische Diktatur Heribert Prantl schlägt in seiner Streitschrift über Flüchtlinge vor, diese als Bauern in Mecklenburg anzusiedeln. Wie zynisch

notdürftig in Lagern untergebracht sind. Flüchtlingsorganisationen schätzen etwa die schlimmen humanen Folgen eines kleineren Kriegsschauplatzes wie des Jemen auf gut zweihunderttausend Migranten ohne Wiederkehr.

Was ist beim Wegfall aller Zäune und Kontrollen mit der Ukraine, dem Kosovo? Was mit China, dem subsaharischen Afrika, Südamerika? Was mit den islamischen Gotteskrieger? Den erwartbaren Ansturm von Millionen und das Anwachsen xenophober Parteien würde Europa als Wertegemeinschaft nicht überstehen. Wie sein krudes Programm in der EU politisch überhaupt durchzusetzen wäre, darüber verliert der Autor lieber keinen Gedanken.

Er müsste wissen, dass seine Maximalforderungen illusorisch sind und sich nur in Form einer moralischen Diktatur umsetzen ließen. Welchen humanitären Vorteil böte zudem die Entvölkerung gescheiterter Staaten und die Umsiedlung ihrer dynamischen und jungen Eliten nach Europa denn für die Zurückgebliebenen, für Arme, Kranke, Kinder in Afrika? Richtig peinlich wird Prantls Pamphlet, wenn er die Verpflichtungen Europas gegenüber allen Armen dieser Welt nach Maßgabe eines bayerischen Sozialamts erklärt: Alle Flüchtlingskinder bekommen sofort einen Platz in der Kita, und "man braucht Klein- und Willkommens- und Übergangsklassen für Flüchtlingskinder; man braucht mehr Sozialarbeiter und mehr Dolmetscher". Prantls Strategie verläuft nach diesem Muster: "Hast du ein Problem, gründe eine Behörde."

Diese eskapistische Fantasie wird vollends absurd, blickt man auf den Flüchtlingsalltag in europäischen Partnerländern. In Griechenland und Italien, wo die meisten Zuwanderer gestrandet sind und es nicht einmal für Einheimische einen Sozialstaat nach deutschem Muster gibt, vegetieren die Migranten oft genug auf der Straße oder in Slums, haben keine ärztliche Versorgung. Afrikanische Frauen landen in Italien oft in der Straßenprostitution. Die Camorra lässt ihren Giftmüll, wie von Roberto Saviano beschrieben, vorzugsweise von denselben Verzweifelten beiseiteschaffen, die in Lampedusa angelandet sind; im verlotterten Athen tobt auf den Straßen bereits der Kampf zwischen Migranten und faschistoiden Banden. Diese Folgen anarchischer Zuwanderung sind ein Skandal. Nach Prantls Vorstellungen würde er zur Regel. Und auch das grauenvolle Ertrinken Tausender ginge weiter, denn Prantl fordert explizit, nicht weiter gegen die Schleuser vorzugehen.

Auch die wirklich praktikable Lösung, nämlich schon an den Außengrenzen in Nordafrika die Asylanträge zu bearbeiten und die Todesboote zu stoppen, wischt der Autor mit dem Hinweis auf rechtsstaatliches Prozedere elegant vom Tisch. Man muss schon eine dicke Hornhaut auf dem Gewissen haben, um dergleichen Unterstützung der brutalen Schleusermafia als "neue Schutzkultur" zu verkaufen. Dass es Prantl mit seinen Zahlen und seinem Prozedere selber nicht geheuer ist, zeigt seine nonchalante Vision zur Entsorgung der erwartbaren Massen. Sie sollen in Landschaften, "die weitgehend entvölkert sind", als Bauern um ihr Leben ackern.

In Mecklenburg-Vorpommern - also an Deutschlands entferntestem Fleck zur Redaktion der "Süddeutschen Zeitung" - sollen sich die Migranten "mit den Erfahrungen ihrer uralten Subsistenzwirtschaft, also der Selbstversorgung, eine bescheidene Existenz aufbauen". Diese wahnwitzige Idee einer neuen Ostkolonisation klingt fast schon nach Satire. Man wüsste gerne, wie Prantl den Mecklenburgern und den jungen Männern aus Lampedusa den Anbau von Kartoffeln oder Maniok in Reservaten an der Peene schmackhaft machen will. Spätestens da wird klar, dass dieses völlig unausgegrenzte Manifest gar nicht im Namen der Menschlichkeit verfasst wurde, sondern im Namen wohlfeiler Moral. Angesichts der Dramatik des Problems ist das sehr schade.

Aber seit Nietzsche wissen wir, dass Moralpredigten nicht zur Verbesserung der Zustände eingesetzt werden, sondern zur Einteilung der Welt in Gut und Böse. So ist denn Prantls selbstgerechte Predigt nichts anderes als ein Appell aus Wolkenkuckucksheim: Lasst uns bitte weiterträumen!

Original Gesamtseiten-PDF

Moralische Diktatur Heribert Prantl schlägt in seiner Streitschrift über Flüchtlinge vor, diese als Bauern in Mecklenburg anzusiedeln. Wie zynisch

Axel Springer SE

**Load-Date:** June 2, 2015

---

End of Document

**Hauptstadt der Schlepper; Außenminister Steinmeier sucht im Niger Gründe, warum die Migrationsströme in Richtung Europa nicht nachlassen. Besuch in einem Land, dessen Wirtschaft zum Großteil vom Menschenhandel lebt**

Die Welt

Mittwoch 4. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 104

**Length:** 1080 words

**Byline:** Johannes Wiedemann

Thorsten Jungholt

## **Body**

---

Niamey

Die Reise des ersten deutschen Außenministers, der jemals den Niger besuchte, führte zuerst an den Strom, der dem Land seinen Namen gegeben hat. Frank-Walter Steinmeier (SPD) schipperte per Boot ein Stück über den mit 4200 Kilometer drittlängsten Fluss Afrikas und ließ sich die Feinheiten des Wassermanagements erklären. Die Versandung des Flusses ist indes nur eines der Probleme des muslimischen Lands am Südrand der Sahara. Es ist eines der ärmsten der Welt; es belegt im Human Development Index der UN Platz 187. Von 187.

Und von außen bekommt der Niger noch weitere Sorgen aufgebürdet. So ist das Land vom Zerfall der staatlichen Strukturen in Libyen besonders betroffen, weil traditionelle Handelsbeziehungen wegbrachen und eine große Zahl von Gastarbeitern aus dem Niger zur Rückkehr in die Heimat gezwungen wurde - ohne Aussicht, dort eine Beschäftigung zu finden. Dazu nahm der Wüstenstaat noch rund 225.000 **Flüchtlinge** auf, die vor Terror und Konflikten aus den Nachbarländern Mali und Nigeria flohen.

Jetzt aber hat das Land eine neue Einnahmequelle entdeckt: Menschenhandel. Der Niger ist zentrales Transitland für die Migranten, die aus Zentral- und Westafrika gen Norden zum Mittelmeer streben. Rund 90 Prozent der Menschen, die via Libyen nach Europa wollen, passieren zuvor das Land - genauer gesagt Agadez, die letzte Stadt am südlichen Rand der Sahara. Sie ist Drehkreuz für die Wanderung nach Europa, eine Hauptstadt der Schlepper. Die organisieren die gefährliche Durchquerung der Sahelzone nach Libyen. Dort setzen sie die Flüchtlinge in Boote mit Kurs auf die italienische Insel Lampedusa. Es geht um geschätzt 120.000 bis 150.000 Flüchtlinge pro Jahr; genau kennt die Zahl niemand. Der Trend ist eindeutig: Von der ersten auf die zweite

Hauptstadt der Schlepper Außenminister Steinmeier sucht im Niger Gründe, warum die Migrationsströme in Richtung Europa nicht nachlassen. Besuch in einem Land, d....

Aprilwoche stieg die Migrantenzahl in Agadez laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) von 5000 auf 11.000. Menschenschmuggel ist mittlerweile der größte Wirtschaftszweig im Norden des Landes.

Genau das ist der Grund, warum sich Außenminister Steinmeier gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Jean-Marc Ayrault in die nigrische Hauptstadt Niamey aufmachte. Denn was den bitterarmen Bürgern des Landes einen kleinen Boom beschwert, ist für Europa eine der derzeit größten Herausforderungen. Die beiden Minister sind im Auftrag der EU gekommen, um das zu tun, wovon immer viel geredet, was aber selten versucht wird: gegen die Migrationsbewegungen an ihrer Wurzel vorzugehen. Wünsche hat die EU bereits an die Regierung in Niamey herangetragen: Migrationskontrolle, Grenzsicherung, Bekämpfung des Menschenschmuggels.

Und noch eine Idee gebar Brüssel, das "multifunktionale Zentrum". In Agadez sollte im Herbst 2015 eine Einrichtung entstehen, um westafrikanische Migranten, die in Europa keine Aussicht auf Asyl haben, zur Umkehr zu bewegen. Zumindest soll ihnen dort klargemacht werden, wie groß die Risiken und wie klein die Chancen sind, Aufnahme in Europa zu finden - und wie gefährlich der Weg durch die Wüste und über das Meer ist. Kurz: Der Propaganda der Schleuser soll etwas entgegengesetzt werden. Rückkehrern, die ihre Reise abgebrochen haben, sollen schließlich Hilfestellungen und Beratung für den Aufbau einer Existenz in der Heimat gegeben werden. Bis heute allerdings ist das "Multifunktionszentrum" im Planungsstadium. Es sei "im Aufbau", heißt es in Niamey. Steinmeier und Ayrault wollten nun wissen: Warum dauert das alles so lange? Die nigrische Regierung sagt, es fehle an finanzieller Unterstützung der EU.

Die IOM, mit deren Hilfe das Zentrum aufgebaut werden soll, sagt: Der Niger habe kein Interesse an diesem Zentrum - und die Migranten erst recht nicht. Die IOM kann dies mit Erfahrungen von vier in Eigenregie betriebenen Transitzentren in dem Land untermauern. Das in Niamey besuchte Steinmeier; weitere gibt es in Agadez, Dirkou und Arlit. Diese Einrichtungen würden vornehmlich von Rückkehrern genutzt, erfuhr der Minister. Migranten aber, die sich gerade auf den Weg nach Europa gemacht haben, seien von ihren Plänen nicht oder nur schwer abzubringen. Dennoch hält die EU an ihrer Idee fest.

Eine andere europäische Forderung hat der Niger immerhin erfüllt. Seit Mai vorigen Jahres stellt ein Gesetz Menschenschmuggel unter schwere Strafen. Doch es wird kaum durchgesetzt und hat nach Auskunft von Ortskundigen nur dazu geführt, dass die Schlepper ihr Gewerbe etwas weniger öffentlich betreiben. Gestoppt hat das Gesetz das Geschäft mit den Menschen jedenfalls nicht. Es verdienen offenbar einfach zu viele Leute zu viel Geld damit. Tatsächlich stellt sich die Frage: Warum sollte eine Regierung etwas unterbinden, das zumindest ein wenig Wohlstand im Land generiert? Und das ihr so etwas wie geopolitischen Einfluss und ein Druckmittel gegen Europa an die Hand gibt? Das wäre Politik gegen die eigenen Interessen.

Wer das verlangt, muss andere Wege aufzeigen und helfen, diese zu beschreiten. Steinmeier und Ayrault wiesen in Niamey darauf hin, dass eine funktionierende Grenzkontrolle und ein gesteuertes Flüchtlingsmanagement für Niger selbst schon aus Sicherheitsgründen wichtig seien. Denn wer Migranten einfach so ein- und ausreisen lässt, der lässt auch Terroristen ins Land - und davon gibt es rund um Niger so einige. In einer mit Steinmeier und Ayrault verabschiedeten EU-Niger-Erklärung bekennt sich die Regierung in Niamey nun dazu, sich um die Prävention illegaler Migration kümmern und nicht schutzbedürftige Migranten in ihre Heimatländer zurückführen zu wollen. Wie ernsthaft das umgesetzt wird, wird auch daran liegen, wie viel der Niger aus dem 1,8 Milliarden Euro schweren EU-Afrika-Fonds für Migrationsmanagement erhalten wird. Seit November 2015 sind laut Auswärtigem Amt bereits 75 Millionen Euro geflossen.

Wirklich klar ist nach Steinmeiers Visite in Niamey nur eines: Eine Patentlösung für den Umgang mit den großen Migrationsströmen gibt es nicht. Transitzentren können bestenfalls ein kleiner Beitrag sein. So wie auch Niger nur ein Mosaikstein ist im Bemühen, sowohl nordafrikanische Staaten wie Libyen als auch die Länder der Sahel-Region so weit zu stabilisieren, dass Afrikas Probleme auch in Afrika gelöst werden können. Steinmeiers französischer Kollege Ayrault fasste das so zusammen: "Alles hängt miteinander zusammen. Afrika und Europa sind miteinander in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden." Und: "Mein Kollege und ich arbeiten weiter daran. Es wird nicht unsere letzte gemeinsame Reise gewesen sein."

Hauptstadt der Schlepper Außenminister Steinmeier sucht im Niger Gründe, warum die Migrationsströme in Richtung Europa nicht nachlassen. Besuch in einem Land, d....

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

AFP/ISSOUF SANOGO

dpa/Britta Pedersen

Pickup-Trucks brechen von der Stadt Agadez mit Ziel Europäische Union auf. Unten: die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Jean-Marc Ayrault (r.) und Frank-Walter Steinmeier (2. v.l.) auf dem Fluss Niger

ISSOUF SANOGO

Britta Pedersen

**Load-Date:** May 4, 2016

---

End of Document

**"Legale Wege nach Europa öffnen"; EU-Kommissar Avramopoulos kündigt im Kampf gegen die Migrationskrise neue Partnerschaften mit afrikanischen Staaten an - und stellt Investitionen von bis zu 62 Milliarden Euro in Aussicht**

Die Welt

Dienstag 7. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 131

**Length:** 1217 words

**Byline:** Christoph B. Schiltz

Andre Tauber

## Body

---

Dimitris Avramopoulos ist dort, wo es brennt. Direkt nach einem Treffen der Außenminister in Amsterdam flog er über das Wochenende nach Athen. Griechenland war bislang der Anlaufpunkt für die syrischen **Flüchtlinge**, die von der Türkei aus übersetzten. Längst wird allerdings befürchtet, dass **Migranten** noch längere und gefährlichere Routen über das Mittelmeer auf sich nehmen könnten.

Die Welt:

Im Kampf gegen die Flüchtlingskrise hat die EU-Kommission bereits Pläne zu einer gerechten Verteilung von Flüchtlingen und zu einem besseren Schutz der Außengrenzen vorgelegt. Jetzt will Brüssel die afrikanischen Staaten stärker in den Blick nehmen. Was planen Sie?

Die EU-Kommission wird neue Migrationspartnerschaften insbesondere mit Afrika vorschlagen. Dabei bieten wir zunächst neun Staaten, die Herkunfts- oder Transitländer für Flüchtlinge sind, eine neue umfassende und nachhaltige Partnerschaft an.

Welche Länder sind das?

Jordanien, Libanon, Tunesien, Niger, Mali, Äthiopien, Senegal, Nigeria und Libyen. Es kommen aber im Laufe der Zeit weitere Länder in Afrika und Asien hinzu.

Was ist das Ziel?

## "Legale Wege nach Europa öffnen" EU-Kommissar Avramopoulos kündigt im Kampf gegen die Migrationskrise neue Partnerschaften mit afrikanischen Staaten an - und st....

Das Ziel ist eine Bekämpfung von Fluchtursachen und ein Rückgang der irregulären Migration nach Europa. Die Idee baut auf Erfahrungen auf, die wir zuletzt mit dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei gemacht haben. Das wird aber keine bloße Kopie sein. Man kann nicht dieselben Maßnahmen auf alle Staaten übertragen. Wir wollen vielmehr maßgeschneiderte Maßnahmen für jedes einzelne Land.

Konkret?

Wir wollen mit jedem dieser neun Staaten verschiedene Vereinbarungen treffen. Wir wollen sie überzeugen, dass sie illegale Migranten wieder zurücknehmen. Wir möchten zudem erreichen, dass diese Länder konsequent gegen Menschenhändler vorgehen und dass sie ihre Grenzen wirksam sichern. Außerdem wollen wir verhindern, dass sich die Flüchtlinge auf die gefährliche Überfahrt nach Europa begeben: Wir werden darum einige Staaten, die in unmittelbarer Nachbarschaft der Herkunftsländer der Flüchtlinge liegen, ermutigen, noch stärker als bisher den Menschen eine sichere Aufnahme zu gewähren. Und viertens wollen wir legale Wege nach Europa eröffnen, indem die EU-Länder entweder Menschen in Not direkt aus den Herkunftsländern aufnehmen oder legalen Migranten, wie zum Beispiel Hochqualifizierten im Rahmen einer neuen Blue Card, eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis gewähren.

Was bietet man den Staaten an?

Die EU kann positive und negative Anreize bieten. Wir können denjenigen Ländern, die sich kooperativ zeigen, zusätzlich zu den bisherigen Hilfgeldern eine weitere substanzielle finanzielle Unterstützung oder etwa den Ausbau von Handelsbeziehungen zusagen. Wer sich nicht an die Vereinbarungen hält, dem können allerdings auch Einschränkungen zukommen.

Wie hoch sollen die Finanzhilfen für die neuen Partnerschaften sein und wie soll das finanziert werden?

Wir werden einerseits Maßnahmen vorschlagen, die kurzfristig umgesetzt und schnell wirksam werden können. Dafür werden wir bereits vorhandene Mittel noch gezielter, flexibler und schneller einsetzen. Allein von 2016 bis 2020 können so etwa acht Milliarden Euro für die Finanzierung der Migrationspartnerschaften bereitgestellt werden. Um langfristig gegen Fluchtursachen vorzugehen, werden wir noch im Herbst diesen Jahres einen umfassenden Investitionsplan vorstellen. Indem wir private und öffentliche Investitionen anstoßen, können bis zu 31 Milliarden Euro mobilisiert werden. Die Kommission wird dafür bis 2020 3,1 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Wenn sich auch die Mitgliedsstaaten und andere Partner entsprechend beteiligen, könnten am Ende sogar Investitionen von bis zu 62 Milliarden Euro mobilisiert werden.

Sie haben bereits erwähnt, dass die EU legale Migration durch eine neue Blue Card fördern will. Hat das alte Konzept nicht funktioniert?

Die Blue Card, die hoch qualifizierten Angehörigen aus Drittstaaten einen Aufenthalt und einen Arbeitsplatz in der EU ermöglicht, ist eine Möglichkeit, um eine geordnete Migration zu erreichen. Wir schaffen einen legalen Weg für diejenigen, die nach Europa kommen wollen und sich an unsere Regeln halten. Aber die alte Blue Card war zu restriktiv. Sie hat eigentlich nur in Deutschland funktioniert. Im Jahr 2014 wurden in der EU 13.852 Blue Cards ausgegeben, rund 12.000 davon in Deutschland.

Wie soll die neue Blue Card aussehen?

Wir wollen einen Gesetzesvorschlag vorlegen, der die Blue Card attraktiver und flexibler macht. Europa braucht angesichts der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren dringend Fachkräfte aus Drittstaaten, damit der Wohlstand und die Produktivität auf unserem Kontinent gesichert werden können. Es wird eine Reihe von Neuerungen geben: Künftig können sich auch Flüchtlinge, die sich bereits in einem EU-Land befinden, ein Recht auf Asyl besitzen und hoch qualifiziert sind, um eine Blue Card bewerben.

Was ändert sich noch?



"Legale Wege nach Europa öffnen" EU-Kommissar Avramopoulos kündigt im Kampf gegen die Migrationskrise neue Partnerschaften mit afrikanischen Staaten an - und st....

Die Zugangsvoraussetzungen für die Blue Card sollen erleichtert werden: Der Bewerber muss nur noch einen Arbeitsvertrag vorlegen, der mindestens über sechs Monate läuft und nicht mehr wie bisher für ein Jahr gilt. Der Besitzer einer Blue Card kann sich schon nach drei statt fünf Jahren um ein dauerhaftes Bleiberecht bewerben. Außerdem können die Einkommensgrenzen zum Erwerb der Blue Card um bis zu ein Drittel gesenkt werden - damit dürfte sich die Reichweite deutlich erhöhen. Hinzu kommt, dass der Familiennachzug für Hochqualifizierte aus Drittstaaten erleichtert wird. Schließlich wird sich der Besitzer einer Blue Card künftig viel unbürokratischer innerhalb der EU bewegen und niederlassen können. Es soll ihm zudem erlaubt werden, neben seiner Arbeit als Angestellter auch als Selbstständiger zu arbeiten - das soll Unternehmensgründungen fördern. Gleichzeitig soll es aber auch Maßnahmen geben, die verhindern, dass es durch den Zuzug von hoch qualifizierten Drittstaatenangehörigen in bestimmten Sektoren zu Verzerrungen oder gar Nachteilen für Inländer kommt. Es ist ein ausgewogener Ansatz.

Wie viele Blue Cards wird es geben?

Das ist schwer zu sagen und hängt wesentlich von den Einkommensschwelen in den einzelnen Ländern ab. Aber wir schätzen, dass unter dem neuen, von uns heute vorgeschlagenen System in der EU künftig zwischen 32.000 bis zu 137.000 Blue Cards im Jahr ausgegeben werden könnten.

Wie sollen die Flüchtlinge integriert werden?

Die Integration von Flüchtlingen ist vor allem Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Jedes Land weiß am besten, was vor Ort zu tun ist. Wichtig ist nur, dass sich alle um erfolgreiche Integration bemühen. Die Integration von Flüchtlingen ist eine politische, moralische und ökonomische Pflicht für alle EU-Länder, um den Zusammenhalt und den Wohlstand zu fördern. Wir erwarten, dass die Flüchtlinge unsere Werte und Regeln anerkennen. Aber wir müssen ihnen auch Möglichkeiten bieten, am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen.

Welche Rolle kann die EU spielen?

Wir können die Mitgliedsstaaten vor allem finanziell unterstützen. Etwa beim Aufbau von sogenannten Willkommensklassen oder Onlinesprachkursen, der besonderen Förderung von unbegleiteten Jugendlichen oder bei der Integration in Sportvereine. Unser neuer Aktionsplan zur Integration umfasst viele Maßnahmen, aber am Ende liegt die Verantwortung bei den Mitgliedsländern.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Getty Images/Yassine Gaidi/Anadolu Agency

Die Unzufriedenheit wächst: Proteste von Straßenhändlern in der tunesischen Hauptstadt Tunis

Getty Images

**Load-Date:** June 7, 2016

## Gericht gesteht EU-Staaten mehr Spielraum zu; Fristen bei Abschiebung sind nicht zwingend

Die Welt

Mittwoch 28. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 251

**Length:** 203 words

### **Body**

---

Bei einer drohenden Abschiebung in ein anderes EU-Land können sich Asylbewerber nicht auf Fristversäumnisse im Dublin-Verfahren berufen. Dies gilt zumindest dann, wenn der betreffende EU-Mitgliedstaat einer Wiederaufnahme des Asylsuchenden zugestimmt hat, wie das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschied. Die im Dublin-Verfahren festgelegten Fristen gelten demnach zwar für den Rechtsverkehr zwischen den Staaten, dienen aber nicht dem Schutz eines einzelnen Asylbewerbers (AZ: BVerwG 1 C 32.14).

Geklagt hatte eine Pakistanerin, die für sich und ihre drei Kinder im Januar 2013 in Deutschland Asylanträge gestellt hatte. Genau ein Jahr später wurden diese vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als unzulässig abgelehnt, zudem ordnete die Behörde eine Abschiebung nach Spanien an. Dort hatte die Frau bereits Asyl beantragt. Die Frau wollte aber erreichen, dass ihr Asylverfahren in Deutschland geführt wird, obwohl Spanien der Rückführung zugestimmt hatte. Ihr Argument: Eigentlich hätte die Bundesrepublik die spanischen Behörden spätestens innerhalb von drei Monaten um die Wiederaufnahme ersuchen müssen. Die Richter: Diese Frist diene lediglich der organisatorischen Abwicklung.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** October 28, 2015

**Wie Roma Regensburg in Atem halten; Erst besetzen sie den Dom, dann ein Pfarrheim: Die Migranten vom Westbalkan wollen so das Bleiberecht erlangen. Behörden verzichten auf die Räumung**

Die Welt

Mittwoch 3. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 180

**Length:** 954 words

**Byline:** Christian Eckl

## Body

---

### Regensburg

Seit rund einem Monat führen Zuwanderer vom Westbalkan Besetzungsaktionen in Regensburg durch - doch der Staat ist bisher nicht in der Lage, diesen Zustand zu beenden. Was ist geschehen?

Am 5. Juli hatten 40 Roma aus dem Kosovo, Albanien und Mazedonien den Regensburger Dom besetzt, um durchzusetzen, dass sie in Deutschland bleiben dürfen. Sie hatten Protestplakate ausgebreitet, auf denen etwa zu lesen war: "Wir sind nicht zu stoppen."

Rund eine Woche hielten die **Migranten** den Dom - dessen Eigentümer der Freistaat Bayern ist - besetzt. Dann lud die katholische Kirche sie ein, vorübergehend im Pfarrheim von St. Emmeram unterzukommen. Das Problem: Viele von ihnen weigern sich nun wiederum, dieses Gebäude zu verlassen; lediglich 15 der Roma sind nach Aufforderung des Bistums Regensburg gegangen.

Ein Ende dieser Ausnahmesituation ist nicht abzusehen - auch wenn die Polizei mit mehreren Fahrzeugen bereitsteht. Erst am Wochenende zog sich die Hamburger Initiative Romano Jekipe Ano zurück. Im September 2015 hatte die Interessenvereinigung, in der Roma- und Sintigruppen bundesweit zusammenarbeiten, in Hamburg die Sankt-Michaelis-Kirche besetzt sowie eine Woche lang vor der Ausländerbehörde demonstriert, um einen sofortigen Abschiebestopp in den Balkan sowie ein Bleiberecht für ihre Familien zu erzwingen. Bei Protesten an der Gedenkstätte für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas in Berlin forderte sie im Mai "eine Revision der Asylrechtsverschärfung".

Die Initiative hat nun auch die Besetzung in Regensburg unterstützt, teilte aber mit, die verbliebenen Zuwanderer wollten selbst mit dem Bistum verhandeln. Man sei daher "für das Weitere nicht mehr verantwortlich".

Wie Roma Regensburg in Atem halten Erst besetzen sie den Dom, dann ein Pfarrheim: Die Migranten vom Westbalkan wollen so das Bleiberecht erlangen. Behörden verz....

Umso deutlicher wird, wie wenig handlungsfähig der Staat offenbar ist. In den vergangenen Wochen traf sich fast täglich ein Krisenstab aus Kirchenvertretern, Polizei und Sicherheitsbehörden, um ein weiteres Vorgehen zu beschließen. Doch ein Lösungsansatz? Fehlanzeige.

Das liegt auch daran, dass die Behörden um das Wohlergehen der Zuwanderer fürchten. Die Migranten versuchten bereits, durch einen mehrtägigen Hungerstreik im Pfarrheim Druck auszuüben. Die Kirche informierte zudem darüber, dass einige der Besetzer angekündigt hätten, sich anzünden zu wollen. Dahinter steht offenbar die Überlegung: Ihre Kinder könnten schließlich als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in die Obhut der Stadt kommen.

Die Kirche wollte zunächst dennoch Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs erstatten und somit die Räumung erwirken. Doch Polizeivertreter machten im Krisenstab deutlich, man wolle erst einmal eine Einschätzung des Präsidiums. Dieses lehnte eine Räumung allerdings ab, da man zunächst das bayerische Innenministerium kontaktieren wollte. Dieses wiederum bestand offenbar darauf, dass das Regensburger Gesundheitsamt überprüft, wie sich eine Räumung auf die Migranten auswirken könnte. Der beauftragte Arzt kam zu der Einschätzung: Dann bestünde durchaus die Gefahr von Suiziden.

Die Polizei lehnte eine Räumungsaktion nach Angaben von Sitzungsteilnehmern auch ab, weil der Personalaufwand zu groß sei. Sie verwies darauf, dass pro Flüchtling zwei Beamte eingesetzt werden müssten - also 50 Mann. Man werde solchen Aufwand nur betreiben, wenn die Stadt Regensburg die öffentliche Sicherheit für gefährdet erklärt. Doch dazu ist man im Rathaus nicht bereit. Bayerns Innenministerium teilte mit, dass es zu polizeilichen Planungen keine Stellung beziehe.

Auch die katholische Kirche hat inzwischen - trotz der ursprünglich angestrebten Strafanzeige - wenig Interesse daran, eine Räumung zu erwirken. Sie fürchtet Bilder von verzweifelte Eltern und Kindern, die aus dem Pfarrheim getragen werden.

Dass die Befürchtung der Besetzer, abgeschoben zu werden, begründet ist, belegt die Asylanererkennungsquote für Menschen vom Westbalkan: Sie liegt deutlich unter drei Prozent. Dass die Besetzer von Regensburg ein Bleiberecht durchsetzen können, ist also höchst unwahrscheinlich.

Obendrein hat die Regierung der Oberpfalz klargestellt, dass sie für eine Abschiebung gar nicht zuständig sei. Auf Anfrage der "Welt" teilte sie mit: "Die vollziehbar ausreisepflichtigen Personen unterlagen nicht der Zuständigkeit der Ausländerbehörden in der Oberpfalz, sondern der Regierung von Oberbayern, der Regierung von Karlsruhe und der Ausländerbehörde der Stadt Hamburg." Die Kontakte zu den zuständigen Behörden habe man "in Amtshilfe hergestellt, um damit den Vollzug zu unterstützen". Geschehen ist allerdings nichts.

Von Politikern ist bislang wenig zu den Vorgängen in Regensburg zu hören - wohl auch wegen der Befürchtung, als fremdenfeindlich abgestempelt zu werden. Einzig die Regensburger CSU-Bundestagsabgeordnete Astrid Freudenstein forderte die Räumung. "Wenn sich Asylbewerber durch Besetzung und Hungerstreik ein Bleiberecht sichern könnten, dann würde bei uns im Staat etwas gehörig schief laufen", sagte Freudenstein dieser Zeitung. "Unser Rechtsstaat ist nicht erpressbar."

Die CSU-Frau verweist auf die Rechtslage: "Wenn ein Bewerber am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens die Ablehnung bekommt, dann bekommt er sie deshalb, weil er nicht schutzbedürftig ist." Auch wenn unbestritten sei, dass es im Kosovo, in Albanien und Mazedonien große Probleme gebe: hohe Arbeitslosigkeit etwa und wenig Perspektiven vor allem für junge Menschen.

Dennoch hat Freudenstein kein Verständnis dafür, dass die Asylbewerber das Pfarrheim in Regensburg nach wie vor besetzen. "Für eine Räumung gibt es meines Erachtens einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Die Methoden, mit denen diese Gruppe agiert, stoßen auf wenig Akzeptanz."

Unser Rechtsstaat ist nicht erpressbar Astrid Freudenstein, CSU-Abgeordnete

Wie Roma Regensburg in Atem halten Erst besetzen sie den Dom, dann ein Pfarrheim: Die Migranten vom Westbalkan wollen so das Bleiberecht erlangen. Behörden verz....

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 3, 2016

---

End of Document

**Faymann verlangt Ansage von Merkel; "Deutschland braucht einen Richtwert für Flüchtlinge"**

Die Welt

Dienstag 15. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 63

**Length:** 431 words

**Byline:** Christoph B. Schiltz

## Body

---

Brüssel

Wenige Tage vor dem EU-Gipfel fordert Österreich Bundeskanzlerin Merkel auf, endlich für Klarheit in der **Flüchtlingspolitik** zu sorgen. Bundeskanzler Werner Faymann sagte im Gespräch mit der "Welt", Frau Merkel sei jetzt ein paar Ansagen schuldig. Sie solle öffentlich klarstellen, dass Deutschland nicht bereit sei, unbeschränkt **Flüchtlinge** aufzunehmen, und sich niemand sein Zielland aussuchen könne.

"Es braucht diese Klarheit. Jeder muss wissen: Es ist eine falsche Hoffnung, auf das Durchwinken nach Deutschland zu setzen. Auch Deutschland benötigt einen Richtwert", sagte Faymann. Nur wenn Deutschland deutlich mache, dass eine ungeordnete und chaotische Reise quer durch Europa, auf welchen Routen auch immer, nicht zum Ziel führe, könne der illegale Migrationsdruck gestoppt werden. "Ich appelliere an Bundeskanzlerin Angela Merkel, das klar und deutlich zu sagen. Wir brauchen diese gemeinsame europäische Vorgehensweise", so Faymann.

Nach Angaben von Österreichs Bundeskanzler wäre Portugal bereit, 7000 Flüchtlinge aufzunehmen, aber nur 200 Flüchtlinge seien bisher gekommen. Frankreich wolle 30.000 Asylsuchende aufnehmen, aber nicht einmal tausend Menschen seien dort eingetroffen. Es könne nicht so weitergehen, so Faymann, dass alle Hoffnungen auf Asyl in Deutschland oder im "Warteraum Österreich" liegen. "Das Recht auf Asyl ist unbestritten, aber niemand kann sich aussuchen, wo er dieses Recht erhält." Zur künftigen Verteilung der Flüchtlinge sagte Faymann: "Ein Weiterkommen kann es nur von den Hotspots an den Außengrenzen oder mithilfe des UN-Flüchtlingshilfswerks direkt aus den Krisenregionen geben. Das müssen die Menschen wissen und das müssen sie akzeptieren."

Angesichts der anhaltenden Flüchtlingsströme hat Faymann seinen Kurs in der Flüchtlingspolitik in den vergangenen Wochen geändert. Die Regierung unter Führung des SPÖ-Politikers setzte eine Obergrenze von 37.500 Flüchtlingen in diesem Jahr durch. Faymanns neuer Kurs ist innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie mittlerweile unbestritten. Erst in der vergangenen Woche sprachen ihm SPÖ-

## Faymann verlangt Ansage von Merkel "Deutschland braucht einen Richtwert für Flüchtlinge"

Bundespräsidentenskandidat Rudolf Hundstorfer und der Wiener Parteichef Michael Häupl ihre Unterstützung aus.

Die Türkei hatte in der vergangenen Woche angeboten, alle neu ankommenden Flüchtlinge aus Griechenland zurückzunehmen. Für jeden so abgeschobenen Syrer soll die EU dabei einen Syrer auf legalem Weg aufnehmen. Zudem will Ankara Visafreiheit für türkische Bürger ab Juni, die Ausweitung der Beitrittsgespräche sowie die Verdoppelung der Hilfen für Syrien-Flüchtlinge.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** March 15, 2016

**Wo es die Flüchtlinge hinzieht; Migranten ballen sich abhängig von ihrer Herkunft in bestimmten Regionen. Dies zeigen Daten der Bundesagentur für Arbeit**

Die Welt

Donnerstag 14. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 11; Ausg. 11

**Length:** 866 words

**Byline:** Jan Dams

Virginia Kirst

## **Body**

---

**Flüchtlinge** aus Eritrea leben oft in Frankfurt/Main, Syrer kommen besonders häufig nach Berlin, Iraner und Iraker bevorzugen große Städte in Nordrhein-Westfalen wie Köln oder Bielefeld. Das Überschreiten der deutschen Grenze ist für viele **Flüchtlinge** längst nicht gleichzusetzen mit dem Ende ihrer Reise. Wer in der Bundesrepublik registriert worden ist und nach Erhalt des **Asylstatus** nicht mehr der Residenzpflicht unterliegt, macht sich oft noch einmal auf den Weg. Zu Verwandten, Bekannten und ehemaligen Nachbarn irgendwo in Deutschland.

"Es gibt **Flüchtlinge**, die zieht es vor allem ins Ruhrgebiet, weil dort schon viele andere Menschen aus dem Herkunftsland leben", erklärt die Bundesagentur für Arbeit (BA), die detaillierte Karten zur Verteilung der bei ihr gemeldeten **Flüchtlinge** erstellt hat. So verständlich die Suche nach bekannten Gesichtern in der Fremde ist: Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch kann das schnell zum Problem werden. In einigen Teilen Nordrhein-Westfalens herrscht bereits seit Jahren eine hohe Arbeitslosigkeit. Oft ist sie sogar höher als etwa in Ostdeutschland, wo es der BA Statistik zufolge weniger **Flüchtlinge** hinzieht, sicher auch weil sie sich dort nicht so freundlich aufgenommen fühlen.

Die Überblickskarte der BA zeigt, wo sich die 215.000 bislang bei Jobcentern und Arbeitsagenturen gemeldeten erwerbsfähigen Personen aus den acht zugangsstärksten nichteuropäischen Asylzugangsländern ballen: Vor allem die Metropolregionen um die deutschen Großstädte sind demnach attraktiv. In Bayern ist es der Großraum München, in Niedersachsen die Region Hannover. Wen es nach Norden zieht, der landet in der Regel in Hamburg oder dem Umland der Hansestadt. Auch das Rhein-Main-Gebiet registriert einen starken Zustrom an Flüchtlingen.

In Nordrhein-Westfalen sind es gleich mehrere Regionen, in denen sich viele Asylbewerber aus einem Land zusammenfinden. In den Osten Deutschlands hingegen zieht es laut der Karte der Bundesagentur kaum jemanden.



Wo es die Flüchtlinge hinzieht Migranten ballen sich abhängig von ihrer Herkunft in bestimmten Regionen. Dies zeigen Daten der Bundesagentur für Arbeit

Dabei könnten viele Regionen dort den Zuzug demografisch nicht nur besser verkraften, sondern auch gut gebrauchen. Auf die Wohnbevölkerung Deutschlands umgerechnet kommen der BA zufolge auf 10.000 Personen durchschnittlich 26,5 erwerbsfähige Personen aus den acht untersuchten Ländern Syrien, Iran, Irak, Afghanistan, Pakistan, Somalia, Eritrea und Nigeria.

Nach den aktuellsten Zahlen vom Oktober vergangenen Jahres, die der "Welt" vorliegen, kommt die stärkste Flüchtlingsgruppe darunter aus Syrien. 87.000 erwerbsfähige Personen aus dem Bürgerkriegsland sind bei der Bundesagentur gemeldet. Auf 10.000 Personen der Wohnbevölkerung in Deutschland kommen demnach 10,8 Syrer. Die Hälfte von ihnen lebt in 49 der 402 deutschen Kreise. Diese liegen vor allem im Westen und der Mitte Deutschlands mit regionalen Schwerpunkten in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Niedersachsen.

Noch stärker konzentriert sind die 29.000 Afghanen, die bei der BA gemeldet sind. Die Hälfte von ihnen lebt in zwölf der insgesamt 402 Kreise - vor allem im Norden Deutschlands sowie im südlichen Hessen rund um die Bankenmetropole Frankfurt. Im bundesweiten Durchschnitt kommen auf 10.000 Menschen 3,6 gemeldete erwerbsfähige Personen aus Afghanistan. Iraner sind es deutlich weniger. Gerade einmal 2,7 Personen aus dem Land kommen auf 10.000 in der Bundesrepublik lebende Personen. Insgesamt sind es den Daten zufolge 22.000. Und etwa die Hälfte davon lebt in neun von 402 Kreisen - vor allem im Ruhrgebiet sowie in den nördlichen Großstädten Hamburg, Bremen und Hannover. Menschen aus Pakistan zieht es dagegen vor allem ins Rhein-Main-Gebiet. 14.000 erwerbsfähige Pakistani sind derzeit bei der Bundesagentur gemeldet, also 1,7 je 10.000 Einwohner. Sie leben zur Hälfte in 23 von 402 Kreisen. Die Flüchtlingsgruppen aus den drei übrigen betrachteten Asylzugangsländern sind zu klein, als dass sich eine statistisch relevante Verteilung auf Deutschland feststellen ließe.

Dass die massenhafte Wanderung von ganzen Flüchtlingsgruppen in bestimmte Regionen gesellschaftlich ein ernstes Problem zu werden droht, fällt spätestens jetzt auch vielen Politikern auf. Nach den Übergriffen in Köln forderte beispielsweise SPD-Chef Sigmar Gabriel eine Wohnsitzauflage. "Sonst ziehen die Menschen - auch die anerkannten Asylbewerber - alle in die Großstädte", sagte er in der ARD. Da ballten sich Schwierigkeiten, "und wir kriegen richtige Gettoprobleme". Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will eine solche Auflage prüfen. Neu sind diese Entwicklungen allerdings nicht. Auch bei früheren Flüchtlingsströmen wurde ein solches "Schwarm"-Verhalten bereits beobachtet. Und Migrationsforscher finden daran nicht nur Schlechtes. Zögen Flüchtlinge in Regionen und Städte, in denen Menschen aus ihrem Herkunftsland schon seit Jahren lebten und gesellschaftlich integriert seien, erleichtere das auch die Integration der Neuankömmlinge, so die einhellige Meinung.

Problematisch wird es allerdings, wenn es in diesen Städten zu wenige Arbeitsplätze gibt - wie es beispielsweise in großen Teilen des Ruhrgebiets der Fall ist - und sich aufgrund der Herkunft Parallelgesellschaften bilden, die sich nicht an die hier geltenden Gesetze halten.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 14, 2016

## EU will bei Integration helfen und Asylbehörde schaffen

Die Welt

Mittwoch 6. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 80

**Length:** 229 words

### Body

---

Die EU-Kommission will die Städte in Europa bei der Integration von Flüchtlingen zusätzlich finanziell unterstützen. Insgesamt stehen 760 Millionen Euro dafür zur Verfügung. Die zuständige EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Cretu, sagte bei einer Konferenz mit den Bürgermeistern von EU-Metropolen: "Europas Städte stehen im Mittelpunkt. Hier entscheidet sich, ob wir langfristig die Möglichkeiten nutzen können, die sich durch die Zuwanderung ergeben." Sie betonte, dass rund 10.000 unbegleitete Migrantenkinder in den Städten leben: "Darum müssen wir uns besonders kümmern." Man wolle beim Wohnungsbau, bei Sprachkursen, Unternehmensgründungen und bei der Finanzierung von Gesundheitsprojekten helfen. "Kein Land darf bei dieser Herkulesaufgabe alleingelassen werden."

Der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber hat sich gegen Überlegungen der Kommission zur Schaffung einer EU-Asylbehörde gewandt. Dringend nötig sei eine Reform des Dublin-Verfahrens zur Verteilung von Asylbewerbern, sagte er im Bayerischen Rundfunk. "Wir brauchen keine Mammut-Asylbehörde in Brüssel." Angedacht ist, die Entscheidung über Asylverfahren nicht mehr den einzelnen Mitgliedsländern zu überlassen, sondern in europäische Hände zu legen - mithilfe des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), das eine Agentur mit Entscheidungsbefugnissen werden soll.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** April 6, 2016

## Zuwanderung auf dem Schienenstrang; Migranten in Bayern: Ein Tag im Zeitraffer

Die Welt

Mittwoch 2. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 204

**Length:** 477 words

### **Body**

---

Tausende **Flüchtlinge** sind am Dienstag in Deutschland eingetroffen, nachdem Ungarn die Züge nach Österreich und Deutschland für **Flüchtlinge** zugänglich gemacht hatte. Die Ereignisse des Tages im Protokoll:

09.15 Uhr - In der Nacht sind allein in München fast 2000 **Asylsuchende** angekommen. Nach Angaben der Bundespolizei sind in zwei Zügen insgesamt rund 3600 in Rosenheim angelangt.

09.32 Uhr - Der Ostbahnhof in Budapest wird gesperrt, der Zugverkehr dort eingestellt. Vor dem Bahnhof warten Hunderte Flüchtlinge darauf, nach Deutschland ausreisen zu können.

10.08 Uhr - Rund 1000 Flüchtlinge sind am gesperrten Bahnhof versammelt. Einem Reporter zufolge sind "Deutschland, Deutschland"-Rufe zu hören.

10.30 Uhr - Ungarn begründet die Schließung des Ostbahnhofs in Budapest mit der Umsetzung von EU-Recht. Dieses verlange, dass jeder Bürger aus einem Drittstaat sich nur mit einem gültigen Pass und einem Schengen-Visum frei in der EU bewegen könne.

10.50 Uhr - Der Ostbahnhof ist wieder für den Zugverkehr freigegeben. Die davor wartenden Migranten dürfen aber nicht in das Gebäude.

11.10 Uhr - Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) kritisiert die Flüchtlingszüge. "Es ist unverantwortlich, Dublin nicht wahrzunehmen im Sinne, die Registrierung einfach auszusetzen", sagt er. Ob Ungarn Aussagen aus Deutschland missverstanden habe, wonach die Bundesrepublik Flüchtlinge aufnehme und nicht mehr wie im Dublin-Abkommen vorgesehen in ihr EU-Ankunftsland zurückschicke, sei unklar.

11.20 Uhr - Am Münchner Hauptbahnhof treffen weiter Züge mit Flüchtlingen ein. Kurz vor 11 Uhr kommen an die 200 Menschen aus Budapest und Wien.

12.18 Uhr - Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán kündigt ein Krisentreffen mit den EU-Spitzen in Brüssel an.

## Zuwanderung auf dem Schienenstrang Migranten in Bayern : Ein Tag im Zeitraffer

12.30 Uhr - Die Wiener Polizei kontrolliert am Westbahnhof die in Zügen aus Budapest ankommenden Flüchtlinge nicht. Dafür fehle schlichtweg das Personal, sagt ein Polizeisprecher.

12.50 Uhr - Der Flüchtlingsstrom am Münchner Hauptbahnhof ebbt zur Mittagszeit ab. Den letzten beiden Zügen aus Salzburg und Budapest entstiegen je weniger als ein Dutzend Menschen, die von der Polizei zur Ersterfassung für Flüchtlinge gebracht wurden.

13.25 Uhr - Die österreichische Polizei hat an der Grenze zu Ungarn seit den verstärkten Kontrollen ab Sonntagabend insgesamt 12 Schlepper festgenommen. Aus den Fahrzeugen wurden 133 Flüchtlinge herausgeholt. Insgesamt wurden nahe der Grenze im Burgenland 377 Flüchtlinge aufgegriffen.

14.00 Uhr - Die Münchner Polizei ruft die Bürger per Twitter auf, keine Hilfsgüter mehr für die Flüchtlinge zum Hauptbahnhof zu bringen. "Wir sind überwältigt. Bitten euch aktuell keine Sachen mehr zu bringen."

16.30 Uhr - Die österreichischen Behörden wollen am Freitag Details zum Obduktionsergebnis der in einem Schlepper-Lkw zu Tode gekommenen 71 Flüchtlinge bekanntgeben.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 2, 2015

**Balkanstaaten machen Schluss mit dem "Durchwinken"; Regierungen vereinbaren mit Österreich verstärktes Vorgehen gegen Schleuserbanden und eine bessere Kontrolle der Flüchtlinge. Druck auf die EU wächst. Ungarn kündigt Referendum zur Umsiedlung an**

Die Welt

Donnerstag 25. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 47

**Length:** 586 words

**Byline:** Andre Tauber

## **Body**

---

Im Streit über eine europäische Antwort auf die **Flüchtlingskrise** haben sich Österreich und die Balkanstaaten auf einen Alleingang verständigt. In Wien vereinbarten sie, den Andrang der **Flüchtlinge** auf der Balkanroute mit einem gemeinsamen Vorstoß zu verringern. Das "Durchwinken" der **Migranten** auf dem schnellstmöglichen Weg nach Mitteleuropa müsse ein Ende haben, forderte Österreichs Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP).

Konkret einigten sich die zehn Staaten darauf, Polizisten in besonders betroffene Grenzgebiete zu schicken und ein gemeinsames Zentrum im Kampf gegen Schlepperbanden einzurichten. Künftig sollten nur Schutzbedürftige die Grenzen übertreten dürfen sowie Mindeststandards bei der Registrierung von Migranten gelten. Österreich hatte bereits vergangene Woche Obergrenzen für die Aufnahme von Asylbewerbern angekündigt und damit Proteste in Athen, Berlin und Brüssel provoziert.

Damit steigt der Druck auf die Europäische Union, schnell Lösungen der Flüchtlingsfrage zu präsentieren. Am 7. März werden die 28 Staats- und Regierungschefs in Brüssel den Erfolg eines Abkommens mit der Türkei bilanzieren. Auch über alternative Pläne dürfte gesprochen werden. Österreich sowie die Visegrád-Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn fordern, die Grenze nördlich von Griechenland stärker zu kontrollieren. Die Regierung in Wien verteidigte die harte Linie. Ohne die von allen gewollte gesamteuropäische Lösung müsse mit nationalen und regionalen Maßnahmen Druck gemacht werden, forderte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP). "Wir wollen eine Kettenreaktion der Vernunft", sagte sie. Am heutigen Donnerstag werden auch die EU-Innenminister über die Flüchtlingskrise sprechen.

Ungarns Regierungschef Viktor Orbán kündigte unterdessen ein Referendum über die Umverteilung von Flüchtlingen aus Griechenland und Italien an. Die Bürger sollten gefragt werden, ob sie wollen, dass die EU "ohne Zustimmung des ungarischen Parlaments die verpflichtende Ansiedlung von nicht ungarischen Bürgern in Ungarn

Balkanstaaten machen Schluss mit dem "Durchwinken" Regierungen vereinbaren mit Österreich verstärktes Vorgehen gegen Schleuserbanden und eine bessere Kontrolle ....

anordnet". Budapest sträubt sich seit Monaten gegen die Zwangsverteilung von Asylbewerbern. Anfang Dezember reichte Ungarn beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Klage ein. In der EU sollen insgesamt 160.000 Flüchtlinge aus den Hauptankunftsändern Italien und Griechenland auf alle anderen Mitgliedsstaaten umverteilt werden. Ungarn soll 2100 Flüchtlinge aufnehmen.

Unterdessen äußerten sich im Bundestag Vertreter aller Parteien bestürzt über die Vorgänge in den sächsischen Orten Clausnitz und Bautzen. "Es handelt sich hier um einen Fall von institutionalisiertem Rassismus", kommentierte Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter das Verhalten der Sicherheitsbehörden. In Clausnitz sei es der Polizei nicht gelungen, die Flüchtlinge vor dem "braunen Mob" zu schützen.

Demgegenüber warnte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Krings (CDU), vor einem vorschnellen Urteil über die Polizei, die wegen ihres rüden Vorgehens bei der Räumung des Busses in die Kritik geraten war. Das Verhalten könne nicht anhand eines kurzen Videos beurteilt werden. Die Vorgänge seien aber "erschütternd" und reihten sich ein in 1100 solche Straftaten seit Anfang 2015.

Der SPD-Abgeordnete Uli Grötsch verwies auf den hohen Anteil fremdenfeindlicher Angriffe in Sachsen: "Wo man die braune Sauce seit der Einheit nahezu ungehindert wabern lässt, muss sich eben auch niemand wundern, dass dort eine Art Dunkeldeutschland entstanden ist."

Siehe Kommentar, Seiten 4 und 5

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** February 25, 2016

## Deutschland schickt Syrer wieder in EU-Länder zurück

Die Welt

Mittwoch 11. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 263

**Length:** 212 words

### Body

---

Berlin - Deutschland will syrische **Asylbewerber** wieder nach dem Dublin-Verfahren in andere EU-Länder zurückschicken, über die sie in die Europäische Union eingereist sind. Wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigte, wendet Deutschland das Dublin-Verfahren aktuell für alle Herkunftsländer und alle Mitgliedsstaaten außer Griechenland an. "Das gilt auch für syrische Staatsangehörige, seit dem 21. Oktober", fügte er hinzu. Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** prüfe nun wieder in jedem Einzelfall alle Aspekte für einen sogenannten Selbsteintritt Deutschlands, also die Übernahme eines **Flüchtlings** ins nationale Verfahren.

Deutschland hatte im August beschlossen, das sogenannte Dublin-Verfahren für Syrer vorübergehend auszusetzen. Normalerweise wird bei jedem Asylbewerber zwingend geprüft, ob er zuerst in einem anderen Land europäischen Boden betreten hat. Ist dem so, muss der Betroffene eigentlich dorthin zurück. Darauf wurde bei Syrern seit August offiziell verzichtet. Die Rückführung von Asylbewerbern in andere europäische Staaten dürfte für Deutschland allerdings kurzfristig schwierig werden. Denn nur wenige der Flüchtlinge, die zuletzt ins Land gekommen waren, sind zuvor in einem anderen EU-Staat registriert worden.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 11, 2015

## Neue Wege für Balkan-Zuwanderer; Grüne schlagen vor, den Migranten ein Arbeitsvisum statt Asyl zu geben. Union plädiert für weitere Abschottung

Die Welt

Donnerstag 20. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 193

**Length:** 910 words

**Byline:** Stefan V. Borstel

Claudia Kade

## **Body**

---

Fast 38.000 Asylanträge wurden allein im Juli 2015 gestellt - rund 90 Prozent mehr als im Vorjahresmonat, wie das Bundesinnenministerium am Mittwoch mitteilte. Knapp 15.000 der Anträge oder fast 40 Prozent kamen davon von Staatsangehörigen aus den sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Um diese Flüchtlinge ist eine politische Debatte entbrannt, denn Asylbewerber aus diesen Ländern gelten in der Regel nicht als politisch verfolgt. Im Gespräch sind deshalb Taschengeldkürzungen und spezielle Aufnahmelager für Menschen mit geringen Aussichten auf Asyl.

Für die Grünen ist das der "völlig falsche Weg". Abschreckung und Ausgrenzung laute offenbar das oberste Ziel von Teilen der großen Koalition und insbesondere von Innenminister Thomas de Maizière (CDU), kritisieren die grünen Bundestagsabgeordneten Brigitte Pothmer und Volker Beck in einem Positionspapier, das der "Welt" vorliegt. "All diese Vorschläge werden die Menschen vom Westbalkan nicht davon abhalten, nach Deutschland zu kommen", schreiben die grünen Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Innenpolitik. Sie schlagen vor, "den Menschen vom Balkan zusätzliche Möglichkeiten zu eröffnen, wie sie auf legale Weise in Deutschland einreisen und arbeiten können". So werde ihnen eine Perspektive geboten, das Asylsystem entlastet und gleichzeitig ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel geleistet.

Die beiden Politiker klagen, die Hürden zum deutschen Arbeitsmarkt seien für Menschen aus dem Westbalkan viel zu hoch. Deshalb erscheine vielen das Asylverfahren als einziger Weg nach Deutschland. Derzeit dürfen nur Hochqualifizierte und Arbeitnehmer in anerkannten Mangelberufen nach Deutschland kommen. Doch auch unterhalb dieser Anforderungen gebe es einen hohen Bedarf an Arbeitskräften. Deshalb sollten qualifizierte Arbeitskräfte vom Westbalkan ein Aufenthaltsrecht erhalten, wenn sie ein tariflich entlohntes Arbeitsangebot oder eines mit Mindestlohn vorweisen können. Mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (BA) sollen auch Personen ohne qualifizierten Abschluss in Deutschland arbeiten können, wenn es am Arbeitsmarkt Bedarf gebe.



## Neue Wege für Balkan -Zuwanderer Grüne schlagen vor, den Migranten ein Arbeitsvisum statt Asyl zu geben. Union plädiert für weitere Abschottung

Pothmer und Beck fordern zudem ein Visum zur Arbeitssuche für die Menschen vom Westbalkan. Sie sollen sechs Monate lang in Deutschland einen Job suchen dürfen, wenn sie sich in dieser Zeit selbst finanzieren und ausreichend krankenversichert sind. Wenn sie einen Job finden, dann sollen sie ein Arbeitsvisum bekommen.

Die Bundesregierung müsse zudem in den Herkunftsländern "aktiv über Alternativen zum Asylverfahren informieren", fordern die grünen Politiker, etwa über Informationsbüros vor Ort. Langfristig brauche Deutschland ein kriteriengesteuertes Einwanderungsgesetz. Dazu gehöre auch, die "zirkuläre Migration" und einen Statuswechsel vom Asylbewerber zum Arbeitsmigranten zu erleichtern.

Die große Koalition hatte Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu "sicheren Herkunftsländern" erklärt - und sich davon einen geringeren Zuzug und eine kürzere Verfahrensdauer versprochen. Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, hatte der Koalition mit seiner Zustimmung im Bundesrat zur Mehrheit verholfen - und war dafür aus den eigenen Reihen scharf kritisiert worden.

Eine Ausweitung auf weitere Balkanstaaten lehnen die Grünen jetzt ab. Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner warf den Grünen deshalb vor, sich in der Asyldebatte über "sichere Herkunftsländer" ihrer Regierungsverantwortung in neun Bundesländern zu entziehen. Albanien, Montenegro und das Kosovo müssten diesen Status ebenso erhalten wie schon Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, weil es dort keine Verhältnisse gebe, die Asyl rechtfertigten. "Das müssen endlich auch die Grünen akzeptieren", sagte die rheinland-pfälzische CDU-Fraktionsvorsitzende in Mainz.

Asylbewerbern aus "sicheren Herkunftsländern" wird in der Regel so gut wie keine Chance auf Bewilligung ihres Antrags eingeräumt. Kretschmann und die stellvertretenden Regierungschefs von acht weiteren Bundesländern mit grüner Mitregierung hatten die Ausweitung der Liste solcher Staaten am Dienstag vorerst als Symbolpolitik zurückgewiesen. "Von der Idee, weitere Länder als sichere Herkunftsländer auszuweisen, sind wir nicht überzeugt", hieß es in einer gemeinsamen Erklärung. Klöckner erklärte dazu: "Es spricht alles dafür, die genannten Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen." Notwendig sei ein deutliches Signal an die dort lebenden Menschen, dass sie in Deutschland keine Chance auf Anerkennung als Asylbewerber hätten.

Auf Kritik stieß auch die Ankündigung des grünen Oberbürgermeisters von Tübingen, Boris Palmer, notfalls auch leerstehende Gebäude für die Unterbringung von Flüchtlingen zu beschlagnahmen. FDP-Generalsekretärin Nicola Beer bezeichnete die Äußerungen Palmers als "absolut unverantwortlich": "Wer mit der Beschlagnahme von Wohneigentum droht, spielt Mitbürger und Flüchtlinge gegeneinander aus. Das wird der Akzeptanz von Flüchtlingen in der Bevölkerung schaden." Der Sprecher der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz, Christian Dürr, sprach von "Enteignung" und "abwegigen Aktionismus". Der Vorschlag des Tübinger Spitzengrünen sei ein Brandbeschleuniger für Fremdenfeindlichkeit. "Herr Palmer erweist den Flüchtlingen damit einen Bärendienst."

"Vor Ort aktiv über Alternativen zum Asylverfahren informieren" Brigitte Pothmer und Volker Beck, Grünen-Abgeordnete

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 20, 2015

## 43 Prozent der Straftaten durch Nordafrikaner; Sachsens Innenminister beklagt Abschiebepraxis

Die Welt

Dienstag 9. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 33

**Length:** 595 words

### **Body**

---

Nordafrikaner kommen in wachsender Zahl nach Deutschland. Ihre Chancen auf Asyl sind gering. Sie abzuschieben ist trotzdem schwierig. Der Druck aus den Ländern auf die Bundesministerien des Innern und der Justiz wird aber größer, auch, weil die Zahl der Nordafrikaner, die straffällig werden, wächst.

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) hat nun eine bessere Zusammenarbeit zwischen beiden Behörden zur schnelleren Abschiebung von straffälligen Zuwanderern gefordert. "Bei Straftaten gegen das Leben treten Zuwanderer überproportional häufig in Erscheinung", sagte er der "Bild". Auffällig hoch sei dabei der Anteil tunesischer Staatsangehöriger. "Sie machen fast ein Viertel aller ermittelten tatverdächtigen Zuwanderer aus." Dabei betrage der Anteil von Tunesiern an allen Zuwanderern lediglich vier Prozent. Bei Mehrfach-/Intensivtätern sei der Anteil tunesischer Staatsangehöriger mit über einem Drittel ebenfalls auffallend.

Zuwanderer aus den sogenannten Maghreb-Staaten seien in seinem Bundesland inzwischen für rund 43 Prozent aller Straftaten von Zuwanderern verantwortlich. Zu den Maghreb-Staaten gehören neben Tunesien auch Algerien, Libyen und Marokko. Bei Zuwanderern aus Syrien ergebe sich ein umgekehrtes Bild. Zwar käme fast jeder dritte Migrant aus Syrien. Aber: "Ihr Anteil an den tatverdächtigen Zuwanderern liegt bei weniger als fünf Prozent."

In den ersten neun Monaten 2015 hätte der Freistaat Sachsen 45.000 Zuwanderer aufgenommen, von denen 4695 insgesamt 10.397 Straftaten begingen. Schwerpunkte der Delikte waren Diebstähle mit rund 40 Prozent, Beförderungserschleichung etwa 18 Prozent, Körperverletzungsdelikte elf Prozent und Rauschgiftdelikte etwa fünf Prozent. Eine Abschiebung sei in vielen Fällen nicht möglich. Oftmals verweigerten die nordafrikanischen Länder die Rücknahme. Von den derzeit 2000 in Sachsen lebenden Tunesiern sind 678 "vollziehbar ausreisepflichtig". Tatsächlich konnten im vergangenen Jahr nur 66 abgeschoben werden. "Hier müssen weitere Anstrengungen unternommen werden", betonte Ulbig. Zuletzt bemühte sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) darum, dass die Länder ihre Bürger auch ohne Original-Reisedokument zurücknehmen.

In diesem Zusammenhang hat der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, eine ähnliche Diagnose für die Bundesebene gegeben. Er sagte, dass Migranten vom Balkan oder aus Nordafrika, vor allem Marokkaner, Tunesier und Algerier "besonders durch Straftaten" auffielen. Viel weniger seien dagegen die

## 43 Prozent der Straftaten durch Nordafrikaner Sachsens Innenminister beklagt Abschiebep Praxis

Zuwanderer aus Syrien und dem Irak repräsentiert. Insgesamt steige die Kriminalität nicht so steil an wie die Zahl der Flüchtlinge. Dieser Befund findet sich im BKA-Lagebericht zu "Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" aus dem November wieder. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) erklärte dazu, dass "Flüchtlinge im Durchschnitt genauso wenig oder oft straffällig werden wie Vergleichsgruppen der hiesigen Bevölkerung."

Bemerkenswert an dem 21 Seiten umfassenden Dossier ist, dass von Nordafrikanern darin nichts zu lesen war. Lediglich Asylbewerber aus dem Kosovo, aus Serbien und Mazedonien wurden darin als "überrepräsentiert" bezeichnet. Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak seien "unterrepräsentiert" gewesen, spielten daher bei den Straftaten von Zuwanderern eine untergeordnete Rolle. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten von Flüchtlingen in Deutschland bewege sich "im sehr niedrigen sechsstelligen Bereich", hieß es damals weiter.

Auffallend hoch ist der Anteil tunesischer Staatsbürger Markus Ulbig (CDU), Innenminister von Sachsen

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** February 9, 2016

---

End of Document

## Vertriebene erfinden sich durch Flüchtlingshilfe neu; Nachfolger Steinbachs nutzt die Asylkrise, um dem Verband eine Image-Korrektur zu verpassen

Die Welt

Mittwoch 9. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 210

**Length:** 755 words

**Byline:** Karsten Kammholz

## Body

---

Der Bund der Vertriebenen (BdV) ist eine Institution, die viel Gutes tut, deren Ruf allerdings nicht unbelastet ist. Eher im Stillen leistet der BdV Integrationsarbeit für Aussiedler und Spätaussiedler und unterstützt die deutschen Volksgruppen und Minderheiten im europäischen Ausland. Auch als Vermittler zwischen Staaten, Volksgruppen und Kulturen versteht sich der BdV. Die Integrationsarbeit des BdV ist dem Staat eine Menge wert. Der Verband erhält für die Migrationsberatung jährlich gut eine Million Euro.

Bis Ende des vergangenen Jahres führte die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach den BdV. Und manches von dem, was über sie und den Verband während ihrer 16 Jahre währenden Präsidentschaft gesagt und geschrieben worden ist, spricht dafür, dass der durchwachsende Ruf des BdV mit Steinbach zu tun haben könnte: Schließlich war sie gegen den EU-Beitritt Polens und Tschechiens, 1991 stimmte sie im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Unter Steinbach galt der BdV vielen als verstaubt, revisionistisch, nationalistisch.

Seit Bernd Fabritius das Präsidentenamt im BdV übernommen hat, tut sich etwas im Verband, erst recht in der öffentlichen Wahrnehmung. In seinen Reden schlägt der CSU-Parlamentarier aus München stets den Bogen in die Gegenwart, zur aktuellen Flüchtlingskrise und zu deren Ursachen, ohne aber die Erinnerung an das Schicksal der zwölf bis 14 Millionen Deutschen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs vertrieben wurden oder fliehen mussten, außen vor zu lassen. Bei den Vertriebenen von damals und heute entdeckt er Vergleichbares, etwa das persönliche Traumaempfinden.

Nun nutzt Fabritius, Rechtsanwalt und Siebenbürger Sachse, den massiven Anstieg der Flüchtlingszahlen dafür, dem BdV eine Profilpolitik zu verpassen. Der Verband baut seine Beratungsangebote deutlich aus - vor allem wegen der Beratungssuchenden aus den Kriegs- und Krisenregionen. Allein im ersten Halbjahr 2015 seien 5135 Beratungsfälle registriert worden. Das seien bereits annähernd so viele Fälle wie im gesamten Jahr 2014, teilt der BdV der "Welt" auf Anfrage mit.

Vertriebene erfinden sich durch Flüchtlingshilfe neu Nachfolger Steinbachs nutzt die Asylkrise, um dem Verband eine Image-Korrektur zu verpassen

Im vergangenen Jahr waren in den Beratungsstellen des BdV 5310 Fälle registriert worden, hinter denen sich über 6700 Menschen mit individuellen Schicksalen verbargen. Gegenüber 2013 verzeichnete der Verband schon 2014 einen Anstieg der Beratungen um 17 Prozent. Der Anteil der Kriegs- und Krisenflüchtlinge lag 2013 noch bei 40 Prozent aller Beratungssuchenden, stieg 2014 auf 45 Prozent und dürfte in diesem Jahr noch einmal deutlich anwachsen. Allein die Anzahl der Beratungen für syrische Flüchtlinge in den BdV-Beratungsstellen habe sich im Vergleich zu 2013 schon jetzt verdreifacht, heißt es beim Verband.

Auf diese steigenden Zahlen hat der BdV nach eigenen Angaben bereits personell reagiert und seine Beratungsstellen 2015 um fünf weitere Mitarbeiterinnen aufgestockt. Insgesamt sollen es ab diesem Monat 19 Berater an 13 Standorten in zehn Bundesländern sein.

BdV-Präsident Fabritius sieht in der Aufgabenveränderung seines Verbands nicht weniger als eine historische Verpflichtung: "Die deutschen Heimatvertriebenen werden nie vergessen, wie es sich anfühlt, die Heimat zu verlieren und vor Krieg und Verfolgung fliehen zu müssen. Die Hilfe für heutige Flüchtlinge ist für sie deshalb selbstverständlich", sagte er der "Welt".

Die Beratungsstellen des BdV hätten von vornherein "Migranten jeglicher Herkunft sowie Flüchtlingen und Vertriebenen aus heutigen Kriegs- und Krisengebieten" offen gestanden, stellt Fabritius zugleich klar. Hauptaufgabe der hauptamtlichen Berater in den Migrationsberatungsstellen sei nach wie vor die Hilfe bei der Integration von Aussiedlern und Spätaussiedlern in Deutschland.

Laut Fabritius können die Beratungsstellen des BdV während der ersten drei Jahre eines Aufenthaltes in Deutschland regelmäßig aufgesucht werden, um in allen integrationsspezifischen Lebenslagen Rat zu finden. Ziel sei "eine aktive Integrationsförderung, die alle Ratsuchenden - Aussiedler und Flüchtlinge gleichermaßen - dazu befähigen soll, in allen Lebensbereichen selbstständig und gleichberechtigt zu handeln und am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren".

Nicht beraten werden könnten Asylbewerber, deren Status noch nicht geklärt worden sei, verdeutlicht Fabritius. Integrationsarbeit könne und solle erst aufgrund eines gesicherten Aufenthaltsstatus beginnen.

"Die deutschen Vertriebenen werden nie vergessen, wie es sich anfühlt, die Heimat zu verlieren" Bernd Fabritius, BdV-Präsident

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Bernd Von Jutrczenka

Bernd Von Jutrczenka

**Load-Date:** September 9, 2015

**Regierung steht vor der Millionen-Frage; Wie viele Flüchtlinge kommen in diesem Jahr nach Deutschland? Mittlerweile sind sogar 1,5 Millionen Asylsuchende möglich**

Die Welt

Dienstag 6. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 232

**Length:** 1048 words

**Byline:** Manuel Bewarder'

Daniel Friedrich Sturm

## **Body**

---

Dieses Papier kennt kein Mensch." Die Reaktion des stellvertretenden Regierungssprechers Georg Streiter am Montagmittag ist barsch. Er kenne auch niemanden in der Bundesregierung, der davon Kenntnis habe. Eines aber sagt Streiter nicht: dass nämlich durchaus eintreffen kann, was in dem angeblichen Papier über die **Flüchtlingszahlen** stehen soll.

Die "Bild"-Zeitung hatte ein paar Stunden zuvor gemeldet, dass in einer geheimen Prognose einer nicht näher benannten Behörde von bis zu 1,5 Millionen **Asylsuchenden** in diesem Jahr die Rede sei. Die Nachricht sorgte für großes Aufsehen - schließlich geht die offizielle Prognose der Regierung bislang von 800.000 **Asylsuchenden** aus.

Die Verwirrung ist groß. Was stimmt denn nun? Wie viele Flüchtlinge kommen in diesem Jahr tatsächlich nach Deutschland? Die grobe Antwort auf diese Frage lautet: Das kann niemand wissen. Schaut man allerdings genauer hin, dann kann man die Zahl zumindest schätzen. Klar ist, 1,5 Millionen Asylsuchende ist ein durchaus möglicher Wert. Doch die Bundesregierung hat gute Gründe, warum sie ihre offizielle Schätzung noch nicht erhöhen will.

Schon am Wochenende hatte der Sprecher der unionsgeführten Innenministerien von Flüchtlingszahlen in dieser Größenordnung gesprochen. Lorenz Caffier (CDU), Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, sagte im Gespräch mit der "Welt am Sonntag", er gehe von 1,2 bis 1,5 Millionen Flüchtlingen in diesem Jahr aus. Caffier machte deutlich, dass dies seine "ganz persönliche Meinung" sei. Dennoch ist davon auszugehen, dass Caffier die Lage in den Bundesländern sehr gut im Blick hat.

Mitte August hatte das Innenministerium die offizielle Prognose auf 800.000 Asylsuchende angehoben. In den Wochen zuvor hatten die Länder den Bund dazu gedrängt, weil ihre Zugangszahlen deutlich über den beim

Regierung steht vor der Millionen-Frage Wie viele Flüchtlinge kommen in diesem Jahr nach Deutschland?  
Mittlerweile sind sogar 1,5 Millionen Asylsuchende möglich

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) registrierten Asylanträgen lagen. Bereits im Juni und Juli war die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland unerwartet in die Höhe geschossen. Die Situation in den Flüchtlingslagern rund um Syrien war schlechter geworden. Außerdem gaben immer mehr Menschen die Hoffnung auf, in ihr vom Bürgerkrieg zerstörtes Heimatland zurückkehren zu können.

Im September verzeichneten die Behörden in Deutschland schließlich mit 163.772 eine Rekordzahl an Asylsuchenden. Es handelt sich dabei um alle, die im sogenannten Easy-System (Erstverteilung von Asylsuchenden) registriert sind. Einen offiziellen Asylantrag beim BAMF haben sie dann wahrscheinlich noch nicht gestellt. Bei ihrem ersten Kontakt mit deutschen Behörden - oftmals mit der Bundespolizei - haben sie jedoch angegeben, dass sie einen solchen Antrag stellen wollen.

Bis einschließlich September kamen nach offizieller Easy-Zählung damit etwa 577.000 Asylsuchende nach Deutschland. Interne Schätzungen gehen aufgrund von Mehrfachregistrierungen allerdings davon aus, dass die korrekte Zahl wohl um etwa zehn Prozent niedriger liegt. Damit wären wir bei 519.300 Asylsuchenden. Rechnet man nun die hohe Zahl der Ankommenden aus dem September auf die restlichen drei Monate des Jahres hoch, landet man bei knapp einer Million Asylsuchenden in diesem Jahr. Die offizielle Schätzung von 800.000 wäre schon bald überholt. Oder ist die Sache doch komplizierter?

Wenn die Behörden Aussagen über den Verlauf treffen, beziehen sie sich oft auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre. Eine Faustformel lautet: Im zweiten Halbjahr treffen etwa 60 Prozent der Flüchtlinge ein. Das hängt zum Beispiel damit zusammen, dass sich viele Menschen erst nach dem Winter auf die Flucht machen, die dann wiederum meist mehrere Monate dauert. Eine andere Richtschnur ist bislang, dass der September und der Oktober die Monate mit den höchsten Zahlen sind. Das ist der Hintergrund, wenn ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagt: "Wir gehen noch davon aus, dass die Wintermonate dazu führen, dass sich der Migrationsdruck verringern wird." Man sollte wohl das Wort "noch" betonen. Denn das Innenministerium verweist in den Gesprächen mit den Ländern und dem Bund durchaus darauf, dass es derzeit keinen genauen Überblick gibt.

Selbst die Easy-Zahlen werden aufgrund des großen Einwanderungsdrucks offenbar ungenauer. Aus Regierungskreisen heißt es, dass im September deutlich mehr als 200.000 Flüchtlinge eingereist sind. Bayerns Landesregierung spricht sogar von 270.000 bis 280.000 - viele davon seien aber noch nicht registriert. Nimmt man nun an, dass weiterhin täglich etwa 10.000 Menschen kommen, liegen selbstverständlich die 1,5 Millionen in Reichweite. Hinzu kommt, dass sich derzeit viele Afghanen auf den Weg nach Deutschland machen. Wie die "Welt" erfuhr, wurden im Easy-System im September bereits 18.387 verzeichnet - und die Zahl steigt wohl noch. "An 800.000 Flüchtlinge im Jahr 2015 glaubt kein Mensch mehr", sagt SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi. Wieso aber gibt es noch keine neue Prognose des Bundes?

Das Innenministerium verweist darauf, dass die angestoßenen Asylverschärfungen die Anreize für Flüchtlinge verringern könnten. Zudem sei es möglich, dass die Gespräche zwischen der EU und der Türkei über eine bessere Grenzsicherung die Zahl der Flüchtlinge deutlich reduzieren könnten. Vielleicht stimmt am Ende die bisherige Prognose.

Bei der ganzen Diskussion über die Zahl der Flüchtlinge ist ein Punkt aber besonders wichtig: Die Bundesregierung steckt in einem Dilemma. Wenn sie die Prognose erhöht, dann wird die Kritik wohl leiser werden, wonach sie die tatsächliche Lage falsch einschätzen würde. Länder und Kommunen könnten dann auch entsprechende Aufnahmekapazitäten einplanen - das ist bislang jedenfalls der eigentliche Hintergrund für die Prognosen. Und diesen Zweck verfolgt das Innenministerium offenbar auch weiter. Jedenfalls macht man deutlich, dass man Länder und Kommunen laufend über den hohen Zuwanderungsdruck informiere. Das passiere ganz ohne offizielle Jahresschätzung.

Eines fürchtet man nämlich im Innenministerium: dass eine neue Prognose die Flüchtlingszahl noch einmal nach oben schrauben könnte. Dann nämlich, wenn dadurch in den Herkunftsländern das Signal ankommen würde, dass Deutschland noch einmal eine oder 1,5 Million Flüchtlinge aufnehmen würde. Und dass man sich schnell auf den Weg machen müsse, um noch einen dieser Plätze zu erwischen.

Regierung steht vor der Millionen-Frage Wie viele Flüchtlinge kommen in diesem Jahr nach Deutschland?  
Mittlerweile sind sogar 1,5 Millionen Asylsuchende möglich

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Michael Kappeler

Flüchtlinge warten vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales auf ihre Registrierung. Einer der Männer ist vor Übermüdung eingeschlafen

Michael Kappeler

**Load-Date:** October 6, 2015

---

End of Document



**Erst Flüchtling, dann deutscher Handwerker; Asylbewerber können den Fachkräftemangel mildern. Doch das ist kein Selbstläufer**

Die Welt

Mittwoch 30. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 228

**Length:** 1355 words

**Byline:** Stefan Von Borstel

Martin Greive

Benno Mühler

## **Body**

---

Von seinem neuen Lehrling ist Handwerksmeister Ulrich Benke hellauf begeistert. Pfiffig sei der und sehr fleißig. "Das wünschte ich mir manchmal auch von meinen deutschen Auszubildenden." Yamoussa Sylla, ein junger Mann aus Guinea, ist mit 15 Jahren ganz allein nach Deutschland gekommen, als **Flüchtling**. Jetzt macht der junge **Asylbewerber**, der inzwischen perfekt Deutsch spricht, eine Lehre als Metallbauer in Benkes Blechverarbeitungsfirma im nordrhein-westfälischen Schwerte. Benke ist froh, dass er Sylla hat. Denn für den Metallverarbeiter in der Nähe von Dortmund ist es schwierig, gute Auszubildende und Fachkräfte zu finden: "Wir sind schon froh, wenn wir von den paar Bewerbungen, die wir bekommen, auch welche gebrauchen können."

Eine Million Menschen werden laut der Industrieländerorganisation OECD in diesem Jahr auf der Suche nach Asyl nach Europa kommen. Allein Deutschland erwartet bis zu 800.000 Flüchtlinge - jeder zweite von ihnen ist jünger als 25 Jahre. Viele EU-Länder blocken ab - dabei können Flüchtlinge eine Bereicherung sein, wie das Beispiel von Yamoussa Sylla zeigt. Sie können dabei helfen, das demografische Problem etwas abzumildern. Bereits zwischen 2013 und 2020 wird der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter europaweit voraussichtlich um 7,5 Millionen (minus 2,2 Prozent) zurückgehen, während er in allen OECD-Staaten im selben Verhältnis wachsen wird. "Die Realität sieht heute so aus, dass in vielen EU-Ländern der Bedarf des jeweiligen Arbeitsmarktes nicht mehr mit ausschließlich einheimischen Arbeitskräften gedeckt werden kann", schrieb die EU-Kommission 2014 in einem Bericht. Europa ist deshalb auch aus Eigennutz auf Flüchtlinge wie Yamoussa Sylla angewiesen.

Asylsuchende sind heute in Deutschland willkommener als in den 90er-Jahren. Das liegt auch daran, dass der demografische Druck damals noch nicht so groß war. Wenn Europas größte Volkswirtschaft die Zahl ihrer Arbeitskräfte und ihr Sozialsystem bis zum Jahr 2050 stabil halten will, braucht es jedes Jahr netto eine halbe

Erst Flüchtling, dann deutscher Handwerker Asylbewerber können den Fachkräftemangel mildern. Doch das ist kein Selbstläufer

Million Einwanderer, rechnete jüngst die Bertelsmann-Stiftung vor. Zehntausende Lehrstellen kann die Wirtschaft in diesem Jahr nicht besetzen - weil es keine Bewerber gibt. Die Zahl der Schulabgänger schrumpft, und mehr entscheiden sich für ein Studium.

Das deutsche Handwerk etwa empfängt Asylsuchende daher mit offenen Armen. Flüchtlinge, die anpacken können. "Die jungen Leute sind hoch motiviert", sagt der Präsident der Handwerkskammer Dortmund, Berthold Schröder. "Einen Handwerksberuf von der Pike auf lernen zu können, ist für sie ein große Chance." In seinem Kammerbezirk werden in einem Pilotprojekt 20 Asylsuchende aus unterschiedlichsten Krisengebieten ausgebildet, fünf davon aus Syrien. Sie lernen unter anderem Tischler, Dachdecker, Elektriker oder Kfz-Mechatroniker - Berufe, in denen sie später auch beim Wiederaufbau ihrer Länder helfen könnten, wie die Handwerkskammer betont.

Zuvor sind sie in Kursen intensiv in Mathematik und Deutsch geschult worden, auch ein "interkulturelles Coaching" haben sie absolviert. Einige haben sogar einen deutschen Schulabschluss nachgeholt. Für die Dauer der Ausbildung sind sie "geduldet", auch wenn sie noch keine anerkannten Flüchtlinge sind. Sie können dann nicht abgeschoben werden.

Projekte wie in Dortmund gibt es auch in anderen Städten. Sie können eine Blaupause dafür sein, wie Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden können. So will die Berliner Stadtmission spätestens im Frühjahr Asylbewerber zu Fahrradmonteuren und -verkäufern ausbilden. In einer Werkstatt am Hauptbahnhof reparieren einige bereits seit zwei Monaten gespendete Fahrräder. Wenn die fertig sind, gehen sie zurück an Schutzsuchende: Sie sollen ihnen ein erstes Stück Mobilität und Unabhängigkeit in Deutschland geben. Mithilfe von zwei Kooperationspartnern soll das Projekt bald auf mehrere Werkstätten und einen Fachhandel ausgeweitet werden.

Doch zunächst beginnen die Flüchtlinge bei der Stadtmission nicht als Auszubildende. "Wir wollen die Menschen erst einmal ausbildungsreif machen und sie dann gegebenenfalls zu Ende ausbilden", erklärt Thomas Jaeger von der Berliner Stadtmission. Das Projekt arbeitet mit der sogenannten Einstiegsqualifizierung (EQ): Die Maßnahme soll Interessenten an den jeweiligen Fachbereich sowie an den Rhythmus und an das Niveau einer deutschen Ausbildung herantführen. "Es geht dabei auch um Pünktlichkeit, Organisation, Zuverlässigkeit: Schaffe ich es jeden Tag aus dem Bett zur Arbeit?", sagt Jaeger. Dinge, die auch vielen jungen Deutschen schwer fallen. Kommen sie gut zurecht, gelangen die Teilnehmer in ein richtiges Ausbildungsverhältnis und können einen Teil der EQ-Zeit angerechnet bekommen.

Der junge Syrer Baschar Albdiwi würde gern lernen, wie man Räder zusammenschraubt. Er wohnt in einem Wohnprojekt neben der Werkstatt Rückenwind - Fahrräder für Flüchtlinge, einem gemeinnützigen Verein von jungen Berlinern, der beim Projekt der Berliner Stadtmission mitmachen will. "Ich möchte in Deutschland Maschinenbauer werden", sagt Albdiwi. In Syrien waren seine Noten nur gut genug, um seinen zweitliebsten Beruf, Hotelfachmann, zu lernen. Doch wegen des Krieges musste er die fünfjährige Ausbildung schon nach weniger als einem Jahr abbrechen und fliehen. Nun hofft Albdiwi auf ein besseres Leben in Deutschland.

Viel hängt dabei davon ab, wie erfolgreich Asylsuchende wie er in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die OECD-Experten listen auf, was dazu nötig ist: "Die Flüchtlinge brauchen Deutschkurse, intensive Betreuung, eine frühe Einschätzung ihrer Fähigkeiten. Sie brauchen Zugang zum Bildungssystem, gesundheitliche und soziale Probleme müssen gelöst werden, und nicht zuletzt müssen Arbeitgeber den Asylsuchenden eine Chance auf eine Beschäftigung geben."

Die Wirtschaft ist dazu durchaus bereit. Allerdings warnen Politik und Wissenschaft vor zu großer Euphorie. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) ist überzeugt, der Zuzug von Flüchtlingen sei nicht die alles seligmachende Lösung für die rasche Alterung und das langfristige Schrumpfen der deutschen Bevölkerung. "Asylrecht und Asylverfahren sind nicht die richtigen Instrumente zur Lösung der demografischen Herausforderungen." Deutschland brauche junge, aber auch qualifizierte Zuwanderer. Unter den Flüchtlingen gebe es zwar viele beruflich Qualifizierte. "Aber mitnichten so viele, wie wir hoffen", sagte de Maizière vor Kurzem auf einem Demografiekongress in Berlin.

Erst Flüchtling, dann deutscher Handwerker Asylbewerber können den Fachkräftemangel mildern. Doch das ist kein Selbstläufer

"In Deutschland fehlen Facharbeiter und Hochqualifizierte - Unqualifizierte brauchen wir eher nicht", sagt auch Arbeitsmarktexperte Bernd Raffelhüschen, Professor für Demografie in Freiburg. Er fürchtet, der aktuelle Zustrom werde die Lage noch verschärfen. "Ja, wir benötigen Einwanderung", sagt er. Aber die dürfe sich nicht nach zufälligen humanitären Katastrophen ausrichten, sondern nach Bedürfnissen des Arbeitsmarktes.

In der Bundesrepublik geschah Einwanderung manchmal geplant wie in den 60er-Jahren, manchmal aber auch wie jetzt spontan - etwa in den 90er-Jahren, als viele Kriegsflüchtlinge vom Balkan nach Deutschland kamen. Eines haben alle bisherigen Einwanderungswellen gemein: Keine hat laut Studien unter Einheimischen bislang zu höherer Arbeitslosigkeit oder niedrigeren Löhnen geführt.

"Der Effekt von Migration auf den Arbeitsmarkt ist meist sehr gering. Wenn überhaupt negative Effekte auftreten, sind sie kaum nachweisbar und verschwinden nach kurzer Zeit", erklärt Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Als in Israel nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Zahl der Erwerbspersonen auf einen Schlag um 30 Prozent stieg, hatte das nur für gut eineinhalb Jahre Effekte auf dem Arbeitsmarkt.

Erfahrungen aus früheren Flüchtlingskrisen zeigten, dass Migranten einen "wertvollen Beitrag zur ökonomischen und sozialen Wohlfahrt eines Landes leisten können", schreibt die OECD in ihrem jüngsten Migrationsbericht. Yamoussa Sylla jedenfalls gefällt es in dem 20-Mann-Betrieb in Schwerte. Vielleicht, so hofft der junge Mann, kann er nach seiner Lehre den Meister machen. "Oder sogar eine eigene Firma gründen."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

[www.andreasbuck.de](http://www.andreasbuck.de)

Yamoussa Sylla aus Guinea arbeitet als Lehrling in einem Blechverarbeitungsbetrieb in Schwerte. Er träumt von einer eigenen Firma

[www.andreasbuck.de](http://www.andreasbuck.de)

**Load-Date:** September 30, 2015

**Abgelehnt, aber nicht abgeschoben; Nur einer von drei Asylbewerbern wird anerkannt. Trotzdem bleiben die meisten im Land. Warum eigentlich? Eine Problembeschreibung**

Die Welt

Montag 23. März 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 69

**Length:** 1557 words

**Byline:** Marcel Leubecher

Manuel Bewarder

## **Body**

---

Kein anderer Industriestaat hat nach UN-Angaben in den vergangenen Jahren mehr **Asylanträge** verzeichnet als Deutschland. In diesem Jahr rechnet das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) mit 300.000 Bewerbern. Mehrere Bundesländer zweifeln diese Zahl aber bereits an. Sie fordern eine "realistischere" und damit höhere Prognose. Doch unter den Hunderttausenden, die in den vergangenen Jahren in Deutschland **Asyl** suchten, wurde regelmäßig nur jeder Dritte als **Flüchtling** anerkannt (2014: 25,8 Prozent). Das bedeutet jedoch nicht, dass alle anderen zurückgeschickt werden. Wer sich die Zahlen der vergangenen Jahre anschaut, sieht, dass auch die abgelehnten Bewerber meist in Deutschland bleiben: 2014 standen 202.834 **Asylanträgen** 21.764 freiwillige Ausreisen und Abschiebungen abgelehnter Bewerber gegenüber (2013: 127.023/16.646).

Für Wilfred Burghardt, den Vorsitzenden der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Rückführung (AG Rück) steht fest: "Deutschland zieht auch wegen des relativ niedrigen Abschiebungsrisikos so viele Asylbewerber an. Die Mängel bei der Aufenthaltsbeendigung sind ein wesentlicher Pull-Faktor", sagte er der "Welt". Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 10.884 Ausländer abgeschoben (2013: 10.197), darunter auch Migranten mit abgelaufenem Visum oder abgelaufener Aufenthaltserlaubnis. Wie viele davon abgelehnte Asylbewerber waren, wird nicht gesondert erhoben. Wie groß die von Burghardt angesprochenen "Mängel bei der Aufenthaltsbeendigung" sind, zeigt die Diskrepanz zwischen Ausreisepflichtigen und Abgeschobenen: Laut BAMF waren am 31. Dezember 2014 154.191 abgelehnte Asylbewerber ausreisepflichtig, davon 40.970 "unmittelbar ausreisepflichtig", das heißt, es lagen keinerlei Gründe für eine Duldung vor. Wer diese doppelte Kluft zwischen abgelehnten Asylbewerbern und ausreisepflichtigen sowie zwischen ausreisepflichtigen und tatsächlich abgeschobenen Asylbewerbern untersuchen möchte, bekommt offizielle Informationen nur in Häppchen. Dabei sind die Innenpolitiker sehr gut informiert. Die Spezialisten aus Sicherheitsbehörden und Ministerien in der von Burghardt geleiteten AG Rück - die für eine strenge Abschiebep Praxis steht - beschäftigen sich seit 20 Jahren mit diesem wunden Punkt des Asylrechts.

Abgelehnt, aber nicht abgeschoben Nur einer von drei Asylbewerbern wird anerkannt. Trotzdem bleiben die meisten im Land. Warum eigentlich? Eine Problembeschreibung....

Die "Welt" konnte Einblick in nicht für die Öffentlichkeit vorgesehene Unterlagen der Rückführungsexperten nehmen. Anschließend wurde ihr Vorsitzender zu den Dokumenten befragt. Daraus ergibt sich ein Blick auf die Schwierigkeiten, Personen außer Landes zu bringen, die unbedingt bleiben möchten. Die fünf wichtigsten sogenannten Vollzugshindernisse werden hier vorgestellt:

### 1. Problem: Feststellen der Identität

Aus gutem Grund kann niemand abgeschoben werden, dessen Identität nicht geklärt ist. Das wissen allerdings nicht nur deutsche Behörden. Sozialpädagogen, die mit Flüchtlingen arbeiten, berichten der "Welt", dass fast alle ihrer nichteuropäischen Klienten keine Papiere haben. Vor allem für Migranten aus Staaten, in denen kein Krieg oder keine Verfolgung herrscht, sei dies ein Vorteil.

Wilfred Burghardt berichtet aus seiner langjährigen Zusammenarbeit mit allen asylrechtlich relevanten Akteuren: "Mehr als 80 Prozent der eingereisten Asylbewerber geben an, keine Pässe oder sonstige Dokumente zu haben. Viele haben Ausweis, Geburtsurkunde und andere identifizierende Dokumente verloren, vor der Einreise nach Deutschland vernichtet oder sie werden den deutschen Behörden nicht vorgelegt." Die Identitätsfeststellung beziehungsweise die Beschaffung von Pässen oder Ersatzpapieren wird in den AG-Rück-Unterlagen als zentrales "Vollzugshindernis" genannt.

Der Europareferent von Pro Asyl, Karl Kopp, hält diese Praxis für unausweichlich: "Eine Flucht ist keine Charterreise, weil es so gut wie keine legalen Wege nach Deutschland gibt, gehören gefälschte Papiere zum Wesen der Flucht." Die deutschen Behörden interessieren sich nicht für den Fluchtgrund zuerst, sondern für den Fluchtweg. "Die fragen erst mal nicht, bist du vergewaltigt worden, sondern, bist du über Polen, Bulgarien oder Italien eingereist", sagt Kopp.

Neben der fehlenden Mitwirkung vieler Betroffener, die aus nachvollziehbaren Gründen das Asylverfahren in die Länge ziehen möchten, verhindern auch einige Herkunftstaaten Abschiebungen. Burghardt erklärt: "Um die Identität und die Rückübernahmeverpflichtung des Herkunftsstaates festzustellen brauchen deutsche Behörden immer ein Dokument aus dem Herkunftsstaat - einen Pass oder eine Geburtsurkunde. Doch die Diplomaten einiger sogenannter Problemstaaten kooperieren kaum. Anträge an die Botschaft werden etwa nicht beantwortet, dann zieht sich die Identitätsfeststellung über Jahre hin."

Einige dieser derzeit etwa 28 "Problemstaaten", die auf einer geheimen Liste der Bundesregierung geführt werden, nutzen laut AG Rück ihre Migranten in Deutschland als Druckpotenzial für diplomatische Verhandlungen. CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach fordert ein Einschreiten Berlins: "Die Bundesregierung sollte sich nicht scheuen, gegenüber diesen Ländern auf die Notwendigkeit von Rückführungen der eigenen Staatsangehörigen deutlich hinzuweisen." Wer seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkomme, "kann nicht gleichzeitig Hilfe von Ländern erwarten, die wegen fehlender Kooperation die Ausreisepflicht nicht durchsetzen können".

### 2. Problem: Abschiebungshaft

Erst wenn ein Asylbewerber abgelehnt wurde, mögliche Folgeanträge gescheitert sind und auch keine Duldung aus gesundheitlichen oder anderen humanitären Gründen gewährt wurde, kann er zur Ausreise aufgefordert werden. Wenn er dieser nicht nachkommt, folgt die Abschiebung. Doch wer einmal ausführlich mit Betroffenen redet und sich die zerstörten Hoffnungen vergegenwärtigt, die eine Rückführung bewirkt, versteht, warum Abschiebungsversuche oft scheitern. "Die Ausreisepflichtigen tauchen unter, sind am Abschiebetermin nicht zu Hause oder bringen ein Kind der Familie dauerhaft bei Freunden oder Verwandten unter, um somit den Abbruch einer Abschiebungsmaßnahme zu erwirken", sagt Burghardt. Er fordert deshalb, dass Ausreisepflichtige, bei denen ein begründeter Verdacht besteht, dass sie untertauchen oder sich am Tag der geplanten Abschiebung der Abholung entziehen, kurzzeitig in Haft genommen werden können. Doch nach Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des Bundesgerichtshofes im vergangenen Juli dürfen Abschiebehäftlinge nicht mehr in einem gesonderten Trakt einer normalen Justizvollzugsanstalt eingesperrt werden. Zum anderen dürfen sogenannte Dublin-Fälle, die bereits in einem anderen Staat einen Asylantrag gestellt haben, gar nicht mehr

Abgelehnt, aber nicht abgeschoben Nur einer von drei Asylbewerbern wird anerkannt. Trotzdem bleiben die meisten im Land. Warum eigentlich? Eine Problembeschreib....

inhaftiert werden. Waren vor der Entscheidung noch bundesweit bis zu hundert Ausreisepflichtige in Abschiebungshaft, sank die Zahl danach auf nahe Null.

### 3. Problem: Rechtliche Hindernisse

Grundsätzlich darf laut Aufenthaltsgesetz jeder Bewerber befristet im Land bleiben, der staatenlos ist oder den kein anderes Land aufnehmen will. Doch abgesehen von diesen Fällen, ist aus Sicht der AG Rück seit einigen Jahren die Tendenz zu beobachten, dass Betroffene alle Rechtsbehelfe und gerichtliche Instanzen nutzen, um sich gegen Abschiebung zu wehren. So informieren Organisationen wie der Flüchtlingsrat Niedersachsen unanfechtbar abgelehnte Asylbewerber etwa über die Möglichkeit, eine Ehe anzustreben oder Kinder zu bekommen. Dies oder der Nachweis von Krankheiten oder Therapien können zur Duldung führen. Wenn keine Duldung gewährt wird, bleibt noch die Ermessensduldung - falls dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder ein öffentliches Interesse den weiteren Aufenthalt erfordern. Ist auch das nicht erfolgreich, kann ein Härtefallantrag eingereicht werden. Als letzter Strohalm bleibt manchen das Kirchenasyl.

### 4. Problem: Zu wenige Bearbeiter

Durch die stark steigenden Asylzahlen herrscht in vielen Ausländerbehörden und im BAMF Personalmangel. 340 Entscheider mussten dort im vergangenen Jahr über mehr als 200.000 Anträge befinden. Insgesamt sollen in der Behörde schnell 650 Mitarbeiter hinzukommen, um die Verfahrensdauer von derzeit etwa fünf auf drei Monate zu verkürzen. Auch klagen Mitarbeiter von Ausländerbehörden laut der internen Papiere der AG Rück über die oft fehlende Mitwirkung der Ärzteschaft: Nur wenige seien bereit für die Behörden die Reisefähigkeit von Abzuschiebenden zu klären.

### 5. Problem: Vollzugswille der Länder

Für 95 Prozent der 10.884 Abschiebungen im vergangenen Jahr waren die Bundesländer verantwortlich. Die AG Rück beobachtet, dass in vielen Ländern zwingende Ausweisungen unbearbeitet bleiben, weil Ausländerbehörden den großen - auch rechtlichen - Aufwand scheuen und eine Durchsetzung von Abschiebungen im eigenen Land wenig opportun erscheint. Niedersachsen etwa betrachtet Abschiebungen als letzten Ausweg und hat die Ausländerbehörden per Erlass angewiesen, auch bei Abschiebungen möglichst human vorzugehen.

Aus Sicht der AG Rück steht hinter all diesen einzelnen Abschiebungshindernissen ein zentrales Metaproblem, das man als Norm des Widerstands gegen Abschiebungen beschreiben könnte. Burghardt sagt, aus Rücksicht auf ihren Ruf, würden Bundes- und Landespolitiker Rückführungsentscheidungen selten offensiv vertreten. "Und Lokalpolitiker brechen eingeleitete Vollzugsmaßnahmen immer wieder in letzter Minute ab, um eine mögliche negative öffentliche Darstellung zum Abschiebungsvollzug zu vermeiden."

**Load-Date:** March 23, 2015

## Keine Zeit für Krise

Die Welt

Montag 2. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 255

**Length:** 408 words

**Byline:** Robin Alexander

## Body

---

Deutschland gibt bisher in der **Flüchtlingskrise** ein starkes Bild ab. Auch wer Merks Politik der offenen Grenzen nicht versteht, muss anerkennen: Verwaltung und Zivilgesellschaft funktionieren hervorragend. Nur so konnte es gelingen, **Flüchtlinge** und **Migranten** in bisher nie gekannter Zahl menschenwürdig unterzubringen. Leider agiert die Politik nicht auf dem gleichen Niveau: Erst unterschätzte die Bundesregierung lange die Dimension des Ansturms. Und jetzt zerstreiten sich die sie tragenden Parteien.

Der Streit zwischen Union und SPD, der sich an diesem Sonntag an den "Transitzonen" oder "Registrierzentren" entzündete, ist dabei noch das kleinere Problem. Ja, er ist fast künstlich aufgebauscht, um politische Profile zu zeigen, die es in Wirklichkeit so gar nicht mehr gibt. Weder verwechseln Sozialdemokraten die Transitzonen tatsächlich mit Haftanstalten, noch glauben Christdemokraten, diese Einrichtungen könnten mehr sein als ein vermutlich eher bescheidener Beitrag zur Problemlösung.

Der echte Gegensatz verläuft anderswo. Nämlich innerhalb der Union: Angela Merkel und Horst Seehofer wollen nicht nur in Nuancen anderes, sondern Gegenteiliges. Die Kanzlerin verweigert nach wie vor, eine Obergrenze für Zuzug zu nennen. Und sie will partout kein Signal senden, das international verstanden wird: Mehr Flüchtlinge kann Deutschland nicht aufnehmen. Aber genau diese beiden Forderungen erhebt Seehofer seit Beginn der Krise, schon zum zweiten Mal hat er versucht, Merkel zu zwingen: zuletzt mit einem Ultimatum, das gestern ablief.

Das Publikum befremden diese Machtprobe weit über die von ihren Parteiführungen irritierten Anhänger von CDU und CSU hinaus. Zu Recht erwarten die Bürger, dass sich die Bundesregierung zusammenrauft. Denn der Problemdruck wächst: In Deutschland können viele Städte und Gemeinden kaum noch neue Flüchtlinge und Migranten aufnehmen. Täglich machen sich mehr Menschen auf den Weg über die Balkanroute, die immer unwirtlicher wird. Und immer mehr sterben in der Ägäis bei dem Versuch, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen.

Zu Recht wurde wegen der ungewöhnlich großen politischen Herausforderung bei den neuen Asylgesetzen von der Opposition konstruktive Mitarbeit verlangt. Für eine große Koalition sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein. Die

## Keine Zeit für Krise

Union aber, mit ihrem Anspruch der Verlässlichkeit, darf sich eigentlich am allerwenigsten politischen Richtungsstreit leisten.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 2, 2015

---

End of Document



## **Bischöfe gegen Bevorzugung von Christen; Leitsätze zu Flüchtlingskrise in ungewohnter Deutlichkeit**

Die Welt

Freitag 19. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 42

**Length:** 677 words

**Byline:** Lucas Wiegmann

### **Body**

---

An Frauke Petry liegt es jedenfalls nicht, wenn der Kampf der Kulturen doch noch ins Wasser fällt. Die AfD-Chefin hatte sich am Donnerstag extra noch in einem Interview zu Wort gemeldet, in dem sie noch einmal voller Einsatzbereitschaft einen Konflikt zwischen Christentum und Islam herbeizureden versuchte. Die katholische Kirche in Deutschland, sagte Petry der "Stuttgarter Zeitung", sei "verlogen", weil die sich zu sehr um die Belange der mehrheitlich muslimischen **Flüchtlinge** kümmere, statt lieber mal zu überlegen, was man fürs Christentum tun könnte. "Inzwischen erheben einige Amtsträger der deutschen Kirchen ihre Stimme offenbar mehr für Muslime als für eigene Glaubensbrüder", so Petry. Doch als die katholischen Bischöfe auf ihrer Vollversammlung im Kloster Schöntal (Baden-Württemberg) dann wenige Stunden später ihre bereits angekündigten "Leitsätze des kirchlichen Engagements für **Flüchtlinge**" veröffentlichten, dürften Petry und ihre Anhänger enttäuscht gewesen sein. Selbst wenn derzeit ein Kampf der Kulturen drohte - die Bischöfe gehen jedenfalls nicht hin.

Grundsatzpapiere der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) sind nicht gerade berühmt dafür, klare Kante zu zeigen. Alle 27 Bistümer müssen sich auf so einen Text einigen, und die stehen in Sachen Streitlust einem AfD-Kreisverband oft in wenig nach. Deswegen ist die Sprache solcher Dokumente normalerweise eher die des andächtigen Sowohl-als-auch. In der Flüchtlingsfrage aber scheinen sich die Oberhirten ausnahmsweise flügelübergreifend einig zu sein. Die "Leitsätze" sind eindeutig: Die DBK zählt sich ohne Wenn und Aber zur Refugees-welcome-Fraktion, und sie ist auch bereit, das in aller Entschiedenheit mitzuteilen.

"Die Fürsorge der Flüchtlinge und Migranten gehört zum Selbstverständnis der Kirche", schreiben die Bischöfe. "Unsere christliche Identität tritt gerade dann besonders deutlich zutage, wenn jede Person, die in unserem Land Zuflucht sucht, menschenwürdig behandelt wird." Papst Franziskus habe einmal davon gesprochen, dass sich "in den Migranten und den Flüchtlingen, in den Vertriebenen und den Heimatlosen" Jesus Christus selbst erkennen lasse. "Ausgangs- und Zielpunkt all unserer Bemühungen muss deshalb stets die Wahrung der individuellen Würde jedes Flüchtlings und Asylsuchenden sein."

## Bischöfe gegen Bevorzugung von Christen Leitsätze zu Flüchtlingskrise in ungewohnter Deutlichkeit

Das Wort "Sicherheit" findet sich im ganzen Papier nicht; Risiken, die durch fehlende Grenzkontrollen oder Probleme bei der Erfassung von Flüchtlingen entstehen könnten, erwähnen die Bischöfe gar nicht erst; ein Indiz dafür, wie wichtig ihnen in diesem Fall eine klar positive Botschaft ist. "Ängste und Befürchtungen", die viele Menschen angesichts der Flüchtlingskrise hätten, gelte es "aufzugreifen und zu überwinden". Die Bischöfe würdigen zugleich die vielen Ehrenamtlichen in den Gemeinden vor Ort, die sich um Flüchtlinge kümmern, und kündigen an, der offizielle Apparat werde seine Bemühungen künftig auch intensivieren. Zum Beispiel wolle die Kirche als Arbeitgeber beim Einstieg ins Berufsleben helfen. "Damit Angebote der beruflichen Integration weiter ausgebaut werden können, muss die Aufnahmebereitschaft kirchlicher Einrichtungen verstärkt werden." Ob damit gemeint ist, dass die Kirche auch selbst mehr Flüchtlinge einstellen will, bleibt allerdings offen.

Eine Bevorzugung von Christen gegenüber Nichtchristen ist der christlichen Ethik nach Überzeugung der Bischöfe fremd. Zwar fühle man sich den christlichen Flüchtlingen "auf besondere Weise verbunden". Es müsse "gewährleistet sein, dass christliche Flüchtlinge in unserem Land - gerade in Asylbewerberunterkünften - keine Ausgrenzung oder Bedrängung aufgrund ihres Glaubens erfahren". Trotzdem müsse die Hilfsbereitschaft jedem Ankömmling gelten, "unabhängig von Herkunft und sozialem Stand, Religion und Weltanschauung, Geschlecht und sexueller Orientierung". Als Begründung verweisen die Autoren - auch dies keine Selbstverständlichkeit bei DBK-Papieren - auf die Bibel. Und zitieren aus dem Matthäusevangelium: "Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen" (Mt 25,35).

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** February 19, 2016

**Die neue Balkanroute; Flüchtlinge nehmen wegen des EU-Türkei-Abkommens den Weg über Bulgarien, Serbien und Ungarn nach Westeuropa. Ortsbesuch an den Brennpunkten**

Die Welt

Donnerstag 19. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 115

**Length:** 864 words

**Byline:** Boris Kálnoky

## Body

---

Belgrad/Bicske/Győr

Als Ajub Khan das erste Mal über die bulgarische Grenze kam, wurde er verprügelt und wie ein Hund zurückgejagt. Die bulgarischen Grenzschützer "schlugen uns, klauten unser Geld, die Telefone, sogar das Essen, die Kleider, und jagten uns zurück", erzählt er. Viermal wurde der junge Afghane erwischt, bevor es beim fünften Versuch gelang, von der Türkei aus über die grüne Grenze zu schlüpfen. "Einmal hatten wir Glück, denn da waren auch deutsche Polizisten bei der Patrouille", berichtet er. "Da wurden wir zwar auch in die Türkei deportiert, aber wenigstens schlugen die Bulgaren uns nicht." Ohne die Deutschen hingegen: "Immer Prügel."

Immer mehr **Migranten** kommen auf diese Weise über die bulgarische Grenze, seit die Türkei den Weg nach Griechenland blockiert. Die Regierung in Sofia hat deswegen gerade beschlossen, den 2014 errichteten Zaun an der Grenze zur Türkei zu erweitern. Monatelang war Khan unterwegs - Pakistan, Iran, Türkei. Eigentlich wollte er übers Meer nach Griechenland. Pech: Vier Tage zuvor war das **Flüchtlingsabkommen** zwischen der EU und der Türkei in Kraft getreten, dieser Weg damit versperrt. Für 1000 Euro versprachen Schlepper, ihn von Istanbul über Bulgarien nach Belgrad zu bringen.

Wie Khan kommen nach wie vor jeden Tag mehr als 200, manchmal mehr als 300 Migranten in Belgrad an, in einem Park am Busbahnhof, der als zentraler Treffpunkt dient. Hier bekommen sie Nahrung, Kleider und Schuhe von freiwilligen Helfern, warten auf Nachzügler, verhandeln mit Schmugglern. "Sultan" nennt sich einer von ihnen. Graumelierte, kurz geschorene Haare, graues T-Shirt über einer Hose im Militärlook, Goldkette. Syrer. Er hält Hof auf der Terrasse eines Schnellimbisses im Park, stets umringt von Kunden. "Er macht kein Hehl daraus, was er macht, ich glaube er ist richtig stolz darauf", meint Branislava Djonin, eine freiwillige Helferin. Mit Journalisten will Sultan freilich aber nicht sprechen.

## Die neue Balkanroute Flüchtlinge nehmen wegen des EU-Türkei-Abkommens den Weg über Bulgarien, Serbien und Ungarn nach Westeuropa. Ortsbesuch an den Brennpunkten

Khan ist seit Beginn seiner Reise 4000 Euro losgeworden - an Schmuggler wie Sultan. Er zählt die Angebote auf, die ihm die Schmuggler derzeit machen: "800 Euro bis Wien. Oder 2000 Euro bis Deutschland." Für 100 Euro pro Kopf wird man mit anderen an die ungarische Grenze gebracht, dort wird ein Loch in den Grenzzaun geschnitten. Das ist die billigste Lösung.

Nach offiziellen ungarischen Angaben hat die Polizei seit Beginn des Jahres mehr als 11.000 "Grenzverletzer" festgenommen. 3600 andere kamen legal über die "Transitzone" für Flüchtlinge am ungarisch-serbischen Grenzübergang von Röszke, wo die Polizei möglichst langsam arbeitet, um den Zufluss einzuschränken. Und nach amtlichen Angaben wurden in diesem Jahr bislang 12.000 Asylanträge gestellt. Zudem gibt es eine Dunkelziffer, die niemand kennt: Jene, die durchgeschlüpft sind und nicht erwischt wurden. Ein Asylantrag, gestellt in Ungarn, ist das Eintrittsticket in eines der "offenen Lager" im Land, wo die Flüchtlinge theoretisch auf die Bearbeitung ihres Antrages warten. Tatsächlich verschwinden die meisten von ihnen nach kurzer Zeit spurlos.

Ein solches Lager ist das in Bicske, etwa 40 Kilometer westlich von Budapest. Ein reges Kommen und Gehen am Eingangstor. Wenige Hundert Meter entfernt ist der Geldtransfer-Dienst Western Union im örtlichen Einkaufszentrum. Er ist der Schlüssel für jedes Weiterkommen - Schmuggler sind teuer. "Go to Germany? No problem!" sagt Abdul Wahad Hamidi lächelnd. Laut Pass ist er Jahrgang 1985 und stammt aus Afghanistan. Er bittet, beim Ausfüllen seines Formulars zu helfen, das er braucht, um Geld abzuholen. 1200 Dollar erwartet er aus der Heimat.

Ein weiteres Durchgangslager auf dem Weg nach Westen ist Vámoszabadi, an der slowakischen Grenze. Ein großer Plattenbau, davor ein Industriegelände. Im Lager ist nicht viel los, gerade gibt es Mittagessen. Auf dem Parkplatz wird ein Bus startklar gemacht, er fährt nach Győr, mehrfach am Tag. Die Stadt ist die letzte Schmuggler-Drehscheibe vor Österreich. "Zwei örtliche Lokale sind die Treffpunkte, eines davon ein türkisches Restaurant, das erst vor zwei Monaten eröffnete", sagt Melissa Mészáros. Sie arbeitet in einem dieser Lokale, es darf nicht genannt werden, sonst ist sie ihren Job los, sagt sie. Sie erzählt von einem Migranten, der mit einem 10.000 Forint-Schein (33 Euro) und einem Kondom im Lokal herumliefe und allen Frauen ein Angebot machte. Und von einem anderen, der sie selbst hinter dem Tresen begrabschte. Seither hat das Lokal zwei Sicherheitsleute angestellt.

Vor dem Lokal läuft ein stämmiger Mann in Lederjacke auf und ab und telefoniert ständig. Um ihn herum junge Migranten. "Ein Stammkunde", sagt Melissa. "Iraker. Plaudert viel mit uns. Kommt vier mal am Tag rein, immer mit anderen Gruppen, bezahlt seinen Kaffee mit 50-Euro-Scheinen." Ein Schmuggler, glaubt sie. Vielleicht wird bald auch Ajub Khan aus Belgrad hier mit dem Iraker verhandeln - falls ihm jemand über Western Union frisches Geld für die Weiterreise schickt, denn er hat nichts mehr. Aber alle Freunde und Verwandten haben schon gegeben, was sie konnten, meint er. So hilft er vorerst den Flüchtlingshelfern, Leuten wie ihm zu helfen, und hofft: "Wer hilft, dem wird geholfen."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Jörn Baumgarten

**Load-Date:** May 19, 2016

## Wie viele Flüchtlinge kommen denn nun tatsächlich?; Städte und Gemeinden fordern Planungssicherheit vom Bund

Die Welt

Montag 23. März 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 69

**Length:** 614 words

**Byline:** Karsten Kammholz

### Body

---

Haben die Bundesregierung und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ihre Prognose für die diesjährige Asylbewerberzahl zu niedrig angesetzt? Mehrere Bundesländer melden erhebliche Zweifel an, ob es tatsächlich bei den avisierten 300.000 Asylanträgen bleibt. Die Rede ist von bis zu 550.000 Antragstellern. Obwohl sich Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein und Brandenburg auf Arbeitsebene beim BAMF für eine Anhebung der offiziellen Prognose ausgesprochen haben, lehnt die Nürnberger Behörde eine Korrektur ab. Die Entwicklung der Asylantragszahlen werde jedoch sehr genau beobachtet.

Auch Hamburg stellt sich nun auf die Seite der Kritiker. Innensenator Michael Neumann (SPD) sagte der "Welt": "Wir in Hamburg planen aus unserer Erfahrung heraus eigenständig." Er habe lieber Plätze für Asylbewerber, die leer bleiben, als sich am Ende vorwerfen lassen zu müssen, unzureichend auf die Flüchtlingslage reagiert zu haben.

Die Kommunen sind alarmiert - und fürchten eine finanzielle Überforderung. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, forderte in der "Welt", umgehend Maßnahmen zu ergreifen: "Die Länder müssen sofort die Zahl ihrer Erstaufnahmeeinrichtungen weiter erhöhen, damit eine ordnungsgemäße spätere Verteilung auf die Kommunen möglich ist. Wir erwarten, dass grundsätzlich bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung binnen drei Monaten entschieden wird, ob der Asylanspruch berechtigt ist." Wer rechtswirksam abgelehnt werde, so Landsberg weiter, müsse ausreisen oder müsse abgeschoben werden. Zuvor hatte der Kieler Innenminister Stefan Studt (SPD) in der "Welt am Sonntag" eindringlich davor gewarnt, die Augen vor der Realität zu verschließen. "Wenn wir unsere Zahlen hochrechnen, müssen wir 2015 in Deutschland mit 500.000 bis 550.000 neuen Asylbewerbern rechnen."

Brandenburg will nun das Flüchtlingsproblem zum Schwerpunkt der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz am kommenden Donnerstag in Berlin machen. Laut dem Potsdamer Regierungschef Dietmar Woidke (SPD), der der Ministerpräsidentenkonferenz derzeit vorsitzt, hat sich die Situation seit dem letzten Treffen im Dezember "in nicht vorhersehbarer Weise zugespitzt". Im Januar und Februar seien deutlich mehr Flüchtlinge und Asylsuchende nach

Wie viele Flüchtlinge kommen denn nun tatsächlich? Städte und Gemeinden fordern Planungssicherheit vom Bund

Deutschland gekommen als prognostiziert, erklärte Woidke. Er sehe die Asyl- und Flüchtlingspolitik daher als wichtigsten Tagesordnungspunkt. Woidke forderte zugleich den Bund auf, sich stärker an den Kosten von Ländern und Kommunen zu beteiligen.

Es handelt sich um den größten Unsicherheitsfaktor für die Städte und Gemeinden. Sie verlangen Planungssicherheit, allein für die Bereitstellung von Unterkunftskapazitäten. Auch sei die Regelung der Gesundheitskosten für Flüchtlinge unverzichtbar, mahnte DStGB-Hauptgeschäftsführer Landsberg an. Sein Vorschlag: "Hier sollte das sogenannte Bremer Modell flächendeckend erprobt werden. Der Flüchtling bekommt eine Gesundheitskarte, mit der er beim Arzt die notwendigen Leistungen in Anspruch nimmt." Die Finanzierung der Gesundheitskosten sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, "die Bund und Länder tragen müssen". Darüber hinaus brauche man bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen ein Bauprogramm für zusätzliche, möglichst dezentrale Unterkünfte.

Landsberg sprach sich zudem dafür aus, die anerkannten Bewerber "mit rechtzeitiger Vorankündigung" auf die Kommunen zu verteilen. Dort sollten diese Asylbewerber sofort arbeiten können und an von Bund und Ländern zu finanzierenden Integrationsmaßnahmen, Sprachunterricht und weiteren Maßnahmen teilnehmen.

"Wir in Hamburg planen aus unserer Erfahrung heraus eigenständig" Michael Neumann (SPD), Hamburger Innensenator

**Load-Date:** March 23, 2015

**890.000 Flüchtlinge - entlastet das Merkel?; Weil nun weniger Asylsuchende gezählt wurden, glauben manche: Die Politik der Kanzlerin hatte keine Sogwirkung. Doch die Wahrheit ist komplizierter**

Die Welt

Mittwoch 5. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 233

**Length:** 999 words

**Byline:** Manuel Bewarder

## Body

---

Ein großes Aufatmen geht durch die Reihen der Anhänger der **Flüchtlingspolitik** von Angela Merkel. Denn vor ein paar Tagen verkündete Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), dass im Jahr 2015 rund 890.000 **Asylsuchende** nach Deutschland gekommen sind - also keine 1,1 Millionen, wie noch Anfang des Jahres geschätzt. Und viel weniger als jene 1,5 Millionen, die mancher Politiker im Herbst prognostiziert hatte.

Weil die Regierung mit ihrer Schätzung von 800.000 **Asylsuchenden** aus dem August 2015 nun recht gut dasteht, arbeiten sich einige an den Kritikern der Kanzlerin ab: Merkels Entscheidung vom September, **Flüchtlinge** direkt aus Ungarn zu holen, habe eben doch keinen Sogeffekt entfaltet. Die "Zeit" schreibt sogar über ein "Märchen" und erklärt: "Merkel war's nicht."

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Armin Laschet sagte dem "Tagesspiegel", dass bereits im vergangenen Jahr "immer klar" gewesen sei, "dass es keine Million werden würde". Laschet hoffe, dass "jetzt auch der Unsinn vom Tisch" sei, die Kanzlerin habe die Flüchtlinge erst ins Land geholt. "Mit 800.000 Flüchtlingen kalkulierte das Bundesinnenministerium bereits ab Ende Juli, lange vor Merkels Entscheidung vom 4. September."

Ähnlich sieht es die Grünen-Europapolitikerin Ska Keller: "Die Behauptung, im September, nach der Krise in Ungarn, seien alle Schleusen offen gewesen, die deutsche Aufnahmebereitschaft damals habe erst eine Fluchtwelle ausgelöst, stimmt offensichtlich nicht."

Beide haben recht, wenn sie vor einer Hysterisierung der Debatte warnen. Aber leider blendet ein solches Triumphgeheul ebenso wie plumpes Merkel-Bashing die komplexe Realität aus. Beide Lager fallen übereinander her. Was tatsächlich passiert ist, fällt jedoch unter den Tisch. Bei einem Blick auf das, was im vergangenen Jahr tatsächlich passiert ist, muss man drei Dinge feststellen:

1. Die Ursachen für die hohen Flüchtlingszahlen sind äußerst komplex.

890.000 Flüchtlinge - entlastet das Merkel? Weil nun weniger Asylsuchende gezählt wurden, glauben manche:  
Die Politik der Kanzlerin hatte keine Sogwirkung. Doch....

2. Niemand weiß, welchen Sog Merkels Ungarn-Entscheidung entwickelte.
3. Die Bundesregierung hat zwar mit 800.000 Asylsuchenden gerechnet, tatsächlich aber hatte sie keine Ahnung, wie viele kommen würden.

Tatsächlich gab es sehr viele Gründe, warum so viele Asylsuchende nach Europa und vor allem nach Deutschland gekommen sind. Einfache Antworten gibt es nicht, darin sind sich alle einig, die sich mit der Flüchtlingskrise beschäftigen. Stichworte reichen bereits, um die Komplexität zu erkennen: eine um sich greifende Armut, besonders in Afrika, von jahrelangem Krieg und Terrorismus gezeichnete Länder, ein im Bürgerkrieg versinkendes Syrien, ein zerfallender Transitstaat Libyen, die schlechte Versorgung der Menschen in den Flüchtlingslagern und mangelhafter Schutz der EU-Außengrenzen.

Dazu kommt auf der anderen Seite ein Europa, das auch viele, die von Beginn an keine Aussicht auf ein Bleiberecht hatten, nicht in die Herkunftsländer zurückschickte. Besonders Deutschland war ein Magnet - auch weil die Leistungen für Asylsuchende hierzulande vergleichsweise sehr hoch sind. Selbst wenn man konkret im Jahr 2015 nach Ursachen sucht, weisen Experten auf eine vielfältige Mischung hin. Die Lage in Syrien und in den Nachbarländern wurde zuletzt aussichtsloser. Gleichzeitig konnten Schleuser nahezu ungestört von den türkischen Behörden ihr Fährgeschäft über die Ägäis etablieren.

Griechen wiederum winkten die Flüchtlinge weiter in jene Länder, wohin die meisten von ihnen ohnehin wollten: nach Mitteleuropa. Nach Ansicht des Bundesinnenministers spielte auch Ungarns Ankündigung, einen Zaun zu bauen, eine wichtige Rolle. Viele hätten sich anschließend aufgemacht, um noch schnell durchzukommen, so die Maizières. Mazedonien wiederum, das Nadelöhr auf der Westbalkanroute, kapitulierte im Juni vor dem Ansturm und erlaubte Migranten, ins Land zu kommen. Schließlich beschloss Deutschland im August, keine Syrer mehr zurück in andere EU-Länder zu schicken.

Und all das erreicht schnell die Menschen, die davon profitieren könnten, denn Fluchttipps werden mittlerweile per Smartphone in Echtzeit geteilt und herumgesendet. Heißt aber all das, dass Merkels Entscheidung zur Aufnahme der in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge sowie das Nichtschließen der Grenze keine Folgen hatte?

Aufschlussreich ist es da, zunächst die Prognose von 800.000 aus dem August 2015 richtig einzuordnen. Durch einen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz konnte die "Welt" mehrere interne Dokumente auswerten. Demnach schlugen die zuständigen Experten aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dem übergeordneten Innenministerium am 5. August vor, die Schätzung auf lediglich 600.000 zu erhöhen.

Am 10. August saßen im Kanzleramt schließlich die Maizières und Merkel zusammen. Die Regierung übernahm anschließend wortgenau alle sieben Seiten der BAMF-Analyse. Nur ganz am Schluss beschloss sie, noch einmal 200.000 draufzupacken und die Zahl von 600.000 auf 800.000 zu erhöhen. Das ist erstaunlich, weil die Regierung über Monate Rufe aus den Ländern nach einer deutlich höheren Schätzung ignoriert hatte. Neue Erkenntnisse lagen seit der BAMF-Vorlage auch nicht vor. Dem Vernehmen nach ging es der Regierung mit der höheren Zahl von 800.000 im Kern darum, eine Marke zu setzen, die man im Restjahr nicht gleich wieder einsammeln musste. Diese Entstehungsgeschichte zeigt: Der 800.000er-Marke lag keine saubere Analyse zugrunde, sondern ein nachvollziehbares politisch-strategisches Vorsorgemanagement. Welche Auswirkungen schließlich Merkels Selfies mit Ankömmlingen, die Jubelnden auf dem Münchner Hauptbahnhof und das Grenzmanagement nach sich zogen, kann niemand genau sagen. Klar ist, tatsächlich stiegen die Zahlen weiter und erreichten im November mit rund 200.000 ihren Höhepunkt.

Wenn der Bundesinnenminister nun also bei der Endabrechnung 890.000 Eingereiste präsentiert, dann liegt die Zahl genau genommen um 290.000 über jener, die die zuständigen Experten annahmen. Ein Volltreffer ist das nicht. Und keinesfalls ein Freispruch für die Kanzlerin.



890.000 Flüchtlinge - entlastet das Merkel? Weil nun weniger Asylsuchende gezählt wurden, glauben manche:  
Die Politik der Kanzlerin hatte keine Sogwirkung. Doch....

## Graphic

---

dpa/Michael Kappeler

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Bundestag

Michael Kappeler

**Load-Date:** October 5, 2016

---

End of Document

**Europas Bastelstube; Mal geht es um Flüchtlinge, mal um Einwanderer. Es ist erstaunlich, wie unsouverän Deutschland und die EU mit den gegenwärtigen Problemen auf diesem Feld umgehen**

Die Welt

Samstag 25. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 171

**Length:** 1067 words

**Byline:** Thomas Schmid

## Body

---

Ein schlechter Geruch von Pegida scheint über dem Land zu liegen, im Osten intensiver als im Westen. In immer mehr Gemeinden treten Bürger ankommenden **Asylbewerbern** ablehnend, aggressiv und gewalttätig entgegen. Kommt nun zum Vorschein, dass die Mehrheit der Deutschen eben doch fremdenfeindlich ist?

Keineswegs. Vielerorts im Land entsteht eine ganz praktische Hilfsbereitschaft. Viele Bürger sind bereit, **Flüchtlinge** bei sich zu Hause aufzunehmen und ihnen auch sonst zu helfen. Manche Menschenrechtsorganisationen wissen schon nicht mehr, wie sie all die Hilswilligen einspannen sollen. Nicht die Fremdenfeindlichkeit, sondern die Weltoffenheit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Doch auch viele derer, die **Flüchtlingen** gerne beistehen, halten die Art und Weise, wie **Flüchtlinge** über das Land verteilt und ahnungslosen Kommunen zugewiesen werden, für unbedacht und falsch. Die Bürokratie kümmert sich um das technische Problem der Unterbringung, viel weniger beachtet sie, ob die aufnehmenden Gemeinden dafür gerüstet sind.

In dieser Situation hat Horst Seehofer, der weitgehend überzeugungsfreie Mann fürs Grobe, nun wieder einen dicken Stein ins trübe Wasser öffentlicher Erregbarkeit geworfen. Er will Asylbewerber vom Balkan, die keine Chance auf Anerkennung ihres Antrags haben, in gesonderten Lagern unterbringen. Der Aufschrei der Menschenrechtsorganisationen erfolgte ebenso pünktlich wie das zufriedene Gurren im Milieu der weißblauen Staatspartei. Als Justizminister Heiko Maas (SPD) sogleich mit seiner Empörung über den Vorschlag zur Stelle war, warf ihm Seehofer Unkenntnis der Lebensrealitäten vor und sagte: "Wir sind nicht im Labor tätig."

Vielleicht nicht im Labor, wohl aber in der Bastelstube. Überall in Europa. In Polen wehrt sich die Regierung gegen Aufnahmequoten für Flüchtlinge und möchte nur solche aufnehmen, die christlichen Glaubens sind. In Ungarn hat die Regierung mit dem Bau eines 170 Kilometer langen Zauns zur Flüchtlingsabwehr begonnen. Im armen Mazedonien hat das Parlament beschlossen, dass Flüchtlinge Bahn und Bus zum Nulltarif nutzen dürfen, damit sie so schnell wie möglich das Land in Richtung Norden verlassen. In Österreich hat Innenministerin Johanna Mikl-

Europas Bastelstube Mal geht es um Flüchtlinge, mal um Einwanderer. Es ist erstaunlich, wie unsouverän Deutschland und die EU mit den gegenwärtigen Problemen au....

Leitner (ÖVP) gerade ein Abkommen mit der Slowakei abgeschlossen, in dem sich das Nachbarland bereit erklärt, 500 Flüchtlinge, deren Asylverfahren in Österreich läuft, bis zu deren Entscheidung bei sich aufzunehmen. Und in einem Erstaufnahmелager in Niederösterreich, in dem 4000 statt der geplanten 2000 Asylbewerber leben, hat die Ministerin Zelte aufstellen lassen, die inzwischen auch schon nicht mehr ausreichen. Es ist eine einzige, große Bastelei. Von europäischer Koordination keine Spur. Jedes Land ist auf sich gestellt, jedes Land versucht, mit welchen Mitteln auch immer, den Flüchtlingsdruck, den es real gibt, zu mindern.

Links von der politischen Mitte in Deutschland wollen viele im Grunde, dass der Unterschied zwischen Asylbewerbern und Einwanderern aufgehoben wird. Deutschland soll für alle offen sein. Doch auch von ganz anderer Seite kommt das Begehren, die Unterscheidung zu lockern. Etwa von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die nicht im Verdacht menschenrechtlicher Gefühlsduselei stehen. Sie fordern, dass jungen Asylbewerbern, deren Verfahren noch läuft, unbürokratisch der Weg zu Ausbildung, Qualifikation und erst einmal befristeter Beschäftigung eröffnet wird. Das klingt gut, modern und weltoffen.

Und doch wäre es der falsche Weg. Unter der Hand würde damit das Asylverfahren zu einem legitimen Weg der Einwanderung. Das aber darf nicht sein. Deutschland hat die Pflicht, politisch und anderweitig Verfolgten Asyl zu bieten, punktum. Der wirklich Verfolgte muss Schutz finden. Grenzen nach oben kann es da nicht geben. Weil Deutschland andererseits mehr Arbeitskräfte braucht und davon profitieren würde, sollte es Einwanderung möglich machen und fördern. Jährliche Quoten wären festzulegen, und zwar nach Nützlichkeitsabwägungen. Ist die festgelegte jährliche Quote erfüllt, kann es dann in diesem Jahr keine weitere Einwanderung geben. Wer nach Deutschland will, um ein besseres Leben zu führen, dem sollte so ein gangbarer Weg offen stehen. Deutschland könnte in den betreffenden Ländern, wie schon in den 60er-Jahren, Kontaktstellen einrichten, an denen sich Interessierte melden können. Sie müssten dort nachweisen, dass sie in der Lage sind, sich selbst zu ernähren. Der Asylweg, der heute für die Mehrheit der Einwanderungswilligen der einzige Weg nach Deutschland ist, würde für sie dann entfallen. Und wenn sie in Deutschland angekommen sind, müssten sie nach einem angemessenen Zeitraum nachweisen, dass sie auf eigenen Beinen stehen. Sie hätten dann allerdings auch keinen Anspruch mehr auf die Nothilfen, die Asylbewerber beanspruchen können. Migration war immer ein mühevolleres Geschehen, wie etwa die Geschichte der USA eindrücklich beweist.

Es ist erstaunlich, wie verklemmt Deutschland mit der Frage der Einwanderung umgeht. Das Land verfügt durch die deutschen Flüchtlinge aus dem Osten und durch den in den späten 50er-Jahren einsetzenden Zustrom von Arbeitsmigranten über große Erfahrung mit Einwanderung. Es wurden in diesem Prozess Fehler gemacht. Etwa der, dass man viel zu lange die Einwanderung für ein vorübergehendes Phänomen hielt. Wir haben aus diesen Fehlern aber auch gelernt. Wir wissen jetzt, dass ein Land kulturell und religiös nicht homogen sein muss, um erfolgreich zu sein. Man wünschte sich den Geist der 60er-Jahre zurück. Damals waren, entgegen dem Klischee vom fremdenfeindlichen Deutschland, die sogenannten Gastarbeiter durchaus beliebt. Denn ihre Ankunft zeugte davon, dass das Land wieder attraktiv war. Was spricht eigentlich dagegen, diese Erfahrung für eine offensive und kraftvolle Einwanderungspolitik zu nutzen, die um das Thema nicht herumdruckt? Einwanderung ist kein Verhängnis. In den Grenzen, die unsere unübersichtliche Welt setzt, kann man sie organisieren, regeln und begrenzen.

Indes: Der Migrationsdruck, der auf den stabileren und wohlhabenden Staaten Europas liegt, ist groß und wird es bleiben. Er wird alle gut gemeinten und gut erdachten Pläne zerzausen. Umso wichtiger ist es, wenigstens solche Pläne als Leitideen, als Leitplanken zu haben.

Wer nach Deutschland will, um ein besseres Leben zu führen, dem sollte ein gangbarer Weg offen stehen

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** July 25, 2015

Europas Bastelstube Mal geht es um Flüchtlinge, mal um Einwanderer. Es ist erstaunlich, wie unsouverän Deutschland und die EU mit den gegenwärtigen Problemen au....

---

End of Document

**Enttäuschung über den EU-Flüchtlingsgipfel; Hilfsorganisationen sprechen von einer "Schande", weil die Maßnahmen nicht ausreichen. Merkel will neue Asylregeln in Europa durchsetzen**

Die Welt

Samstag 25. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 96

Length: 541 words

## Body

---

Hilfsorganisationen und Politiker verurteilen die Konsequenzen der Europäischen Union aus der **Flüchtlingskatastrophe** im Mittelmeer als vollkommen ungenügend. Als "Gipfel der Schande", bezeichnete die **Flüchtlingshilfe** Pro **Asyl** die Beschlüsse der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel. "Die EU begeht einen Verrat an ihren Werten und an den **Flüchtlingen**", erklärte Pro-**Asyl**-Geschäftsführer Günter Burkhardt. Amnesty International erklärte, der Gipfel habe die Chance verpasst, die "tödlichen Fehler der Vergangenheit" grundlegend zu korrigieren.

In Brüssel hatte sich der EU-Gipfel als Konsequenz aus der jüngsten Flüchtlingskatastrophe mit bis zu 900 Toten darauf verständigt, die Mittel für den Grenzschutzeinsatz mehr als zu verdreifachen. Damit sollen die Seenotrettung verstärkt und auch der Kampf gegen Schlepperbanden aufgenommen werden. Dazu werden etwa Großbritannien, Frankreich und Deutschland Kriegsschiffe ins Mittelmeer verlegen, falls diese von der EU-Grenzschutzagentur Frontex angefordert werden. "Der Beschluss ist ein weiteres Aussitzen der humanitären Katastrophe auf dem Mittelmeer und wird in den nächsten Monaten viele weitere Menschenleben kosten", erklärte Amnesty International.

Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), kritisierte die Gipfelbeschlüsse. "Die Ergebnisse des EU-Sondergipfels sind denkbar mager", sagte sie. Eine ordentliche Seenotrettung sei nicht auf die Beine gestellt worden. Auch der Verband Deutscher Reeder warnte, es gebe erhebliche Zweifel, ob die EU-Maßnahmen das massenhafte Ertrinken der Bootsflüchtlinge verhindern würden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erklärte in Brüssel, langfristig müsse das EU-Asylsystem geändert werden, die Flüchtlinge sollten gerechter verteilt werden. Bisher gilt nach der sogenannten Dublin-III-Verordnung, dass für die Asylbewerber stets das Land zuständig ist, in dem der Bewerber zuerst europäischen Boden betreten hat. In Rom nahm man die Ankündigung Merkels natürlich besonders wohlwollend zur Kenntnis. Italien kämpft seit Jahren für eine Art Quotenregelung. Die Auffanglager in Sizilien sind überfüllt. Auch der französische Innenminister Bernard Cazeneuve forderte: "Es muss eine europäische Asylpolitik geben."

Enttäuschung über den EU-Flüchtlingsgipfel Hilfsorganisationen sprechen von einer "Schande", weil die Maßnahmen nicht ausreichen. Merkel will neue Asylregeln in....

Die polnische Regierung will eine Neuregelung dagegen unbedingt verhindern. Denn bisher nimmt Polen gemessen an seiner Größe vergleichsweise wenig Flüchtlinge auf. 2014 haben nur 114 Syrer einen Asylantrag in Polen gestellt. Regierungschefin Ewa Kopacz will nur Grenzschutzoffiziere schicken, die bei der Registrierung der Flüchtlinge helfen.

Im polnischen Stettin sagte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), Deutschland sei fest entschlossen, sofort eine Fregatte und ein Versorgungsschiff in die Region zu entsenden. Die beiden Schiffe könnten binnen weniger Tage in der kritischen Gegend sein. Die Fregatte könne mit ihrem Radar bis zu 40 Kilometer weit Flüchtlingsboote orten. Der Einsatzgruppenversorger kann bis zu 250 Flüchtlinge an Bord nehmen und ist auch mit einem Lazarett ausgestattet. Es gebe zwar noch viele offene Fragen, aber die humanitäre Hilfe sei absolut vordringlich, erklärte von der Leyen. Alles andere könne später geklärt werden.

Siehe Kommentar und Seite 5

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** April 25, 2015

---

End of Document

**Milliarden-Poker in Flüchtlingskrise; Beim Gipfel im Kanzleramt ringen Bund und Länder um Asylverschärfungen und die Kosten für Unterbringung und Versorgung. Die Beschlüsse sollen im Eilverfahren umgesetzt werden**

Die Welt

Freitag 25. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 224

**Length:** 1001 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Martin Greive

## **Body**

---

Eine Lösung muss her. Darin zumindest waren sich Bund und Länder vor dem Gipfeltreffen zur **Flüchtlingskrise** einig. Denn Deutschland stößt an seine Grenzen. Vielerorts gibt es nur noch Notunterkünfte für die vielen Menschen, die ins Land strömen. Zuletzt sollte die Einführung von Grenzkontrollen für eine Entlastung sorgen. Doch die Verschnaufpause dauerte nicht länger als ein paar Tage. Die Zugangszahlen sind wieder in die Höhe geschossen. Das zeigen vor allem Zahlen aus Bayern. In dem Bundesland treffen die beiden Hauptflüchtlingsströme des Kontinents zusammen.

Allein im September sind im Freistaat schon jetzt mehr **Asylbewerber** registriert worden als in allen acht Monaten zuvor zusammen. Wie die "Welt" aus dem bayerischen Sozialministerium erfuhr, sind seit Beginn der Einreisewelle aus Ungarn am 2. September 135.000 **Asylbewerber** in dem Bundesland angekommen. Von Januar bis August waren es nur rund 130.000 **Asylsuchende**, von denen viele anschließend in andere Bundesländer weitergeleitet wurden. Allein am Mittwoch wurden 2800 neu eingereiste **Migranten** in Bayern gezählt.

Der Druck auf die Gipfelteilnehmer war immens. Wie kann Deutschland es schaffen, diese Menschen unterzubringen und zu versorgen? Grundlage der Verhandlungen war ein Gesetzespaket, das zum einen umfassende Asylverschärfungen vorsieht für jene Flüchtlinge, die kaum eine Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag haben. Dabei plant der Bund, die Anreize für eine Flucht aus wirtschaftlicher Not deutlich zu verringern. Auf der anderen Seite sollen Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive schneller integriert werden.

Streitpunkt zwischen Bund und Ländern war seit Monaten vor allem die Finanzierung. Die Bundesebene ist für die Durchführung der Asylverfahren zuständig - Länder und vor allem die Kommunen müssen sich jedoch um die Unterbringung und Versorgung kümmern. Eine Milliarde Euro zusätzlich für 2015 hatte der Bund bislang zugesagt.

## Milliarden-Poker in Flüchtlingskrise Beim Gipfel im Kanzleramt ringen Bund und Länder um Asylverschärfungen und die Kosten für Unterbringung und Versorgung. Die....

Zudem erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bereits nach einem Treffen im Juni, dass man sich auf Dauer strukturell und abhängig von der Zahl der Flüchtlinge an den Aufgaben beteiligen werde. Bereits vor Tagen sickerte aus Verhandlungskreisen durch, dass eine Pauschale pro Flüchtling wahrscheinlich sei. Eine Grundgesetzänderung, die einen Geldfluss direkt vom Bund an die Kommunen erlaubt hätte, galt schon früh als unwahrscheinlich. Die Details standen damals aber noch nicht fest. Und genau darum wurde bis zuletzt heftig gerangelt.

Noch am Morgen vor dem Treffen, das bei Redaktionsschluss nicht abgeschlossen war, trommelten die Ministerpräsidenten. Neben einer strukturellen Hilfe wollten sie vor allem eine Aufstockung der Unterstützung in diesem Jahr von einer auf rund fünf Milliarden Euro. Über den gesamten Tag liefen die Verhandlungen - mal gemeinsam, dann wieder getrennt nach Bund und Parteibuch der Ministerpräsidenten. Am Nachmittag, als die offiziellen Gespräche im Kanzleramt noch immer nicht gestartet hatten, meldeten verschiedene Nachrichtenagenturen bereits übereinstimmend Details eines möglichen Kompromisses: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte demnach das Angebot gemacht, dass der Bund die Länder ab 2016 mit einer Pauschale von monatlich 670 Euro pro Flüchtlinge unterstützen würde. Nach aktueller Berechnung würden so rund vier Milliarden Euro in die Länder fließen - etwa eine Milliarde mehr, als im Gesetzentwurf der Regierung bislang vorgesehen. Außerdem hieß es, der Bund würde die bisherige Zusage für das laufende Jahr auf zwei Milliarden Euro verdoppeln. Ende des Jahres solle es eine genaue Abrechnung mit der tatsächlichen Zahl der Flüchtlinge geben.

Ein besonders heikler Punkt in dem Gesetzesvorhaben ist das Thema Gesundheitskarte. Die vorgesehene vereinfachte Einführung soll dafür sorgen, dass sich Flüchtlinge die Behandlung durch einen Arzt nicht jedes Mal erst genehmigen lassen müssen. Der Gesetzentwurf sieht das vor. Und bereits im vergangenen Jahr hatte das Kanzleramt den Grünen die Einführung auch zugesagt. In den vergangenen Wochen ist der Gegenwind in Reihen der Union aber größer geworden. Nicht nur die Unionsfraktion, die dem Paket später auch noch zustimmen muss, lehnt die Karte ab. Auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) stellte sich vor dem Treffen noch einmal offensiv gegen das Vorhaben. Die Grünen wiederum ärgern sich darüber, dass die Gesundheitskarte noch immer nicht eingeführt ist. Für sie steht fest: Angesichts der vielen geplanten Asylverschärfungen (wie etwa die Kürzung von Taschengeld) ist die Gesundheitskarte für sie nicht verhandelbar.

Bei einem Problem hingegen sind sich Bund und Länder seit Längerem einig: Die Zahl der Plätze in den Unterkünften reicht derzeit auch deshalb nicht aus, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit der Bearbeitung der Anträge nicht hinterherkommt. Mehr als 250.000 Anträge haben sich dort mittlerweile aufgestaut. Die Zahl der eingestellten Entscheider reicht längst noch nicht. Auf der anderen Seite haben es viele Länder bis zuletzt versäumt, ausreichend Erstaufnahmeplätze bereitzustellen. Diese sind jedoch notwendig, damit das BAMF die Asylbewerber leicht erreichen kann.

Beim Gipfel sollte der neue BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise Vorschläge vorstellen, wie er die Verfahren beschleunigen will. Unter anderem soll die Zahl der Entscheider deutlich erhöht werden. Das bestätigte bereits zuvor Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Vorgesehen sind auch mobile Teams, die flexibel Einrichtungen ansteuern können. Insgesamt will sich der Bund stärker einbringen. Neben der Verteilung der Flüchtlinge im Bundesgebiet hat er sich zudem bereit erklärt, die Länder beim Ausbau von Erstaufnahmekapazitäten zu unterstützen.

Die Bundesregierung will das geplante Asyl-Gesetzespaket im beschleunigten Verfahren durch Parlament und Bundesrat bringen und zieht dafür auch die Kabinettsitzung in der kommenden Woche vor. Die Ministerrunde soll bereits am Dienstag und nicht wie üblich am Mittwoch tagen.

Original Gesamtseiten-PDF



Milliarden-Poker in Flüchtlingskrise Beim Gipfel im Kanzleramt ringen Bund und Länder um Asylverschärfungen und die Kosten für Unterbringung und Versorgung. Die....

dpa

In Bayern treffen sich die wichtigsten Fluchtrouten: Tausende kommen täglich an, etwa am Hauptbahnhof in München

Nicolas Armer

**Load-Date:** September 25, 2015

---

End of Document

**Orbán will keine "Ohrfeige" erkennen; EU-Politiker reagieren erleichtert auf das gescheiterte Flüchtlingsreferendum in Ungarn. Der Premier sieht sich dennoch bestätigt**

Die Welt

Dienstag 4. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 232

**Length:** 1119 words

**Byline:** Andre Tauber

Daniel Friedrich Sturm

Boris Kálnoky

## **Body**

---

Trotz des Scheiterns der Volksabstimmung über die EU-**Flüchtlingspolitik** bleibt der ungarische Regierungschef Viktor Orbán auf Konfrontationskurs zur EU. "Brüssel kann Ungarn nicht seinen Willen aufzwingen", sagte Orbán am Sonntagabend vor Anhängern in Budapest, nachdem das von ihm angesetzte Referendum wegen zu geringer Beteiligung gescheitert war. Die Ungarn hätten seine Position bestätigt, dass **Migrationspolitik** nicht in Brüssel entschieden werden sollte, sagte Orbán.

Zugleich kündigte er an, er werde eine Verfassungsänderung vorschlagen, die den Willen des Volkes widerspiegele. "Wir werden Brüssel zu verstehen geben, dass es den Willen der Ungarn nicht ignorieren kann", sagte der Rechtspopulist, der im Vorfeld massiv für ein Nein geworben hatte. Es wird vermutet, dass Orbán einen Parlamentsvorbehalt bei EU-Beschlüssen in die Verfassung aufnehmen will. Er äußerte sich zunächst aber nicht weiter zu seinen Plänen.

Bei dem umstrittenen Referendum am Sonntag waren 8,3 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, über den EU-Beschluss abzustimmen, 160.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland gemäß einer verbindlichen Quote auf die anderen EU-Staaten zu verteilen. Zwar sprachen sich 98,32 Prozent der Teilnehmer gegen die Umverteilung aus, doch war das Referendum wegen zu geringer Wahlbeteiligung ungültig.

Mit Erleichterung reagieren führende europäische Politiker auf die Niederlage von Ungarns Premierminister Orbán in einem Referendum über die EU-Flüchtlingspolitik. "Hier ging es nicht um ein Volksbegehren, hier ging es um den Wunsch eines autoritären Herrschers, sich für seine fremdenfeindliche Politik eine Bestätigung abzuholen", sagte

Orbán will keine "Ohrfeige" erkennen EU-Politiker reagieren erleichtert auf das gescheiterte Flüchtlingsreferendum in Ungarn. Der Premier sieht sich dennoch bes....

Alexander Graf Lambsdorff (FDP), Vizepräsident des Europäischen Parlaments, der "Welt". "Aus der ist nun eine Ohrfeige geworden."

An dem Referendum über die Einführung verpflichtender Quoten für die Verteilung von Flüchtlingen hatten sich nur 40 Prozent der Wahlbeteiligten in Ungarn beteiligt. Das notwendige Quorum war damit verfehlt worden.

In Brüssel reagiert man mit Genugtuung auf das Scheitern der Volksbefragung. "Die extrem niedrige Wahlbeteiligung zeigt erneut, dass missbräuchliche Referenden kein Weg sind, um in Europa Politik zu machen", sagte Lambsdorff.

Es sei nun nötig, im Dialog einen gerechten Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge festzulegen. "Man kann das nicht erzwingen, ganz klar", sagte Lambsdorff. "Man braucht den Dialog. Und man muss Verständnis auch haben für die Menschen in Mittel- und Osteuropa." Auch in den östlichen Bundesländern täte man sich schwerer mit der Aufnahme von Flüchtlingen als in Westdeutschland.

Die europäischen Sozialdemokraten reagierten auch mit Genugtuung. "Ganz Europa hat gewonnen. Populismus und Ausländerfeindlichkeit haben verloren", sagte Gianni Pittella, Fraktionschef der sozialdemokratischen S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, der "Welt". Das ungarische Volk habe Orbán die Gefolgschaft verweigert. Die Ungarn hätten endlich erkannt, "wie wichtig eine europäische Lösung für die Migrationskrise und wie beschämend und grundlos Orbáns diesbezügliche Politik ist". Pittella sagte weiter: "Wir gratulieren der Mehrheit der ungarischen Bürger, die sich entschieden hat, zu Hause zu bleiben, und damit das Referendum ungültig gemacht hat", sagte Pittella. "Jetzt ist es Zeit für eine Lösung der EU, die auf Solidarität und gemeinsamer Verantwortung fußt."

Auch Außenpolitiker der CDU, zu deren europäischer Parteienfamilie EVP auch Orbáns Fidesz gehört, freuten sich über die Niederlage des ungarischen Regierungschefs. "Für Viktor Orbán ist der Ausgang des Referendums eine politische Pleite", sagte der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag, Gunther Krichbaum, der "Welt". Orbán habe die Abstimmung "zu einer nationalen Schicksalsfrage stilisiert", meinte Krichbaum und fügte hinzu: "Seine Partei betrieb dafür seit Monaten einen enormen Aufwand, stark propagandistisch, völlig einseitig."

Das Ergebnis liege nun "weit unter Orbáns Erwartungen; er hatte ja zuvor jede Zustimmung unter 100 Prozent als unbefriedigend dargestellt", sagte Krichbaum. Verglichen damit, handele es sich bei dem Votum der Ungarn um einen "herben Rückschlag" für Orbán. Krichbaum sagte weiter: "Orbáns Rechnung also ging nicht auf. Die ungarische Opposition hatte zu einem Boykott des Referendums aufgerufen. Viele Menschen sind deshalb zu Hause geblieben." Orbáns Absicht, mit seinem Referendum die anderen Visegrád-Staaten zu ähnlichen Abstimmungen zu drängen, sei damit "gescheitert".

Der CDU-Außenpolitiker Ruprecht Polenz nannte das gescheiterte Referendum "eine krachende Niederlage für Orbán und sein völkisch-nationalistisches Denken". Trotz eines gewaltigen Propagandaaufwands der Regierung, durch das Fernsehen und viele Medien verstärkt, seien ihm die Ungarn "nicht in ausreichender Zahl gefolgt". Polenz sagte weiter: "Orbáns Niederlage ist gut für Europa. Der Weg zu einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik wird dadurch etwas leichter."

Manfred Weber, der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament, warnte allerdings, man könne das Ergebnis des Referendums "nicht einfach vom Tisch wischen". Der CSU-Politiker sagte der "Welt": "Die Ungarn wollen keine verbindlichen Quoten, soweit ihr Parlament diesen nicht zustimmt."

Viele Menschen in anderen EU-Staaten würden die Skepsis der Ungarn teilen. Die Staats- und Regierungschefs müssten sich, so Weber weiter, nun "an einen Tisch setzen und bei den Migrationsfragen zu Ergebnissen kommen. "Hier steht auch Ministerpräsident Orbán in der Pflicht, und daran ändert das Referendum nichts", sagte Weber.

Orbán hingegen kündigte an, den Kampf gegen die Brüsseler Institutionen unbeirrt fortsetzen zu wollen. "Von heute an werde ich in Brüssel nicht den Wunsch einer Regierung oder eines Parlaments, sondern den von 3,3 Millionen Menschen vertreten", erklärte der rechtsnationale Politiker im ungarischen Parlament. Mit dem Referendum habe

Orbán will keine "Ohrfeige" erkennen EU-Politiker reagieren erleichtert auf das gescheiterte Flüchtlingsreferendum in Ungarn. Der Premier sieht sich dennoch bes....

Ungarn das Quotensystem der EU angegriffen. Mehr als 90 Prozent der Wähler hätten nun aber entschieden, "dass man kämpfen muss".

Das ungültige Referendum dürfte es Orbán jetzt aber schwieriger machen, seine Position in Brüssel durchzusetzen und die verbindlichen Aufnahmequoten zu Fall zu bringen. Ungarn gehört dabei zu den EU-Ländern, die ohnehin die meisten Asylsuchenden abweisen. Mehr als 80 Prozent der Anträge scheiterten vor den Behörden, wie Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat zeigen. 508 Asylsuchende wurden 2015 anerkannt, 2917 Anträge abgewiesen. Knapp 37.000 Gesuche sind noch anhängig. 2015 waren zur Zeit der großen Flüchtlingsströme über die Balkanroute fast 400.000 Menschen auf ihrem Weg nach Westeuropa durch das Land gezogen.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

AP/Vadim Ghirda

Viktor Orbán bekräftigt seinen Plan, die Verfassung Ungarns ändern zu wollen

Vadim Ghirda

**Load-Date:** October 4, 2016

## Zurück in eine Zukunft voller Ungewissheit; Ab heute sollen Flüchtlinge von Griechenland in die Türkei geschickt werden. Die "Welt" erklärt die größten Risiken des Abkommens

Die Welt

Montag 4. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 78

**Length:** 1141 words

**Byline:** Christoph B. Schiltz

### Body

---

Brüssel

Der EU-**Flüchtlingspakt** mit der Türkei - jetzt soll alles ganz schnell gehen. Montag, 4. April, 10 Uhr Ortszeit, Insel Lesbos. Griechische Polizisten und EU-Grenzschrützer bringen die ersten **Flüchtlinge** mit Bussen aus dem Aufnahmefager Moria in die Inselhauptstadt Mytilini. Im Hafen werden die **Flüchtlinge** sofort auf das türkische Touristenboot "Nazli Jale" gebracht. Die Sicherheitsvorschriften sind streng, es soll niemand fliehen: Jeder **Migrant** wird von einem Polizisten bewacht. Das Schiff fährt in den türkischen Hafen von Dikili, 28 Kilometer entfernt.

750 **Flüchtlinge** aus Syrien, Afghanistan, Pakistan oder dem Irak sollen bis Mittwoch auf diese Weise von europäischem Boden wieder in die Türkei abgeschoben werden, am Montag allein 200. Sie gehören zu jenen etwa 5000 **Flüchtlingen**, die seit dem 20. März, also dem Inkrafttreten des neuen **Flüchtlingspakts**, auf den Inseln der Ostägäis gelandet sind. Alle **Flüchtlinge**, die nicht in Griechenland **Asyl** beantragen oder deren Antrag unzulässig ist, werden zurückgeschickt - das sind fast 100 Prozent. Für die etwa 47.000 **Flüchtlinge**, die sich bereits vor dem Stichtag auf griechischem Boden befanden, gilt das nicht - sie sollen von Griechenland aus direkt in EU-Länder umverteilt werden.

Ein Kernpunkt der neuen Vereinbarung: Für jeden abgeschobenen Syrer wird ein Syrer, der sich noch in der Türkei befindet, legal in die EU aufgenommen. Ziel: Für Bürgerkriegsflüchtlinge soll es unattraktiv werden, sich mit Hilfe von Schleppern auf den Weg in die EU zu machen. Denn wer aus Griechenland wieder abgeschoben wird, hat keine Chance mehr, auf legalem Weg nach Europa zu kommen. Mit dieser Strategie der Abschreckung will die EU die Flüchtlingszahlen schnell runter drücken. Die Europäer sind zunächst bereit, der Türkei im Rahmen eines Tauschhandels, der so genannten Eins zu Eins-Lösung, 72.000 Syrer auf legalem Weg abzunehmen. Die Hoffnung ist aber, dass diese Zahl nicht erreicht wird, weil Migranten frühzeitig erkennen, dass eine Flucht nach Europa keinen Sinn mehr macht.

Zurück in eine Zukunft voller Ungewissheit Ab heute sollen Flüchtlinge von Griechenland in die Türkei geschickt werden. Die "Welt" erklärt die größten Risiken d....

Deutschland wäre bereit, 15.100 Syrer direkt aus der Türkei aufzunehmen. Heute sollen bereits die ersten 40 Syrer - Familien mit Kindern - mit zwei Linienmaschinen auf dem Flughafen Hannover eintreffen. Neben Deutschland wollen auch die Niederlande, Frankreich, Finnland und Portugal syrische Flüchtlinge aus der Türkei aufnehmen.

Der neue Flüchtlingspakt mit der Türkei wurde weitgehend von Kanzlerin Angela Merkel und EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker entworfen. Merkel setzte die Pläne dann gegen massive Bedenken vieler EU-Mitgliedsländer in Brüssel durch. Der "Merkel-Plan" birgt viele Risiken, ob er klappt, ist völlig offen. Nach Ansicht von Beobachtern in Brüssel kann er zum Fiasko für die deutsche Kanzlerin werden. Dies sind die größten Risiken:

Die Flüchtlingszahlen bleiben hoch

Im Gegenzug für die Aufnahme von Flüchtlingen hat die EU dem umstrittenen türkischen Staatspräsidenten Erdogan zahlreiche Versprechen gemacht: Mindestens sechs Milliarden Euro Hilfszahlungen, beschleunigte Visa-Liberalisierung und schnellere Beitrittsverhandlungen. Die umfangreichen Zugeständnisse sind aber keine Erfolgsgarantie. Es gibt mehrere Gründe, warum der Flüchtlingsstrom nach Europa trotz Turbo-Abschiebungen in die Türkei unvermindert anhalten könnte. Erstens: Die türkischen Behörden vor Ort spielen nicht richtig mit und machen weiterhin lukrative Geschäfte mit den Schleppern. Zweitens: Die Flüchtlinge lassen sich von einer Abschiebung nicht abhalten und versuchen immer wieder von Neuem, nach Griechenland zu kommen - die Strecke ist kurz. Drittens: Ein Teil der Flüchtlinge lässt sich vom neuen Flüchtlingspakt zwar abschrecken, man weicht aber umgehend auf andere Fluchtrouten aus und versucht, über Libyen, Albanien oder Bulgarien in die EU zu gelangen. In Sizilien sind im März bereits doppelt so viele Asylbewerber angekommen wie im Vormonat. In Libyen stehen offenbar rund 800.000 Menschen zur Flucht bereit. Die albanische Mafia wiederum hat laut Medienberichten Vorsorge getroffen und Millionen Euro in neue Schnellboote investiert.

Unfaire Lastenverteilung

Es ist völlig unklar, wie viele Länder bereit sind, der Türkei Flüchtlinge abzunehmen. Sollten die Flüchtlingszahlen tatsächlich zurückgehen, will die EU Ankara entlasten und aus dem Bosphorusland künftig weitere Flüchtlingskontingente im sechsstelligen Bereich übernehmen. Gleichzeitig müssen aber auch noch Flüchtlinge aus Italien und Griechenland auf alle EU-Länder umverteilt werden. Bisher Fehlanzeige: Seit September 2015 wurden statt 65.000 erst 600 Flüchtlinge aus Griechenland neu verteilt. Folge: Die Gefahr ist sehr groß, dass auch künftig einige wenige Länder, darunter Deutschland, fast alle Flüchtlinge aufnehmen. Laut einer neuen Umfrage wollen Zweidrittel der Flüchtlinge in Griechenland ohnehin nach Deutschland.

Chaos bei Asylverfahren und Rückführungen

Bisher dauern Asylverfahren in Europa viele Monate, jetzt soll innerhalb von zwei Wochen entschieden und abgeschoben werden. Dazu fehlen aber ausreichend griechische Asylrichter, europäische Asylexperten und Polizisten, die für alle Seiten Sicherheit garantieren und die Abschiebungen ordnungsgemäß überwachen. Dabei könnten Pannen am Anfang den gesamten Plan gefährden und zu neuem Streit zwischen der EU und der Türkei führen. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International kritisieren zudem die Schnellverfahren und betonen, die Türkei sei kein sicheres Drittland. Außerdem würde Ankara Flüchtlinge unter Zwang in Kriegsgebiete zurückschicken, was die Regierung aber zurück weist. Die Vereinten Nationen (UN) monieren, die Registrierzentren für Flüchtlinge in Griechenland würden sich jetzt zu "Haftzentren" entwickeln.

Widerstand gegen Abschiebungen

Ausschreitungen und Gegenwehr der Flüchtlinge sind möglich. Auf der Insel Chios sind bereits am Wochenende 800 Flüchtlinge aus einem Lager ausgebrochen, sie zerschnitten den Maschendrahtzaun. Laut dpa liegen die Nerven bei vielen Flüchtlingen blank. "Unsere Angst ist, wie man diese Menschen aus den Lagern holt", sagte ein griechischer Offizier der Küstenwache. Sollten es tatsächlich zu anhaltendem Widerstand gegen die Rückführungen in die Türkei kommen, dürfte der Druck auf Merkel & Co. erheblich steigen: Die UN werden ihre Kritik verstärken und hässliche Fernsehbilder um die Welt gehen.

Zurück in eine Zukunft voller Ungewissheit Ab heute sollen Flüchtlinge von Griechenland in die Türkei geschickt werden. Die "Welt" erklärt die größten Risiken d....

#### Unsicherheitsfaktor Türkei

Nach inoffiziellen Angaben leben in der Türkei statt 2,7 Millionen bereits heute 3,5 Millionen Flüchtlinge. Aber wie viele neue Flüchtlinge kann die Türkei als Auffangbecken für die EU überhaupt noch verkraften? Wird sich Erdogan auch dann noch an die Abmachungen halten, wenn kriegesische Entwicklungen in Syrien oder Afghanistan dem Land hunderttausende neue Flüchtlinge bringen? In der Hafenstadt Dikili wird bereits heftig gegen den EU-Flüchtlingspakt protestiert.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

AFP/BULENT KILIC

Flüchtlinge protestieren gegen die Abschiebung in die Türkei. Sie dürfen dann nicht wieder nach Europa zurückkehren

BULENT KILIC

**Load-Date:** April 4, 2016

---

End of Document

**Ausland Kompakt; Italien: Mehr als 5600 Flüchtlinge in drei Tagen gerettet**  
**++ Ungarn: Rechtsradikale Jobbik-Partei gewinnt erstes Direktmandat ++**  
**Türkei: Gericht spricht holländische Journalistin frei ++ Südafrika:**  
**Oppositionsführerin Helen Zille gibt Amt ab**

Die Welt

Dienstag 14. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 86

**Length:** 592 words

## **Body**

---

Italien

Mehr als 5600 **Flüchtlinge** in drei Tagen gerettet

Die italienische Küstenwache und Marine haben binnen drei Tagen 5630 **Flüchtlinge** aus dem südlichen Mittelmeer geholt. Allein 144 **Migranten** konnten den Angaben zufolge am Montag vor der libyschen Küste von einem gekenterten Boot gerettet werden. Rettungskräfte entdeckten dort neun Leichen und setzten die Suche nach weiteren Opfern fort. Wegen des guten Wetters hätten besonders viele **Flüchtlingsschiffe** am Wochenende die Fahrt von der libyschen Küste Richtung Europa gewagt, hieß es. "Während wir hier sprechen, laufen mindestens 14 weitere Rettungsaktionen", sagte Kommandant Filippo Marini. Alle Notrufe seien über Satellit in der Zentrale der Küstenwache in Rom eingegangen. Die Menschenschmuggler nutzen häufig klapprige Schiffe oder setzen sich während der Reise ab und überlassen die **Flüchtlinge** ihrem Schicksal. Viele der Rettungsarbeiten spielten sich außerhalb der Gewässer ab, in denen EU-Staaten unter dem Programm "Operation Triton" patrouillierten, sagte Marini weiter. Die italienische Regierung hat die EU gedrängt, sich stärker bei der Patrouille und den Rettungsaktionen im südlichen Mittelmeer einzusetzen, zumal die meisten **Migranten** und **Asylsuchenden** Italien nur als Durchgangsstation ansähen und in andere EU-Länder reisen wollten. 2014 erreichten rund 170.000 **Migranten** dank der Rettungsaktionen die italienischen Küsten.

Ungarn

Rechtsradikale Jobbik-Partei gewinnt erstes Direktmandat

Ungarns rechtsradikale Oppositionspartei Jobbik hat erstmals ein Direktmandat für das ungarische Parlament gewonnen. Ihr Kandidat Lajos Rig setzte sich bei einer Nachwahl im westungarischen Kreis Tapolca durch, wie es am Montag in Budapest hieß. Der Wahlbezirk galt bislang als eine Hochburg der regierenden Fidesz-Partei von



Ausland Kompakt Italien: Mehr als 5600 Flüchtlinge in drei Tagen gerettet ++ Ungarn: Rechtsradikale Jobbik-Partei gewinnt erstes Direktmandat ++ Türkei: Gericht....

Ministerpräsident Viktor Orban. Den Stimmenzuwachs für Jobbik führen Politologen auf unpopuläre Maßnahmen der Regierung zurück. Nach Auszählung von 99,13 Prozent der Stimmzettel lag der Jobbik-Kandidat mit 35,27 Prozent der Stimmen vorn. Damit erhielt er nur 261 Stimmen mehr als sein Gegenkandidat von der rechtsnationalen Regierungspartei Fidesz, Zoltán Fenyvesi, der 34,38 Prozent erreichte. Die Nachwahl war wegen eines Todesfalls notwendig geworden.

Türkei

Gericht spricht holländische Journalistin frei

Eine niederländische Journalistin ist in der Türkei vom Vorwurf freigesprochen, Propaganda für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK gemacht zu haben. Das entschied ein Gericht in der vorwiegend von Kurden bewohnten Stadt Diyarbakir. Im Falle einer Verurteilung hätte ihr eine bis zu fünfjährige Haft gedroht. Die freie Journalistin Frederike Geerdink (Foto) war im Januar festgenommen worden. Ihr war vorgeworfen worden, in einer Reihe von Mitteilungen in sozialen Netzwerken "Propaganda für eine Terrororganisation" gemacht zu haben. Geerdink berichtete für niederländische und türkische Medien vor allem über Themen mit kurdischen Bezug.

Südafrika

Oppositionsführerin Helen Zille gibt Amt ab

Südafrikas weiße Oppositionsführerin Helen Zille zieht sich zurück. Sie werde sich nächsten Monat nicht um ein neues Mandat als Parteivorsitzende der Demokratischen Allianz (DA) bewerben, teilte die Ministerpräsidentin der Region Kapstadt mit. Die 64-Jährige führt die größte Oppositionspartei des Landes seit 2007. Viele Schwarze stimmen aber im Zweifel für die Regierungspartei ANC, da sie die DA als Partei der Weißen betrachten. Beobachter vermuteten, dass Zilles Abtritt den Weg für den ersten schwarzen Parteichef der DA ebnen könnte.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

AFP/ILYAS AKENGIN

ILYAS AKENGIN

**Load-Date:** April 22, 2015

**Das Proletariat von morgen; In der Debatte über Flüchtlinge scheint unser Urteilsvermögen durch Mitleid getrübt zu sein. Dabei wäre jetzt Vernunft gefragt**

Die Welt

Dienstag 25. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 197

**Length:** 1114 words

**Byline:** Henryk M. Broder

## **Body**

---

Es war abzusehen, dass die Bereitschaft, **Flüchtlinge** willkommen zu heißen, sich umgekehrt proportional zu der Zahl derjenigen entwickeln würde, die darauf hoffen, in Deutschland aufgenommen zu werden. Angesichts der jüngsten Prognosen des Innenministers, der mit 800.000 Antragstellern in diesem Jahr rechnet, klingen die Zusicherungen, wir wären "gefordert, aber nicht überfordert", zunehmend hohl. Da ist ein Bürgermeister, der leer stehende Gebäude beschlagnahmen will, um sie zu **Flüchtlingsheimen** umzubauen, auch gegen den Widerstand der Besitzer. Ein Ministerpräsident möchte die **Flüchtlinge** im verödeten Osten ansiedeln, ein anderer schlägt vor, die Schutzsuchenden nach "Ethnien" zu separieren, um Konflikte in den "Aufnahmeeinrichtungen" zu vermeiden. Sunniten und Schiiten, Kurden und Jesiden, Afghanen und Iraker, Äthiopier und Eritreer. Eine Aufgabe, an der auch Experten, die immer wieder behaupten, den "einen Islam" gebe es nicht, scheitern müssten. Dann sind da noch diejenigen, die Albanien, Montenegro und das Kosovo zu "sicheren" Herkunftsländern erklären wollen, wohl wissend, dass sie damit keinen Albaner, keinen Montenegriner und keinen Kosovaren von der Flucht abhalten würden. Es geht nur darum, die Abschiebeverfahren zu vereinfachen.

Den Bürokraten, die glauben, jedes Problem auf dem Verwaltungsweg lösen zu können, stehen die Gutwilligen gegenüber, die jedem Flüchtling erlauben würden, sofort nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik eine Arbeit anzunehmen. Integration durch Beschäftigung mag in der Theorie eine gute Idee sein, in der Praxis taugt sie so viel wie die Verteilung von "Bildungsgutscheinen" an die Angehörigen bildungsferner Schichten. Welche Arbeit sollen die Flüchtlinge denn annehmen? Als Tellerwäscher bei McDonald's, Fremdenführer in Neukölln, Türsteher in Duisburg-Marxloh? Unqualifizierte Arbeitslose haben es jetzt schon schwer, einen Job zu finden, der ihnen ein Existenzminimum garantiert, und der Arzt aus Syrien, der uns immer wieder in den "Tagesthemen" und dem "Heute Journal" als Vorbild präsentiert wird, müsste erst einmal eine Weile nachsitzen, bevor er in einem Krankenhaus Patienten behandeln darf. Kein Mensch wird sich, nur um seine Fremdenfreundlichkeit zu demonstrieren, den Blinddarm oder die Mandeln von einem Arzt rausnehmen lassen, mit dem er sich nicht in einer Sprache unterhalten kann, die beiden geläufig ist.

Das Proletariat von morgen In der Debatte über Flüchtlinge scheint unser Urteilsvermögen durch Mitleid getrübt zu sein. Dabei wäre jetzt Vernunft gefragt

Was wir derzeit importieren, sind nicht nur "ethnische", also kulturelle und religiöse Konflikte, sondern, um mit Marx zu reden, auch eine "industrielle Reservearmee", für die es keine Beschäftigung gibt und keine geben wird, das Lumpenproletariat von morgen und übermorgen. Was unser Urteilsvermögen trübt, sind die Bilder, die wir täglich sehen: von der griechisch-mazedonischen Grenze, aus Calais am Ärmelkanal, aus Freital und Heidenau in Sachsen. Wer angesichts solcher Bilder kein Mitleid empfindet, der hat kein Herz, wer aber nur Mitleid empfindet, von dem er sich mit einer Spende befreit, der hat keinen Verstand.

Wir brauchen Einwanderung, so tönt es von allen Seiten, weil wir nicht genug Facharbeiter haben. Und weil die demografische Entwicklung nichts Gutes verheißt. Was aber verheißt eine demografische Entwicklung, deren Folgen wir heute schon in den "sozialen Brennpunkten" und No-go-Vierteln der Städte studieren können? Leider hat das Argument, die Einwanderer würden uns "bereichern", inzwischen ausgedient. Bund, Länder und Gemeinden streiten darüber, wer und in welchem Umfang für die Kosten der Einwanderung aufkommen soll. Allein in diesem Jahr könnten es rund zehn Milliarden Euro werden. Peanuts, verglichen mit den Summen, die in Griechenland versenkt wurden. Man sollte nur wissen, dass die Betreuung eines minderjährigen Zuwanderers 60.000 Euro pro Jahr kostet, das ist mehr, als ein Facharbeiter im Jahr verdient.

Der Jugendliche bekommt nur ein Taschengeld, von dem er Zigaretten und Prepaid-Karten für sein Mobiltelefon kaufen kann. Der Rest verteilt sich auf den Ankauf von Wohncontainern, die Anmietung von Wohnungen und Häusern, den Unterhalt sozialer Netzwerke, die sich um die alleinstehenden Jugendlichen kümmern. Rund um die Bedürfnisse und Nöte der Migranten ist eine Industrie entstanden, die kaum in der Lage ist, die Nachfrage zu befriedigen. Die Hersteller von Zelten und Schlafsäcken kommen mit der Produktion nicht nach, pensionierte Beamte müssen reaktiviert werden. Wer eine Bruchbude sein Eigen nennt, bietet sie der Stadtverwaltung als Notunterkunft an. Praktizierte Nächstenliebe hat ihren Preis. Und weil all das nicht reicht, lassen die Medien immer öfter Migranten zu Wort kommen, die nicht dankbar, sondern enttäuscht sind. So habe er sich Deutschland nicht vorgestellt, klagte vor Kurzem ein Syrer auf "Welt online", der kein Wort Deutsch und nur gebrochen Englisch sprach. Wie dann, ist man versucht zu fragen, wie dann? Ein Paradies, in dem Milch und Honig fließen, die Menschen ihr Geld im Schlaf verdienen und nur darauf warten, ihren Wohlstand mit Millionen von Flüchtlingen zu teilen? Daran, dass ein solcher Eindruck überhaupt entstehen konnte, sind "wir" nicht unschuldig. Spätestens seit dem "Sommermärchen" von 2006 präsentiert sich Deutschland gerne als ein Land, in dem mehr gefeiert als gearbeitet wird. Gastfreundlich, tolerant, weltoffen und - reich. Ein Tischleindeckdich mit angeschlossenem Cateringservice.

Es ist noch nicht lange her, da hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen 17 Minuten langen Infofilm über "Das deutsche Asylverfahren" produziert und auf seiner Homepage online gestellt. Der Protagonist ist ein Iraker, der in Deutschland Asyl beantragen möchte, weil er in seiner Heimat verfolgt wurde. Wie und warum, bleibt ungesagt. Mit einem Koffer in der Hand steht er eines Tages vor einer "Aufnahmeeinrichtung" für Flüchtlinge, allein auf weiter Flur. "Endlich angekommen", sagt er, "ich bin gespannt, was mich hier erwartet." Eine Mitarbeiterin des Bundesamtes für Migration geht auf ihn zu und sagt: "Guten Morgen, wie kann ich Ihnen helfen?" So geht es weiter. Überall, wo der junge Mann hinkommt, wird er von freundlichen Helfern im Empfang genommen, die ihn individuell betreuen. Eine Geschichte, die Claus Kleber garantiert zu Tränen rühren würde. Der aufwendig hergestellte Film wurde in neun Sprachen synchronisiert, unter anderem Albanisch, Arabisch, Serbisch und Paschtu, und mit Mitteln aus einem EU-Fonds gefördert. Wer das Werk gesehen hat, der kann gar nicht anders, als sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Wo ihn eine Mitarbeiterin des Bundesamtes für Migration mit dem Satz begrüßen wird: "Es tut uns sehr leid, wir haben wegen Überfüllung geschlossen."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Das Proletariat von morgen In der Debatte über Flüchtlinge scheint unser Urteilsvermögen durch Mitleid getrübt zu sein. Dabei wäre jetzt Vernunft gefragt

M. Lengemann

**Load-Date:** August 25, 2015

---

End of Document

**Mehr Algerier und Marokkaner beantragen Asyl; Politische, aber auch wirtschaftliche Gründe**

Die Welt

Samstag 16. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 13

**Length:** 251 words

## Body

---

Die Zahl der **Asylbewerber** aus Algerien und Marokko ist stark gestiegen. Nach Angaben des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** wurden allein im Dezember fast 2300 Algerier und 2900 Marokkaner in Deutschland als **Asylsuchende** registriert. Im November seien die Zahlen ähnlich hoch gewesen, sagte ein Sprecher der Behörde in Nürnberg. Noch im August hatten die Behörden insgesamt weniger als 1400 Algerier und Marokkaner neu erfasst. Abschließend waren die Zahlen hochgegangen. Unionspolitiker fordern angesichts der Entwicklung, die Staaten als "sichere Herkunftsländer" einzustufen. Aus der SPD kommt Skepsis. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte Anfang Januar auf den starken Anstieg der Zuwanderung aus Algerien und Marokko verwiesen und gesagt, dies gebe "Anlass zur Sorge". Im Gesamtjahr 2014 hatten etwa 3900 Menschen aus Algerien und Marokko in Deutschland **Asyl** beantragt.

Zu den Gründen für die Wanderungsbewegungen sagte der Europareferent von Pro Asyl, Karl Kopp, der "Frankfurter Rundschau", die als erste über die Zahlen berichtet hatte: "Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch, die Aussichten für junge Menschen sind schlecht." Neben wirtschaftlichen gebe es auch politische Gründe für die Flucht aus Algerien und Marokko: "Die Menschenrechte werden massiv eingeschränkt. Die Presse ist nicht frei, es gibt willkürliche Inhaftierungen und Misshandlungen." Auch unter den Beschuldigten wegen der Silvester-Übergriffe in Köln sind viele Algerier und Marokkaner.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 16, 2016

## Mehr Mut und Pragmatismus

Die Welt

Montag 10. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Gastkommentar; S. 2; Ausg. 184

**Length:** 579 words

**Byline:** Christian Lindner

Joachim Stamp

## **Body**

---

Die große humanitäre Herausforderung der Flüchtlingsaufnahme kann bewältigt werden, wenn endlich mutig und pragmatisch gehandelt wird. Was ist zu tun? Natürlich müssen die Bekämpfung von Fluchtursachen und Schlepperkriminalität sowie eine faire Lastenverteilung in der EU auf der Prioritätenliste der Bundesregierung ganz oben stehen. Doch werden bei realistischer Betrachtung durchschlagende Erfolge hier nicht kurzfristig zu erzielen sein. Wir müssen aber die Situation jetzt verbessern. Darum müssen wir handeln, wo wir tatsächlich etwas bewegen können.

### 1. Von der ungesteuerten zur gesteuerten Balkanmigration

Derzeit kommt knapp die Hälfte der Asylbewerber aus den Ländern des Balkans. Sie suchen aufgrund ärmlicher Verhältnisse in ihren Ländern eine bessere Perspektive bei uns. So nachvollziehbar ihre Motive sind, so gering ist ihre Chance, als politisch Verfolgte anerkannt zu werden: Sie liegt unter einem Prozent. Es ist grotesk, dass derzeit Tausende junge Albaner mit völlig falschen Erwartungen als Asylbewerber einreisen, Unterkünfte blockieren, in aussichtslosen Verfahren landen und nach mehreren Wochen oder Monaten wieder ausreisen müssen, während gleichzeitig in Deutschland von Handwerk bis Industrie händierend nach Nachwuchs - auch für einfache Jobs - gesucht wird. Statt diesen Migranten im CSU-Jargon "Missbrauch" vorzuwerfen, sollte aus der ungesteuerten Einreise eine gesteuerte Migration werden. Dazu müssen die Staaten des Balkans nicht nur als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, sondern auch wieder visumpflichtig werden. ( )

### 2. Auflösung des Verfahrensstaus

Eine große Herausforderung ist die Auflösung des täglich wachsenden Antragsstaus von fast einer Viertelmillion unerledigter Fälle. ( ) Hier muss pragmatisch gehandelt werden: Über ein Viertel der Altfälle kommt von Bewerbern, die wir nicht in ihre Heimat zurückschicken werden. Bei über 40.000 Einzelfallentscheidungen über Asylanträge aus Syrien, Irak und Eritrea wurden im ersten Halbjahr nur 45 Anträge abgelehnt. Daher schlagen wir vor, alle Anträge

von Menschen aus diesen Ländern nach einer Sicherheitsüberprüfung pauschal anzuerkennen. Sie könnten dann vor Ort integriert werden und die Heime verlassen. Zudem muss auch die Anzahl der Entscheider schnellstmöglich erhöht werden. Darum fordern wir die Bundesregierung auf, mindestens die Hälfte der 1600 Bundesbeamten vom Zoll, die derzeit die Einhaltung des Mindestlohngesetzes kontrollieren, für die Bearbeitung der Asylanträge abzuordnen. Die Linderung der prekären Situation in den Flüchtlingsunterkünften hat jetzt oberste Priorität.

### 3. Gesamtstaatliche Finanzierung und Management

Da der Bund die Verantwortung für die Dauer der Verfahren trägt, sollte er die Kosten übernehmen. Bewerber mit geringer Anerkennungschance sollten bis zum Abschluss ihres Verfahrens zudem nicht in die Kommunen verlegt werden, sondern im Regelfall aus den Landeseinrichtungen wieder ausreisen. Dafür müssen die Länder ausreichend Einrichtungen vorhalten. Die Kommunen könnten sich dann darauf konzentrieren, anerkannte Flüchtlinge so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu integrieren. Um alle Liegenschaften von Bund und Ländern sinnvoll zu nutzen, sollte der Bund zudem ein zentrales Management mit flexiblerer Verteilung einrichten.

Christian Lindner ist NRW-Landtagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der FDP, Joachim Stamp, ebenfalls NRW-MdL und Mitglied des Bundesvorstands der FDP

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 10, 2015

**Deutsche Politik verliert Geduld mit dem Balkan; NRW-Innenminister Jäger:  
Serbien muss Probleme mit den Roma lösen, bevor es in die EU darf.  
Regierung plant Flüchtlingskonzept**

Die Welt

Dienstag 4. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 179

**Length:** 402 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Karsten Kammholz

## **Body**

---

Angesichts der hohen **Flüchtlingszahlen** vom Westbalkan erhöhen Politiker von Bund und Ländern den Druck auf die Regierungen vor Ort. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) forderte Serbien auf, die Abwanderung durch innenpolitische Maßnahmen zu stoppen. In Serbien lebten Roma, die keine Chance auf Arbeit, Bildung oder Gesundheitsversorgung hätten, sagte Jäger der "Welt". "Solange Serbien dieses Problem nicht gelöst hat, darf es kein Mitglied der EU werden." Fehler wie beim Beitritt Bulgariens oder Rumäniens dürften nicht wiederholt werden.

Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) erklärte, der Bund arbeite an einem praktischen Konzept, "wie wir den Flüchtlingsstrom gemeinsam bewältigen und eindämmen können". Es müsse geprüft werden, auch Montenegro, Albanien und das Kosovo zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, sagte er der "Bild"-Zeitung. Ziel eines neuen Flüchtlingskonzepts sei es, "dass Menschen, deren Asylantrag vorhersehbar aussichtslos ist, sich gar nicht erst auf den Weg zu uns machen", so der Kanzleramtsminister. Es könne nicht sein, dass Menschen aus Ländern "zu uns kommen, in denen es keine Diktatur und keinen Krieg gibt, aus Ländern, die sich sogar gerade auf einen EU-Beitritt vorbereiten".

Im ersten Halbjahr 2015 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fast 180.000 Asylanträge registriert. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist das ein Anstieg um 132,2 Prozent. Fast jeder zweite Bewerber (45,94 Prozent) stammt vom Westbalkan, aus Ländern wie dem Kosovo, Albanien, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina oder Montenegro. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums beträgt ihre Anerkennungsquote aber nur 0,15 Prozent. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linke-Fraktion geht hervor, dass etwa ein Drittel der Flüchtlinge vom Westbalkan der Volksgruppe der Roma angehört.



Deutsche Politik verliert Geduld mit dem Balkan NRW-Innenminister Jäger: Serbien muss Probleme mit den Roma lösen, bevor es in die EU darf. Regierung plant Flüc....

NRW-Innenminister Jäger äußerte Verständnis für die Ankömmlinge vom Balkan. "Wir sollten uns die prekäre Situation der Flüchtlinge vor Augen führen", sagte der Minister. "Das sind menschliche Tragödien." Er könne die Motivation der Armutsflüchtlinge verstehen. Als Familienvater im armen Kosovo würde wohl auch er versuchen, nach Deutschland zu kommen. "Trotzdem müssen wir diesen Menschen ganz schnell sagen, dass sie hier keinen Anspruch auf Asyl und damit keine Perspektive haben, bei uns zu bleiben", sagte Jäger.

Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 4, 2015

---

End of Document

## **Osteuropa will nun doch Flüchtlinge aufnehmen; Gerechtere Verteilung in der EU angestrebt. Deutschland will abgelehnte Asylbewerber schneller abschieben. Diskussion über Reisefreiheit**

Die Welt

Mittwoch 17. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 138

**Length:** 366 words

**Byline:** Sabine Menkens

Christoph B. Schiltz

### **Body**

---

Berlin/Brüssel

In den Streit über die Verteilung von **Flüchtlingen** in Europa ist Bewegung gekommen. Nach Angaben von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) haben mehrere mittel- und osteuropäische Länder erstmals signalisiert, dass sie auf freiwilliger Basis bereit seien, **Flüchtlinge** aufzunehmen. Es sei eine sehr "konstruktive" Diskussion gewesen, sagte de Maizière am Rande des EU-Innenministertreffens in Luxemburg. Diplomaten berichteten, es werde nun wohl spätestens in einem Monat den Durchbruch geben.

Konkret ging es bei den Beratungen der Minister um die Frage, wie die wachsende Zahl von Flüchtlingen gerechter unter den EU-Ländern aufgeteilt werden könnte. Auf dem Tisch lag ein Vorschlag der EU-Kommission, die in den kommenden zwei Jahren 40.000 Flüchtlinge von Italien und Griechenland über einen sogenannten Notfallmechanismus auf andere Mitgliedsländer verteilen will. Nur etwa zehn der insgesamt 28 EU-Staaten unterstützen den Plan. Zu den Befürwortern gehören dagegen Deutschland und Frankreich. Deutschland soll demnach mit 8763 Migranten oder knapp 22 Prozent den größten Anteil aufnehmen. Die Kompromisslösung besteht nun offenbar darin, dass sich die Länder auf freiwilliger Basis an der Umverteilung beteiligen. Offen wäre bei dieser Lösung dann aber, ob die angestrebte Zahl von 40.000 Flüchtlingen so jemals erreicht werden kann.

De Maizière warnte vor Einschnitten bei der Reisefreiheit in Europa. Die Wiedereinführung systematischer Grenzkontrollen sei nicht wünschenswert. Allerdings könne das "Ende des freien Verkehrs in Europa" bevorstehen, wenn nicht alle EU-Länder ihrer Verantwortung nachkämen, warnte er. "Das muss vermieden werden, aber jeder muss sich der Gefahr bewusst sein."

Osteuropa will nun doch Flüchtlinge aufnehmen Gerechtere Verteilung in der EU angestrebt. Deutschland will abgelehnte Asylbewerber schneller abschieben. Diskuss....

In Deutschland soll mit schnelleren Asylverfahren, konsequenteren Abschiebungen und einer besseren Integration von Bleibeberechtigten auf den Flüchtlingsstrom reagiert werden. Nach Informationen der "Welt" werden Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Regierungschefs der Länder auf dem Flüchtlingsgipfel am Donnerstag beschließen, abgelehnte Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern "innerhalb von drei Monaten nach der Registrierung" abzuschieben.

Seite 7

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** June 17, 2015

**"Grenzschutz bedeutet nicht Flüchtlingsabwehr"; Frontex-Chef Klaus Rösler über Einreisen von IS-Kämpfern und die Vervielfachung der Migration über das Mittelmeer**

Die Welt

Freitag 13. März 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 61

**Length:** 938 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Eva Maria Kogel

## **Body**

---

Klaus Rösler koordiniert als Frontex-Chef den Schutz der EU-Außengrenzen. Er warnt vor IS-Kämpfern - noch gefährlicher aber seien Schlepper, die das Leben der **Flüchtlinge** aufs Spiel setzen.

Die Welt:

Die **Flüchtlingsströme** Europa nach Europa schwellen an. Inwieweit schlägt sich das in Zahlen nieder?

Klaus Rösler:

Grundlage sind die Zahlen, die uns die EU-Mitgliedsstaaten monatlich übermitteln. Darin enthalten sind die Feststellungen, die wir direkt bei unseren Einsätzen machen. Demnach haben wir im Jahr 2014 an allen Außengrenzen rund 283.000 irreguläre Einreisen gezählt; 220.000 davon auf dem Seeweg, das sind viermal so viele wie im Vorjahr. Einen massiven Anstieg stellen wir auf den Seerouten südlich von Italien sowie zwischen der Türkei und Griechenland fest.

Ist der Grenzschutz nicht erfolgreich?

Die Krisen in der Welt haben eine immer stärkere Auswirkung auf die Situation an den EU-Außengrenzen, aber: Migration gibt es, seitdem es Menschen gibt. Das wird sich auch nicht ändern. Dabei bedeutet Grenzschutz ja nicht Flüchtlingsabwehr. Wir sind primär damit beauftragt, reguläre Reisebewegungen zu fördern und illegale Aktivitäten, also Kriminalität an den Grenzen einzudämmen.

"Grenzschutz bedeutet nicht Flüchtlingsabwehr" Frontex-Chef Klaus Rösler über Einreisen von IS-Kämpfern und die Vervielfachung der Migration über das Mittelmeer

Nach Schätzungen der UN sind allein 2014 rund 3500 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Ihnen wird vorgeworfen, Sie würden sich vor allem um den Grenzschutz kümmern - aber nicht genug unternehmen, um Flüchtlinge zu retten. Wie reagieren Sie darauf?

Im Zuge unserer Einsätze an Seegrenzen sind wir verpflichtet, an Maßnahmen zur Seenotrettung teilzunehmen. Es gelten internationale Konventionen, dass bei einem festgestellten Seenotfall auf dem Meer die schnellstmögliche Rettungsmaßnahme durchzuführen ist - von jeglichen Booten oder Schiffen, die sich in der Nähe befinden. Bei einem Drittel der Rettungseinsätze der italienischen Küstenwache sind von Frontex koordinierte Schiffe oder Flugzeuge beteiligt. Der Vorwurf, dass wir keine Menschenleben retten, ist abwegig.

Wie bekommen Sie mit, dass Flüchtlingsboote unterwegs sind?

Wir treffen Vorkehrungen, damit wir das frühzeitig erkennen. Dafür sind Hubschrauber und in größeren Seegebieten auch Flugzeuge im Einsatz. Wir nutzen aber auch Satellitenbilder und Schiffsüberwachungssysteme. Damit wollen wir Boote ausmachen, die beispielsweise nicht registriert sind oder auf einem ungewöhnlichen Kurs fahren. Das können Hinweise darauf sein, dass es sich um Boote mit Migranten handelt. Vor der türkischen Küste etwa kommt es vor, dass ausgediente Schiffe außerhalb der Hoheitsgewässer liegen und von Hunderten Menschen mit kleinen Booten angesteuert werden. So etwas macht uns natürlich stutzig. Wir haben immer ein paar Schiffe auf dem Schirm, die wir genau beobachten.

Italiens Hilfsaktion "Mare Nostrum" im Mittelmeer ist beendet. Manche Politiker haben sich davon erhofft, dass sich Flüchtlinge abschrecken lassen und sich weniger auf die gefährliche Überfahrt machen. Geht das auf?

Bei der Neukonzeption der von uns koordinierten EU-Mission "Triton" im Anschluss an unsere EU-Einsätze "Hermes" und "Aeneas" haben wir darauf geachtet, dass wir gemäß unserem Mandat die Grenzen überwachen, dabei aber deutlich mehr Flugzeuge und Schiffe einsetzen als bisher - auch speziell für Rettungsaktionen.

Reicht das? Oder benötigen Sie angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen mehr Mittel?

Es ist unsere Aufgabe, die Außengrenzsicherung der EU zu koordinieren. Wichtig ist in Zukunft vor allem, dafür zu sorgen, dass die Route übers Mittelmeer nach Italien erst gar nicht mehr so oft genutzt wird. Dahinter steckt die Frage, inwieweit man bei der Grenzsicherung mit Transitländern im Mittelmeerraum stärker kooperieren kann. Die EU und Mitgliedstaaten tun dies beispielsweise auch mit der Türkei. Bei einem Land wie Libyen, das nahezu keine funktionierenden staatlichen Strukturen mehr besitzt, ist das schwierig.

Bemerken Sie, dass die Schlepper immer skrupelloser werden?

Die Schleuser setzen die Migranten immer stärker unter Druck. Man zwingt sie etwa in Libyen unter vorgehaltener Waffe, in ein seeuntaugliches Schlauchboot zu steigen. Das berichten uns Überlebende. Wir beobachten zudem, dass Schlepper immer häufiger marode Boote nutzen - ungeachtet widrigster Wetterverhältnisse.

Der Islamische Staat hat zuletzt angekündigt, Kämpfer unter die Flüchtlinge nach Europa zu mischen. Wie groß ist diese Gefahr?

Wir nehmen dies als Warnung zur Kenntnis und analysieren es. Zusammen mit den italienischen Behörden müssen wir überlegen, wie es zum Beispiel gelingen kann, nach der Ankunft in Sizilien schneller die Identität eines Flüchtlings festzustellen, etwa durch umfangreicheren Einsatz geschulter Befragungsteams. Ich muss dazu sagen, dass wir noch keinen solchen Fall festgestellt haben. Die Gefahr der Einreise solcher Kämpfer besteht grundsätzlich an allen EU-Außengrenzen.

Ein Angriff mit Schnellbooten von Libyen - inwieweit sind Sie auf ein solches Szenario vorbereitet?

Man sollte die Distanz zu Italien oder Malta, die mehr als 400 Kilometer beträgt, nicht gering schätzen. Wir tun sehr viel, um verdächtige Schiffsbewegungen früh zu erkennen. Diese Informationen tragen wir regelmäßig in Lagebildern zusammen.

"Grenzschutz bedeutet nicht Flüchtlingsabwehr" Frontex-Chef Klaus Rösler über Einreisen von IS-Kämpfern und die Vervielfachung der Migration über das Mittelmeer

Ihre Agentur bekommt das Leid an Europas Außengrenzen mit. Was halten Sie von der Idee, Asylzentren bereits in Transitländern einzurichten?

Eine Erweiterung legaler Zugangsmöglichkeiten nach Europa macht es natürlich leichter, Grenzen effektiv zu kontrollieren und Menschenleben zu retten. Jede Maßnahme, die zur geregelten Steuerung von Migrantenströmen beiträgt, ist in unserem Interesse. Das würde es auch uns erleichtern, uns auf die kriminellen Machenschaften zu konzentrieren.

## Graphic

---

TOMASZ PIKULA

Frontex-Chef Klaus Rösler

TOMASZ PIKULA

**Load-Date:** March 13, 2015

---

End of Document

**Deutschland Kompakt; Kanzler der Einheit: Helmut Kohl seit Wochen in der Klinik ++ Umstrittener Politiker: Edathy klammert sich an SPD-Mitgliedschaft ++ Migration: G-6-Innenminister scheitern mit Asyl-Einigung**

Die Welt

Mittwoch 3. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 126

**Length:** 674 words

## **Body**

---

Kanzler der Einheit

Helmut Kohl seit Wochen in der Klinik

Altkanzler Helmut Kohl liegt nach einer Darmoperation auf der Intensivstation der Chirurgie des Universitätsklinikums Heidelberg. Sein Zustand sei "sehr ernst", hieß es aus dem Umfeld des langjährigen CDU-Vorsitzenden (1973 bis 1998) und Bundeskanzlers (1982 bis 1998). Nach Informationen der Illustrierten "Bunte" soll Kohl nach dem Eingriff für längere Zeit ohne Bewusstsein gewesen sein. Nach Angaben seines Berliner Büros geht es dem 85-Jährigen aber "den Umständen entsprechend gut". In einer am Dienstagnachmittag verbreiteten Erklärung heißt es: "Es ist richtig, dass Herr Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl Anfang Mai eine Hüftoperation hatte, die er sehr gut überstanden hat. Im Anschluss hat sich die Notwendigkeit eines weiteren Eingriffs ergeben, der den Klinikaufenthalt entsprechend verlängert hat. Den Umständen entsprechend geht es Dr. Helmut Kohl gut.

Er wird im Anschluss wegen der neuen Hüfte in eine Reha gehen, die er zugleich mit Urlaub verbinden wird." Kohl hatte nach seiner Hüftoperation in dem Klinikum in Heidelberg der "Bild"-Zeitung gesagt, er sei zufrieden und wolle vor allem eines: "So schnell wie möglich wieder nach Hause." Bei einem schweren Sturz nach einer Knieoperation 2008 hatte Kohl ein Schädel-Hirn-Trauma erlitten. Seither ist er auf den Rollstuhl angewiesen und kann nur schwer sprechen. Seinen 85. Geburtstag am 3. April feierte Kohl in kleinem Kreis. Bundespräsident Joachim Gauck hatte zu Kohls Geburtstag erklärt: "Von herausragender Bedeutung für mich, wie für die übergroße Mehrheit unserer Landsleute im Osten wie im Westen ist, dass Sie sich mit der Teilung unseres Landes nie abgefunden haben. Vielmehr haben Sie genau zur richtigen Zeit mit Entschlossenheit und Kraft darum gerungen, die Vereinigung Deutschlands ins Werk zu setzen."

Umstrittener Politiker

Edathy klammert sich an SPD-Mitgliedschaft

Deutschland Kompakt Kanzler der Einheit: Helmut Kohl seit Wochen in der Klinik ++ Umstrittener Politiker:  
Edathy klammert sich an SPD-Mitgliedschaft ++ Migratio....

Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy will die Entscheidung der Schiedskommission des SPD-Bezirks Hannover, seine Parteirechte drei Jahre auszusetzen, nicht akzeptieren. "Ich werde gegen die heutige Entscheidung Berufung bei der SPD-Bundesschiedskommission einlegen", teilte Edathy am Montagabend über Facebook mit. "Nach Sichtung des 32-seitigen Textes war es zwingend, den Antrag des SPD-Bundesvorstandes auf meinen Parteiausschluss abzulehnen", heißt es weiter in seiner Erklärung. Die Gründe habe die Kommission stringent dargelegt. "Unverständlich bleibt aber gerade deshalb, wieso meine Mitgliedsrechte für drei Jahre ruhen sollen." Es bestehe daher der Eindruck, "dass der Hintergrund allein der sein dürfte, dem SPD-Bundesvorstand ein komplettes Scheitern zu ersparen. Das halte ich politisch für nachvollziehbar. Ich akzeptiere das aber nicht." Die Schiedskommission des SPD-Bezirks Hannover hatte am Montag mitgeteilt, dass Edathy seine Parteimitgliedschaft wegen der Vorwürfe um den Besitz kinderpornografischen Materials ab sofort für drei Jahre ruhen lassen muss. Für einen von der Parteispitze beantragten Parteiausschluss sah das Gremium dagegen keine ausreichende Grundlage.

## Migration

### G-6-Innenminister scheitern mit Asyl-Einigung

Die G-6-Innenminister der EU haben sich bei ihrem Treffen in Moritzburg nicht auf eine gemeinsame Strategie zur Aufnahme von Flüchtlingen einigen können. "Wir können jetzt nicht fünf Jahre über Verteilschlüssel beraten. Dazu reicht die Zeit nicht", mahnte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) zum Abschluss der Beratungen der sechs einwohnerstärksten EU-Länder. Er würdigte den Vorschlag der EU-Kommission für ein befristetes Verteilungsverfahren als "mutig und vernünftig". Unmittelbar vor dem Treffen hatten Berlin und Paris die Einrichtung von Wartezentren für illegale Migranten in den Staaten mit EU-Außengrenzen gefordert. Außerdem verlangten sie die Einhaltung der geltenden Asylgesetze nach dem Dublin-Abkommen, demzufolge illegale Migranten in dem Staat einen Asylantrag stellen müssen, in dem sie erstmals europäischen Boden betreten.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** June 3, 2015



**Wertevermittlung soll künftig wichtiger werden; Die Bundesregierung will die Integrationskurse ausbauen - aber Eltern kleiner Kinder haben häufig das Nachsehen, weil die Betreuung fehlt**

Die Welt

Dienstag 24. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 119

**Length:** 699 words

**Byline:** Sabine Menkens

## Body

---

Die Gleichberechtigung der Geschlechter soll künftig in den Integrationskursen für **Migranten** eine größere Rolle spielen als bisher. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zurück, die der "Welt" exklusiv vorliegt.

Im Zuge des neuen Integrationsgesetzes soll der Umfang des Orientierungskurses von 60 auf 100 Unterrichtseinheiten erhöht werden und "künftig schwerpunktmäßig Inhalte zur Wertevermittlung enthalten", heißt es in der Antwort der Bundesregierung. "Der Aspekt der Gleichberechtigung von Mann und Frau wird dabei einen hohen Stellenwert einnehmen."

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) habe die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit der Überarbeitung des Curriculums für einen bundesweiten Orientierungskurs beauftragt, heißt es in der Antwort der Bundesregierung weiter. Das überarbeitete Curriculum soll bis Mitte Juni vorliegen und könne dann einer vom Innenministerium eingerichteten Bewertungskommission vorgelegt werden. Die Bundesregierung befasst sich auf ihrer Klausurtagung in Meseberg an diesem Dienstag und Mittwoch mit der Ausarbeitung des Integrationsgesetzes.

Ein richtiger Schritt, finden auch die Grünen. "Es ist überfällig, dass nun endlich der Aspekt der Gleichberechtigung bei den Lehrinhalten stärker berücksichtigt werden soll", sagte Franziska Brantner, die kinder- und familienpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, der "Welt". Sie hatte kürzlich selbst einen Tag lang an einem Orientierungskurs teilgenommen, um sich ein eigenes Bild zu machen.

Dabei allerdings stieß Brantner auf ein anderes ungelöstes Problem: das der fehlenden Kinderbetreuung. Spezielle Angebote der Kinderbetreuung während der Kurse waren bereits im September 2014 eingestellt worden - mit dem Verweis darauf, dass es besser und integrationspolitisch sinnvoller ist, wenn die Kinder in die normale staatliche Kindertagesbetreuung eingebunden werden. "Ob die Eltern, die an einem Integrationskurs teilnehmen möchten

Wertevermittlung soll künftig wichtiger werden Die Bundesregierung will die Integrationskurse ausbauen - aber Eltern kleiner Kinder haben häufig das Nachsehen, ....

oder müssen, dieses Regelangebot tatsächlich nutzen oder es überhaupt genügend Plätze gibt, dafür liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Das ist wirklich beschämend", bemängelt Brantner.

Tatsächlich kann die Bundesregierung nicht sagen, inwiefern eine fehlende Kinderbetreuung eventuell der Grund dafür ist, dass Kurse nicht oder nur in Teilzeit besucht werden können. Im Jahr 2014 nahmen insgesamt 142.439 Männer und Frauen an den Kursen teil, im Jahr 2015 waren es 179.398, davon 88.315 Männer und 91.083 Frauen. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich 51.117 Männer und 52.758 Frauen, besuchte den Kurs nur in Teilzeit.

"Die Bundesregierung ist derzeit vollkommen ahnungslos, wenn es um die Versorgung und Betreuung von Kindern während der Integrationskurse geht", kritisiert Brantner. Die Teilnahme von Müttern und Vätern an solchen Kursen sei für ein wirklich gutes Ankommen in Deutschland aber unerlässlich.

"Viele Eltern geben aber an, wegen fehlender Kinderbetreuung verspätet oder auch gar nicht an einem Integrationskurs teilnehmen zu können. Die Bundesregierung muss daher endlich aufhören, über Sanktionen für Flüchtlinge zu sprechen, sondern ihnen durch gute und verlässliche Rahmenbedingungen die Möglichkeit geben, sich in Deutschland willkommen zu fühlen."

Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs haben gemäß Aufenthaltsgesetz "Ausländer, die sich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten und erstmals einen Aufenthaltstitel erhalten". Seit Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes am 24. Oktober 2015 haben auch Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und Migranten mit Duldungsstatus die Möglichkeit, zu Integrationskursen zugelassen zu werden.

Bis Ende April hätten bereits 175.660 Zuwanderer auf Basis dieser neuen Rechtsvorschrift eine Zulassung zu einem Integrationskurs beantragt, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Doch erst 9556 von ihnen, darunter nur 1697 Frauen, haben seitdem tatsächlich schon mit dem Kurs begonnen. Die Nachfrage nach Integration übersteigt das Angebot also noch bei Weitem.

Die Regierung ist derzeit vollkommen ahnungslos Franziska Brantner, familienpolitische Sprecherin Grüne

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** May 24, 2016

## Steinmeier kritisiert Ende der Balkanroute; Außenminister verteidigt Abkommen mit der Türkei

Die Welt

Dienstag 29. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 73

**Length:** 456 words

### **Body**

---

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat das Flüchtlingsabkommen der Europäischen Union mit der Türkei verteidigt. Ohne die Vereinbarung und die Unterstützung Griechenlands "hätten wir heute an der griechisch-mazedonischen Grenze 100.000 Menschen, die in Dreck und Schlamm zu überleben versuchen", sagte Steinmeier den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Diese Bilder, spätestens ausbrechende Seuchen und Todesfälle, hätte doch in Wahrheit niemand ertragen können." Er sei froh, dass dieser "unhaltbare Zustand" beim vergangenen EU-Gipfel wieder in europäische Bahnen gelenkt worden sei. Tatsächlich harren derzeit rund 12.000 Menschen am geschlossenen Grenzübergang Idomeni aus.

"Deshalb sind die Orientierung auf die Außengrenzen Europas, die Abkommen mit der Türkei und die Unterstützung Griechenlands der richtige Weg", sagte Steinmeier. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Türkei sämtliche Flüchtlinge zurücknimmt, die illegal nach Griechenland gelangt sind. Im Gegenzug für jeden abgeschobenen Syrer sagt die EU zu, auf legalem Weg einen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufzunehmen - bis zu einer Obergrenze von 72.000 Menschen.

Steinmeier verwies darauf, dass die Türkei schon mit Blick auf ihre geografische Lage ein zentraler Partner in der Flüchtlingskrise sei. "Das kann man gut finden oder nicht - es ist eine Tatsache, die eine verantwortungsvolle Politik berücksichtigen muss", sagte der SPD-Politiker. Natürlich müsse sich die Vereinbarung mit der Türkei erst noch in der Praxis bewähren. "Zumindest ist jetzt ein Schritt gemacht auf dem Weg hin zu mehr Kontrolle und zur Begrenzung illegaler Migration." Bei aller berechtigten Kritik an innenpolitischen Entwicklungen in dem Land dürfe nicht übersehen werden, welche Leistungen die Türkei mit der Aufnahme von Millionen Flüchtlingen seit Jahren erbringe, sagte der Außenminister.

Zugleich kritisierte der Außenminister die einseitige Entscheidung Österreichs und anderer Staaten zur Schließung der Balkanroute. "Es kommen weniger Flüchtlinge nach Mitteleuropa, weil sie in Griechenland stranden. Dort ist eine humanitäre Notlage entstanden", sagte Steinmeier. "Sich der eigenen Probleme entledigen, indem man europäische Partner in Not bringt - so können wir in Europa nicht miteinander umgehen."

Steinmeier kritisiert Ende der Balkanroute Außenminister verteidigt Abkommen mit der Türkei

Die EU-Kommission forderte von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union mehr Unterstützung für Griechenland. "Die Mitgliedsländer müssen dringend mehr Experten und Unterstützung vor Ort anbieten", sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos der "Welt am Sonntag". Es gehe nun darum, "die Verfahren für alle Migranten zu beschleunigen und die Rückkehr jener zu unterstützen, die nicht um Asyl bitten oder deren Anträge unzulässig sind".

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** March 29, 2016

---

End of Document

**Europas Schmerzgrenzen; Die mazedonische Polizei stoppt Migranten mit Tränengas. In Frankreich beginnt die Räumung des "Dschungels" bei Calais. Die EU bereitet Nothilfe für Flüchtlinge in Griechenland vor**

Die Welt

Dienstag 1. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 51

**Length:** 610 words

## **Body**

---

Die **Flüchtlingskrise** in Europa hat sich am Montag gleichzeitig an mehreren Orten dramatisch zugespitzt. Hunderte **Migranten** attackierten den Grenzzaun zwischen Griechenland und Mazedonien. Die mazedonische Polizei setzte Tränengas ein, um die Menschen zu stoppen. Am Übergang Idomeni überwand eine Gruppe von etwa 300 **Flüchtlingen** aus dem Irak und Syrien Polizeiabsperungen und drang auf die Bahnstrecke von Griechenland nach Mazedonien vor. Die Menschen rissen Stacheldrahtabsperungen nieder und riefen: "Macht die Grenzen auf!"

Etwa 6000 Menschen sitzen nach Angaben der griechischen Polizei an der Grenze fest, landesweit warteten etwa 22.000 Menschen auf die Weiterreise nach Norden. Die mazedonischen Behörden ließen am frühen Morgen nur 300 Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien ins Land, Tausende andere mussten warten. Mazedonien, erstes Land auf der Balkanroute, hatte kürzlich ebenso wie Serbien und die EU-Staaten Kroatien, Österreich und Slowenien Tageshöchstgrenzen für die Einreise von Flüchtlingen eingeführt und lässt nur noch Menschen aus Syrien und dem Irak passieren.

Szenen des Elends spielen sich auch im Zentrum Athens ab. Auf dem Viktoria-Platz, der als Drehscheibe der Aktivitäten von Schleuserbanden gilt, verbrachten Hunderte Migranten die Nacht im Freien. Anwohner und freiwillige Helfer brachten Lebensmittel und Medikamente. In der Hafenstadt Piräus kamen am Montagmorgen drei Fähren mit mehr als 2000 Migranten an. Sie hatten zuvor von der türkischen Küste aus zu den griechischen Inseln übergesetzt. Unterdessen gab es in Nordgriechenland erstmals einen vermutlich fremdenfeindlichen Brandanschlag auf geplante Flüchtlingsunterkünfte. Zwei ehemals vom griechischen Militär benutzte Hallen in der Kleinstadt Giannitsa wurden fast vollständig zerstört, berichtete das griechische Fernsehen.

Unterdessen begannen die Behörden in Frankreich mit der Räumung des Flüchtlingslagers in Calais. Etwa 800 bis 1000 Einwanderer, die im Süden des als "Dschungel von Calais" bekannten Baracken- und Zeltlagers leben, sind nach offiziellen Angaben von der Räumung betroffen. In Calais sammeln sich seit Jahren Menschen, die illegal

Europas Schmerzgrenzen Die mazedonische Polizei stoppt Migranten mit Tränengas. In Frankreich beginnt die Räumung des "Dschungels" bei Calais. Die EU bereitet N....

nach Großbritannien einwandern wollen. Nach Behördenangaben halten sich derzeit knapp 4000 Migranten dort auf.

Die EU-Kommission bereitet derzeit umfangreiche Nothilfen für in Griechenland festsitzende Flüchtlinge vor. Brüssel sei bereit, "alle verfügbaren Instrumente" zu nutzen, um eine humanitäre Krise zu verhindern, sagte eine Sprecherin. Geholfen werden soll beim Grenzschutz sowie durch die Bereitstellung von Unterkünften. Beim Sondergipfel der EU-Chefs mit der Türkei am 7. März wird es auch um die Lage in Griechenland gehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte am Sonntag zugesagt, Griechenland beizustehen. Obergrenzen für den Flüchtlingszuzug lehnte sie erneut ab. Athen kritisiert vor allem die Abschottung Österreichs und fordert eine Beteiligung der gesamten Europäischen Union zur Bewältigung der Krise.

Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner wies Kritik an der Flüchtlingspolitik ihres Landes als "absurd" zurück. Für manche scheine die "europäische Lösung" darin zu bestehen, "dass sich alles in Österreich sammelt", sagte die Ministerin von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP).

Durch die Grenzsicherungsmaßnahmen ist der Ansturm von Migranten auf der Balkanroute dramatisch zurückgegangen. In Kroatien und Slowenien wurden nach offiziellen Angaben in den letzten drei Tagen nur noch knapp 1000 Menschen registriert. Zum Vergleich: Im Dezember waren es noch teilweise deutlich mehr als 4000 an einem einzigen Tag.

Siehe Kommentar, Seiten 4 und 5

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** March 1, 2016

**Das ganz normale Berliner Flüchtlingschaos; Flüchtlinge, die mit Selbstmord drohen, und Helfer, die notdürftig Staat spielen. Szenen aus der überforderten Hauptstadt**

Die Welt

Dienstag 22. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 221

**Length:** 1109 words

**Byline:** Benno Mühler

## **Body**

---

Zwei Iraker stehen auf dem Balkon im zehnten Stock des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales (Lageso). Ihre Blicke gehen in die Tiefe. Der eine trägt ein schwarzes Hemd, der andere ist oberkörperfrei. Sie drohen, sich in den Tod zu stürzen, weil ihre Anträge nicht bearbeitet werden. Seit 18 Tagen soll der eine schon warten, ohne dass sich etwas getan hätte. Gebannt verfolgen Hunderte Menschen unter ihnen das Geschehen. Die Bilder in der RBB-"Abendschau" lassen den Atem stoppen. Am Ende werden die Iraker dazu bewegt, nicht zu springen. Die Polizei nimmt sie fest. Ein Zimmernachbar macht die katastrophale Lage am Lageso für den Vorfall verantwortlich: Im Irak drohe seinem Bekannten der Tod. Hier sterbe er in den Mühlen der Bürokratie.

"Solch eine dramatische Situation, wie wir sie hier in Berlin haben, gibt es doch in keinem anderen Bundesland", sagt die Berliner Grünen-Politikerin Canan Bayram. "Wir können die Leute nicht so verzweifelt werden lassen, dass sie beginnen, Gewalt gegen sich oder andere anzuwenden." Bayram ist die Sprecherin für Integrations-, **Migrations-** und **Flüchtlingspolitik** der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und verfolgt das Chaos am Lageso schon lange. Der Vorfall stehe beispielhaft dafür, was dort alles schief läuft.

Seit mehr als zwei Monaten stehen Flüchtlinge bei Regen und Hitze vor dem Lageso an der Turmstraße Schlange. Tagelang, von morgens bis abends, ohne dass ihre Anträge bearbeitet werden. Viele kampieren nachts in Schlafsäcken an der Straße oder im Park gegenüber. Auf der Wiese vor dem Lageso stapelt sich der Müll. Lange gab es nur vier Toiletten für Tausende von Menschen. Babys schreien, Kinder quengeln. Die Menschen sind entnervt. Immer öfter muss die Polizei aufgebrachte Männer zurückweisen, stellenweise sogar unter Androhung von Pfefferspray. Im Park soll es nachts zu Vergewaltigungen von weiblichen Flüchtlingen gekommen sein. Auch zu Raubüberfällen. Dabei erlitt ein afghanischer Flüchtling schwere Stichverletzungen. Ein anderes Mal wurde ein Helfer bei der Essensausgabe von Flüchtlingen bedroht. Und nun, am vergangenen Donnerstag der Sprungversuch. Warum bekommt die Berliner Verwaltung die Situation seit mehr als zwei Monaten nicht in den Griff?

Das ganz normale Berliner Flüchtlingschaos Flüchtlinge, die mit Selbstmord drohen, und Helfer, die notdürftig Staat spielen. Szenen aus der überforderten Haupts....

Das Flüchtlingschaos kommt, zusammengefasst, so zustande: Flüchtlinge, die nach Berlin gelangen, müssen sich am Lageso registrieren. Danach können sie ihren Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellen, sollte vom Lageso nicht entschieden werden, dass sie dazu in ein anderes Bundesland müssen, weil es in Berlin schon zu viele Asylsuchende gibt. Sollte das der Fall sein, bekommen sie vom Lageso einen Zuggutschein. Nach Absprache mit der Deutschen Bahn soll dieser 14 Tage gültig sein. Verschiedene ehrenamtliche Helfer berichten aber, dass mehrfach Schaffner davon nichts wissen wollten und die Flüchtlinge als Schwarzfahrer kassierten. Ohne Geld kommen die Flüchtlinge zurück zum Lageso und reihen sich wieder in die Schlange.

Sollte das Lageso entscheiden, dass der Asylantrag in Berlin gestellt werden kann, müssen die Flüchtlinge zum BAMF. Dort dürfen sie ihren Antrag aber nur stellen, wenn sie nachweisen können, dass sie in einer Flüchtlingsunterkunft wohnen. Auch das klappt nicht immer, weil es nicht genügend Plätze gibt. Und so müssen die Flüchtlinge, wenn das BAMF sie wegen fehlender Unterlagen abweist, zurück in die Schlange vor dem Lageso. Das müssen auch alle jene, deren Antrag erfolgreich bearbeitet wurde und die nun Asylleistungen beziehen können. Denn die Leistungen gibt es auch wieder vom Lageso. Oft dauert die Antragsbearbeitung beim BAMF aber viel länger als drei Monate, sodass die Flüchtlinge ihre genehmigte Aufenthaltsfrist überschreiten. Um sie zu verlängern, müssen sie - richtig - zurück zum Lageso. Und weil so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen und das Lageso nach wie vor zu wenig Personal hat, um all die Anträge zu bearbeiten, werden die Schlangen immer länger.

Die Grünen-Politikerin Bayram und viele andere Kritiker sehen die Schuld bei Sozialsenator Mario Czaja (CDU), der für das Lageso zuständig ist. Zwar kämen in der Hauptstadt mehr Flüchtlinge an als in anderen Bundesländern. Doch dass die Lage am Lageso so ausarten konnte, daran trage auch die Verwaltung selbst viel Schuld. Über den Mangel an Personal und Räumlichkeiten diskutiere man bereits seit mehr als einem halben Jahr. "Wir haben mittlerweile das Gefühl des völligen Behördenversagens beim Lageso", sagt auch die Sprecherin des Berliner Flüchtlingsrats, Martina Mauer. "Das System der Asylaufnahme ist teilweise zusammengebrochen."

Lageso-Sprecherin Regina Kneiding gibt den Personalmangel zu, verweist jedoch darauf, dass man schon viel tue und getan habe, um das Problem in den Griff zu bekommen. "Es sind viele Maßnahmen getroffen worden, die die Lage an der Turmstraße schrittweise verbessert haben", sagt Kneiding. Neben der Verbesserung der Essensausgabe, Hygiene, medizinischen Versorgung und Erhöhung der Toilettenanzahl habe man bei anderen Berliner Behörden nach freiwilligen Mitarbeitern gesucht und schon 350 Antworten erhalten.

Von diesen seien bereits 80 Mitarbeiter im Einsatz. Kürzlich eröffnete eine neue Registrierungsstelle, um das Lageso zu entlasten. Eine weitere soll bald folgen. Daneben gehen mobile Einsatzteams in die Flüchtlingsunterkünfte, um schon dort die nötigen Anträge abzuarbeiten. Doch das tun die Teams nicht jeden Tag. Und so suchen die Flüchtlinge weiterhin den Weg zum Lageso.

Berlin hat die Flüchtlinge in Turnhallen, Wohnungen, einer Kaserne, Hostels, Wohncontainern, einer Traglufthalle, Bürogebäuden und sogar im ehemaligen Rathaus von Wilmersdorf untergebracht. Auch die Nutzung des alten Flughafens Tempelhof ist vorgesehen. An Ideen mangelt es nicht. Darf es auch nicht. Denn bis Jahresende rechnet der Senat mit 40.000 Flüchtlingen. Nach Informationen des Lageso leben aber schon jetzt 36.000 Asylbewerber und Asylleistungsbezieher in Berlin. "Wir müssen in einer Wahnsinnsgeschwindigkeit ständig neue Unterkünfte schaffen", sagt Kneiding.

Was die Behörden nicht schaffen, leisten Zehntausende ehrenamtliche Helfer. Auch hier hat Berlin bundesweit die Nase vorn. Im ehemaligen Rathaus Wilmersdorf, wo mehr als 700 Flüchtlinge untergebracht sind, arbeiten 12 Hauptamtliche. Der Rest sind Ehrenamtler, 150 insgesamt. Sie sammeln Spenden für Essen und Medikamente, Spielzeug und Hygieneartikel und betreuen die Kinder, wenn die Eltern zwischen Lageso und BAMF pendeln müssen. "Ohne sie wäre das hier alles nicht möglich", sagt der Heimleiter Thomas de Vachroi. Und Berlin wäre erst recht im Chaos versunken.



Das ganz normale Berliner Flüchtlingschaos Flüchtlinge, die mit Selbstmord drohen, und Helfer, die notdürftig Staat spielen. Szenen aus der überforderten Haupts....

## Graphic

---

dpa/Bernd von Jutrczenka

Zahlreiche Flüchtlinge warten auf dem Gelände des Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin auf ihre Registrierung

Bernd von Jutrczenka

**Load-Date:** September 22, 2015

---

End of Document

**Griechisches Pokerspiel; Im ersten Jahr seiner Regentschaft hat Alexis Tsipras seinem Land nur Pech gebracht. Doch die Flüchtlingsmisere gibt dem reformunwilligen Linken die Chance, doch noch einen Schuldenschnitt durchzusetzen. Denn jetzt sind die Deutschen isoliert**

Die Welt

Donnerstag 28. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 23

**Length:** 1074 words

**Byline:** Dorothea Siems

## **Body**

---

Die Griechen pokern wieder. Alexis Tsipras hat nach einem Jahr im Amt bei seinen Landsleuten zwar den Nimbus eines Hoffnungsträgers verloren. Doch der Chef der Rechts-links-Regierung glaubt weiterhin, aus dem zermürbenden Schuldenstreit mit den Gläubigern am Ende doch noch als Sieger hervorgehen zu können. Denn in der sich zuspitzenden **Flüchtlingskrise** kommt Athen eine Schlüsselrolle zu. Tsipras hat damit plötzlich einen Trumpf in der Hand, der den Ausgang der weiter schwelenden Schuldenmisere erheblich beeinflussen wird. Umsonst wird die von Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten verlangte größere Kooperationsbereitschaft der Griechen beim Schutz der EU-Außengrenze jedenfalls nicht zu haben sein. Und selbst ein Schuldenerlass scheint nicht mehr ausgeschlossen. Zumal gerade die Bundesregierung, die in der Griechenlandkrise als unnachgiebiger Gegenspieler aufgetreten ist, im jetzigen **Asylstreit** in Europa isoliert wie noch nie dasteht.

Dass ausgerechnet Griechenland die zurzeit wichtigste Außengrenze schützen soll, ist fatal. Denn das überschuldete und wirtschaftlich daniederliegende Land scheitert tagtäglich an dieser gewaltigen Aufgabe. Das EU-Mitglied ist nach Jahren der Krise ein "failed state", ein gescheiterter Staat, mit unzureichender Verwaltung, Klientelwirtschaft und fehlenden bürgerlichen Strukturen. Und das griechische Leck in der EU-Außengrenze wird immer größer: Seit Jahresbeginn hat sich trotz des Winterwetters die Anzahl der Migranten gegenüber 2015 noch einmal kräftig erhöht. Im Frühjahr wird der Andrang weiter ansteigen. Kaum ein Flüchtling will länger als nötig auf griechischem Boden verweilen. Denn die Versorgung gilt als menschenunwürdig, obwohl Brüssel hierfür finanzielle Unterstützung leistet. Der EU-Plan, dass Griechenland fünf sogenannte Hotspots einrichtet, in denen alle Ankommenden registriert und dann auf unterschiedliche Mitgliedsstaaten verteilt werden, kommt nicht voran. Gerade einmal ein Hotspot wurde auf Lesbos eingerichtet. Das Gros der Asylsuchenden aber wird einfach Richtung Deutschland auf die Balkanroute geschickt. Wie schon in der Schuldenkrise im vergangenen Jahr fordert Berlin auch jetzt wieder von Athen, "endlich seine Hausaufgaben" zu erledigen. Wieder einmal versucht der Norden, Hellas massiv unter Druck zu setzen. Die einen drohen, die griechisch-türkische Grenze notfalls gegen den Willen

Griechisches Pokerspiel Im ersten Jahr seiner Regentschaft hat Alexis Tsipras seinem Land nur Pech gebracht. Doch die Flüchtlingsmisere gibt dem reformunwilligen....

Athens mit europäischen Frontex-Kräften zu schützen. Die anderen plädieren dafür, das Land aus dem Schengen-Raum auszuschließen, also den grenzenlosen Güter- und Reiseverkehr künftig auf diejenigen Mitglieder zu beschränken, die willig und fähig sind, den Flüchtlingsstrom zu reduzieren. Unzählige Schutzsuchende würden dann allerdings in Griechenland hängen bleiben, und das Land würde noch tiefer in die Krise stürzen.

Tsipras lässt sich von den Drohungen wenig beeindrucken. Denn die Verhältnisse in der EU haben sich seit einem Jahr gründlich geändert. In der Schuldenkrise gab es zumindest zeitweilig eine einheitliche Front sämtlicher Mitgliedsstaaten, die dem rebellischen Regierungschef Kontra gaben. Jetzt hingegen sehen viele die Hauptschuld an dem aktuellen Flüchtlingsstreit bei der Bundeskanzlerin und der von ihr betriebenen Willkommenskultur, die alle anderen Staaten nicht mitmachen wollen. Nicht Athen, sondern Berlin ist isoliert. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat den Griechen bereits versprochen, sie nicht hängen zu lassen. Und Italiens Regierungschef Matteo Renzi hat schon öffentlich bekundet, dass er einem Ausschluss aus dem Schengen-Raum niemals zustimmen werde. Schließlich hat auch Italien eine Wassergrenze, über die immer wieder Flüchtlinge ankommen. Doch es geht um mehr. Renzi hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er den von Deutschland verfochtenen Konsolidierungskurs grundsätzlich für falsch hält und stattdessen für eine schuldenfinanzierte Konjunkturpolitik nebst europäischer Transferunion eintritt. In Portugal und Spanien ist nach den Wahlen das linke Lager erstarkt, das gleichermaßen eine andere Wirtschaftspolitik propagiert und damit den zarten Aufschwung gefährdet.

In Griechenland setzt man derweil weiterhin auf Verzögerung und Verwässerung der mit den Gläubigern vereinbarten Reformpläne. Während das Parlament noch über Rentenkürzungen streitet, die den Geldgebern längst zugesichert wurden, rufen die Gewerkschaften schon wieder zu landesweiten Streiks auf. Dies zeigt, dass nach wie vor weder die verantwortlichen Politiker noch die Bürger hinter dem Reformprogramm stehen, das Tsipras im Sommer abgerungen wurde. Nun hat der Regierungschef mit der Flüchtlingskrise einen neuen Hebel in der Hand, um die EU zu mehr finanziellen Zugeständnissen zu bewegen. Und wie im Schuldenstreit scheint man es in Athen auf eine maximale Konfrontation ankommen zu lassen. Auf die nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von Schweden, Österreich, Ungarn oder Slowenien erhobene Forderung nach einem effektiven Schutz der EU-Außengrenze erwiderte Athen empört, ob man die Flüchtlinge denn im Meer ertrinken lassen solle. Schließlich dürften griechische Schiffe die Migranten nicht zurück in die Türkei bringen. Die moralische Keule soll vor allem die als allzu selbstgerecht empfundenen Deutschen treffen.

Mehr noch als die Schuldenkrise - die noch keineswegs bewältigt ist - zeigt auch die Flüchtlingsmisere, wie wenig die EU für Schlechtwetterzeiten gerüstet ist. Das Kernproblem liegt darin, dass einzelne Staaten die Folgen ihrer verfehlten Politik auf andere abwälzen können. Wäre Griechenland nicht Teil der Europäischen Union, würden in dem Staat nicht immer mehr Migranten aus Kriegsgebieten, Flüchtlingslagern oder bitterarmen Regionen anlanden. Die krisengebeutelte Gesellschaft, in der fast jeder Zweite im erwerbsfähigen Alter nicht arbeitet, bietet Migranten schließlich keinerlei Perspektiven. Doch als schwächstes und zugleich renitentestes Mitglied der EU ist Griechenland für Flüchtlinge ein ideales Ankunftsland. Denn es weist niemanden ab und ermöglicht somit jedem Zutritt zum begehrten Klub der reichen Europäer. Da die mit dieser Großzügigkeit verbundenen Kosten andere Länder, vor allem Deutschland, schultern müssen, gibt es für die Griechen keinen Anreiz, sich an einer Lösung zu beteiligen.

Als schwächstes und zugleich renitentestes Mitglied der EU ist Griechenland für Flüchtlinge ein ideales Ankunftsland

[dorothea.siems@weltN24.de](mailto:dorothea.siems@weltN24.de) ([dorothea.siems@weltN24.de](mailto:dorothea.siems@weltN24.de))

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 28, 2016

**175 Kilometer zu Fuß; Mehrere Tausend syrische Flüchtlinge brechen in Budapest auf und marschieren Richtung Deutschland. Neues Gesetz in Ungarn macht illegalen Grenzübertritt zur Straftat**

Die Welt

Samstag 5. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 207

**Length:** 961 words

**Byline:** Boris Kálnoky

## Body

---

### Budapest

Sie packten vormittags ihre Sachen und brachen dann gegen ein Uhr mittags auf. Die in Budapest gestrandeten **Flüchtlinge** sind auf dem Weg nach Deutschland. Alle. Medienwirksam geführt von einem Mann im Rollstuhl und einem auf Krücken. "Deutschland, wir kommen", riefen sie, als sich der Treck mehrerer Tausend zunächst vom Ostbahnhof durch die Innenstadt schlängelte, dann über die Elisabethbrücke nach Buda, die westliche Hälfte der ungarischen Hauptstadt. Nur noch 175 Kilometer bis zur österreichischen Grenze. Zwei Tage Fußmarsch, sagten einige in diesem Strom von Menschen. Fünf Tage bis nach Deutschland. Wenn man sie lässt.

Die Polizei wurde ganz offensichtlich auf dem falschen Fuß erwischt. Nach einem Kilometer erschien der erste Mannschaftswagen, und zehn Mann stiegen aus, später kamen dann noch mehr Sicherheitskräfte. Ein Versuch, den Marsch aufzuhalten, ohne Gewalt, misslang. Dann verlegte sich die Polizei auf Höflichkeit: Man möge doch bitte warten, bis der Kommandeur eintreffe, und mit ihm verhandeln. Verhandeln wollen die **Flüchtlinge** aber mit den Österreichern, an der Grenze. Hat nicht die österreichische Regierung selbst Ungarns Grenzzaun scharf verurteilt? Dann wird man sie doch wohl reinlassen.

An der serbischen Grenze brach fast zeitgleich ein anderer Treck auf. 1500 Migranten und Flüchtlinge brachen laut Medienberichten am späten Vormittag gewaltsam aus einem Auffanglager am Grenzübergang Röske aus. Und marschierten auf die Autobahn in Richtung Budapest. Die Polizei sprach später allerdings nur noch von 300 Menschen, von denen jene Gruppen, die sich auf der Autobahn nach Budapest durchschlagen wollten, bis zum frühen Nachmittag wieder eingefangen waren. Im Lager blieb die Spannung enorm. Teilweise gab es neue Ausbruchsversuche, und es wurde Tränengas eingesetzt. Am Vortag war erneut der Tagesrekord für ankommende "illegale" Migranten gebrochen worden: 3313 Menschen waren vor allem an der serbischen Grenze durch die neuen Grenzsperren durchgekommen.

175 Kilometer zu Fuß Mehrere Tausend syrische Flüchtlinge brechen in Budapest auf und marschieren Richtung Deutschland. Neues Gesetz in Ungarn macht illegalen G....

Das ungarische Parlament verabschiedete derweil im Eilverfahren den ersten Teil zweier Gesetzespakete mit denen Regierung, Armee und Polizei außerordentliche Vollmachten erhalten sollen, um der Flüchtlingskrise Herr zu werden. Für die zweite Hälfte der Maßnahmen fehlte die für das Eilverfahren nötige Vier-Fünftel-Mehrheit. Die Gesetzesvorschläge wurden von der radikal rechten Jobbik-Partei unterstützt, die in der Debatte mit haarsträubender Hetze versuchte, Aufmerksamkeit zu erregen. So sagte Jobbik-Sprecher Ádám Mirkoczi, es sei in der gegenwärtigen Lage "Landesverrat, Flüchtlinge zu registrieren", denn dann könne "Deutschland sie gemäß dem Dublin-III-Vertrag zurückschicken". Ein anderer Jobbik-Parlamentarier sagte, seine Partei werde "mit allen Mitteln gegen den Bevölkerungsaustausch kämpfen" - eine Floskel, die suggerieren soll, dass wegen der EU-Mitgliedschaft junge Ungarn das Land verlassen und dafür junge Migranten einströmen. Fidesz-Fraktionssprecher Lajos Kosa nannte in der Parlamentsdebatte die "verantwortungslose Flüchtlingspolitik der EU" einen "Teil des Problems", und beschuldigte die Opposition, der Masseneinwanderung Vorschub zu leisten. Die sozialistische Oppositionspartei MSZP wiederum warf der Regierung vor, es gehe ihr mit den neuen Gesetzen nicht um die Bewältigung der Flüchtlingskrise, sondern um "eine weitere Beschränkung der Rechte und Freiheiten der Bürger".

Mit den neuen Gesetzen gilt illegaler Grenzübertritt vom 15. September an nicht mehr nur als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat. Schlepper sollen mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft werden. Das Gesetzespaket sieht auch die Einrichtung von Transitzone für Flüchtlinge direkt an der Grenze vor. Sie sollen zur serbischen Seite hin offen sein und auf der ungarischen Seite geschlossen. Die Transitzone sind als größere Flächen geplant, auf denen sich Flüchtlinge bis zum Ende ihres Asylverfahrens aufhalten dürfen. Die neue Rechtsgrundlage erlaubt der Regierung, eine nationale "Flüchtlingskrise" auszurufen. Sicherheitskräfte hätten dann das Recht, jede Wohnung ohne richterlichen Befehl auf Migranten zu durchsuchen. Ob der neue Zaun an der serbischen Grenze wie von der Regierung geplant auch von Soldaten bewacht werden darf, wurde zunächst nicht entschieden. Die linksliberale Opposition hatte eine Abstimmung darüber unter Berufung auf Formalitäten der Parlamentshausordnung verhindern können.

In Prag trafen sich die Ministerpräsidenten Tschechiens, Polens, Ungarns und der Slowakei, der so genannten Visegrad-Gruppe. Bohuslav Sobotka, Ewa Kopacz, Viktor Orban und Robert Fico wollten sich auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Nach dem Treffen sagte Kopacz, jedes EU-Land sollte souverän über seine Maßnahmen zum Umgang mit dem Andrang von Flüchtlingen entscheiden. Die Maßnahmen zur Lösung der Flüchtlingskrise sollten - falls nötig - im September oder Oktober auf einem EU-Gipfel diskutiert werden, schlug Kopacz vor. Zu den Forderungen der Ministerpräsidenten gehören auch eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen und ein verstärkter Kampf gegen Schlepper. Alle vier lehnen verpflichtende Quoten für die Umverteilung von Flüchtlingen ab - was die neusten Pläne der EU-Kommission aber offenbar vorsehen. Europa bleibt in der Flüchtlingskrise gespalten.

Tschechien und die Slowakei haben in Prag die Einrichtung eines Korridors für syrische Flüchtlinge vorgeschlagen. Beide Länder könnten einen Bahn-Korridor für Flüchtlinge auf dem Weg von Ungarn nach Deutschland einrichten, wenn Berlin und Budapest zustimmten, sagte der tschechische Innenminister Milan Chovanec am Freitag in der tschechischen Hauptstadt. Dabei könnten Tschechien und die Slowakei "die Züge passieren lassen, ohne die Menschen weiter zu kontrollieren".

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

REUTERS/BERNADETT SZABO

Mit Rucksack, Baby und Merkel-Poster: Mehrere Tausend Migranten machen sich in der ungarischen Hauptstadt Budapest auf den Weg nach Deutschland

175 Kilometer zu Fuß Mehrere Tausend syrische Flüchtlinge brechen in Budapest auf und marschieren Richtung Deutschland. Neues Gesetz in Ungarn macht illegalen G....

REUTERS/LASZLO BALOGH

"Kein Essen, kein Wasser bis wir in Deutschland sind" steht auf dem Zettel. Die ungarische Polizei hatte den Zug gestoppt

Frank Augstein

BERNADETT SZABO

LASZLO BALOGH

**Load-Date:** September 5, 2015

---

End of Document

## Geistliche trotzen beim Kirchenasyl dem Innenminister; Flüchtlinge suchen verstärkt Schutz der Kirchen

Die Welt

Montag 23. Februar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 45

**Length:** 1126 words

**Byline:** Manuel Bewarder

### Body

---

Die Kirchen legen sich mit dem Bundesinnenminister an. Obwohl Thomas de Maizière in seinem Amt als Verfassungsminister das Kirchenasyl zuletzt scharf angegriffen hat, steigt die Zahl der von Gemeinden aufgenommenen Menschen, die eigentlich abgeschoben werden müssen.

Wie die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche auf Anfrage der "Welt" erklärte, zählt sie derzeit 226 Fälle von Kirchenasyl in Deutschland. Allein im Vergleich zum Vormonat bedeutet das ein Plus von 13 Prozent. Der Trend zeigt sich besonders deutlich, wenn man die Steigerung im gesamten vergangenen Jahr betrachtet: Anfang Januar 2014 registrierte die Bundesarbeitsgemeinschaft lediglich 34 Fälle von Kirchenasyl. Innerhalb eines Jahres ist die Zahl also um über 500 Prozent in die Höhe geschnellt.

Der Streit zwischen Kirche und Innenministerium droht damit zu eskalieren. In dieser Woche treffen sich bei einem Spitzengespräch Kirchenvertreter mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt. Eine Lösung des Konflikts ist bislang jedoch nicht in Sicht. Die Fronten scheinen verhärtet. Und der Grund dafür ist kompliziert.

Kirchenasyl spielt sich in einer rechtlichen Grauzone ab: Evangelische und katholische Gemeinden entschließen sich bisweilen dazu, wenn sie ernste Zweifel haben, dass abgelehnte Asylbewerber gefahrlos in ihr Ursprungsland zurückkehren können. Das Kirchenasyl soll helfen, Zeit für eine erneute Überprüfung einer Abschiebung zu gewinnen. Seit rund 30 Jahren gibt es diese Praxis - eine Form von Auflehnung gegen den Staat, die dieser aber immer akzeptierte. Tausende Flüchtlinge wurden in dieser Zeit aufgenommen. In vielen Fällen konnten die Menschen am Ende in Deutschland bleiben. So war es bislang.

Mittlerweile stellt die Regierung die Praxis deutlich infrage. Im Interview mit dem Deutschlandfunk erklärte CDU-Politiker de Maizière zwar, dass er als Christ der Meinung sei, dass "es auch mal ein Erbarmen geben kann". Dies könne jedoch höchstens mal "vier, fünf, sechs, zehn Fälle im Jahr" betreffen. "Wir reden jetzt inzwischen über Hunderte von Fällen", erklärte der Innenminister. Das sei "ein Missbrauch des Kirchenasyls".

Geistliche trotzen beim Kirchenasyl dem Innenminister Flüchtlinge suchen verstärkt Schutz der Kirchen

Grob betrachtet geht es bei den derzeit 226 Fällen von Kirchenasyl mit mindestens 411 Personen nur um einen ganz kleinen Anteil der Flüchtlinge, die in diesen Monaten nach Deutschland kommen. Das BAMF rechnet für 2015 mit rund 300.000 Asylbewerbern - das wäre ein erneuter Anstieg um etwa 100.000. Warum aber geht der Innenminister auf die wenigen Fälle so explizit ein und vergleicht die Praxis des Kirchenasyls gar mit der Scharia, jener Rechtsordnung, die laut Islam über den weltlichen Gesetzen steht?

Zunächst muss man anmerken, dass de Maizières Kritik am Kirchenasyl keine Neupositionierung ist. Intern bezieht er schon länger jene Position, die vor ein paar Wochen nach einem Treffen mit katholischen Bischöfen an die Öffentlichkeit durchsickerte. Dass die Situation in diesen Tagen derart eskaliert, liegt vor allem daran, dass die europäische Flüchtlingspolitik derzeit an seine Grenzen stößt.

Innerhalb der Europäischen Union (EU) gilt die Verabredung, dass Flüchtlinge in dem Mitgliedsstaat Asyl beantragen, das sie als Erstes erreicht haben. Verlassen die Menschen dieses Land jedoch und stellen später zum Beispiel in Deutschland ein Gesuch, so sieht die sogenannte Dublin-Verordnung eigentlich vor, dass die Flüchtlinge in das Erstaufnahmeland abgeschoben werden, über das sie Europa zuerst betreten haben.

So lautet die Theorie. Doch in der Praxis klappt dieses Verteilungssystem aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen derzeit kaum. Laut Dublin-Verordnung müssten Zehntausende von Deutschland in andere EU-Länder rückgeführt werden. Dagegen wiederum wehren sich viele Flüchtlinge. Eine hohe Zahl taucht unter, andere wiederum suchen Schutz in den Kirchengemeinden.

Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche handelt es sich derzeit bei 187 der 226 Kirchenasylfälle um sogenannte Dublin-Fälle. Im Vormonat waren es noch 169 Fälle - Anfang 2014 gar nur 24. Hier geht es also nicht mehr darum, eine drohende Abschiebung in ein Krisenland wie Afghanistan zu verhindern, in dem Lebensgefahr herrscht. Vielmehr stellt sich die Kirche gegen Überstellungen in andere EU-Staaten.

Das Bundesinnenministerium sieht in der Häufung des Kirchenasyls deshalb eine Untergrabung der europäischen Flüchtlingspolitik. Das sehen auch manche SPD-Politiker so. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius erklärte, es gebe Fälle, die erkennbar und durchsichtig dazu dienten, die Zuständigkeit für ein Asylverfahren nach Deutschland zu holen. Es gehe bei den Dublin-Fällen aber nicht darum, dass Flüchtlinge "in Tod und Folter" zurückgeschickt würden, sondern in ein anderes europäisches Land - wenn auch mit möglicherweise niedrigeren Standards als in Deutschland. Niemand habe das Recht, "sich auszusuchen", ob er bestehende Gesetze anerkenne und befolge oder nicht, ergänzte er. "Nicht einmal dann, wenn er für sich in Anspruch nimmt, für menschliche Ziele einzutreten. Unsere Rechtsordnung ist demokratisch legitimiert und ihre Regeln sind gerichtlich überprüfbar", sagte Pistorius.

Die Kirchen wiederum gehen davon aus, dass sie auf dem Boden des geltenden Rechts agieren und humanitäre Härten verhindern. Sie kritisieren die Haftbedingungen von Asylbewerbern etwa in Bulgarien und Ungarn und fürchten zudem, dass in diesen Staaten kaum von fairen Asylverfahren ausgegangen werden kann - am Ende drohe daher doch die Abschiebung in einen Krisenstaat.

Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister etwa verteidigte die Praxis. Das Kirchenasyl dürfe zwar niemals zum politischen Instrument werden, um die Dublin-Regelung zu umgehen. Wenn es allerdings Anhaltspunkte gebe, die für ein Asylverfahren in Deutschland sprächen, setzten sich die Kirchengemeinden dafür ein, diese zu überprüfen. Meister zählte dazu etwa traumatisierende Erfahrungen in einem anderen europäischen Land oder familiäre Bezüge in Deutschland.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, vertritt die gleiche Linie: "Wir beanspruchen nicht, den Rechtsstaat auszuhebeln", sagte er dem Radiosender NDR Kultur. Vielmehr gehe es darum, sich noch einmal ganz spezielle Fälle anzuschauen. Zur Kritik des Innenministers sagte der Erzbischof: "Man sollte die Debatte verbal abrüsten." Das Kirchenasyl sei eine Tradition, der sich die Kirchen verpflichtet fühlten. Sie wüssten, dass es dabei keinen Rechtsanspruch gebe. Die Pfarreien würden aber weiter "mit großer Verantwortlichkeit" mit diesem Instrument umgehen. In äußersten Notfällen werde es weiter Kirchenasyl geben. Die Migration thematisieren die deutschen Bischöfe auch auf ihrem Frühjahrstreffen diese Woche in Hildesheim.



Geistliche trotzen beim Kirchenasyl dem Innenminister Flüchtlinge suchen verstärkt Schutz der Kirchen

**Load-Date:** February 23, 2015

---

End of Document

**EU verspricht Geld für Flüchtlinge und zahlt nicht; Säumige Staaten:  
Treuhandfonds und Welthungerprogramm warten auf Milliarden. Merkels  
Canossagang in die Türkei**

Die Welt

Mittwoch 14. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 239

**Length:** 893 words

**Byline:** Dr. Christoph B. Schiltz

## **Body**

---

Brüssel

Im Kampf gegen die **Flüchtlingskrise** haben die EU-Staaten die zugesagten Zahlungsverpflichtungen bisher weit verfehlt. In hohen EU-Kreisen hieß es, "die beim Brüsseler **Flüchtlings**-Sondergipfel im September für das Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs am Donnerstag vereinbarten Zahlungen seien bei weitem nicht geflossen".

So gebe es bisher anstelle der zugesagten 1,8 Milliarden Euro für den Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika zur Bekämpfung von Fluchtursachen lediglich Zusagen von 24,3 Millionen Euro - 8,9 Millionen Euro davon kommen allein von den Nicht-EU-Ländern Norwegen und der Schweiz. Deutschland hat bisher, ebenso wie Frankreich, Großbritannien und Österreich, für den Treuhandfonds Afrika überhaupt keine Mittel zugesagt.

"Bei der Finanzierung des Welthungerprogramms und des Treuhandfonds Syrien ist die Situation ähnlich: Den großen Versprechungen folgen keine Taten. Aber die Zeit drängt", hieß es weiter in Brüssel.

Die EU-Kommission hatte dagegen innerhalb von drei Wochen 2,8 Milliarden Euro Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt - jeweils 500 Millionen für die Welthungerhilfe und den Treuhandfonds Syrien und 1,8 Milliarden Euro für den Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika. Die EU-Staaten hatten sich verpflichtet, "entsprechende Beträge bereitzustellen". In dem Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom September heißt es dazu: "Wir fordern die Organe, die Agenturen und die Mitgliedstaaten dringend auf, ihre Arbeiten an allen Aspekten der Migrationskrise zu beschleunigen".

Auch beim Aufbau der Registrierungscentren, sogenannter Hot spots", für Flüchtlinge in Italien und Griechenland haben Mitgliedstaaten ihre Versprechen bisher nur sehr unzureichend erfüllt. Sie haben sich geweigert, die versprochenen Experten zur Registrierung von Flüchtlingen in die neuen Zentren zu entsenden - rühmliche Ausnahmen sind Deutschland und Österreich. Ohne funktionierende Registrierungscentren können aber auch

EU verspricht Geld für Flüchtlinge und zahlt nicht Säumige Staaten: Treuhandfonds und Welthungerprogramm warten auf Milliarden. Merkels Canossagang in die Türkei....

keine Flüchtlinge, die bereits in der EU angelandet sind, in großem Stil auf alle Mitgliedsländer umverteilt werden. Insgesamt sollen bisher 160.000 Migranten umgesiedelt, sofern sie als schutzbedürftig gelten.

Norwegen zeigt sich offen für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge im Rahmen der Lastenteilung in Europa. Ministerpräsidentin Erna Solberg legte sich am Dienstag im Parlament aber noch nicht auf eine Zahl fest. Dieses Jahr erwartet das skandinavische Land nach ihren Worten bis zu 23.000 neue Asylbewerber. Frühere Schätzungen waren von 16.000 ausgegangen. 2016 könnte die Zahl demnach auf 33.000 wachsen.

Die gekürzten Hilfszahlungen des Westens für die Flüchtlingslager in Jordanien, der Türkei und dem Libanon gehören nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) zu den wesentlichen Gründen für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in den vergangenen Monaten.

Welche Ausmaße die inzwischen angenommen haben, zeigen aktuelle Zahlen. Nach Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex vom Dienstag sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres mehr als 710.000 Flüchtlinge in die EU gekommen. Allein in Ungarn seien bis Ende September 204.000 Flüchtlinge gezählt worden - 13-mal so viele wie im Jahr zuvor. Stark betroffen seien auch die griechischen Inseln von einem bisher "noch nicht da gewesenen Zustrom". An den EU-Außengrenzen seien allein im September 170.000 Menschen gezählt worden, im August 190.000.

Andere Zahlen präsentierte die Internationale Organisation für Migration. Demnach seien dieses Jahr mehr als 593.000 Menschen nach Europa geflohen. Davon hätten 453.000 den Weg von der Türkei nach Griechenland gesucht, vor allem Flüchtlinge aus Syrien.

Auch aus diesem Grund wird Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Sonntag nach Istanbul fliegen. Denn in der Bundesregierung wird offen eingeräumt, dass die Flüchtlingskrise so gravierend ist, dass man sich keine falsche Moralität leisten könne: Ohne die schwierigen Partner Türkei und Russland werde es keine Lösung des Syrienkrieges geben - und damit auch keine Aussicht auf ein Ende des Zustroms. Stück für Stück räumt die Regierung derzeit Tabus ab. So erklärte Merkel vergangenen Donnerstag auf einer CDU-Parteiveranstaltung in Wuppertal, dass die Bundesregierung auch schon bei Waffenlieferungen über ihren Schatten gesprungen sei: Denn Deutschland hat der kurdischen Peschmerga im Irak Waffen geliefert - erstmals direkt in ein Spannungsgebiet für den Kampf gegen die radikalislamische IS-Miliz und erstmals an einen nicht staatlichen Akteur.

Und bei diesem einen Fall des Abweichens von der bisherigen Linie wird es nicht bleiben. Merkel deutete an, dass man mit der Türkei auch über die von Ankara seit Langem geforderte Visa-Erleichterung, über einen finanziellen Beitrag für die Versorgung der Flüchtlinge im Land und über den von der EU-Kommission ohnehin vorgeschlagenen Status als sicheres Herkunftsland reden werde.

Wenn man verhandele, müsse man eben auch ausloten, was der Partner wolle, rechtfertigt dies der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU). Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat mit Ankara bereits einen Migrationsdialog eröffnet. Anders ausgedrückt: "Wenn wir von der Türkei etwas wollen, werden wir einen Preis zu zahlen haben", sagt ein Top-Diplomat.

"Den großen Versprechungen folgen keine Taten. Aber die Zeit drängt" EU-Vertreter

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** October 14, 2015

**"Angriffe sind unseres Landes unwürdig"; Straftaten gegen Flüchtlinge: De Maizière sorgt sich um das Ansehen Deutschlands. Özoguz fordert rasche Bestrafung der Täter**

Die Welt

Freitag 14. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 188

**Length:** 413 words

**Byline:** Karsten Kammholz

Freia Peters

## Body

---

Die deutlich steigende Zahl von Straftaten gegen **Flüchtlingsunterkünfte** bereitet der Bundesregierung zunehmend Sorgen. Die **Flüchtlingsbeauftragte** der schwarz-roten Koalition, Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), beklagte im Interview mit der "Welt", dass die Angriffe nicht ausreichend aufgeklärt werden: "Ich würde mir wünschen, dass wir die Taten schneller aufklären und bestrafen. Das geht nicht immer schnell genug."

Umso wichtiger sei, so Özoguz, dass Staat und Bevölkerung klare Zeichen setzen, "dass derartige Angriffe niemals geduldet werden". Nach Meinung der SPD-Politikerin ist es der beste Schutz, "wenn die Unterkünfte nicht in der Peripherie, sondern in den Orten nahe bei den Einwohnern errichtet werden". Nähe lasse Vorurteile schneller abbauen, zeigte sich die Staatsministerin überzeugt.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sieht durch die Angriffe auf Einrichtungen für Flüchtlinge Deutschlands Reputation bedroht. "Es gibt eine zunehmende Anzahl von Angriffen gegen Asylbewerberseinrichtungen", beklagte de Maizière am Donnerstag beim Besuch einer Erstaufnahmestelle für Asylbewerber im brandenburgischen Eisenhüttenstadt. "Das ist unverständlich, inakzeptabel und unseres Lands unwürdig."

Allein im ersten Halbjahr hatte das Innenministerium 202 Angriffe gezählt - und damit bereits mehr als im gesamten vergangenen Jahr, in dem 198 Straftaten gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte registriert worden waren. Auch im Juli und August gab es weitere Angriffe. Die Aufklärungsquote lag etwa im ersten Quartal des Jahres bei gerade 22 Prozent.

"Angriffe sind unseres Landes unwürdig" Straftaten gegen Flüchtlinge: De Maizièrre sorgt sich um das Ansehen Deutschlands. Özoguz fordert rasche Bestrafung der T....

Laut der Flüchtlingsbeauftragten Özoguz zeigt sich im Moment im Bundesland Sachsen "eine offene Fremdenfeindlichkeit wie nirgendwo sonst". Dort erlebe man besondere Extreme: "Dass Mitarbeiter des Roten Kreuzes angegriffen wurden, als sie ein Zeltlager in Dresden errichten wollten, ist ein absoluter Tiefpunkt." Beschwichtigend fügte die Staatsministerin hinzu: "Aber Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gibt es leider in der ganzen Republik. Kein Grund, nur pauschal Sachsen zu verurteilen. Das wäre unfair." Natürlich gebe es auch dort große Hilfsbereitschaft. Sie glaube, man müsse gerade in Sachsen jetzt die Bevölkerungsteile unterstützen, die weltoffen und engagiert seien.

Die Bundesregierung will in der nächsten Woche eine neue Prognose zu den erwarteten Flüchtlingen vorlegen. Bislang ging das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von 450.000 in diesem Jahr aus.

Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 14, 2015

---

End of Document

## Bürokratische Hürden statt Deutschkurs; Neue Regelung für Asylbewerber greift nicht

Die Welt

Samstag 23. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 171

**Length:** 473 words

**Byline:** Claudia Kade

### Body

---

**Asylbewerber** mit guter Bleibeperspektive in Deutschland müssen nach Angaben des Bundesinnenministeriums bis zu acht Wochen darauf warten, eine Zulassung zum Integrationskurs zu erhalten. "Für diese Zielgruppe gingen insgesamt rund 250.000 Anträge (Stand 1. Juli 2016) ein, davon circa 30.000 im Zeitraum bis 31. Dezember 2015 und ca. 220.000 seit 1. Januar 2016", teilte das Bundesinnenministerium auf Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion in einer Antwort mit, die der "Welt" vorliegt. "Aufgrund des hohen Antragsvolumens kommt es hier derzeit zu einer Bearbeitungsdauer von bis zu acht Wochen."

Die Bundesregierung hatte im Oktober vergangenen Jahres Asylsuchenden mit realistischen Chancen auf die Anerkennung ihres Asylantrags die Möglichkeit gegeben, per Antrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Zulassung zum Integrationskurs zu erwirken. Das betrifft beispielsweise Asylsuchende aus Syrien, dem Iran und dem Irak. Bis dahin waren die Integrationskurse vor allem für anerkannte Flüchtlinge vorgesehen, deren Antrag auf Asyl bereits stattgegeben worden war. Sie haben einen Anspruch auf Teilnahme an den Kursen. Die anderen Asylbewerber hatten bis zum Oktober über Monate auf den Abschluss ihres Verfahrens warten müssen, bevor sie die Kurse aufsuchen und dort Deutsch lernen und Grundkenntnisse über Geschichte, Kultur und Rechtsordnung in Deutschland erlangen konnten. "Wer eine gute Bleibeperspektive hat, soll frühzeitig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dazu müssen vor allem gute Deutschkenntnisse vorhanden sein", erklärte die Bundesregierung ihren neuen Ansatz. Deshalb würden auch mehr Mittel für Integrationskurse bereitgestellt. Außerdem sollten die Kurse besser mit den berufsbezogenen Sprachkursen der Bundesagentur für Arbeit vernetzt werden.

Die Grünen-Arbeitsmarktexpertin Brigitte Pothmer hält die Wartezeit für Asylsuchende mit laufenden Verfahren für nicht hinnehmbar. "Die hohen Antragszahlen belegen, dass Asylbewerber hoch motiviert in Deutschland ankommen und so schnell wie möglich unsere Sprache lernen wollen", sagte Pothmer der "Welt". "Dass Asylbewerber dann acht Wochen auf die Bearbeitung eines einseitigen Antrags warten müssen, bevor sie überhaupt erst mit der Suche nach einem Integrationskursplatz beginnen können, ist völlig inakzeptabel", kritisierte Pothmer. "Das hat weder etwas mit schneller Integration noch mit Verfahrensbeschleunigung zu tun." Die Bundesregierung müsse dafür sorgen, dass unnötige Wartezeiten nicht länger den Integrationsprozess

## Bürokratische Hürden statt Deutschkurs Neue Regelung für Asylbewerber greift nicht

behinderten. "Das geht am einfachsten, indem auf die komplizierte Antragstellung verzichtet wird und Asylbewerber schon bei der Asylantragstellung die Bescheinigung erhalten, an einem Integrationskurs teilnehmen zu dürfen", forderte sie. So würden die Behörden entlastet und frühe Integration ermöglicht.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** July 23, 2016

---

End of Document

**Trügerische Ruhe auf der Balkanroute; EU-Innenminister sehen Fortschritte in der Flüchtlingskrise. Trotzdem wird weiter gestritten, ob Schritte wie die Grenzschließung richtig sind**

Die Welt

Freitag 11. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 60

**Length:** 1037 words

**Byline:** Andre Tauber

## **Body**

---

Brüssel

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) ist zuversichtlich. Und das kam in der Vergangenheit selten vor. Als mehr als eine Million **Flüchtlinge** nach Deutschland drängten. Als die Behörden keinen Einblick hatten, wie viele Menschen sich auf dem Weg nach Norden befanden. Nun, sagt de Maizière, sei die **Migration** über die Balkanroute "fast zum Stillstand" gekommen. Und: "Wir arbeiten daran, dass das so bleibt."

Es ist ein vorsichtiges Zeichen dafür, dass sich Europa nach Monaten des **Flüchtlingschaos** wieder einem Normalzustand nähern könnte. Nachdem Mazedonien schon länger die Grenzen geschlossen hat, kündigten auch Slowenien und Kroatien an, die europäischen Schengenregeln konsequent anzuwenden. Demnach werden nur die **Flüchtlinge** ins Land gelassen, die dort auch **Asyl** beantragen.

Die beiden Staaten nehmen damit einen Plan vorweg, den die Europäische Kommission am vergangenen Freitag präsentierte. Die Behörde verlangt von Griechenland einen stärkeren Schutz der Außengrenze. Sie ermahnt auch alle EU-Staaten, die "Politik des Durchwinkens" zu beenden. Flüchtlinge sollen sich nicht mehr auf eigene Faust durch Europa schlagen können.

Gleichzeitig verhandelt die EU auch mit der Türkei über ein neues Angebot. Ankara soll alle Flüchtlinge zurücknehmen, die es in Booten bis nach Griechenland schaffen. Für jeden rückgeführten Syrer soll die EU eins zu eins einen anderen Syrer übernehmen. Die Rückführung funktioniert schon im Kleinen. Griechenland schob 81 Menschen ab, die als illegale Migranten aus Pakistan, Marokko, Algerien und Tunesien stammen. Dies teilte am Donnerstag das Ministerium für Bürgerschutz mit.



Trügerische Ruhe auf der Balkanroute EU-Innenminister sehen Fortschritte in der Flüchtlingskrise. Trotzdem wird weiter gestritten, ob Schritte wie die Grenzschl....

Die EU-Innenminister sprechen angesichts der vielen Initiativen von Fortschritten. Die durch europäisch koordiniertes Handeln erzielt worden seien, wie einige äußerten. Von bedeutenden Entwicklungen sprach EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos. "Wir müssen jetzt liefern."

Trotzdem entwickelt sich eine Debatte, ob derzeit die richtigen Schritte gemacht werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kritisierte die verstärkten Grenzkontrollen auf dem Balkan. "Ich persönlich bin der Meinung, dass diese einseitige Entscheidung Österreichs und dann in der Folge auch der Balkanländer zwar uns weniger Flüchtlinge bringt, auf der anderen Seite aber Griechenland in eine schwierige Situation bringt", sagte sie dem Mitteldeutschen Rundfunk.

Sie beteiligte sich damit an einer Diskussion, die EU-Ratspräsident Donald Tusk zuvor über Twitter angestoßen hatte. Der Pole hatte sich bei den Balkanstaaten für die verschärften Grenzkontrollen bedankt. Griechenlands Premier Alexis Tsipras konterte wenig später mit der Kritik, die Staaten handelten unabgestimmt aus Eigeninteresse.

Griechenland fürchtet, angesichts der Anzahl der weiter ankommenden Flüchtlingen überfordert zu werden. Derzeit campieren 13.000 Menschen an der griechisch-mazedonischen Grenze bei Idomeni. Die Menschen machen bislang keine Anstalten, die Grenze zu verlassen, obwohl ein alternatives Camp zur Verfügung steht. Zu groß sind ihre Hoffnungen, dass sie am Ende doch durchgelassen werden. Eine Zwangsräumung des Camps lehnt Griechenland ab. Die Migranten in Idomeni müssten "überzeugt werden", freiwillig das Camp zu verlassen, betont ein Regierungsvertreter in Athen. "Wir können es nicht per Dekret verbieten, dass sie sich in Idomeni versammeln."

De Maiziére bezeichnet die Situation als lösbar. In einem Gespräch mit seinem griechischen Kollegen sagte er Hilfe zu. Darüber hinaus treibt die EU Pläne voran, in diesem Jahr 300 Millionen Euro auszubezahlen. Er zeigt sich zuversichtlich, dass damit eine humanitäre Notlage verhindert werden kann. Die Belastungen Griechenlands, wo sich derzeit insgesamt 35.000 Flüchtlinge aufhalten, seien doch geringer als die von Deutschland, Schweden oder Österreich auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise. Es sei "nicht zu viel verlangt" von den Flüchtlingen, dass sie in bessere Unterkünfte umziehen. Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner fordert klare Worte. Man müsse den Flüchtlingen offen sagen, dass es nicht weitergehe. "Das größte Problem ist, dass die Flüchtlinge nach wie vor immer noch große Hoffnungen und Erwartungen haben", betonte sie. "Das Ehrlichste ist, das man ihnen sagt: Es gibt kein Durchkommen durch die Balkanroute. Die Balkanroute ist geschlossen."

Die Europäische Kommission hofft nun, dass nun Tempo aufgenommen wird, Flüchtlinge aus Griechenland und Italien in anderen EU-Ländern zu verteilen. Wie im vergangenen Jahr beschlossen, sollen es 160.000 sein. Bislang wurden nur 885 Menschen innerhalb der Union umgesiedelt. Künftig sollten es mindestens 6000 Flüchtlinge pro Monat werden, kündigte Innenkommissar Avramopoulos nach den Beratungen der EU-Innenminister an.

Es wächst allerdings die Sorge, dass die Flüchtlinge aus Griechenland nun andere Routen nach Mittel- und Nordeuropa wählen könnten. Italiens Innenminister Angelino Alfano kündigte bereits Gespräche mit Albanien an - ein mögliches Land für eine alternative Route. Auch die EU-Kommission warnte vor einer solchen Entwicklung. "Es gibt das Risiko einer Fragmentierung der Route", teilte eine Kommissionssprecherin mit. Am Mittwoch hatte die EU-Grenzschutzagentur Frontex intern vor entsprechenden Szenarien gewarnt. Bislang gäbe es allerdings noch keine Anzeichen dafür.

Allerdings nahm Bulgariens Grenzpolizei 43 Migranten fest, die mit einem Güterzug aus der Türkei illegal nach Österreich fahren wollten. Unter ihnen 24 Kinder und elf Frauen. Sie wurden am türkisch-bulgarischen Grenzpunkt bei Kapitan Andreewo in einem Waggon eines Güterzugs aus Istanbul entdeckt und hatten keine Papiere bei sich. 28 von ihnen gaben an, sie stammten aus dem Irak. Die anderen sagten, sie kämen aus Syrien.

Es werden noch viele Diskussionen anstehen. Über die Frage, welche EU-Staaten der Türkei welche Kontingente abnehmen. Oder inwiefern die Rückführung von Syrern in die Türkei überhaupt möglich ist. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn hegt Zweifel, dass der Schritt mit EU-Recht vereinbar ist. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Seid Ra'ad al-Hussein, nannte das Vorhaben illegal. Die EU plant, bis zum nächsten Gipfel am 17. und 18. März eine Lösung zu finden.

Trügerische Ruhe auf der Balkanroute EU-Innenminister sehen Fortschritte in der Flüchtlingskrise. Trotzdem wird weiter gestritten, ob Schritte wie die Grenzschl....

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Valdrin Xhemaj

Prominenter Besucher: Der chinesische Künstler Ai Weiwei (r.) mit Flüchtlingen in Idomeni, nahe der griechisch-mazedonischen Grenze

Valdrin Xhemaj

**Load-Date:** March 11, 2016

---

End of Document

**Politik Kompakt; Asylverfahren: Merkel sieht die Schweiz als Vorbild für Deutschland ++ Anschlag: Feuer in geplanter Unterkunft ausgebrochen ++ Schleuser: Polizei befreit 180 Menschen in 24 Stunden ++ Facebook-Initiative: Island will mehr Flüchtlinge aufnehmen**

Die Welt

Freitag 4. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 206

**Length:** 642 words

## **Body**

---

### **Asylverfahren**

Merkel sieht die Schweiz als Vorbild für Deutschland

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Schweiz in der **Flüchtlingsfrage** als Vorbild für die EU und auch Deutschland bezeichnet. Dies betreffe sowohl die Bearbeitungsdauer von **Asylanträgen** als auch die Verteilung von **Flüchtlingen**, sagte Merkel in Bern nach einem Gespräch mit der Schweizer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Mit Blick auf die sogenannte 48-Stunden-Regelung, mit der die Schweiz **Flüchtlinge** vom Westbalkan identifiziert und beurteilt werden, sagte Merkel: "Ich sehe, dass die Schweiz dieses Verfahren sehr komprimiert durchführt und dass dies durchaus auf rechtsstaatlicher Basis geht." Dies könne Ansporn für Deutschland sein, wo die Verfahrensdauer auf einige Wochen stark verkürzt werden solle. Die Schweiz sei aber auch mit den Registrierungszentren für **Flüchtlinge** und der nachfolgenden Verteilung der anerkannten **Asylbewerber** auf die Kantone ein Vorbild. Denn es setze einheitliche Standards der Entscheidung bei **Asylverfahren** voraus, die man auf EU-Ebene ebenfalls brauche. Hier solle die EU mit der Schweiz in Dialog treten, um von deren Erfahrungen zu lernen. In der Schweiz wird innerhalb sehr kurzer Zeit entschieden, ob **Flüchtlinge** etwa vom Westbalkan überhaupt eine Chancen auf **Asyl** haben. Wenn nicht, werden sie - unterstützt von einer Rückkehrprämie - schnell in ihre Herkunftsländer zurückgeführt.

Anschlag

Feuer in geplanter Unterkunft ausgebrochen

Unbekannte haben in Witten im Ruhrgebiet ein leerstehendes Haus in Brand gesetzt, das bald als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden soll. Ein fremdenfeindlicher Hintergrund sei wahrscheinlich, teilte die Polizei mit. Das Feuer sei am Morgen entdeckt worden und habe rasch gelöscht werden können. Ermittler entdeckten eine

Politik Kompakt Asylverfahren: Merkel sieht die Schweiz als Vorbild für Deutschland ++ Anschlag: Feuer in geplanter Unterkunft ausgebrochen ++ Schleuser: Polizei....

eingeschlagene Fensterscheibe und Reste von Brandbeschleunigern. Nun ermitteln Staatsschutz und Landeskriminalamt. Insgesamt sei nur geringer Sachschaden entstanden, sagte ein Sprecher der Polizei Bochum. Die Stadt Witten will an den Plänen für die Flüchtlingsunterkunft festhalten. In den vergangenen Wochen und Monaten gab es Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte unter anderem in Nauen in Brandenburg, im rheinland-pfälzischen Limburgerhof und im baden-württembergischen Weissach im Tal. In Salzhemmendorf in Niedersachsen schleuderten die Täter einen Molotow-Cocktail in die Wohnung einer Flüchtlingsfamilie.

#### Schleuser

Polizei befreit 180 Menschen in 24 Stunden

Die Polizei hat die Kontrollen von möglichen Schleuserfahrzeugen im österreichisch-bayerischen Grenzgebiet deutlich verschärft - mit Erfolg. Innerhalb von 24 Stunden stoppten Beamte im Raum Passau mehrere Wagen und retteten so insgesamt mehr als 180 Flüchtlinge aus Kleintransportern. Elf mutmaßliche Schleuser wurden festgenommen, wie die Polizei am Donnerstag mitteilte. Die Kontrollen finden an der Autobahn 3 - eine der Hauptschleuserstrecken - sowie auf sogenannten Ausweichrouten statt. Allein in einem Kleintransporter befanden sich 39 Flüchtlinge zusammengepfercht auf der Ladefläche, darunter zwölf unbegleitete Jugendliche.

#### Facebook-Initiative

Island will mehr Flüchtlinge aufnehmen

Nach Forderungen Tausender Bürger in sozialen Netzwerken zieht Islands Regierung in Betracht, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Dies sagte Außenminister Gunnar Bragi Sveinsson. In mehreren Facebook-Initiativen hatten Bewohner der Vulkaninsel im Nordatlantik gefordert, mehr für die nach Europa strömenden Menschen zu tun. Ursprünglich sollten im laufenden und kommenden Jahr nach einer bestehenden Quotenregelung lediglich 50 Flüchtlinge nach Island kommen. Nach Angaben des Ministers kann das Land wahrscheinlich mehr Migranten aufnehmen. Dies müsse jedoch gut vorbereitet werden. Island ist so groß wie Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen zusammen, hat aber nur 330.000 Einwohner.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 4, 2015

**Flüchtlinge in der Falle; Ungarn riegelt Übergänge zu Serbien ab, neuer Zaun an der rumänischen Grenze. Berlin und Wien beantragen EU-Sondergipfel. Merkel weist Kritik an ihren Entscheidungen zurück**

Die Welt

Mittwoch 16. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 216

**Length:** 738 words

## Body

---

Ungarn hat seine Grenze zu Serbien komplett abgeriegelt und damit Tausenden **Flüchtlingen** den Weg nach Westeuropa abgeschnitten. Verzweifelte **Migranten** schlugen von der serbischen Seite gegen das von der Polizei errichtete Metallgitter an der größten Autobahn ins Nachbarland. Die serbische Regierung forderte Ungarn auf, seine Grenze wieder für **Migranten** zu öffnen.

Das **Flüchtlingshilfswerk** der Vereinten Nationen (UNHCR) rechnet damit, dass sich die **Flüchtlingsströme** neue Routen über andere Länder suchen werden, wenn Ungarn bei seiner Haltung bleibe. Die Regierung in Budapest will deshalb auch an der Grenze zu Rumänien einen Zaun errichten. Ansonsten könnten **Flüchtlinge** nach der Schließung der Grenze zu Serbien über diesen Weg nach Ungarn gelangen, sagte Außenminister Péter Szijjártó.

Der Zaun werde sich nicht entlang der gesamten rund 450 Kilometer langen Grenze erstrecken, sondern zunächst vom Dreiländereck mit Serbien und Rumänien bis hin zum Fluss Mures. Das ist eine Strecke von ungefähr 25 Kilometern. In Ungarn gelten seit Dienstag verschärfte Asylgesetze. Wer illegal ins Land kommt, kann in Haft genommen werden. Für Sicherheitsexperten ist fraglich, ob Ungarn seinen umstrittenen Grenzzaun wirklich auf ganzer Länge gegen die Flüchtlinge sichern kann. In einigen serbischen Grenzorten ist bereits aus dem Nichts ein schwunghafter Markt mit Drahtscheren entstanden.

Politisch ist Europa in der Flüchtlingsfrage völlig zerstritten. Die EU-Innenminister konnten sich lediglich auf die Verteilung von 40.000 Flüchtlingen einigen. Vor allem osteuropäische Staaten sperrten sich laut Diplomaten gegen weitreichende Maßnahmen. Über die von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angeregte Verteilung von 160.000 Migranten kann erst bei einem neuen Sondertreffen am kommenden Dienstag abgestimmt werden. Die deutsche Regierung zeigte sich enttäuscht. "Europa hat sich gestern ein weiteres Mal blamiert", sagte Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD). Deutschland könne "die Flüchtlingsprobleme der halben Welt nicht alleine lösen".

Flüchtlinge in der Falle Ungarn riegelt Übergänge zu Serbien ab, neuer Zaun an der rumänischen Grenze.  
Berlin und Wien beantragen EU-Sondergipfel. Merkel weist ....

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der österreichische Kanzler Werner Faymann beantragten bei EU-Ratspräsident Donald Tusk für kommende Woche einen Sondergipfel zur Flüchtlingskrise. Auf dem Treffen müsse darüber gesprochen werden, wie Transit- und Herkunftsländern besser geholfen und die Türkei stärker eingebunden werden könne, kündigte Merkel nach einem Treffen mit Faymann in Berlin an. "Die Zeit drängt. Wir können nicht bis Mitte Oktober warten" - dann ist der nächste reguläre EU-Gipfel geplant. Das Problem der Flüchtlingsaufnahme könne "nur gesamteuropäisch gelöst werden".

Die Kanzlerin verteidigte ihre Entscheidung, in Ungarn festsitzende Flüchtlinge nach Deutschland reisen zu lassen, und sprach von einer "humanitären Ausnahme". Sie habe in einer solchen Situation nicht "zwölf Stunden warten und überlegen" können. Kritik wies sie ungewöhnlich emotional zurück: "Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land."

Zur Verteilung der Flüchtlinge sagte Merkel, durch die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen habe sich die Lage verändert. Es werde jetzt versucht, "die Flüchtlinge gleich an der Grenze zu registrieren" und dann im Bundesgebiet zu verteilen. Sie bot den Ländern erneut Hilfe der Bundeswehr für die Unterbringung von Flüchtlingen an.

Der Zustrom nach Österreich ebte auch am Dienstag nicht ab. Bis zum Mittag überquerten 6000 Flüchtlinge die ungarisch-österreichische Grenze in Nickelsdorf. Am Montag waren im Burgenland fast 20.000 Menschen eingetroffen. Mit Einführung von Grenzkontrollen in Deutschland verringerte sich die Zahl der Einreisen nach Bayern etwas. Bei den Bahnverbindungen zwischen Österreich und Deutschland kam es zu Verspätungen von mehreren Stunden.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) drohte den Verweigerern in der EU mit Konsequenzen: Man müsse "über Druckmittel reden". Juncker habe bereits vorgeschlagen, solchen Ländern die EU-Strukturhilfen zu kürzen. "Das finde ich auch richtig", sagte der Minister. Eine Sprecherin der EU-Kommission sagte dagegen, Juncker habe dies nie gesagt. Merkel bemühte sich, die Wogen zu glätten, und betonte: "Drohungen sind nicht der richtige Weg."

Siehe Kommentar und Leitartikel Seite 3

Berichte Seiten 4 bis 7 und 11

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

AFP/ELVIS BARUKCIC

Die abgeriegelte Grenze zwischen Serbien und Ungarn. Links stehen die ratlosen Flüchtlinge, rechts die ungarischen Sicherheitskräfte

ELVIS BARUKCIC

**Load-Date:** September 16, 2015

**Bundesregierung simuliert Tatkraft; Eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer löst kaum Probleme. Der Plan besitzt aber den Charme, den eigenen Kontrollverlust zu kaschieren. Eine Analyse**

Die Welt

Freitag 17. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 140

**Length:** 928 words

**Byline:** Manuel Bewarder

## **Body**

---

Die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer ist falsch, und das weiß auch die Bundesregierung. Wer nämlich einen platten Reifen reparieren will, der kann nicht einfach nur einen Flicker drüberpappen, sondern muss erst einmal den Nagel herausziehen.

Und so ähnlich sieht es nun bei einem Gesetzesvorhaben mit sperrigem Titel aus, das von der Regierung als großer Durchbruch angepriesen wird. Der Plan beseitigt das Problem nicht. Der Nagel, der für grundsätzliche Probleme in der **Migrationspolitik** steht, bleibt im Reifen stecken.

Zunächst aber darf man der Bundesregierung kurz auf die Schulter klopfen. Endlich spricht sie offensiv an, dass sehr viele **Migranten** aus Marokko, Algerien und Tunesien kommen und kein Anrecht haben, in Deutschland zu bleiben. Nur ein klitzekleiner Prozentsatz erhält einen Schutzstatus. Außerdem fallen sehr viele Ausländer aus dem Maghreb durch kriminelle Taten auf.

Gerade die Flüchtlingskrise verlangt, dass die Politik entschlossen handelt: Jedem muss ein Bett und ein Dach über dem Kopf gegeben werden, der eine gute Bleibeperspektive hat. Um sie muss sich gekümmert werden, sie müssen integriert werden. Es handelt sich vor allem um Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien, dem Irak oder Eritrea. Ihre Schutzquote liegt sehr hoch.

Und weil im vergangenen Jahr Hunderttausende von ihnen gekommen sind, hat die Bundesrepublik die Grenzen der Belastung erreicht. Nun ist man sich einig, alle Kräfte auf diejenigen zu richten, die tatsächlich als Flüchtlinge kommen. Deshalb sollen abgelehnte Asylbewerber aus dem Maghreb auch konsequent zurückgeschickt werden.

Die angestrebte Klassifizierung würde ein paar Vorteile nach sich ziehen. Mancher würde vielleicht abgeschreckt und sich erst gar nicht auf den zumeist aussichtslosen Weg nach Deutschland machen. Vor allem jedoch würden Asylbewerber aus diesen Staaten in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht und schnellere Verfahren

Bundesregierung simuliert Tatkraft Eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer löst kaum Probleme.  
Der Plan besitzt aber den Charme, den eigenen Kontroll....

angewendet werden. Das könnte allerdings viel einfacher erreicht werden. Wenn der Bund die Flüchtlingsprognosen nicht viel zu lange ignoriert und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ordentlich ausgestattet hätte, dann könnten bereits heute Verfahren zügig bearbeitet und entschieden werden. Doch selbst jetzt, wo sich Hunderttausende Anträge stauen, verspricht der Bund, aufgrund der neuen Strukturen bis zum Ende des Jahres alle Verfahren abgearbeitet zu haben. Die Dauer der Antragsbearbeitung ist also kein Grund, um Nordafrika gleich für unabsehbare Zeit zur sicheren Herkunftsregion zu befördern. Denn genau darum geht es bei dem Versuch unter anderem. Man möchte den Staaten eine Urkunde umhängen, damit sie bei der Rückführung kooperieren - auch wenn sie rechtsstaatlich mindestens fragwürdig agieren. Die Polizei geht immer wieder brutal gegen Oppositionelle vor. Journalisten und Homosexuelle werden verfolgt. Hierzulande jedoch besitzt man ein gänzlich anderes Verständnis von Demokratie. Wer das sagt? Nicht nur Grüne oder Linke. Sondern auch Vertreter der Regierungsparteien. Allerdings oft hinter vorgehaltener Hand.

Dass die Beziehungen zu Nordafrika derzeit einem realpolitischen Handel gleichen, zeigt auch ein Brief von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Beide verfolgen das Ziel, dass die Staaten endlich damit anfangen, ihre in Deutschland abgelehnten Bürger zurückzunehmen. In der mangelhaften Kooperation bei der Identitätsfeststellung besteht nämlich weiterhin das zentrale Vollzugsdefizit bei Rückführungen.

Im gesamten Jahr 2015 wurden nur 135 Maghreb-Bürger zurückgeführt. Oftmals verweigerten die Länder die Einreise. De Maizière und Steinmeier buhlten deshalb im Schreiben an ihre Kollegen vor Ort, dass eine bessere Kooperation in dieser Frage in eine "neue Phase" eintreten könnte, die sich später "auch auf andere Bereiche unserer Zusammenarbeit positiv auswirken wird".

Das Zwischenfazit lautet deshalb: Die Asylverfahren werden sowieso bald schneller. Das zentrale Hindernis der mangelnden Rücknahmebereitschaft wird durch das Gesetzesvorhaben gar nicht beseitigt. Und außerdem würde man zweifelhafte Staaten damit noch adeln. Damit kein Zweifel entsteht: Es gehört zum Wesen der Politik dazu, auch mal anstößige Entscheidungen zu treffen. In diesem Fall werden Hintergründe jedoch vernebelt.

Die Regierung prescht voran und könnte damit erneut durch Symbolpolitik glänzen: Die massenhaften Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln hatten Politiker alarmiert. Solche Angriffe durch Ausländer waren befürchtet wurden. Jetzt sah man die Zustimmung der Bevölkerung zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung auf der Kippe. Die entschied sich bereits wenige Tage danach, dass kriminelle Ausländer schneller mit der Ausweisung in ihre Heimat rechnen müssen. Verurteilt war zu diesem Zeitpunkt noch kein einziger Täter.

Ende Januar beschlossen Union und SPD, die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu deklarieren. Im Grunde soll damit der Kontrollverlust des Staates durch die Simulation von Kontrolle kaschiert werden. Kanzleramtschef und Flüchtlingskoordinator Peter Altmaier (CDU) agiert in diesen Tagen vielleicht deshalb so zögerlich. Er denkt vielleicht daran, dass es sich die Union mit den Grünen nicht allzu sehr verschmerzen sollte - schließlich könnte 2017 auf die große Koalition im Bund Schwarz-Grün folgen. Altmaier ist zudem gewieft genug zu wissen, dass das Gesetzesvorhaben das Problem nicht repariert, sondern lediglich überdeckt.

Es gehört zum Wesen der Politik dazu, anstößige Entscheidungen zu treffen

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** June 17, 2016



**"Wir haben keine Wahl, wir müssen Flüchtlinge abweisen"; Sloweniens Premierminister Miro Cerar hat genug von den Absichtserklärungen seiner EU-Kollegen. Er fordert, endlich die Außengrenzen zu schützen und weniger Menschen aufzunehmen**

Die Welt

Dienstag 19. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 15

**Length:** 1141 words

**Byline:** Silke Mülherr

## **Body**

---

Slowenien ist auf der Balkanroute zum Nadelöhr für **Flüchtlinge** geworden. Das Mitglied der Schengenzone versucht die ankommenden Menschen zu registrieren, weil es die europäischen Gesetze zu vorschreiben. Premier Miro Cerar, Professor für Verfassungsrecht, erklärt im Gespräch, warum er um die Solidarität in Europa fürchtet und warum Mazedonien mehr Hilfe benötigt.

Die Welt:

Österreich hat damit begonnen, Flüchtlinge wegen falscher Ausweispapiere an der Grenze abzuweisen. Verschärft das die Lage in Slowenien?

Miro Cerar:

Die Lage in Slowenien ist angespannt wegen der hohen Flüchtlingszahlen, täglich kommen rund 4000 neue Migranten. Wir haben nicht die Kapazitäten, so wie sie Österreich hat, mit Dialektexperten die Herkunft jedes einzelnen Flüchtlings zu überprüfen. Wenn Österreich Missbrauch bei Personaldokumenten entdeckt, dann müssen die Flüchtlinge zurückgeschickt werden. Das sehen wir genauso wie Wien. Wir haben diese Fälle bei uns im Land noch einmal neu geprüft - und die wahren Identitäten festgestellt. Es handelt sich hier um Hunderte, nicht um tausende Fälle. Alle diese Flüchtlinge sind inzwischen über die Grenze nach Österreich ausgereist.

Wenn Slowenien weiterhin nur Transitland ist, sind die Probleme also beherrschbar?

Keineswegs! Wir erleben eine Art Dominoeffekt: Schweden und Dänemark haben angefangen, zwischen Wirtschaftsflüchtlingsen und Asylbewerbern, die vor Gewalt fliehen, zu unterscheiden. Deutschland drosselt die

"Wir haben keine Wahl, wir müssen Flüchtlinge abweisen" Sloweniens Premierminister Miro Cerar hat genug von den Absichtserklärungen seiner EU-Kollegen. Er forde....

Aufnahme ebenfalls, es wird nicht lange dauern, bis Österreich nachzieht. Damit hat Slowenien keine andere Wahl, als auch Flüchtlinge abzuweisen, weil wir nicht alle in unserem kleinen Land versorgen können.

Haben Sie vor, die Grenzen schließen?

Wir können nicht unbegrenzt Flüchtlinge bei uns in Europa aufnehmen. Ich schlage deshalb zwei Ansätze vor, die wir parallel verfolgen sollten. Wir müssen Griechenland in einen Zustand versetzen, dass es die EU-Außengrenze effektiv schützen kann. Dafür braucht es eine funktionierende Küstenwache, die illegale Einwanderung verhindert. Außerdem müssen wir das Abkommen mit der Türkei umsetzen.

Aber all diese Pläne liegen doch längst auf dem Tisch, trotzdem haben die EU-Mitglieder noch keinen Euro überwiesen für den Küstenschutz oder den Türkei-Deal.

Darum geht es mir ja genau! Uns läuft die Zeit davon, Absichtserklärungen auf EU-Ebene reichen nicht länger. Die Mitgliedsstaaten müssen jetzt endlich liefern. Außerdem sollten wir Mazedonien mehr Unterstützung zukommen lassen, illegale Migration zu stoppen. Es geht um den Aufbau einer zweiten Verteidigungslinie, um all jene Flüchtlinge aufzuhalten, die unkontrolliert über Griechenland einreisen.

Wenn das nicht gelingt, wie wahrscheinlich sind dann offene Konflikte auf dem Balkan?

Die Lage auf dem Westbalkan ist politisch sehr fragil. Wenn es dort zu einem Rückstau der Flüchtlingswelle kommt, ist das sehr gefährlich für die Stabilität in der Region.

Es gibt so viele Krisen zur selben Zeit: Was, wenn Europa einfach die Kraft und das Geld ausgehen, sie alle zu lösen?

Wir erleben es ja schon jetzt, dass die Solidarität zwischen den EU-Staaten begrenzt ist. Genauso wie unsere Möglichkeiten, Menschen aus einem anderen Kulturraum zu integrieren. Umso wichtiger wird da die Unterscheidung zwischen Wirtschaftsflüchtlings und solchen Migranten, die einen berechtigten Anspruch auf politisches Asyl haben. Wir tragen Verantwortung gegenüber Asylbewerbern, die zuhause um ihr Leben fürchten müssen. Wenn wir sie aufnehmen, dann müssen wir ihnen auch eine Perspektive bieten können. Und das geht nicht, wenn wir zu viele Flüchtlinge willkommen heißen.

Wie läuft die Verständigung mit Ihrem Nachbarn Kroatien? Im Herbst war das Verhältnis sehr angespannt, Sie haben Zagreb vorgeworfen, es weigere sich Flüchtlinge zu registrieren und schleuse sie nur durch.

Die Kommunikation mit Kroatien hat sich verbessert, aber die Zusammenarbeit reicht nach wie vor nicht aus. Uns fehlen die Ansprechpartner, weil Kroatien immer noch mit der Regierungsbildung beschäftigt ist. Ich hoffe sehr, dass die Regierung bald steht und wir uns so schnell wie möglich zusammensetzen können.

Sind Sie enttäuscht davon, wie wenig Solidarität es in Europa gibt - vor allem von jenen Länder, die von der Flüchtlingskrise nicht allzu betroffen sind?

Es gibt genügend Länder, die sich sehr solidarisch zeigen: Schweden, die Balten, Tschechien, Österreich, Deutschland und Italien haben uns Material, Polizisten und technische Hilfe geschickt. Aber natürlich gibt es auch solche Länder, die nicht betroffen und deshalb zurückhaltender sind. Ich verstehe das sogar bis zu einem gewissen Grad, aber wenn sich immer mehr europäische Länder abschotten, dann ist auch die EU in Gefahr.

Ist es verantwortlich, den Grenzschutz an die Türkei zu delegieren, weil man sich in Europa nicht darauf einigen kann?

Die Türkei ist auch vom Flüchtlingsansturm betroffen, also muss Ankara auch Teil der Lösung sein. Es ist ja nicht so, dass wir nur Geld bezahlen, ohne etwas zurückzubekommen. Die Flüchtlinge in einer Region unterzubringen, die geografisch und kulturell näher an ihrer Heimat ist, birgt viele Vorteile. Die Integration ist einfacher und wenn sich die Lage in Syrien wieder beruhigt, können die Menschen auch leichter wieder zurück.

"Wir haben keine Wahl, wir müssen Flüchtlinge abweisen" Sloweniens Premierminister Miro Cerar hat genug von den Absichtserklärungen seiner EU-Kollegen. Er forde....

Europa erlebt eine neue Welle des Terrors, für die zum Teil auch Flüchtlinge verantwortlich sind. Wie groß ist die Gefahr, dass dies die Solidarität der Europäer mit jenen Menschen aufkündigt, die ja gerade vor diesem Terror in ihrer Heimat fliehen?

Populistische Parteien in ganz Europa machen die Flüchtlinge allgemein für den Terror verantwortlich und profitieren in den Umfragen davon. Das besorgt mich, weil es die Stimmung weiter aufheizt. Doch wir haben als Regierungschefs auch die Verantwortung, unsere eigenen Bevölkerungen zu schützen. Dabei geht es gar nicht nur um Flüchtlinge, die aus Syrien zu uns kommen, um hier Anschläge zu verüben. Wir haben in Paris gesehen, dass auch von Zuwanderern, die nicht gut integriert sind, eine Gefahr ausgeht. Es liegt deshalb in unserer Verantwortung, nur so viele Menschen aufzunehmen, wie wir auch integrieren können.

Teilen Sie die Kritik, dass Angela Merkel durch falsche Signale diese Flüchtlingswelle überhaupt erst losgetreten hat?

Die Bundeskanzlerin hat nur die besten Absichten verfolgt, als sie im September die Grenzen für die Flüchtlinge öffnete. Aber tatsächlich konnten ihre Worte leicht missverstanden werden als eine generelle Einladung für alle.

Warum sehen wir in dieser Krise so wenig Bereitschaft zum Führen?

Die Europäische Union ist eben kein föderaler Staat, sondern ein Gremium aus 28 Staats- und Regierungschefs. Wir sollten deshalb auch realistische Erwartungen daran knüpfen, was die EU leisten kann. Es wäre ja schon ein Anfang, wenn sich alle 28 Regierungschefs in ihren Ländern politisch verantwortlich verhielten.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Getty Images/C. Marquardt

Premierminister Miro Cerar zu Besuch bei Angela Merkel im Kanzleramt

Christian Marquardt

**Load-Date:** January 19, 2016

## **"Budapest, please help. I want to Germany"; Ungarn baut einen Grenzzaun zu Serbien. Vorerst führt er zu mehr Flüchtlingen und Schleppern**

Die Welt

Freitag 21. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 194

**Length:** 1097 words

**Byline:** Boris Kálnoky

## **Body**

---

### Ásotthalom

Der Grenzübergang zwischen Ungarn und Serbien. Auf dem Brachland links und rechts leuchten hell die Pfosten des neuen Zaunes, der illegale **Flüchtlinge** fernhalten soll. Zwei Meter hoch. Ein zweiter, noch höherer, soll bald dazukommen. Die örtlichen Polizisten lachen darüber. "Gestern Nacht haben sie sogar einen Hund rübergeworfen", der sich offenbar einer Gruppe von **Flüchtlingen** auf ihrer Reise durch Serbien angeschlossen hatte, erzählt eine Grenzerin. Löcher seien auch schon in den Zaun geschnitten worden, kaum dass er stand. Wo er nicht durchschnitten oder überklettert wird, da wird er umgangen: 20 Kilometer weiter östlich grenzt Serbien nicht mehr an Ungarn, sondern an Rumänien. An der rumänisch-ungarischen Grenze ist bislang kein Zaun geplant, und erste **Migrantengruppen** kommen bereits um diese Drei-Länder-Ecke.

Bislang beschleunigt die Barrikade den Ansturm der **Flüchtlinge**, statt ihn zu bremsen. Am Dienstag wurden fast 2000 illegale Grenzübertritte registriert, am Mittwoch mehr als 1600. Offenbar beeilen sich die Schmugglerbanden, so viele **Migranten** wie möglich über die Grenze zu schaffen, bevor der Zaun ganz steht. Bis zum 31. August soll das Werk vollendet sein.

Ob das pünktlich klappt, ist jedoch fraglich. So hat die Regierung in Budapest zwar verkündet, der Abschnitt entlang der Gemeinde Ásotthalom sei in der Vorstufe fertig. Der dortige Bürgermeister László Toroczka stritt das im Gespräch mit der "Welt" jedoch ab. "Im Gegensatz zu den Behauptungen der Regierung ist unser Abschnitt bislang höchstens zu 40 bis 50 Prozent gesichert." Seiner Meinung nach übertreten tatsächlich viel mehr Flüchtlinge illegal die Grenze, als es die offiziell verkündeten Zahlen nahelegen. "Das sind ja nur jene, die von der Polizei registriert werden." Viele Flüchtlinge versuchen dem zu entgehen, weil bei der Registrierung Fingerabdrücke genommen werden. Damit sind sie identifizierbar und könnten von den Ländern, in die sie eigentlich reisen wollen - vor allem Deutschland - nach Ungarn zurückgeschickt werden. Das EU-Recht sieht vor, dass Asylbewerber in jenen Ländern bleiben müssen, wo sie zuerst europäischen Boden betreten haben.

"Budapest, please help. I want to Germany " Ungarn baut einen Grenzzaun zu Serbien. Vorerst führt er zu mehr Flüchtlingen und Schleppern

Ein sichtlich übermüdeter junger Syrer irrt durch die menschenleeren Straßen des Dorfes. "Budapest. Please help", sagt er, als ein Taxi neben ihm stoppt. Der Fahrer erklärt, dass es ihm polizeilich verboten ist, Flüchtlinge zu transportieren - es sei denn, sie sind registriert. Der Syrer will das auf keinen Fall: "Nein, dann Fingerabdrücke." Er ist der Polizei schon einmal entwischt, als sie seine Gruppe aufgriff. Jetzt ist er allein. Wohin er will? "I want to Germany." Der Fahrer empfiehlt ihm, den Bus zu nehmen. "Nicht sprechen, sag nur 'Szeged' (die nächste größere Stadt). Du könntest als Ungar durchgehen." Eine Stunde später führen Polizisten den Syrer von dort ab.

Einige Kilometer weiter, an einem schattigen Waldrand. Dutzende Flüchtlinge liegen im Gras, warten auf ihr Schicksal. Zwei Polizisten lümmeln träge auf ihren Autositzen und behalten sie im Auge. Dies ist ein Sammelpunkt, hierhin werden die Wanderer zwischen den Welten zuerst gebracht, wenn sie aufgegriffen werden. Danach geht es irgendwann zum Zeltlager, wo sie ihren Asylantrag stellen und dann weiterreisen können.

Mit rund einem Dutzend anderer Pakistaner sitzt da Muhammed Jamis, als Beruf gibt er Schweißer an, als Herkunft das Grenzgebiet zu Indien: Kaschmir. Weil da oft geschossen werde, könne er nur in Europa sicher leben. Seit zwei Monaten ist er unterwegs. 25 Mann waren sie, als Schleuser sie über die Grenze zum Iran brachten. "Fünf wurden von den Iranern erschossen, einer verletzt." 2000 Dollar hatte die Gruppe den Schmugglern zahlen müssen. Dann weiter: Vom Iran in die Türkei, von da übers Meer nach Griechenland. Sehr nette Menschen da, sagt Jamis. Es ging weiter über Mazedonien ("böse Menschen da") und Serbien nach Ungarn. Immer Schleuser bezahlen, Polizisten schmieren. Daheim hat Jamis Frau und Familie. In Europa will er bleiben, wo man ihn lässt. Notfalls auch in Ungarn.

Daneben lagert eine Gruppe Iraker im Gras. Nawrs nennt sich einer, der der Wortführer zu sein scheint. Aus Bagdad, Sunnit. Schon 2007 sei er nach Syrien gegangen, weil ihn die Schiitenmilizen bedrohten, sagt er. Dann kam der syrische Bürgerkrieg. Also flüchtete er in die Türkei. An der Ägaisküste kaufte er ein Gummiboot, um in See zu stechen. Die Griechen sind für Nawrs "gute Menschen". Die Küstenwache sammelte die Flüchtlingsboote und geleitete uns an Land. Danach ging es weiter nach Mazedonien ("schlechte Menschen", sagt auch er), weil man hier Polizisten schmieren musste, um weiterzukommen. Serbien, auch schlechte Polizisten, denn auch sie seien korrupt. "50 Euro pro zehn Mann, um an die ungarische Grenze zu kommen", nennt Nawrs den Preis.

Woher hat er das Geld für die Reise? Kommt über Western Union, wann immer er welches braucht. Seine Freunde in Bagdad helfen. Er ist Innendekorateur und will nach Deutschland. "In Ungarn sind die Löhne zu niedrig, das ist ja wie bei uns im Irak." Wenig später fährt ein Polizeibus vor, daraus stolpern etwa zehn Migranten. Sie waren einige Zeit davor vom Sammelpunkt geflohen, sagt ein Polizist. Die Stimmung wird rauer, auf beiden Seiten. "Auch die Migranten werden immer aggressiver", berichtet der stellvertretende Bürgermeister von Ásotthalom, István Fackelmann. Vor Kurzem seien Wachleute der Gemeinde erstmals tätlich angegriffen worden, von einem Flüchtling, der der Registrierung entgehen wollte. Bürgermeister Torockai zufolge kommen neuerdings immer mehr große Gruppen junger Männer ohne Frauen oder Kinder aus dem Nahen Osten. Er fürchtet, dass auch Terroristen darunter sein könnten.

Wer es schafft, den Sicherheitskräften zu entgehen, der ziehe weiter, nach Budapest. Seit die Regierung es kürzlich für Taxifahrer strafbar machte, Illegale mitzunehmen, haben vor allem Romabanden den Markt übernommen, so berichten es die Behördenvertreter vor Ort. "Wir haben Schlepper erwischt, die kamen aus Ózd in Nordungarn oder sogar aus Rumänien, um hier Geld zu machen", sagt Torockai. Bei einer Polizeiaktion Mittwoch früh gingen mehrere Schlepper ins Netz, einer hatte 16 Flüchtlinge in seinem Transporter, für seine Dienste soll er 1400 Euro berechnet haben.

Ungarns Regierung findet trotz Zauns bislang keine wirksamen Mittel, um der Lage Herr zu werden. Die neueste Idee: "Grenzjäger"-Einheiten sollen aufgestellt werden. Auch neue Gesetze sollen helfen: Illegaler Grenzübertritt oder die Beschädigung des Zauns soll zur Straftat und mit Gefängnis bestraft werden.

Original Gesamtseiten-PDF

"Budapest, please help. I want to Germany " Ungarn baut einen Grenzzaun zu Serbien. Vorerst führt er zu mehr Flüchtlingen und Schleppern

## Graphic

---

InesKasemir

**Load-Date:** August 21, 2015

---

End of Document

## **Tatort Grenze; Die Bundespolizei registriert deutlich mehr Straftaten. Dafür gibt es zwei Gründe**

Die Welt

Freitag 4. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 259

**Length:** 874 words

**Byline:** Martin Lutz

Freia Peters

### **Body**

---

Selten gab es solch ein Hin und Her um einen Jahresbericht der Bundespolizei. Eigentlich wollten ihn Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und Polizeipräsident Dieter Romann bereits im Juli gemeinsam vorstellen. Dann im September. Jetzt gar nicht mehr. Ein avisierter Auftritt vor der Bundespressekonferenz in Berlin wurde gecancelt. Aus dem Ministerium verlautet, dass es merkwürdig aussähe, erst jetzt eine Bilanz für 2015 zu präsentieren.

Vielleicht liegt es aber auch daran, dass Romann eine schärfere **Flüchtlingspolitik** will als die Regierung. Dazu kommt, dass die im Bericht enthaltenen Zahlen alarmierend sind: Die Bundespolizei, die für den Schutz von Bahnhöfen, Flughäfen und der Grenzen zuständig ist, hat im vergangenen Jahr insgesamt 436.287 Straftaten registriert. Das ist ein Plus von 31,6 Prozent.

Dafür gibt es zwei Gründe: Die Diebstahlsdelikte sind um 11,9 Prozent auf 57.146 Fälle gestiegen und damit Alltag. Die größte Zunahme aber wurde mit 151,6 Prozent bei den Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz der EU verzeichnet. Insgesamt sind das 171.477 Fälle. Allerdings kamen im vorigen Jahr auch so viele Flüchtlinge wie nie zuvor nach Deutschland.

Der Großteil der Diebstahlsdelikte wird auf Bahnhöfen und in Zügen verübt. Allein dort zählte die Bundespolizei 44.800 Fälle, das ist ein Viertel mehr als im Vorjahr. Kriminalisten zufolge gehören viele Täter zu gut organisierten Banden, die oft aus Südosteuropa stammen und äußerst professionell agieren. Ermittler berichten, dass diese arbeitsteilig vorgehen, in Gruppen von jeweils drei bis sechs Dieben. Sie halten Ausschau nach Opfern, die etwa ein Portemonnaie in der Hosentasche haben oder eine offene Handtasche. Ein Täter beobachtet demnach das Umfeld, ein anderer lenkt das Opfer ab, der Dritte greift zu und reicht die Beute sofort an Komplizen weiter. Beim Taschendiebstahl gab es einen Zuwachs um 5,1 Prozent auf 19.296 Fälle.

Tatort Grenze Die Bundespolizei registriert deutlich mehr Straftaten. Dafür gibt es zwei Gründe

Um gegenzusteuern, installiert die Bahn verstärkt moderne Videotechnik. Das hat geholfen, deutlich mehr Delikte, nämlich 1536 (Vorjahr: 959), aufzuklären. Betrachtet man aber die Gesamtzahl, ist dies eben nur ein Bruchteil. Schon lange bemängeln die Polizeigewerkschaften, dass zu wenige Ermittler in Zivil eingesetzt werden.

Polizeichef Romann und seine rund 40.000 Mitarbeiter hatten aber noch zahlreiche andere "Baustellen": Die Sicherung des G-7-Gipfels im bayerischen Elmau, Terrorwarnungen, die Absage des Fußball-Länderspiels in Hannover oder die Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof. "Die gesamte Bundespolizei ist nicht mehr aus den Stiefeln herausgekommen", klagt Romann. Angesichts so vieler Großereignisse sei 2015 ein ganz besonderes Jahr gewesen.

Nicht zuletzt hat die "Migrationskrise" (Romann) die Bundespolizei in Atem gehalten. Sie stellte insgesamt 865.374 Asylsuchende bei der unerlaubten Einreise fest. Der Tag mit der höchsten Zahl war demnach der 12. September 2015. Damals kamen rund 14.000 nach Deutschland. Anfang September hatte Kanzlerin Angela Merkel das Signal gegeben, Migranten aus Ungarn einreisen zu lassen.

Den Schwerpunkt der unerlaubten Einreisen bildete die deutsch-österreichische Grenze mit einem Anteil von mehr als 81 Prozent. Über die Flughäfen kamen lediglich fünf Prozent und über die Grenze zur Tschechischen Republik vier Prozent.

Den ersten Platz bei den unerlaubten Einreisen belegen laut dem Jahresbericht Syrer. Exakt 73.920 stellte die Bundespolizei fest, 2014 waren es noch 14.389. Das ist eine Zunahme um 413,7 Prozent. Bei den Syrern handelt es sich aber auch um die größte Einwanderergruppe. Hohe Zahlen gab es auch bei Afghanen mit 38.750 illegalen Einreisen und Irakern (22.394). Sie weisen laut den Polizeiangaben die höchsten Steigerungsraten auf.

Der Schwerpunkt der unerlaubten Einreisen verlagerte sich dem Bericht zufolge im Laufe des vergangenen Jahres von der zentral-mediterranen Route von Nordafrika nach Italien auf die ost-mediterrane Route über die Türkei nach Griechenland. Auf der ersten Route wurden im Schnitt 421 Menschen pro Tag gezählt, auf der zweiten Route 2413.

Bei der Schleuserkriminalität wurde ein Anstieg um 56,8 Prozent polizeilich erfasst. Insgesamt nahm die Bundespolizei 3370 Schleuser fest. Die meisten stammen aus Syrien (390), Rumänien (370) und Ungarn (362). Bundesinnenminister de Maizièrre hat angekündigt, dass er im Kampf gegen Schlepperbanden verstärkt verdeckte Ermittler einsetzen will.

Im Kapitel zur Migration beklagt der Jahresbericht ein erhebliches "Vollzugsdefizit" bei Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber zurück in die Heimatländer. "Im Vergleich zu der Entwicklung bei den unerlaubten Einreisen bzw. der Asylantragstellung bleibt die Steigerungsrate bei den Rückführungen deutlich zurück", heißt es.

Gleichwohl erhöhte sich die Zahl solcher Rückreisen von 13.851 auf 22.369. Der Großteil der Menschen wurde mit Flugzeugen abgeschoben, meist in die Balkanstaaten Albanien, Kosovo, Mazedonien und Serbien. Die Flüge starteten hauptsächlich von Düsseldorf, Frankfurt am Main und München.

Das bedeutete einen erheblichen Aufwand, denn zur Begleitung wurden 5774 Polizisten eingesetzt. Zwar sind Abschiebungen Sache der Bundesländer, aber diese werden von Romanns Beamten koordiniert.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Jörn Baumgarten

**Load-Date:** November 4, 2016



Tatort Grenze Die Bundespolizei registriert deutlich mehr Straftaten. Dafür gibt es zwei Gründe

---

End of Document

**"AfD wendet sich nicht gegen ankommende Menschen"; Parteichef Jörg Meuthen über einen Rechtsdrill, seinen Machtkampf mit Frauke Petry und internen Streit um die Sozialpolitik**

Die Welt

Samstag 31. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 308

**Length:** 1497 words

**Byline:** Matthias Kaman

## **Body**

---

Für AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen war es kein leichtes Jahr. Die baden-württembergische Landtagsfraktion unter seinem Vorsitz zerstritt sich im Sommer bis zur vorübergehenden Spaltung, der Machtkampf mit Frauke Petry eskalierte - und nun muss Meuthen dafür sorgen, dass die Partei neben der **Flüchtlingskrise** auch noch andere Wahlkampfthemen hat.

Die Welt:

Herr Meuthen, zu Beginn

Jörg Meuthen:

ich fang mal an.

Bitte.

Sie haben im Sommer über mich geschrieben - deshalb wundert mich, dass Sie mich noch interviewen - , ich sei am Ende.

Nun, da gab es die Spaltung der baden-württembergischen AfD-Landtagsfraktion. Sie als Vorsitzender traten aus, Ihre Co-Bundesvorsitzende Frauke Petry fuhr Ihnen in die Parade, später mussten Sie Kompromisse mit Fraktionsmitgliedern schließen, die den Abgeordneten Wolfgang Gedeon trotz antisemitischer Äußerungen hatten dulden wollen.

Aber jetzt hat sich die Fraktion längst wieder vereinigt und arbeitet gut, ich bin ihr Vorsitzender. Gedeon gehört der Fraktion nicht mehr an, ich fühle mich wohler denn je.

"AfD wendet sich nicht gegen ankommende Menschen" Parteichef Jörg Meuthen über einen Rechtsdrall, seinen Machtkampf mit Frauke Petry und internen Streit um die ....

Es kann Ihnen doch nicht gut gehen, nachdem kürzlich die Abgeordnete Claudia Martin die AfD und die Landtagsfraktion verlassen hat, weil die Partei immer weiter nach rechts drifte.

Das war sehr unerfreulich. Frau Martin hat das offenbar von langer Hand vorbereitet, was ich daraus ersehe, dass sie schon ein Buchmanuskript über die AfD hat, das man ja nicht in zwei Tagen schreibt. Ich bin kein Verschwörungstheoretiker, aber Claudia Martins Verhalten legt den Gedanken an ein U-Boot nahe. Sie weiß, dass sie nicht die Wahrheit sagt.

Inwiefern?

Sie sagt, wir wären nach rechts gerückt und würden uns gegen Ausländer wenden. Dabei macht die AfD in allen öffentlichen Aussagen ganz klar, dass wir uns nicht gegen die ankommenden Menschen wenden, sondern gegen die fehlgeleitete Politik einer unkontrollierten Masseneinwanderung. Und wenn man sich die bisher in Baden-Württemberg aufgestellten AfD-Kandidaten für die Bundestagswahl ansieht, erkennt man eine ganz große Mehrheit für eine betont moderate Politik. Insofern halte ich die angebliche Rechtsdrift der AfD für ein mediales Konstrukt, dem Frau Martin entweder aufgesessen ist oder das sie bedienen möchte.

Als wenig erfolgreich muss der Sommer für Sie auch deshalb gelten, weil Sie mit anderen AfD-Politikern wie Alexander Gauland und Björn Höcke heftige Angriffe gegen Frauke Petry unternommen, aber wenig erreicht haben. Frau Petry hat in der AfD weiterhin sehr viel zu sagen.

Es geht doch nicht darum, dass Frauke Petry nichts zu sagen haben sollte. Sondern darum, Positionen durchzusetzen. Etwa bei der Frage, ob der Bundesvorstand dem Parteitag im April 2017 empfehlen soll, mit einem Team in den Wahlkampf zu gehen oder mit einer einzigen Person. Der Vorstand hat sich mit klarer Mehrheit für den Team-Vorschlag ausgesprochen. Das war nicht Frauke Petrys Position, aber meine. Außerdem tragen wir nicht dauernd Machtkämpfe aus.

Wurde schon besprochen, wie es mit Petrys Einsatzmöglichkeiten im Wahlkampf ist, wenn sie im Frühsommer zum fünften Mal Mutter wird?

Darüber haben wir nicht gesprochen, und das müssen wir auch nicht. Wenn Frauke Petry ein weiteres Kind bekommt, ist das sehr schön und ihre Privatangelegenheit. Sie wird sicher einen Weg finden, ihre politischen Aktivitäten mit der Mutterschaft zu verbinden.

Zurück zu den Machtkämpfen. Kürzlich mischten sich Gauland und Höcke in den nordrhein-westfälischen AfD-Landesverband ein, der tief gespalten ist. An der Spitze steht dort Petrys Ehemann Marcus Pretzell. Wenn ihm Gauland und Höcke in die Parade fahren, ist das Machtkampf um Petry.

Nun, da muss man eben im Landesverband sauber arbeiten. Aber das müssen die in NRW selbst klären. Deshalb habe ich, anders als Gauland und Höcke, nichts über die Vorgänge in NRW gesagt. In der Sache hatten Gauland und Höcke aber recht.

Dann machen wir hier einen Strich, und ich stelle die Frage, mit der ich anfangen wollte. Was hat die CDU an migrationspolitischen Forderungen von der AfD übernommen?

Zum Beispiel die Ablehnung des Doppelpasses. Was CDU-Vize Thomas Strobl sagt, kommt fast zur Gänze von uns, nicht nur die Forderung nach massiver Erhöhung der Abschiebungszahlen. Oder denken Sie an das, was Bundesinnenminister Thomas de Maizière sagt: dass man im Mittelmeer die Boote an die afrikanische Küste zurückbringen und dort Asylzentren schaffen solle. All das sind AfD-Positionen, für die wir noch vor Kurzem als rechtsradikal gezeißelt wurden.

Was aber bleibt Ihnen auf diesem Themengebiet noch als Eigenes?

Vor allem die Glaubwürdigkeit. Die hat die CDU nicht. Zum einen, weil die CDU mit der Bundeskanzlerin die Verantwortung für das bis heute andauernde Migrationschaos trägt. Zum anderen, weil die CDU als größte

"AfD wendet sich nicht gegen ankommende Menschen" Parteichef Jörg Meuthen über einen Rechtsdrall, seinen Machtkampf mit Frauke Petry und internen Streit um die ....

Regierungspartei nicht dafür sorgt, dass den Worten Taten folgen. Ich würde die CDU ja loben, wenn ihre Absichtserklärungen umgesetzt würden. Das wäre fürs Land gut. Doch die CDU wird das nicht tun.

Was folgt für die AfD aus dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt?

Es folgt daraus, was wir immer schon fordern, eine konsequente Rechtstaatlichkeit, eine konsequente Abschiebepolitik, so wie sie rechtlich geboten ist, eine konsequente Grenzsicherung. Zwar kann man nicht von heute auf morgen die Probleme lösen, die die Regierung Merkel dem Land durch ihre völlig verfehlte Flüchtlingspolitik beschert hat. Aber eine mittelfristige Lösung kann es nur geben, wenn man keine weiteren kriminellen Migranten ins Land lässt und die hier bereits lebenden kriminellen Migranten mit allen Mitteln des Rechtsstaats verfolgt.

Was denken Sie angesichts der Nachricht, dass in Berlin offenbar syrische Flüchtlinge einen Obdachlosen anzuzünden versucht haben?

Das ist gruselig. Der Angriff auf den Berliner Obdachlosen zeigt, dass wir ein Problem mit kriminellen Migranten haben. Das sind nicht nur Einzelfälle, sondern Belege, dass Integration bei einer so großen Zahl von unkontrolliert einreisenden Menschen nicht funktioniert. Willkommenskultur ohne strenge Kontrollkultur kann nicht gut gehen. Es geht ja nicht darum, dass wir niemanden mehr hereinlassen. Sondern darum, wie viele Menschen wir aufnehmen können und wer kommen darf.

Gibt es Flüchtlinge und Asylsuchende, die die AfD nicht zurückschicken will?

Ja, erstens diejenigen, die hier einen rechtsfesten Asylanspruch haben. Das sind allerdings nicht viele. Zweitens jene, vor allem aus Syrien, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention - wohlgemerkt: vorübergehend - hier bleiben dürfen, weil sie Schutz brauchen.

So "vorübergehend" dürfte dies zumal bei Syrern wegen der Lage in ihrem Herkunftsland nicht sein.

Da bin ich mir nicht so sicher. Es ist zwar spekulativ, aber man sollte abwarten, wie sich die Lage entwickelt. Wenn sich die Assad-Linie in Syrien machtpolitisch durchsetzt und sich Trump mit Putin arrangiert, dann ist denkbar, dass Syrien auf eine Art und Weise befriedet wird, die uns zwar nicht gefällt, die aber doch dafür sorgt, dass Menschen dort sicher leben können. Hinter den Kampflinien leben ja auch heute Menschen in Syrien durchaus friedlich. Das entspricht nicht unseren Standards von Rechtstaatlichkeit, aber die können dort leben, das haben sie vor dem Bürgerkrieg auch getan, unter Assad. Daher sollten wir bei den derzeit hier lebenden Syrern nicht so tun, als müssten wir bei allen für eine dauerhafte Integration sorgen.

Jenseits des Asylthemas hat Ihr AfD-Bundesvorstandskollege Armin Paul Hampel kürzlich Grundzüge einer Großreform des Sozialversicherungs- und Steuersystems beschrieben, eine Verbindung der Bürgerversicherung in allen Sozialbereichen mit einem Steuerstufensystem à la Paul Kirchhof.

Was der Kollege Hampel über Bürgerversicherung und Steuersystem gesagt hat, war eine unabgestimmte Äußerung. Die gibt nicht die Meinung des Bundesvorstands wieder und findet in dieser Form meine Zustimmung nicht.

Warum?

Zwar gibt es bei uns viele Sympathien für einen einfachen Stufentarif bei der Steuer und eine breite Bemessungsgrundlage ohne Ausnahmen. Aber die niedrigen Sätze nach dem Muster von Kirchhof wären eine "Flat Tax" mit starker Entlastung hoher Einkommen, was den traditionellen Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland widerspricht.

Also präferieren Sie einen Stufentarif, aber die oberste Stufe müsste höher sein und in die Nähe von 50 Prozent kommen?

"AfD wendet sich nicht gegen ankommende Menschen" Parteichef Jörg Meuthen über einen Rechtsdrall, seinen Machtkampf mit Frauke Petry und internen Streit um die ....

Bei sehr hohen Einkommen kann man sicher in diese Richtung denken, aber darüber muss die Bundesprogrammkommission noch diskutieren und entscheiden. Ich werde dem hier nicht vorgreifen.

Was halten Sie von der Bürgerversicherung à la Hampel?

Nichts. Eine Bürgerversicherung wäre keine gute Idee. Schon weil ich staatlichen Zwang minimieren und nicht noch erweitern will, indem ich mehr Bevölkerungsgruppen in die gesetzlichen Sozialversicherungen zwingen. Diese maroden Systeme kann ich nicht dadurch sanieren, dass ich via Zwang noch mehr Leute daran beteilige. Etwa die Selbstständigen, die gewaltige Schwierigkeiten bekämen, wenn sie auch noch in die Rentenversicherung einzahlen müssten.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

pa/dpa/Lino Mirgeler

Der AfD-Bundesvorsitzende Jörg Meuthen fordert politische Konsequenzen aus dem Terroranschlag in Berlin

dpa Picture-Alliance / Lino Mirgeler

**Load-Date:** December 31, 2016

**Gute Idee, aber zu spät; Asylzentren in Nordafrika? Das war ein sinnvoller Vorschlag, als Otto Schily ihn 2004 machte. Seitdem aber verfallen die Staaten, mit denen man diese Idee hätte umsetzen können. Heute braucht es andere Lösungen**

Die Welt

Dienstag 15. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 268

**Length:** 1114 words

**Byline:** Alan Posener

## **Body**

---

Es gab schon einmal einen deutschen Innenminister, der vorschlug, Asylzentren für Flüchtlinge in Nordafrika einzurichten. Das brachte ihm viel Kritik ein. Vonseiten der Opposition wurde ihm vorgeworfen, "Internierungslager am Rand der Sahara" bauen zu wollen. So sprach jedenfalls CDU-Fraktionsvizechef Wolfgang Schäuble 2004, als Otto Schily, Innenminister der rot-grünen Koalition, einen entsprechenden britischen Vorstoß aufgriff. Zwölf Jahre später macht ein christdemokratischer Innenminister den gleichen Vorschlag. Ein Schelm, wer meint, in Deutschland habe Parteipolitik Vorrang vor sachlicher Diskussion.

Durch seinen Plan könnte der Tod vieler Menschen vermieden werden, weil Asylsuchende nicht mehr den gefährvollen Weg über das Mittelmeer in Kauf nehmen müssten, sagte Schily damals: "Ist das so schrecklich inhuman, wie einige meinen, die sich empören?" Recht hatte er. Als braver SPD-Mann sagte Schily auch, dass den afrikanischen Ländern bei der Lösung wirtschaftlicher Probleme geholfen werden müsse, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Afrikas Probleme müssten in Afrika gelöst werden. Auch das war richtig, wenn auch Afrikas Probleme nicht vorrangig wirtschaftliche sind. Es sei jedenfalls die falsche Antwort, "dem Migrationsdruck freien Lauf zu lassen". Die Zuwanderung müsse strikt begrenzt werden.

Man versteht, warum die Kanzlerin neulich sagte, sie würde gern die Uhr zurückdrehen: Zwölf Jahre Untätigkeit, davon elf unter Angela Merkels Ägide, haben das damals noch beherrschbare Problem so anwachsen lassen, dass es die Europäische Union gesprengt hat und die innenpolitische Stabilität Deutschlands gefährdet. Ob man, wie Ungarn, Bulgarien und Österreich Zäune baut, wie Polen nur christliche Flüchtlinge aufnehmen will, die Freizügigkeit im Schengen-Raum "vorübergehend" aussetzt, oder die Türkei dafür bezahlt, verfolgte Syrer zurückzunehmen, während verfolgte Türken aus dem Land fliehen: Das sind nur verschiedene Ausdrucksweisen der Ratlosigkeit. Derweil bot die Angst vor Zuwanderung englischen EU-Gegnern den Hebel, die zweitwichtigste

Gute Idee, aber zu spät Asylzentren in Nordafrika? Das war ein sinnvoller Vorschlag, als Otto Schily ihn 2004 machte. Seitdem aber verfallen die Staaten, mit de....

Volkswirtschaft und wichtigste Militärmacht Europas aus der Union zu führen. Einfacher wird die Lösung des Problems dadurch nicht.

Die CSU hat kürzlich mit großer Geste eine Flüchtlingsobergrenze beschlossen: Eine Million in fünf Jahren. Dass aus Obergrenzen Normen werden, weiß man doch in München; dass eine solche Norm wie eine Einladung wirkt, und dass eine Million Flüchtlinge nur hierherkommen können, wenn man stillschweigend die Verfassung und die europäischen Verträge weiterhin außer Kraft setzt, auch. Derweil ist man weit davon entfernt, "Afrikas Probleme in Afrika" zu lösen. Von Europas selbst gemachten Problemen - Griechenland, Italien, Spanien - und den von Russland entfachten oder angefachten Feuern in der Ukraine und Syrien einmal ganz zu schweigen. Wir haben eine sogenannte große Koalition, ergänzt um eine loyale Opposition aus Grünen wie Winfried Kretschmann, der sich keine bessere Kanzlerin als Angela Merkel vorstellen kann; wir haben in Deutschland eine wirtschaftliche Lage, wie sie kaum besser werden dürfte.

Wir haben seit dem Brexit- Votum die allgemeine Erkenntnis in der politischen und schwätzenden Klasse, dass Europa ein großes Projekt braucht, um den skeptischen Wählern den Mehrwert gemeinsamen Handelns zu demonstrieren - und in dieser Stunde Europas überbieten sich deutsche Politiker in Pseudolösungen, wie deutschen Obergrenzen und nordafrikanischen Lagern.

Moment. Warum soll, was 2004 richtig war, 2016 eine Pseudolösung sein? Weil das Mittelmeer damals noch von funktionierenden Staaten umgeben war, die bei entsprechenden finanziellen und politischen Anreizen in der Lage gewesen wären, ihre Küsten zu kontrollieren, wie es die Türkei ja auch kann, wenn sie denn will. Heute jedoch sind Syrien und Libyen failed states. Selbst wenn man annimmt, dass Ägypten, Algerien und Tunesien gegen entsprechende Anreize bereit und in der Lage wären, ihre Küste zu kontrollieren und Aufnahmelager für Flüchtlinge einzurichten, was man bezweifeln darf - die Schleuser würden nach wie vor den Weg über Libyen nehmen. Die Türkei kann jederzeit vom Flüchtlingsdeal zurücktreten, wenn das zunehmend erratisch handelnde Erdogan-Regime sich von der EU schlecht behandelt fühlt.

Um es kurz zu sagen: Gibt es funktionierende Staaten, sie müssen keine lupenreinen Demokratien sein, kann man mit ihnen über die Kontrolle der Grenzen und die Aufnahme von Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten reden. Spanien hat mit Marokko etwa seit Jahren eine erfolgreiche Kooperation, seitdem ist die Migration von Nordafrika auf die Kanaren faktisch unterbunden worden. Gibt es aber diese funktionierenden Staaten nicht, helfen auch keine Aufnahmelager. 2004 hätte man noch als Europäische Union einen umfassenden Vertrag über die Kontrolle der Migrationsströme mit den Anrainerstaaten abschließen können; 2016 ist das nicht mehr - oder noch nicht wieder - möglich.

Dazwischen liegt Nicolas Sarkozys Plan einer "Mittelmeerunion", die alle Anrainer umfasst hätte, aber erst von Merkel aus Angst vor französischer Vorherrschaft torpediert und dann vom arabischen Frühling kalt erwischt wurde. Die Organisation mit Sitz in einem Palais in Barcelona existiert freilich noch. Gegenwärtig beschäftigt sie sich mit 37 verschiedenen Projekten, von Sonnenenergie in der Sahara bis Mittelstandsförderung in Ägypten: "Nice to have", aber nicht vorrangig. Sie sollte sich darauf konzentrieren, die fragile Staatlichkeit Libyens und auch der anderen Anrainerstaaten zu stärken. Wie sehr sich die Situation in den letzten zehn Jahren verschlechtert hat, zeigt sich allein an den Touristenzahlen.

Ägypten und Tunesien gelten nicht mehr als sicher, Algeriens Süden auch nicht, Syrien und der Libanon sind ohnehin No-go-Areas, die Türkei verliert immer mehr an Attraktivität, die griechischen Inseln werden längst in Mitleidenschaft gezogen. EU und Nato sind hier als Ordnungsmächte gefragt; es gibt keine andere. Das Mittelmeer ist "Mare Nostrum" - unser Meer; wir dürfen es nicht den Mächten des Chaos, von Wladimir Putin über Recep Tayyip Erdogan, die Hisbollah und den Islamischen Staat bis hin zu den Warlords und Schleusern überlassen. Diese Aufgabe wird mehr erfordern als Konferenzen und Projekte, nämlich viel Geld und die Entschlossenheit, der Ordnung auch militärisch zu ihrem Recht zu verhelfen, auch wenn darüber eine Wahl in Baden-Württemberg oder Bayern verloren geht. Wer davon nicht reden will, sollte freilich auch von Flüchtlingslagern und Obergrenzen schweigen.

Gute Idee, aber zu spät Asylzentren in Nordafrika? Das war ein sinnvoller Vorschlag, als Otto Schily ihn 2004 machte. Seitdem aber verfallen die Staaten, mit de....

Wir dürfen das Mittelmeer nicht den Mächten des Chaos überlassen

[alan.posener@weltn24.de](mailto:alan.posener@weltn24.de) ([alan.posener@weltn24.de](mailto:alan.posener@weltn24.de))

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Reto Klar u. Martin U. K. Lengem

**Load-Date:** November 15, 2016

---

End of Document



**Ohne Grenzen geht nichts; Eine humane Asyl- und Zuwanderungspolitik ist nur mit kontrollierten Grenzen möglich. Wenn Europas Staaten selbst entscheiden, wer hereinkommt, ist auch ein gemeinsamer Beschluss über Quoten und Asylgründe möglich. Sonst gibt es Dschungelkampf**

Die Welt

Samstag 5. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 55

**Length:** 1092 words

**Byline:** Dirk Schümer

## **Body**

---

Wer braucht heute schon noch Grenzen? Wozu diese überkommenen Trennungslinien, an denen man nutzlos darauf warten muss, einem gelangweilten Beamten den Pass vorzuzeigen? Bis zur großen Wanderung der Kriegsflüchtlinge und Armutsmigranten nach Europa - also bis vor einem guten halben Jahr - durfte man sich solche Fragen getrost stellen. Grenzen wirkten im offenen Europa vorgestrich; sogar die Regierungen selbst machten sie durchlässig für Handel, Arbeit und Reiseverkehr. Der Euro wurde zu einer Währung, die beim Bezahlen Ausland in Inland verwandelte. Im Schengenraum fielen die Passkontrollen ganz weg. Ist es ein Wunder, dass Grenzen nun, da sie mit Macht wieder hochgezogen und überwacht werden, einen miesen Ruf haben?

In Wahrheit waren die Staatsgrenzen nie verschwunden, wir haben sie nur nicht bemerkt. Paradoxerweise können Zäune und Kontrollen nur dort wegfallen, wo die Bürger sich freiwillig an die Regeln des Grenzverkehrs halten. Wie man sich in der EU den freien Grenzverkehr vorgestellt hatte, zeigt das Beispiel der Beneluxstaaten, wo man die Kontrollen und Zölle bereits seit Jahrzehnten abgeschafft hatte. Hier ging es um Gemeinwesen mit gleichem Wohlstand, gleicher Sicherheit, gleicher Rechtsordnung. In solch einem postnationalen Paradies braucht kein Mensch mehr Schlagbäume. Wo aber arme und reiche Staaten aneinander grenzen, wo deswegen Kriminalität und Sozialmissbrauch drohen, wo massenhafte Zuwanderung ohne Rückfahrkarte in Gang kommt - zum Beispiel verarmte Roma, die vom Balkan nach Deutschland strömen - , gab und gibt es Probleme. Kein Wunder, dass es Bulgarien und Rumänien bis heute nicht in den Schengenraum geschafft haben, der angesichts des Flüchtlings- und Migrantenchaos jetzt ohnehin wie Makulatur wirkt.

Die grenzenlose Reisefreiheit war weltweit stets die Ausnahme, nicht die Regel. Niemals durfte ein Deutscher ohne Pass in die Türkei reisen. Für so gut wie alle Länder in Nahost benötigte man immer schon ein Visum von der jeweiligen Botschaft. Umso verwunderlicher, dass Menschen von dort jetzt das Recht haben sollen, sich ohne Papiere und ohne Kontrollen einen Ort in der Europäischen Union auszusuchen, um dort in den Genuss staatlicher

Ohne Grenzen geht nichts Eine humane Asyl- und Zuwanderungspolitik ist nur mit kontrollierten Grenzen möglich. Wenn Europas Staaten selbst entscheiden, wer here....

Fürsorge zu kommen. Umgekehrt gilt dieses Recht keineswegs. Wer als Europäer egal welchen Grenzzaun in Vorderasien durchschneidet, um aggressiv seine Reisefreiheit einzufordern, landet sofort im Gefängnis.

Für die verzweifelten Migranten, die nun an der Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien festsitzen, ist es jedoch unbegreiflich, warum Zoll und Polizei sie nicht einfach ins ersehnte Deutschland durchwinken. Schließlich hat das doch über Monate reibungslos geklappt. Doch gerade die Befürworter einer globalen und grenzenlosen Wanderungsbewegung tragen eine massive Mitverantwortung für die festsitzenden Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg und die drohende humanitäre Katastrophe in miserablen griechischen Notunterkünften. Man muss es einmal deutlich sagen: Für jeden Wirtschaftsflüchtling aus Pakistan und Algerien, der es wundersam unkontrolliert bis Mitteleuropa geschafft hat, für jeden Kosovaren und Marokkaner, der unberechtigt im deutschen Asylsystem ausharrt, muss jetzt ein Verwundeter aus Aleppo, muss ein obdachloses Kind aus Damaskus leiden. Ist das gerecht?

Das deutsche Asylrecht, das eigentlich für politisch Verfolgte und akut mit Repressalien oder Tod bedrohte Menschen ausgelegt war, hat die Bundesregierung mit nachvollziehbaren Argumenten auf Millionen Opfer eines blutigen Bürgerkrieges ausgedehnt, der sich absehbar noch über Jahre hinziehen wird. Unerklärlich bleibt, warum sich die gepeinigten Menschen deswegen gemeinsam mit Hunderttausenden anderer Glückssucher auf einen mörderischen Treck über Land und See begeben mussten. Warum mussten sie ihre Ersparnisse der Schleusermafia ausliefern, statt das Geld nach Europa mitzubringen? Warum mussten viele Hunderte im Mittelmeer ertrinken, statt von den Gastländern sicheres Geleit per Flugzeug oder Fähre zu erhalten? Warum müssen in dieser Stunde Kinder, Alte, Schwangere in Regen und Matsch auf dem Balkan frieren? Und warum galt an Europas bestürmter Grenze so lange das Recht des Stärkeren - und nicht des Bedürftigen?

Wie verlogen die vermeintliche Humanität offener Grenzen in Wirklichkeit ist, zeigt ein Blick nach Westen. In Spanien hat eine linke Regierung vor Jahren die Zäune gegenüber Marokko massiv verstärkt; die spanische Küstenwache bekämpft bis nach Nordafrika das Schleuserunwesen gnadenlos und schickt illegale Zuwanderer wieder zurück in die Herkunftsländer. Nur so kann verhindert werden, dass Tausende von Verzweifelten erbärmlich ertrinken - Menschenleben, die den Verfechtern ungebremster Massenmigration offenbar keineswegs auf dem Gewissen liegen. In Wahrheit ist eine humane Asyl- und Zuwanderungspolitik nur mit kontrollierten Grenzen möglich: Wenn Europas Staaten selbst entscheiden können, wer wo und in welcher Zahl hereinkommt, ist auch ein einvernehmlicher europäischer Beschluss über Quoten, Asylgründe und Aufenthaltsorte möglich. Die Alternative dazu ist der Dschungelkampf.

Bleibt Europa - und gemeint ist momentan ausschließlich das Schengenland Griechenland - weiter außerstande, seine Grenze gegen wahllose Migration zu sichern, werden die Binnengrenzen auf dem Balkan weiter verstärkt. Denn welcher Verfechter der Willkommenskultur zeigt ein Herz für arme Bürger in Mazedonien, wenn sich dort erst einmal im Rückstau die Abgewiesenen in Slums niederlassen? Weil sie wissen, dass sie im Notfall von den Schönwetterhumanisten in Berlin und Brüssel im Stich gelassen werden, schützen arme und kleine Staaten wie Mazedonien, Serbien und bald auch Albanien ihre Territorien. Sie haben keine Wahl. Und was bietet eine elendige Existenz im Barackenlager für die Migranten selbst? Die Frage nach der inzwischen sehr begrenzten Perspektive für Flüchtlinge geht im törichten Ruf nach offenen Grenzzäunen unter. Dabei ist noch nicht einmal das Dilemma angeschnitten, dass die Herkunftsstaaten massiv destabilisiert werden, wenn die dynamischen Generationen ihrer Heimat für immer den Rücken gekehrt haben. Sind entvölkerte und zerbombte Staaten wie Syrien, der Irak oder Afghanistan noch überlebensfähig, wenn dort nurmehr Alte, Schwache und islamische Fundamentalisten zurückbleiben? Auch diese negative Utopie sollte allen vor Augen stehen, die ein Europa ohne Grenzen fordern.

In Wahrheit waren die Staatsgrenzen nie verschwunden, wir haben sie nur nicht bemerkt

[dirk.schuemer@weltn24.de](mailto:dirk.schuemer@weltn24.de) ([dirk.schuemer@weltn24.de](mailto:dirk.schuemer@weltn24.de))

Original Gesamtseiten-PDF

Ohne Grenzen geht nichts Eine humane Asyl- und Zuwanderungspolitik ist nur mit kontrollierten Grenzen möglich. Wenn Europas Staaten selbst entscheiden, wer here....

## Graphic

---

Axel Springer SE

**Load-Date:** March 5, 2016

---

End of Document

**Wo Menschen nur noch Nummern sein können; Jeden Tag kommen neue Flüchtlinge nach Passau. Bis zu 500 von ihnen werden in der Grenzstadt täglich aufgegriffen. Die Bundespolizei ächzt unter der großen Belastung. Eindrücke aus einer ganz normalen Nachtschicht**

Die Welt

Montag 13. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 160

**Length:** 1444 words

**Byline:** Marco Tripmaker

## Body

---

Zwei Rucksäcke, eine Papiertüte und ein Kinderwagen. Das ist alles, was die vierköpfige Familie bei ihrer Flucht aus der syrischen Küstenstadt Latakia vor dem Krieg retten konnte. Nun, zwei Monate und ewige Fußmärsche später, steht sie mit ihren Habseligkeiten verloren auf dem Bahnsteig in Passau. Erschöpft, hilflos und dennoch froh, überhaupt am Leben zu sein. Gerade wurde sie von Bundespolizisten aus dem Nachtzug von Wien nach Hamburg-Altona geholt - wegen unerlaubter Einreise und unerlaubten Aufenthalts vorübergehend festgenommen wie die vielen anderen **Flüchtlinge** aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Sie werden registriert und können dann als **Asylsuchende** zu einer Erstaufnahme gehen.

Zurzeit erreichen an manchen Tagen bis zu 500 **Flüchtlinge** per Bahn oder über die A 3 Passau - Tendenz steigend. Polizei und Behörden geben ihr Bestes und sind dennoch völlig überfordert. 22 sind es heute im EuroNight 490, der kurz nach 23.10 Uhr wieder den Passauer Bahnhof verlässt. 22 **Flüchtlinge** mit Plastiktüten oder Rucksäcken, die wie bestellt und nicht abgeholt auf dem Bahnsteig stehen und keine Ahnung von dem haben, was jetzt auf sie zukommt. "Einer hat sich noch auf dem Klo versteckt. Aber wir haben mittlerweile Routine und kennen die Ecken", sagt Bundespolizist Maximilian Brandl, 43, der mit seinem Kollegen Thomas Schweikl, 48, heute auf Nachtschicht ist. Auch im nächsten Nachtzug in zwei Stunden werden sie wieder fündig werden.

Die Dienststelle der Bundespolizei befindet sich im Bahnhof. Von hier aus wird alles aufgenommen und gesteuert, was in der Region Passau mit dem Zustrom von Migranten zu tun hat. "Viele Bürger rufen uns mittlerweile an, wenn sie wieder Leute gesehen haben. Sonst würden wir gar nicht mehr hinterherkommen", sagt Schweikl und zieht einen Pappkarton hervor, prall gefüllt mit Gefrierbeuteln, in denen jeweils Pässe und Formulare stecken. In jedem Gefrierbeutel verbirgt sich ein menschliches Schicksal. "Schauen Sie, das ist ein Tag. Und das sind nur die Flüchtlinge mit Pässen."

Wo Menschen nur noch Nummern sein können Jeden Tag kommen neue Flüchtlinge nach Passau. Bis zu 500 von ihnen werden in der Grenzstadt täglich aufgegriffen. Die ....

Die Räume der Bundespolizei wirken wie baufällige Hobbyzimmer, in denen Bastler jeden Moment ihre Modellbahnen aufstellen. Der Putz fällt von der Wand, die Rauchmelder haben es schon hinter sich. Dazu Kartons in brüchigen Eichenregalen, die wohl in keinem deutschen Amt mehr zu finden sind. Vor den zwei Zellen, in die sie nachts die Schleuser sperren, klebt ein Plakat, auf dem die Krankheitserreger gelistet sind, die die Migranten mit sich bringen könnten: Keuchhusten, Tuberkulose, Krätze oder Noroviren.

Spezielle Hygienemaßnahmen oder Schutz für die Polizisten gibt es aber nicht. "Daran sieht man, wie wenig wir wert sind", meint eine Beamtin. Schweikl nickt zustimmend: "Eigentlich ist es einer Polizeidienststelle nicht würdig." Es klingelt, kurze Zeit später steht ein junger Afghane in der Telefonzentrale. Er hat sich selbst gestellt. Einer von vielen: Durchschnittlich 280 Migranten registriert die Bundespolizei derzeit täglich, hinzu kommen Festnahmen durch die Landespolizei.

Ein Uhr nachts auf den Straßen von Passau. Blau leuchten die Kreuzfahrtschiffe von der Donau herüber, blau leuchtet es plötzlich auch auf dem Polizeiauto. Die Bundespolizisten Schweikl und Brandl haben an einer Bushaltestelle vor der AOK vier Jungs entdeckt. Alle ganz normal gekleidet, als wären sie auf dem Weg in die Disco. Sehen so Flüchtlinge aus? "Es sind vier junge Afghanen. Sie kommen nicht direkt aus ihrer Heimat, sonst sähen sie anders aus. Vermutlich haben sie schon ein Asylverfahren in Bulgarien oder Ungarn hinter sich", berichtet Brandl nach einem kurzen Gespräch mit den Jungs. Wie sie nun nach Passau gekommen sind, weiß kein Mensch. Das ebenfalls vollkommen überlaufene Jugendamt wird sich um die unbegleiteten, jugendlichen Flüchtlinge kümmern. "Es gibt fünf kleinere Übergänge hier in der Nähe. Die Schleuser kennen sich immer besser aus", sagen die Polizisten.

Der Passauer Wahnsinn in diesen Tagen zeigt sich in der sogenannten X-Point-Halle, einem Veranstaltungszentrum, das seine besten Zeiten hinter sich hat. Schon vor der Halle kauern 50 Flüchtlinge auf dem Bordstein, drinnen schlägt einem der süßliche Geruch von Schweiß entgegen. Mehr als das. Es ist der undefinierbare Geruch der Flucht. In der Halle sind Bauzäune aufgestellt, "so trennen wir quasi in unterschiedliche Wartezimmer, die für den Prozess der Ersterfassung und des Asylbegehrens nötig sind", sagt Bundespolizist Martin Wiese, 29, der heute die Schicht leitet. Zunächst bekommt jeder Flüchtling ein Armband, wie man es auch von Festivals kennt.

Jeder Migrant wird zur Nummer, "sonst würden wir hier aufgrund der Masse komplett den Überblick verlieren". Es ist ein verkürztes Verfahren, das die Flüchtlinge hier mithilfe von Übersetzern durchlaufen, einen Fingerabdruck nimmt niemand. Und damit weiß zunächst auch niemand ganz sicher, wer hier eigentlich sitzt und wer eventuell schon in anderen EU-Ländern ein Asylverfahren begonnen hat. In der X-Point-Halle erhält jeder die Papiere, mit der er zur Ersteinrichtung für Flüchtlinge ins benachbarte Deggendorf geschickt wird. Erst dort erfolgt die ID-Registrierung mit Fingerabdruck. "Ob sie dort letztlich auch auftauchen oder gleich ihr eigentliches Ziel ansteuern, können wir nicht prüfen", geben die Bundespolizisten zu. Und so schwappt die Welle schnell weiter durch ganz Deutschland.

Der erste Schritt ins neue Leben dauert für die Flüchtlinge drei bis fünf Stunden. Wer mit einem Schleuser gekommen ist und dabei erwischt wird, muss sich auf längere Befragungen einstellen. Auch die Familie vom Bahnsteig hat Armbänder bekommen. 80 Prozent der Flüchtlinge stammen wie sie aus Syrien. "Wir wollten eigentlich zu Verwandten nach Hamburg. Aber meinetwegen können sie uns auch hier festnehmen. Hauptsache sicher", sagt die Frau und kreuzt symbolisch ihre Handgelenke. Andere Familien mit Kleinkindern dösen auf Stühlen. Weiter hinten in der Halle sind Feldbetten aufgestellt, ein örtlicher Caterer liefert täglich 300 Lunchpakete mit Bananen, Sandwiches und Capri-Sonne. Die Veranstaltungshalle wirkt wie ein riesiges, provisorisches Flüchtlingscamp.

"Kein Revier in Deutschland ist derzeit so belastet wie unseres. Es ist ein einziges Chaos. Hinzu kommt die psychische Belastung, wenn sie dann verstümmelte Menschen ohne Gliedmaßen vor sich haben", erzählt Gruppenleiter Wiese. Die Akten der Flüchtlinge stapeln sich in der Halle. Wer sie jemals betreten hat, weiß, warum Jörg Radek, Bundespolizei-Chef bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP), 800 zusätzliche Stellen an der deutsch-

Wo Menschen nur noch Nummern sein können Jeden Tag kommen neue Flüchtlinge nach Passau. Bis zu 500 von ihnen werden in der Grenzstadt täglich aufgegriffen. Die ....

österreichischen Grenze fordert. Man muss dazu wissen, dass es in Rosenheim ähnliche Aufgriffszahlen wie in Passau gibt.

Das sind zusammen fast 20.000 Flüchtlinge im Monat. Bayerns Innenminister Joachim Hermann (CSU) ist vor allem angesichts des schockierenden Ergebnisses der temporären Grenzkontrollen während des Elmau-Gipfels alarmiert. Dort kam es bundesweit zu etlichen Festnahmen von Schleusern und Einbrechern sowie Funden von Crystal Meth, illegalen Tabakwaren und Alkohol. Er schickte umgehend 500 Bereitschaftspolizisten an die Grenze und befürchtet, wie die Nachfrage der "Welt" ergab, dennoch: "Die Gefahr, dass sich auf der Balkanroute Terroristen unter die Flüchtlinge mischen, ist evident."

3.00 Uhr. Die Bundespolizisten Schweikl und Brandl liegen an der A 3 auf der Lauer und nehmen plötzlich die Verfolgung eines kleinen Vans mit italienischem Nummernschild auf. Ein kurzes Hineinschauen vom Straßenrand hat ihn für die erfahrenen Fahnder verdächtig gemacht, und tatsächlich: Sieben Syrer und drei kleine Kinder steigen abseits der Autobahn aus dem Fahrzeug, auch ein wenige Monate altes Baby ist unter ihnen. Schnell hüllen die Eltern es in eine Decke. Der Schleuser am Steuer ist ein 23-jähriger Tunesier.

1500 bis 5000 Euro pro Kopf kostet so eine Schleusung nach Deutschland. "Mit den Schleusern habe ich kein Mitleid. Manche machen keine Pausen, lassen Kinder im Wagen kotzen und in Flaschen urinieren. Und dann setzen sie sie - kaum in Deutschland angekommen - einfach im Wald aus", schimpft Brandl. Erst neulich haben sie zwei unter Drogen stehende Schleuser aufgegriffen, die 25 Syrer in einem Sprinter geladen hatten, stehend. "Dahinter steckt eine Mafia, die viel Geld damit verdient." Bayerns Gefängnisse sind längst voll von Schleusern.

Kurz vor vier, kurz vor Feierabend für die Bundespolizisten. Mitten in Passau blendet ein entgegenkommender Autofahrer wild auf. Schweikl und Brandl steigen genervt aus, der ältere Mann rennt aufgeregt auf sie zu und gibt außer Atem zu Protokoll: "Vor fünf Minuten habe ich auf der A 3 elf von ihnen laufen sehen. Direkt an der Leitplanke."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

© Marco Tripmaker

© Marco Tripmaker

© Marco Tripmaker

**Load-Date:** July 13, 2015

**Masterplan Integration; Alles muss sehr schnell gehen. Jeder Tag, den die Flüchtlinge in einem Zustand der Ungewissheit verbringen, ist ein verlorener Tag. Auch für uns**

Die Welt

Dienstag 22. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 69

**Length:** 1349 words

**Byline:** Herfried Münkler

## Body

---

Eine heikle Feststellung vorweg: Das Projekt einer gesellschaftlichen Integration der 2015 Gekommenen wird umso eher gelingen, je weniger weitere **Migranten** dazukommen. Erst dann nämlich wird es möglich sein, die Ressourcen des Staates und die Kräfte der Zivilgesellschaft von den Aufgaben der Unterbringung und Versorgung auf die der Integration umzustellen. Und erst dann wird man einigermaßen zuverlässig abschätzen können, welche Dimensionen das Integrationsprojekt haben wird. Nicht alle werden bleiben wollen und nicht alle von denen, die bleiben wollen, werden aufgrund der **Asylregelungen** bleiben können. Das freilich ist die erste Voraussetzung eines gelingenden Integrationsprozesses: dass die Aufnahmegesellschaft weiß, bei wem sich die erforderlichen Aufwendungen lohnen, und dass die Aufzunehmenden eine Perspektive haben, in der die von ihnen abverlangten Anstrengungen sinnvoll sind. Die Integrationschance ist dort am größten, wo beide Seiten das, was sie aufwenden und leisten müssen, als eine Investition begreifen, die sich auf die Dauer auszahlen wird.

Daraus erwächst der zweite Imperativ für einen Masterplan zur Integration: dass die Aussicht auf einen dauerhaften Verbleib in der deutschen Gesellschaft schnell geklärt werden muss; ausdrücklich nicht so schnell wie möglich, also nach Maßgabe juristischer Prozeduren und des dafür verfügbaren Personals, sondern wirklich schnell. Jeder Tag, den die Flüchtlinge in einem Zustand der Ungewissheit verbringen, ist ein verlorener Tag, und wenn sich die Tage zu Monaten summieren, werden sie zu Integrationsblockaden. Hier findet ein Wettlauf mit der Zeit statt, und diesen Wettlauf kann die Aufnahmegesellschaft durchaus verlieren. Sie hat deswegen eine Entscheidung von erheblicher Tragweite zu treffen: Sind ihr die formalen Prozeduren des Sortierens der Flüchtlinge und der zeitraubenden Klärung ihres Rechtsstatus unverzichtbar oder entscheidet sie dies in beschleunigten und generalisierten Rechtsakten, damit der Integrationsprozess umgehend beginnen kann? Was aber auf jeden Fall vermieden werden muss, ist die Häufung eines typischen Produkts der juristischen Sortiermaschine: des abgelehnten, aber geduldeten Asylbewerbers. Dieser Rechtsstatus, der das Ergebnis einer sorgfältigen und gewissenhaften Prüfung des Einzelfalls sein mag, ist eine integrationspolitische Katastrophe.

Masterplan Integration Alles muss sehr schnell gehen. Jeder Tag, den die Flüchtlinge in einem Zustand der Ungewissheit verbringen, ist ein verlorener Tag. Auch ....

Daraus folgt dann sogleich der dritte Imperativ eines Masterplans für Integration: dass die juristische Sortiermaschine der Statuszuweisung gegenüber den Migranten auf den Imperativ der Integration umgestellt wird. Das wird der juristisch geschulten Beamtschaft des Staatsapparats gegen den Strich gehen, weil dann unvermeidlich ist, mit Ausnahme- und Sonderregelungen zu arbeiten, wie sie in einem sauberen Entscheidungsprozess nicht vorgesehen sind. Aber die Integration einer so großen Zahl von Migranten ist eine Herausforderung, die einen Ausnahmefall darstellt, der seine eigenen Prozeduren erfordert - jedenfalls dann, wenn die Integration gelingen soll und man eine Häufung von Scheiternsfällen vermeiden will. Integration ist keine administrative Maßnahme, sondern ein langwieriger Prozess, der sich auf dem Arbeitsmarkt, in der Zivilgesellschaft und in der politischen Werteordnung abspielt. Dem wird kaum einer widersprechen; das tatsächliche Agieren des Staates erfolgt zurzeit aber noch weitgehend so, als würde es sich bei der Integration um einen Verwaltungsakt handeln.

Neben diesen drei Imperativen, die wesentlich an den Staat und seine Verwaltung adressiert sind, gibt es eine Reihe von Erwartungen an die Arbeits- und Zivilgesellschaft sowie an die Migranten selbst. Zunächst gilt die Regel, dass eine Gesellschaft von den Neuankömmlingen, die auf Dauer bleiben wollen, umso mehr Integrationsbereitschaft erwarten und auch einfordern kann, je freundlicher und hilfsbereiter sie diese nach einer mühsamen und gefährlichen Flucht in Empfang genommen hat. Derlei ist nicht auf dem Verordnungswege zu erreichen; hier spielen Mitgefühl und Klugheit zusammen: Mitgefühl mit denen, die ihre Heimat hinter sich gelassen haben, um in einem Land anzukommen, dessen Sprache sie nicht sprechen, dessen Lebensart ihnen unvertraut ist und dessen Regeln sie noch lernen müssen. Und die Klugheit der Alteingesessenen, dass man mit Misstrauen und offen bekundeter Ablehnung auf längere Sicht bei vielen Migranten gerade jene Feindseligkeit hervorbringt, vor der einige lautstark warnen. In diesem Sinne sind die Brandstifter, die in Asylunterkünften Feuer legen, die funktionalen Helfershelfer der IS-Terroristen.

Entschieden wird über Gelingen oder Scheitern der Integration aber letzten Endes auf dem Arbeitsmarkt und in der Zivilgesellschaft. Alle einschlägigen Untersuchungen zeigen, dass die Ausübung einer bezahlten Tätigkeit, von deren Ertrag der Betreffende leben und womöglich eine Familie unterhalten kann, die wichtigste Voraussetzung von Integration ist. Am Arbeitsplatz entstehen die intensivsten Kontakte zu den Menschen der Aufnahmegesellschaft, hier lernt man sich kennen und schätzen, macht die Erfahrung, dass man sich aufeinander verlassen kann, und wo das der Fall ist, entsteht das gegenseitige Vertrauen, ohne das keine Gesellschaft auf Dauer bestehen kann. Diese Beschreibung des Arbeitslebens ist freilich keine Selbstverständlichkeit, sondern enthält normative Elemente: Die Arbeit ist so zu gestalten, dass man sich wechselseitig kennen- und schätzen lernen kann, dass man die Erfahrung des Sich-aufeinander-verlassen-Könnens macht, sodass gegenseitiges Vertrauen entsteht. Das alles ist nicht selbstverständlich. Aber wo es der Fall ist, ist ein großer Schritt bei der Integration getan. Ein Masterplan für Integration hat also die Voraussetzungen und Begleitmaßnahmen dafür zu schaffen, dass der Arbeitsplatz für die Migranten zu einem Ort der Akzeptanz und nicht der Ablehnung wird.

Die Erfahrungen mit den sogenannten Gastarbeitern der 60er- und 70er-Jahre zeigen jedoch, dass eine auf den Arbeitsplatz beschränkte Integration nicht genügt, zumal dann nicht, wenn es eine Familie gibt, in der die Ehefrau nicht berufstätig ist und demgemäß auch nicht über Arbeit in die Gesellschaft integriert werden kann. Mit Blick auf die zweite und dritte Generation kommt den Frauen aber eine Schlüsselfunktion im Integrationsprozess zu. Sie sind der Faktor, der über die Entstehung geschlossener Parallelgesellschaften entscheidet, zumal dann, wenn sie kaum Deutsch können und darum keinerlei Kontakte mit der Aufnahmegesellschaft unterhalten. Im Masterplan für Integration ist auf die Integration dieser Frauen ein gesondertes Augenmerk zu legen: entweder durch Hilfen, die auch ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern, was freilich nur möglich sein dürfte, wenn die Ehemänner schon recht weit in die deutsche Gesellschaft integriert sind und akzeptieren, dass ihre Frauen "arbeiten gehen". Das sollte ein Ziel der Integration sein, ist aber kurzfristig nicht erreichbar. Gerade hier dürften sich Mentalitäten als die "Gefängnisse der langen Dauer" erweisen. Also ist auf die Integration in die Zivilgesellschaft zu achten, und hier ist eine Reihe unterstützender Maßnahmen denkbar, die vom Sport (bei den Kindern) bis zu Nachbarschaftsinitiativen im Wohnumfeld reichen.

Eine Gesellschaft, die solche Integrationsbemühungen unternimmt, kann aufseiten der Migranten auch eine entsprechende Integrationsbereitschaft erwarten: was die Religion als Privatangelegenheit anbetrifft, aber ebenso



Masterplan Integration Alles muss sehr schnell gehen. Jeder Tag, den die Flüchtlinge in einem Zustand der Ungewissheit verbringen, ist ein verlorener Tag. Auch ....

auch im Hinblick auf die politischen und gesellschaftlichen Werte hierzulande. Je selbstbewusster eine Gesellschaft diese Werte vertritt, desto eher kann sie erwarten, dass die Neuankömmlinge sich auf sie einstellen und schließlich auch selber darauf einlassen. Wobei zum Selbstbewusstsein immer auch gehört, dass man die Respektierung von Werten und Normen nicht nur von anderen einfordert, sondern sich auch selbst daran hält. Auch das gehört zu einem Masterplan für Integration.

Der Text ist ein Nachdruck aus "Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" 3/2016 mit dem Schwerpunktthema: Kommen & Bleiben

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Karlheinz Schindler

**Load-Date:** March 22, 2016

**"Wir brauchen die Türkei"; Die EU will möglichst viele Flüchtlinge abwehren.  
Dabei spielt Ankara eine zentrale Rolle**

Die Welt

Dienstag 6. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 232

**Length:** 757 words

**Byline:** Christoph B. Schiltz

## Body

---

Brüssel

Ein roter Teppich für den Besuch in Brüssel. Viele warme Worte von den höchsten Repräsentanten der EU. Dies ist ein bedeutender Tag für den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan. "Wir brauchen die Türkei. Wir können es nicht allein schaffen", sagt EU-Ratspräsident Donald Tusk mit Blick auf die steigenden **Flüchtlingszahlen** in Europa. Die EU, so Tusk weiter, sei sogar bereit, über eine "Pufferzone" in Syrien entlang der türkischen Grenze zu sprechen. Das ist eine alte Forderung Ankaras. Erdogan lächelt: "Wir sind zu allen Formen der Zusammenarbeit bereit."

Die Türkei ist jetzt wichtiger für die EU als jemals zuvor. Angesichts immer neuer **Flüchtlinge** aus Afrika spielt die Türkei für die EU eine entscheidende Rolle. Die bisherigen EU-Pläne - wie die Aufteilung von **Flüchtlingen** nach Quoten, eine neue Liste sicherer Herkunftsstaaten, die Einrichtung von Registrierungszentren (Hotspots), die verstärkte Bekämpfung von Menschenenschmugglern im Mittelmeer und die forcierte Abschiebung illegaler **Migranten** - kommen nur schleppend voran und ihre Wirksamkeit dürfte letztlich äußerst begrenzt sein. Die Europäer haben darum die Strategie verändert: Wichtigstes Ziel ist jetzt, **Flüchtlinge** von der EU möglichst früh fern zu halten. Das geht aber nur, wenn Ankara mitspielt.

Der Druck ist auf die europäischen Regierungen groß. Das auf Migrationsfragen spezialisierte Forschungsinstitut Europäische Stabilitätsinitiative (Esi) erwartet, dass ohne grundlegende Änderungen im kommenden Jahr mehr als 1,8 Millionen Flüchtlinge allein nach Deutschland kommen werden. Dabei sind die Folgen der russischen Bombardierungen in Syrien - die zu einem weiteren Exodus führen dürften - noch nicht einmal eingerechnet.

Brüssel will schnell handeln. Die Europäische Kommission hat einen Aktionsplan gemeinsam mit Ankara erarbeitet. Kernpunkte sind: Auf türkischem Boden sollen sechs neue Flüchtlingslager für zwei Millionen Flüchtlinge errichtet werden. Die EU verpflichtet sich im Gegenzug, bis zu einer halben Million Flüchtlinge auf sicherem Weg nach Europa zu holen. Zudem soll es in der östlichen Ägäis gemeinsame Patrouillen der türkischen und griechischen

"Wir brauchen die Türkei" Die EU will möglichst viele Flüchtlinge abwehren. Dabei spielt Ankara eine zentrale Rolle

Küstenwachen geben, koordiniert von der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl bezeichnete den Plan als "eine moralische Bankrotterklärung Europas". Außerdem verlangt Brüssel, dass das Ende 2013 vereinbarte Rückführungsabkommen zwischen der EU und der Türkei möglichst schnell anzuwenden: Demnach können illegale Einwanderer in die EU künftig in die Türkei ausgewiesen werden, wenn sie von dort eingereist sind.

Im Gegenzug könnten die Europäer die versprochene Visa-Liberalisierung für türkische Staatsbürger schneller gewähren. Das wäre ein Punktgewinn für Erdogan, mit dem sich vor allem Länder wie Deutschland und Frankreich schwertun würden. Erdogan verlangt von den Europäern außerdem mehr Unterstützung im Kampf gegen den syrischen Diktator Baschar al-Assad, der zunehmend von Moskau gestützt wird. Außerdem dürften hohe Milliardenbeträge nach Ankara fließen. Bisher zeigt sich die EU bereit, eine Milliarde Euro locker zu machen. Das wird aber bei weitem nicht ausreichen. Vor allem Berlin wird gefordert sein, die Türkei mit neuen Milliardenhilfen zu unterstützen. Die Türkei hat bis heute 2,2 Millionen Syrer und 300.000 Iraker als Flüchtlinge aufgenommen - mehr als jedes andere Land. Die Kosten dafür liegen nach Angaben der Türkei bisher bei rund 7,8 Milliarden Dollar.

Die große Frage ist nun, inwieweit Erdogan bei diesem neuen Brüsseler Aktionsplan zur Abwehr von Flüchtlingen am Ende mitspielt - und ob der Plan überhaupt taugt, künftig die hohe Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren.

Unter EU-Diplomaten gibt es daran durchaus Zweifel. "Die Frage ist, inwieweit sich die Grenze zwischen der Türkei und Griechenland wirklich kontrollieren lässt. Und selbst wenn es gelingen sollte, werden sich die Flüchtlinge andere Wege suchen", hieß es. Zudem gibt es Bedenken, ob die Flüchtlinge aus Syrien und anderen Krisenstaaten überhaupt bereit sind, freiwillig jahrelang in Lagern zu leben: "Will die Türkei wirklich etwas tun, um die Flüchtlinge im Land zu halten, muss sie ihnen einen Asylstatus gewähren, eine Arbeitserlaubnis erteilen und eine Perspektive auf Einbürgerung geben." In der Türkei werden bisher nur Europäer als Asylbewerber akzeptiert. Die Mehrheit der syrischen Flüchtlinge, ungefähr 1,7 Millionen Menschen, lebt heute in der Türkei außerhalb der Lager unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

AFP/EMMANUEL DUNAND

EU-Ratspräsident Donald Tusk begrüßt Erdogan in Brüssel

EMMANUEL DUNAND

**Load-Date:** October 6, 2015

**Wie Migranten Deutschlands Wohlstand retten sollen; Forderungskatalog der Arbeitgeber sieht mehr Zuwanderung und längere Arbeitszeiten vor**

Die Welt

Montag 24. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 196

**Length:** 1076 words

**Byline:** Dorothea Siems

## Body

---

Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels fordert die Wirtschaft einen leichteren Zugang von **Flüchtlingen** zum Arbeitsmarkt. Anerkannte **Asylberechtigte** und Geduldete sollten "zügig die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten", heißt es in einem neuen Forderungskatalog der Arbeitgeber zur Fachkräftesicherung, der der "Welt" vorliegt. Unter den **Asylbewerbern** gebe es Menschen mit guten Qualifikationen und am Arbeitsmarkt gefragten Berufserfahrungen, die besser genutzt werden sollten. In den 800.000 **Asylbewerbern**, mit denen die Bundesregierung für das laufende Jahr rechnet, sieht die Wirtschaft ein großes Arbeitskräftepotenzial.

Konkret fordert die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Deutschkurse für alle **Asylsuchenden**. Dabei solle vor allem auch die berufsbezogene Sprachförderung ausgebaut werden. Darüber hinaus plädieren die Arbeitgeber für einen "uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang" für Geduldete und **Asylsuchende**. Die bisher nötige Vorrangprüfung will die BDA abschaffen. Bisher prüft die Bundesagentur für Arbeit, ob eine Arbeitsstelle nicht von einem Deutschen, einem EU-Bürger oder einem Zuwanderer mit einem bevorrechtigten Aufenthaltsstatus besetzt werden kann.

Bislang gilt für Asylbewerber ein dreimonatiges Arbeitsverbot. Die Vorrangprüfung entfällt sogar erst nach 15 Monaten. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch SPD und Grüne drängen auf eine Lockerung dieser Regeln. Völlig kontraproduktiv ist nach Einschätzung der BDA zudem das geltende Verbot einer Beschäftigung als Zeitarbeiter für Flüchtlinge und Geduldete. Dies sei ein zusätzliches Hemmnis für einen schnellen Arbeitsmarktzugang.

Für abgelehnte Asylbewerber fordern die Arbeitgeber die Möglichkeit zum Wechsel in die Arbeitsmigration. Wer entsprechende Qualifikationen vorweisen könne, solle eine europäische Blue Card oder einen Aufenthaltstitel als Fachkraft in einem Mangelberuf oder auch ein Visum zur Arbeitsplatzsuche beantragen dürfen. Nach geltendem Recht müssen abgelehnte Flüchtlinge Deutschland zunächst verlassen, bevor sie einen neuen Versuch als Arbeitsmigrant starten können. Ein besonderes Augenmerk richtet die BDA auf die minderjährigen Flüchtlinge, die

## Wie Migranten Deutschlands Wohlstand retten sollen Forderungskatalog der Arbeitgeber sieht mehr Zuwanderung und längere Arbeitszeiten vor

rund ein Drittel aller Asylantragsteller ausmachen. Für unbegleitete Kinder und Jugendliche fordern die Arbeitgeber, einen humanitären Ausbildungsaufenthaltstitel zu schaffen. Grundsätzlich sollten die jungen Flüchtlinge nicht nur während der gesamten Ausbildungsdauer, sondern darüber hinaus zwei Jahre ein gesichertes Aufenthaltsrecht haben.

Die BDA stellt in ihrem Fachkräfte-Papier allerdings klar, dass ein flexibleres Asylrecht keineswegs eine "zielgenau gesteuerte Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte" ersetzen könne. Bislang zieht Deutschland neben Flüchtlingen vor allem Arbeitsmigranten aus anderen EU-Ländern an. Wenn sich die wirtschaftliche Lage im Süden Europas wieder verbessert, dürfte der Zustrom an Arbeitsmigranten aus der Europa rasch wieder abebben. Deshalb plädieren die Arbeitgeber für eine Reform des Zuwanderungsrechts, um Deutschland für qualifizierte Migranten aus Drittstaaten attraktiver zu machen: Mit einer "Talent Card" sollen Kandidaten auch ohne ein konkretes Jobangebot nach Deutschland kommen dürfen. Denn die Bundesrepublik werde, "selbst wenn wir alle Potenziale im Inland ausschöpfen, mittel- bis langfristig noch stärker als bislang auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen" sein, sagte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer der "Welt".

Noch konzentriert sich der Fachkräftemangel hierzulande auf bestimmte Regionen und Branchen. Vor allem in den sogenannten MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) fehlen Akademiker und mehr noch Facharbeiter. Auch Stellen für Ärzte und Pflegekräfte bleiben schon vielfach unbesetzt. In den nächsten Jahren droht sich die Lage erheblich zu verschärfen, denn die Alterung der Bevölkerung schreitet rasch voran. "Bereits im Jahr 2030 könnten uns sechs Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter am Arbeitsmarkt fehlen", warnt der Arbeitgeberpräsident.

Wenn es nicht gelinge, "diese dramatische Entwicklung zumindest abzubremsen und Fachkräftelücken zu schließen, sind unser Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland bedroht", so Kramer.

Im Inland sehen die Arbeitgeber noch Potenzial bei der Verlängerung der Arbeitszeit von Frauen. Fast jede zweite Erwerbstätige ist teilzeitbeschäftigt. Die Wirtschaft drängt auf einen Abbau des steuerlichen Ehegattensplittings oder der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern. Denn beides mindere den Anreiz für Frauen, erwerbstätig zu sein.

Auch ein weiterer Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen sei nötig, um die Wochenarbeitszeit von Frauen zu erhöhen. Gefordert seien aber auch die Unternehmen, mahnt die BDA. Betriebe sollten verstärkt familienfreundliche Arbeitszeitmodelle anbieten und Möglichkeiten der Heimarbeit erweitern. "Flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle können einen Anreiz setzen, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, auch von Teilzeitbeschäftigten, zu steigern."

Gezielt sollten laut BDA auch die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten, Schulabbrechern und Behinderten verbessert werden. So müssten etwa mittelständische Betriebe über Fördermöglichkeiten zur Beschäftigung Behinderter informiert werden. Geringqualifizierte sollten Angebote zur Weiterbildung im Betrieb bekommen. Auf diesem Weg könnten aus Angelernten am Ende voll ausgebildete Fachkräfte werden.

Auch das Potenzial der Älteren sei noch keineswegs ausgeschöpft, mahnt die BDA. Viele Ältere wollten länger arbeiten, wünschten sich aber eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung. Hier müssten die Betriebe flexibler werden und mehr auf individuelle Wünsche eingehen.

Generell müssten in Zeiten des Fachkräftemangels das lebenslange Lernen sowie der Gesundheitsschutz einen höheren Stellenwert erhalten. Denn beides sei Voraussetzung dafür, dass Menschen länger erwerbstätig bleiben könnten.

Aus Arbeitnehmersicht hat die wachsende Fachkräftelücke indes auch ihr Gutes, vermerkt die BDA. So seien Unternehmen gezwungen, verstärkt auch Bewerber für Lehrstellen und Jobs zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer Abschlüsse und Noten nicht erste Wahl seien, aber mit vertretbarem Aufwand fit gemacht werden könnten.

Wie Migranten Deutschlands Wohlstand retten sollen Forderungskatalog der Arbeitgeber sieht mehr  
Zuwanderung und längere Arbeitszeiten vor

"Bereits 2030 könnten uns sechs Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter am Arbeitsmarkt fehlen" Ingo  
Kramer, Arbeitgeberpräsident

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 24, 2015

---

End of Document

## Welcher Flüchtling hat eine gute Bleibeperspektive?; Syrer ja, Afghanen nein, sagt der Innenminister. Folge: Für Letztere gibt es keinen Sprachkurs

Die Welt

Donnerstag 5. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 258

**Length:** 635 words

**Byline:** Stefan Von Borstel

## Body

---

Je schneller **Flüchtlinge** Deutsch lernen, desto besser sind ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz und auf eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft. Darin sind sich alle einig. Bislang waren **Asylsuchende** von Integrations- und Sprachkursen jedoch ausgeschlossen, solange ihr Anerkennungsverfahren lief. Das neue **Asylbewerberbeschleunigungsgesetz**, das im Oktober beschlossen wurde, sieht deshalb vor, dass auch **Asylsuchende** Zugang zu Sprachkursen und Angeboten der Arbeitsförderung bekommen sollen - allerdings nur, wenn sie eine "gute Bleibeperspektive" haben.

Und darin liegt das Problem. Die Grünen fürchten, dass die Definition zu eng gefasst wird - und damit Zehntausende von Flüchtlingen keine Chance auf einen Kurs bekommen. Denn eine gute Bleibeperspektive ist grundsätzlich nur zu erwarten, "wenn ein Asylbewerber aus einem Herkunftsland stammt, das eine Schutzquote von über 50 Prozent aufweist", teilte das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage der grünen Arbeitsmarktpolitikerin Brigitte Pothmer mit. Eine Definition im Gesetz gibt es nicht. "Mit dieser engen Definition bleiben Asylsuchende aus Afghanistan, Somalia und Pakistan aus dem Kreis der berechtigten Personen ausgeschlossen", sagte Pothmer der "Welt".

Denn die Anerkennungsquote der Flüchtlinge aus Afghanistan liegt knapp unter 50 Prozent (46,7 Prozent), Somalia kommt auf eine Quote von 25 Prozent, Pakistan auf 18,6 Prozent. "Für die Dauer des Asylverfahrens haben sie nach wie vor keine Möglichkeit an einem Sprachkurs oder an Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur teilzunehmen", kritisiert Pothmer. Für sie heißt das: rumsitzen statt lernen. Und das, obwohl viele von ihnen in Deutschland bleiben werden - bei den afghanischen Antragstellern eben fast jeder zweite. "Wenn die Herkunft das alleinige Kriterium für die Zuordnung bildet, ist das Ergebnis in vielen Fällen nichts weiter als eine moderne Form der Wahrsagerei", empört sich die Grünen-Politikerin Pothmer.

Die Bundesregierung müsse bei der Definition deutlich nachbessern, fordert sie. Ansonsten müssten die Flüchtlinge bis zur Anerkennung ihres Antrages warten, um mit dem Deutschkurs zu beginnen. Und die Anerkennung kann dauern: Bei den Afghanen liegt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Antrages bei knapp 14 Monaten -

Welcher Flüchtling hat eine gute Bleibeperspektive? Syrer ja, Afghanen nein, sagt der Innenminister. Folge: Für Letztere gibt es keinen Sprachkurs

doppelt so lang wie im Durchschnitt insgesamt und sogar dreimal so lange wie bei einem Antragsteller aus Syrien. Pakistani müssen im Schnitt mit knapp 16 Monaten noch länger auf eine Entscheidung warten. Dabei warnen Arbeitsmarktforscher: Gelingt zu Beginn keine Integration in Beschäftigung, besteht das Risiko, dass sich Arbeitslosigkeit bei den Flüchtlingen verfestigt.

Zwar hat sich die Bundesregierung vorgenommen, die Asylverfahren deutlich schneller abzuschließen. Doch Pothmer zweifelt, ob sich in naher Zukunft etwas ändern wird. "Gerade bei Anträgen aus Ländern deren Anerkennungsquoten im mittleren Bereich liegen, ist die Bearbeitung offenbar viel zeitaufwendiger als bei Anträgen mit eindeutigeren Anerkennungsquoten, wie etwa Syrien", sagt die Abgeordnete. Die Anerkennungsquote bei Syrern liegt bei fast 90 Prozent, die Anträge werden in vier Monaten entschieden.

Die Grünen-Arbeitsmarktpolitikerin fordert zumindest einen Ermessensspielraum für die Mitarbeiter in den Arbeitsagenturen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, damit sie bei individuell guter Bleibeperspektive Sprachkurse und Förderung ermöglichen können. Doch auf Nachfrage der Abgeordneten schloss das Innenministerium eine Ermessensentscheidung aus. Pothmer findet, die Sprachkurse sollten allen Asylsuchenden von Anfang an offenstehen. Denn von dem Erlernen der deutschen Sprache profitierten nicht nur die Bewerber selbst, auch wenn sie in ihre Herkunftsländer zurückkehren, sondern auch das exportorientierte Deutschland.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 5, 2015



## *Am Gartenzaun und im Mittelmeer; Ein Bundespolizist engagiert sich für Flüchtlinge*

Die Welt

Dienstag 2. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 179

**Length:** 1217 words

**Byline:** Georg Meggers

### Body

---

Der Einsatzort von Bundespolizist Lars Wendland ist heute an einem Gartenzaun. Wendland diskutiert mit seinem Nachbarn in Brieskow-Finkenheerd im östlichen Brandenburg. Anlass: Im Ort haben "Menschen mit Migrationshintergrund" an Häusern geklingelt und stumm einen Zettel vorgezeigt, auf dem sie um Geld oder Arbeit baten. Diese Besuche seien schlecht für das Image von Migranten, bestätigten Vorurteile, sagt der 43-jährige Wendland. "Ich möchte den Menschen im Dorf vermitteln, dass nicht alle Migranten so sind, besonders nicht unsere drei syrischen Familien." Diese leben seit vergangenem Jahr im 2400-Seelen-Dorf.

Nicht nur in seinem Heimatort setzt sich Wendland für Flüchtlinge ein - auch auf dem Mittelmeer, genauer: in einem Schnellboot zwischen der griechischen Insel Lesbos und der türkischen Küste. Für sein Engagement wurde der Bundespolizist am 4. Juli in Potsdam mit dem Band für Mut und Verständigung ausgezeichnet.

Die syrischen Familien in Brieskow-Finkenheerd stammen aus Aleppo und Damaskus, Schauplätze des syrischen Bürgerkriegs. Viele Menschen flohen von dort vor Krieg und Zerstörung nach Europa. Für 900 von ihnen endete die Flucht, als sie am 7. September 2015 in Eisenhüttenstadt aus dem Zug stiegen. Wendland fuhr mit seinem Sohn Florian dorthin: Sie wollten helfen, Betten aufbauen für die Flüchtlinge.

Wendland erlebte dabei ein Déjà-vu. Kurz vor der deutschen Wiedervereinigung war er beim Bundesgrenzschutz in Bodenteich, nahe der Grenze zur damaligen DDR in Niedersachsen. "Nach der Wende kamen plötzlich viele Bürger der DDR zu uns und brauchten eine Unterkunft." Wie im September 2015 hatte er auch im November 1989 Betten aufgebaut. "Die Bürger, die damals aus der DDR über Ungarn nach Westdeutschland flohen, waren auch Flüchtlinge", sagt Wendland. "Aber das will hier niemand hören."

Wendland setzte sich dafür ein, dass auch in Brieskow-Finkenheerd syrische Flüchtlinge aufgenommen wurden. "Es gab Widerstand, viele Menschen waren skeptisch, einige fremdenfeindlich." Wendland stammt aus Nordrhein-Westfalen, 1993 zog er nach Brandenburg. Als Zugezogener, der sich auch noch für Flüchtlinge engagiere, hätten

## Am Gartenzaun und im Mittelmeer Ein Bundespolizist engagiert sich für Flüchtlinge

ihn einige kritisiert, sagt Wendland. Allerdings nicht direkt: "Ich höre nur von Bekannten, dass über mich gesprochen wird."

Im vergangenen Jahr wurden vier Banner im Dorf aufgehängt, auf denen gegen die Zuwanderer protestiert wurde. Auf einem habe die Frage gestanden, wie viele Flüchtlinge Lars Wendland denn vertragen würde. Ein anderes Banner verwies die Migranten an eine private Adresse - die von Wendland und seiner Familie. Daraufhin meldete er sich beim Staatsschutz.

Wendland tut das, was er für richtig hält. Er scheint nicht wütend auf die Menschen zu sein, die die Plakate aufhängten. Er hält es für richtig, sich für Flüchtlinge zu engagieren - also tut er es eben. Von seinem Engagement spricht er nüchtern; auch über den Preis, den er dafür erhielt.

Es gab auch Unterstützung im Dorf für die syrischen Familien: 22 Ehrenamtliche halfen ihnen, unterrichteten Deutsch, unternahmen gemeinsame Fahrten, gaben Tipps bei der Bürokratie. "Die muslimischen Kinder spielten sogar mit bei unserem Krippenspiel an Weihnachten."

Als er die Bilder von Flüchtlingsbooten im Mittelmeer sah, wollte er auch dort aktiv werden. Ein Bekannter erzählte ihm von Sea-Watch, einem Projekt, um Flüchtende auf See zu retten. Wendland wollte dabei sein - und verbrachte Anfang dieses Jahres zwei Wochen auf einem Schnellboot zwischen der griechischen Insel Lesbos und der Türkei.

"Deckhand" sei er auf dem Schnellboot gewesen, "sozusagen das Mädchen für alles". Eine vierköpfige Besatzung patrouillierte in dem Gebiet, voll beladene Flüchtlingsboote begegneten ihnen. Die Insassen hatten schlechte Schwimmwesten und drohten zu ertrinken. "Die Flüchtlinge haben Rettungsringe aus Styropor", sagt Wendland. "In Deutschland baut man Adventskalender daraus, sie eignen sich nicht, um Menschen zu tragen."

So enden manche Fluchtversuche tragisch. "Ich habe gesehen, dass auf einem Boot von Frontex eine Frau wiederbelebt werden sollte und leider starb. Am selben Tag starb ein Flüchtlingsjunge in unserer Nähe. Das war nicht leicht für uns."

Der Internationalen Organisation für Migration zufolge sind in diesem Jahr bisher deutlich mehr Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken: Seit Jahresbeginn gab es über 3034 Todesopfer; im Vorjahr waren es während der ersten sieben Monate 1917.

Wendland wünscht sich, dass seine Mitbürger mehr Empathie für Flüchtlinge entwickeln. Er hält Vorträge bei kirchlichen Veranstaltungen oder auf Einladung von Bürgerinitiativen, die sich für Schutzsuchende engagieren. Er berichtet von seiner Zeit bei Sea-Watch. Dafür hat er eine Powerpoint-Präsentation mit Bildern von der Lage im Mittelmeer angefertigt. Man könnte ihm vielleicht vorhalten, dass er sein Engagement zu sehr vor sich herträgt. Aber er möchte den Menschen in Deutschland einfach aus direkter Anschauung berichten, was es bedeutet, über das Mittelmeer zu fliehen: "Ich hoffe, sie haben dann Verständnis für die Flüchtlinge."

Auch in seinem beruflichen Umfeld ist das nicht immer der Fall. So hätten einige Kollegen auf Facebook geschrieben, er solle "als Bundespolizist die Grenzen schützen und nicht Flüchtlingen helfen". Die Bundespolizei repräsentiere alle Facetten der Gesellschaft, sagt Wendland. Sein christlicher Glaube sei "bestimmt ein Grund", warum er sich für Flüchtlinge engagiere, sagt Lars Wendland: "Wir leben hier zusammen und können voneinander lernen."

Erschwert die infolge der von Asylbewerbern begangenen Terroranschläge in Bayern heftiger gewordene Flüchtlingsdebatte sein Engagement? Sie hätten "keinen Einfluss", sagt Wendland. Er möchte auch in Zukunft für Verständigung werben. "Was soll ich auch tun? Es nun einfach lassen?" Er spüre auch nicht, dass sich die Stimmung im Dorf verändert habe. "Wir wollen mit unseren syrischen Familien im Dorf, die sehr gut integriert sind, ein positives Beispiel liefern."

Wendland sagt, er reise bereits sein ganzes Leben "von Ehrenamt zu Ehrenamt". Seine Motivation erklärt er aus seiner Biografie: Er sei mit vielen Migranten zur Schule gegangen, habe Fußball mit ihnen gespielt. Und er sei immer gegen Fremdenfeindlichkeit gewesen. 2013 wurde er auf einer Demonstration sogar von Rechtsextremen

## Am Gartenzaun und im Mittelmeer Ein Bundespolizist engagiert sich für Flüchtlinge

angegriffen. Er setzt sich nicht nur für Flüchtlinge ein: Er ist auch Leiter einer Selbsthilfegruppe für Eltern von krebskranken Kindern. "Wir sind in unserer Familie leider betroffen", erzählt Lars Wendland. "Wenn ich ein Problem sehe, dann möchte ich etwas machen, aktiv werden."

Damit geht er manchmal bis an die Grenzen seiner Kräfte. 2010 habe er gemerkt, dass ihm seine Ehrenämter neben Beruf und Familie zu viel wurden. "Etwas Fußball spielen wollte ich damals auch noch." Also legte er einige Ehrenämter nieder, fuhr sein Engagement zurück: "Einen Burn-out brauche ich wirklich nicht."

2013 war er SPD-Direktkandidat für den Bundestag, wurde "leider nur Dritter". Im kommenden Jahr will er erneut kandidieren.

Er lässt sich nicht leicht beirren: nicht von Bannern, nicht von Kollegenkritik, nicht im Dorf und nicht auf dem Mittelmeer. Der zweifache Familienvater ist ein viel beschäftigter Mann. Seine Mutter habe ihn schon gefragt, ob er noch Zeit für seine Familie hätte. "Aber es passt zurzeit."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Lars Wendland

Bundespolizist (links) mit einer Crew von Sea Watch auf der griechischen Insel Lesbos. Dort half er Bootsflüchtlingen

Lars Wendland

**Load-Date:** August 2, 2016

**Flüchtlinge ebenso selten straffällig wie Deutsche; BKA-Bericht: Kein übermäßiger Anstieg der Kriminalität durch Migranten. Am häufigsten kommen Diebstahl und Schwarzfahren vor**

Die Welt

Samstag 14. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 266

**Length:** 492 words

**Byline:** Martin Lutz

Uwe Müller

## Body

---

Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten von **Flüchtlingen** in Deutschland bewegt sich "im sehr niedrigen sechsstelligen Bereich". Das geht aus der "Lageübersicht Nr. 1 Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" des Bundeskriminalamts (BKA) hervor, die der "Welt" vorliegt. Das Bemerkenswerte daran: Während die Zahl der **Flüchtlinge** äußerst dynamisch steigt, nimmt die Entwicklung der Kriminalität nicht im gleichen Ausmaß zu. Hier sei lediglich "ein gleichförmiger Anstieg" zu beobachten, heißt es in dem 21-Seiten-Dossier.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte dazu: "Um Gerüchten über den Anstieg von Straftaten den Boden zu entziehen und belastbare Informationen zu erhalten, habe ich Anfang Oktober das Bundeskriminalamt gebeten, zusammen mit den Ländern schnellstmöglich Daten für ein regelmäßiges Lagebild vorzulegen." Er selbst präsentierte allerdings keine Details aus dem BKA-Papier, das sein Ministerium inzwischen als vertraulich eingestuft hat.

Das Lagebild basiert auf der Auswertung von Daten, die die Bundespolizei, der Zoll und die Polizeien von zwölf Bundesländern erhoben haben. Diese Länder sind den Angaben zufolge verpflichtet, insgesamt 72 Prozent der Asylsuchenden aufzunehmen. Schwerpunkt bei den Straftaten von Zuwanderern sind laut BKA Vermögens- und Fälschungsdelikte (rund 34 Prozent). Von denen entfallen zwei Drittel auf "Beförderungerschleichung" in Verkehrsmitteln; gemeint ist damit Schwarzfahren. An zweiter Stelle steht der Diebstahl mit 33 Prozent. Es folgen sogenannte Rohheitsdelikte, etwa Körperverletzung, sowie Straftaten gegen die persönliche Freiheit (16 Prozent). Der Anteil der Sexualdelikte an denen vom BKA jetzt ausgewerteten Daten liegt bei deutlich unter einem Prozent. Außerdem fallen Straftaten gegen das Leben kaum ins Gewicht: Dem Lagebild zufolge sind das nur 0,1 Prozent der Fälle. "Überrepräsentiert sind Staatsangehörige aus dem Kosovo, Serbien und Mazedonien. Unterrepräsentiert sind Staatsangehörige aus Syrien und dem Irak", heißt es weiter.

Flüchtlinge ebenso selten straffällig wie Deutsche BKA-Bericht: Kein übermäßiger Anstieg der Kriminalität durch Migranten. Am häufigsten kommen Diebstahl und Sc....

Alarmierend sind für das BKA "quantitativ und qualitativ stark steigende Straftaten gegen im Bau befindliche und bewohnte Flüchtlingsunterkünfte sowie gegen (vermeintliche) Asylbewerber aus fremdenfeindlichen und persönlichen Motiven". Sie gehen laut Lagebild auf das Konto mutmaßlicher Rechtsextremisten. Die Anzahl von Angriffen auf Asylunterkünfte hat sich danach in diesem Jahr mit mehr als 600 Straftaten bis zum 9. November gegenüber der Gesamtzahl des Vorjahres bereits mehr als verdreifacht. Der Schwerpunkt liege bei Sachbeschädigungen (225 Delikte). Zudem nähmen die Gewaltdelikte gegen Zuwanderer (110 Delikte) kontinuierlich zu.

Ganz allgemein sagte de Maizière, der Großteil der Flüchtlinge begehe keine Straftaten und suche vielmehr in Deutschland Schutz und Frieden. Der Minister zog das Fazit: "Es gibt durch Asylbewerber und Flüchtlinge keinen überproportionalen Anstieg der Kriminalität."

Seiten 4 und 5

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 14, 2015

---

End of Document

## Auf Bamf-Chef Weise folgt wohl eine Frau; Jutta Cordt soll Bundesamt für Migration übernehmen

Die Welt

Freitag 19. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 194

**Length:** 358 words

### **Body**

---

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) wird laut einem Bericht künftig von einer Frau geführt. Die Leiterin der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit (BA), Jutta Cordt, löse den bisherigen Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise im kommenden Jahr ab, berichteten die "Nürnberger Nachrichten" unter Berufung auf nicht näher bezeichnete informierte Kreise.

Das Bundesinnenministerium, dem das Amt untersteht, wollte den Bericht nicht kommentieren. "Zu ausstehenden Personalentscheidungen äußere ich mich nicht", sagte ein Sprecher. Dass Weise, der auch BA-Chef ist, zum Jahresende als Leiter des Bamf aufhört, ist schon länger bekannt.

Wann es zur Übergabe kommt, ist noch unklar. Angestrebt ist aber eine längere Übergabephase. Cordt solle von Oktober an in der Nürnberger Bamf-Zentrale sein. Sie solle aber zunächst eingearbeitet werden und im neuen Jahr die Leitung übernehmen.

Auf die 52-Jährige kommen schwierige Aufgaben zu. Aktuell stapeln sich in der Behörde mehr als eine halbe Million noch nicht entschiedene Asylanträge. Bei seinem Amtsantritt im September 2015 hatte Weise den Auftrag bekommen, den Antragsstau zu beseitigen. Vor Kurzem räumte er jedoch ein, den Berg nicht wie angekündigt bis zum Jahresende vollständig abbauen zu können. Etwa 200.000 komplexe Altfälle werde man erst 2017 abschließen können, wenn die Flüchtlingszahl nicht steigt.

Viele neue Mitarbeiter im Bamf müssten zudem erst noch Routine bekommen und weiter qualifiziert werden, sagte Weise. Vom kommenden Jahr an will das Bundesamt auch weitgehend ohne ausgeliehenes Personal von BA, Post, Bundeswehr und Innenministerium auskommen. Cordt wird dann 6300 Mitarbeiter unter sich haben, die sich zunehmend stärker um die Integration der Zuwanderer kümmern müssen - gemeinsam mit der BA.

Abzuwarten bleibt, wie sich das Verhältnis zum Personalrat entwickelt. Die Mitarbeitervertreter hatten sich zuletzt mehrfach offen gegen die Leitung gestellt - unter anderem wegen der Einstellung neuer Mitarbeiter ohne ihre Beteiligung. Behördenintern waren zudem Befürchtungen laut geworden, das Bamf werde immer stärker "BA-isiert".

Auf Bamf-Chef Weise folgt wohl eine Frau Jutta Cordt soll Bundesamt für Migration übernehmen

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Sophia Kembowski

Jutta Cordt soll von der Bundesanstalt für Arbeit zum Bamf wechseln

Sophia Kembowski

**Load-Date:** August 19, 2016

---

End of Document

## **Osteuropäer lassen die Kanzlerin eiskalt abblitzen; EU ist zunehmend auf die Türkei angewiesen**

Die Welt

Samstag 17. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 242

**Length:** 1360 words

**Byline:** Christoph B. Schiltz

Andre Tauber

## **Body**

---

Brüssel

Sie hat sieben Stunden über die **Flüchtlingskrise** verhandelt. Und das Ergebnis? "Wir sind alles in allem in der Mitte eines Arbeitsprogramms. Es gibt noch viel zu tun, aber es ist auch nicht so, dass wir nichts erreicht hätten", sagt Angela Merkel kurz vor ein Uhr am Freitagmorgen nach Abschluss des EU-Gipfeltreffens.

Ihre Augen sind rot, sie flackern immerzu. Niemals zuvor haben erfahrene Beobachter die Kanzlerin in Brüssel so müde, so fahrig erlebt. Sie spricht lange und komplizierte Sätze, aber sie verliert immer mal wieder den Faden, ist unpräzise. Die Frau ist geschafft. Sie ist, so scheint es, zum ersten Mal in ihrer Amtszeit am äußersten Limit ihrer Kräfte. Kein Vergleich mehr zum Sommer. Damals, am 13. Juli, morgens um 10.05 Uhr, erschien die Kanzlerin nach 17 Stunden Verhandlungsmarathon mit dem störrischen Griechen-Premier Alexis Tsipras vor der Brüsseler Presse - sie wirkte frisch, sie war gut gelaunt und hoch konzentriert.

Das Treffen der EU-Regierungschefs ging ohne bahnbrechende Entscheidungen zu Ende. Es war ein weiterer Trippelschritt, nicht mehr. Aber reicht das angesichts der immer größer werdenden Flüchtlingsströme und dem Beginn der Kälteperiode, die eine Unterbringung der Migranten immer schwieriger macht? Die Kanzlerin sieht es so: "Es wird jetzt praktisch. Zu spüren war ein guter Wille, in allen Fragen zusammenzuarbeiten." Im Klartext hieß das: Die Fronten prallten auch dieses Mal wieder unversöhnlich aufeinander. Streit gab es vor allem über einen geplanten permanenten Mechanismus, der die Flüchtlinge aus überforderten Ankunftsstaaten wie Italien und Griechenland automatisch auf alle EU-Länder verteilen soll.

Viele mittel- und osteuropäische Länder wehren sich, gegen ihren Willen künftig zigtausende Flüchtlinge aufnehmen zu müssen. Diplomaten sagten der "Welt", die Beratungen der Regierungschefs über die dauerhafte Flüchtlingsverteilung verliefen teilweise "sehr emotional". Deutschlands und Schwedens Forderung nach einem



Osteuropäer lassen die Kanzlerin eiskalt abblitzen EU ist zunehmend auf die Türkei angewiesen

permanenten Verteilungsmechanismus habe für "Unmut" bei etlichen Mitgliedsländern, wie der Slowakei, Ungarn oder Tschechien, geführt. Die Kanzlerin selbst sprach lediglich von "Meinungsverschiedenheiten" und "sehr ehrlichen Diskussionen".

Aber wahr ist auch: Die Osteuropäer ließen Merkel in dieser Nacht eiskalt abblitzen. Der Kanzlerin wird immer bewusster, dass ihr Wort in der Flüchtlingskrise in Europa viel weniger wiegt als in den Verhandlungen über Griechenland. Eine neue Erfahrung, Merkel war bitter enttäuscht: "Die osteuropäischen Staaten fühlen sich teilweise schlecht behandelt. Ich verstehe nicht, dass sie so hart in der Flüchtlingsfrage sind." Sie fügte trotz hinzu, man werde auf den Vorschlag der EU-Kommission für einen permanenten Verteilungsmechanismus "zurückkommen".

Klar ist nun aber auch: Europa schlägt in der Migrationspolitik einen härteren Kurs ein. Die neue Strategie lautet: Die Flüchtlinge sollen nah an ihren Heimatländern bleiben und möglichst gar nicht mehr nach Europa kommen. Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann erklärte dazu: "Alles, was uns hilft, dass Flüchtlinge dort bleiben können und dort menschlich behandelt werden, wo sie sind in der Region, ist richtig".

Schärfere Kontrollen der Außengrenzen und eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei sind das Ziel. Aber der Weg dorthin ist noch weit. So stößt die von Deutschland und der Europäischen Kommission geforderte neue EU-Grenzschutzbehörde auf breiten Widerstand. Griechenland wiederum sieht sich zwar als Ersteinreiseland mit dem Zustrom von syrischen Bürgerkriegsflüchtlings aus der Türkei überfordert, zögert aus Furcht vor der Aufgabe souveräner Kompetenzen aber bei der Zusammenarbeit mit der EU: Athen will die schnellen multinationalen Eingreifteams der EU-Grenzschutzagentur Frontex (Rabits) nicht ins Land lassen. Hinzu kommt, dass die Osteuropäer die Dinge jetzt einfach selbst in die Hand nehmen: Ungarn erhält zum Schutz seiner EU-Außengrenzen Unterstützung von jeweils rund 50 Grenzschutzbeamten aus Polen, Tschechien und der Slowakei. Auch diese Sondervereinbarung ist Teil der neuen europäischen Unordnung.

Alle Hoffnungen der Europäer ruhen nun auf der Türkei, wo sich derzeit mehr als zwei Millionen Flüchtlinge vor allem aus Syrien und dem Irak befinden - und es sollen künftig nach dem Willen der EU noch weit mehr werden. Ausgerechnet Ankara könnte zum neuen Rettungsanker in der Flüchtlingskrise werden. Ein gemeinsamer Aktionsplan zwischen der EU und der Türkei soll den Flüchtlingsstrom aus dem Transitland Türkei eindämmen. Einen Zeitplan zur Umsetzung der Vereinbarungen gibt es noch nicht. Viele Fragen sind auch noch offen.

Laut Aktionsplan soll die Türkei aber künftig abgelehnte Asylbewerber schnell zurücknehmen, den Kampf gegen Schleuser verstärken, Flüchtlinge gewissenhaft registrieren, die Versorgung der Flüchtlinge im Land durch humanitäre Hilfen verbessern und die Grenzen in Zusammenarbeit mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex besser sichern, um die Weiterreise von Migranten in die Union zu unterbinden.

Im Gegenzug verlangt Ankara einen hohen Preis: drei Milliarden Euro - drei Mal so viel, wie bisher von der EU angeboten. Welches EU-Land wie viel Geld überweisen muss, dürfte dabei noch zu erheblichen Konflikten führen. Ebenso die Frage, wie schnell Brüssel türkischen Bürgern erlauben soll, ohne Visa einzureisen. Laut EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker haben beide Seiten vereinbart, die Verhandlungen über Visa-Erleichterungen für die Türkei "zu beschleunigen". Dies hänge aber direkt davon ab, wie effizient die Flüchtlingsströme gebremst würden. Und dabei würden auch keine Kriterien aufgeweicht. Frankreich Präsident François Hollande warnte, den Visa-Zwang für türkische Bürger überhastet zu lockern. "Ich bin sehr aufmerksam bei dieser Frage", sagte er.

Neben mehr finanzieller Unterstützung und einen schnellen Visafreiheit fordert die Türkei aber auch die Öffnung weiterer Verhandlungsbereiche bei den zähen EU-Beitrittsgesprächen sowie eine Einstufung als "sicheres Herkunftsland". Während die Beitrittsverhandlungen schon bald wieder deutlich an Tempo gewinnen dürften, bleibt die Frage, ob in der Türkei keine politische Verfolgung stattfindet und die Menschenrechte geachtet werden, unter den Europäern hoch umstritten.

Im Verhältnis zwischen der EU und dem Land am Bosphorus kündigt sich also ein Gezeitenwechsel an. Jahrelang war das Verhältnis schwierig. Brüssel monierte die Einschränkung demokratischer Grundrechte, die Korruption in der Justiz und das harte Vorgehen Ankaras gegen die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK. Nun heißt die

Osteuropäer lassen die Kanzlerin eiskalt abblitzen EU ist zunehmend auf die Türkei angewiesen

Richtschnur: "Wenn Sie uns helfen, helfen wir Ihnen", sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk. Zugleich dämpft Merkel die Erwartungen an ihren Türkei-Besuch. Sie erwarte am Sonntag keine schnellen Problemlösungen in der Flüchtlingskrise.

In einer Rede am Freitag warf Recep Tayyip Erdogan der EU denn auch vor, bei der EU-Mitgliedschaft seines Landes mit zweierlei Maß zu messen. "Wir sind weit vor den meisten EU-Staaten, aber leider sind sie nicht aufrichtig." Gleichzeitig kritisierte er jene, die über einen möglichen Friedensnobelpreis für Merkels Öffnung der deutschen Grenzen für Flüchtlinge spekuliert hatten. "Wir haben 2,5 Millionen Flüchtlinge und es interessiert niemanden", sagte Erdogan.

Der EU-Gipfel traf laut Tusk auch wichtige Entscheidungen zur Sicherung der europäischen Außengrenzen. So soll Frontex stärker bei der Grenzsicherung eingesetzt werden. Außerdem soll die EU-Grenzschutzbehörde Abschiebflüge für irreguläre Migranten anordnen können. Tusk sagte, die EU-Länder seien bereit, Hunderte weitere Grenzschützer und Asylexperten für Registrierungszentren in Italien und Griechenland bereit zu stellen. Kommissionschef Juncker hatte den Mitgliedstaaten vorgeworfen, bei Personal wie Geldern "in Verzug" zu sein. Das scheint gewirkt zu haben. Merkel: "Alle, die angesprochen wurden, haben gesagt, dass sie ihre Verpflichtungen erfüllen wollen." Sie lächelte in diesem Augenblick, es war ein kurzer Moment der Erleichterung.

"Wir haben 2,5 Millionen Flüchtlinge, und es interessiert niemanden" Recep Tayyip Erdogan, türkischer Präsident

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** October 17, 2015

## **Deutschlands neue Armut; Mehr Obdachlose, mehr Hartz-IV-Empfänger: Mit dem Flüchtlingsstrom steigt die Zahl der Hilfsbedürftigen. Die Regierung setzt auf Ein-Euro-Jobs**

Die Welt

Montag 21. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 297

**Length:** 1224 words

**Byline:** Dorothea Siems

### **Body**

---

Als Folge des anhaltenden **Flüchtlingsstroms** hat sich die Armut in Deutschland deutlich ausgebreitet. Die Tafeln, die bundesweit Lebensmittelpenden an Bedürftige abgeben, versorgen mittlerweile zusätzlich 200.000 **Asylsuchende**. Die mehr als 900 Einrichtungen können den Andrang kaum mehr bewältigen und fordern erstmals in ihrem zwanzigjährigen Bestehen staatliche Zuschüsse. Auch die Zahl der Obdachlosen erreicht laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe mit 335.000 Betroffenen Rekordniveau, wobei der Anteil der **Migranten** bei fast einem Drittel liegt.

Ab dem kommenden Jahr wird sich die neue Armut nach und nach auch in den offiziellen Statistiken niederschlagen, erwarten Forscher und Sozialverbände: zuerst in Form steigender Hartz-IV-Empfänger und dann in einem wachsenden Anteil der unteren Einkommensschicht. "Die Armutsgefährdungsschwelle liegt in Deutschland bei knapp 1000 Euro im Monat. Der Großteil der **Flüchtlinge** wird voraussichtlich noch jahrelang ein niedrigeres Einkommen haben", sagt der Politologe Klaus Schroeder von der Freien Universität Berlin voraus. "Die Armutsgefährdungsquote wird deshalb in den kommenden Jahren zwangsläufig spürbar ansteigen."

Als armutsgefährdet gilt jemand, der über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens von derzeit gut 1500 Euro (bei einem Single) verfügt. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind derzeit 15,4 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Allerdings ist Armutsgefährdung nicht mit absoluter Armut gleichzusetzen. Denn in Deutschland haben in der Regel auch die Menschen am unteren Einkommensende genügend zu essen, ein Dach über dem Kopf sowie Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) geht davon aus, dass die große Mehrheit der Flüchtlinge zunächst auf Sozialleistungen angewiesen sein wird. "Sollten rund 800.000 Flüchtlinge in Deutschland von Transferleistungen leben, steigt die Armutsquote von 15,4 auf 16,1 Prozent", heißt es in einer Expertise des arbeitgebernahen Instituts. Kämen bis Ende nächsten Jahres insgesamt 1,6 Millionen Flüchtlinge ins Land und müssten hier vom Staat

## Deutschlands neue Armut Mehr Obdachlose, mehr Hartz-IV-Empfänger: Mit dem Flüchtlingsstrom steigt die Zahl der Hilfsbedürftigen. Die Regierung setzt auf Ein-Eur....

versorgt werden, sei mit einem weiteren Anstieg auf 16,9 Prozent zu rechnen. Die Behörden gehen mittlerweile allerdings schon von mindestens einer Million Asylbewerber in diesem Jahr aus.

Der Armutsforscher Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) weist indes darauf hin, dass es zwei bis drei Jahre dauern werde, bis sich der starke Anstieg der Asylbewerberzahlen in der Armutsstatistik niederschlägt. "Erst wenn die Flüchtlinge aus den Heimen und Sammelunterkünften in private Unterkünfte wechseln, erscheinen sie in der Armutsstatistik, denn diese basiert auf Haushaltsstichproben", sagt Grabka. "Deshalb wird sich 2016 zwar in Folge der Flüchtlingswelle die Zahl der Grundsicherungsbezieher erhöhen, die Armutsgefährdungsquote aber noch nicht." Für die längerfristige Armutsentwicklung sei die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge sowie die Frage, wie viele am Ende wieder zurückkehrten, entscheidend.

Von einem starken Anstieg der Hartz-IV-Bezieher geht auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) aus. Ihren Schätzungen zufolge könnten im kommenden Jahr bis zu 460.000 Flüchtlinge zusätzlich Arbeitslosengeld II beantragen. Allerdings plant die Sozialdemokratin 100.000 neue Ein-Euro-Jobs für Asylsuchende, um ihnen mit gemeinnütziger Arbeit einen Einstieg in Beschäftigung zu ermöglichen.

Der Flüchtlingsstrom wird jedoch zumindest vorübergehend den seit Jahren anhaltenden positiven Trend am Arbeitsmarkt umkehren. Seit 2005 sank der Anteil der Hartz-IV-Bezieher an der Bevölkerung von 11,1 auf 9,5 Prozent. Allerdings gibt es eklatante regionale Unterschiede: Während in Berlin mehr als jeder Fünfte von der Grundsicherung lebt, liegt die Hartz-IV-Quote in Bayern bei nur noch 4,2 Prozent. Ob die Armut in Deutschland dauerhaft zunehmen wird, hängt entscheidend von der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt ab. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft berechnet hat, würde die Armutsgefährdungsquote nur geringfügig um 0,2 Prozentpunkte klettern, sollte es gelingen, die Hälfte der Asylsuchenden in einen Job mit einem Einkommen zwischen 900 und 1500 Euro zu bringen.

Viele Ökonomen halten allerdings angesichts fehlender Deutschkenntnisse und zumeist nicht vorhandener formaler Qualifikationen eine rasche Arbeitsmarktintegration in den meisten Fällen für nicht realistisch. Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) geht davon aus, dass es im Durchschnitt zehn Jahre dauern werde, die Neuankömmlinge für die Anforderungen des hiesigen Arbeitsmarktes zu qualifizieren. Die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Ulrike Mascher, erwartet mit Blick auf die anhaltende Flüchtlingskrise eine Zunahme der Armut, so lange die Integration der Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt nicht gelungen ist. Es gebe mehr und mehr Menschen, die nicht einmal mehr das zur Verfügung hätten, was der Staat mit der Grundsicherung für Arbeitslose oder Rentner eigentlich als Existenzminimum definiert. "Der informelle Sozialbereich, wie etwa die Tafeln, die Arche oder die Winterkältehilfe, berichten von erheblich gestiegener Nachfrage, die vielfach kaum mehr zu bewältigen ist", sagt Mascher.

Soziale Angebote wie beispielsweise das Münchener Refugio ließen sich nicht beliebig ausweiten, wenn man den guten Standard aufrechterhalten wolle. Angesichts der vielerorts stark gestiegenen Mieten drohte außerdem eine weitere Zunahme der Obdachlosigkeit. Denn es fehle aufgrund der Versäumnisse der vergangenen Jahre an bezahlbarem Wohnraum. "Die echte Armut wird erheblich zunehmen", warnt die VdK-Chefin. "Die Frage ist, wie die Kommunen damit umgehen werden, ob beispielsweise Obdachlose in zentralen Lagen geduldet werden oder nicht." Um die vielfach prekäre Lage der Flüchtlinge zu verbessern, komme es nun auf die Organisationsfähigkeit an. "Man kann nicht ewig in der Turnhalle leben", sagt Mascher. Neben der Suche nach angemessenen Unterkünften werde es deshalb in den kommenden Jahren vor allem um Spracherwerb, Gesundheitsvorsorge und die Integration in den Arbeitsmarkt gehen.

Der Politikwissenschaftler Schroeder rechnet ebenfalls damit, dass sich Deutschland durch den starken Andrang an Asylbewerbern nachhaltig verändert. "Auf einmal haben wir die Dritte Welt im eigenen Land." Ein Großteil der Flüchtlinge werde dauerhaft alimentiert werden müssen, sagt der Forscher. Damit seien spätestens im nächsten Wirtschaftsabschwung neue Verteilungskämpfe zu erwarten. Die einen werden einen Flüchtlings-Soli fordern, die anderen Kürzungen von Sozialleistungen anmahnen. Schon jetzt verschärfe sich der Konkurrenzkampf zwischen den Neuzuwanderern und den hiesigen Einkommensschwachen um billigen Wohnraum und Niedriglohnjobs, sagt

Deutschlands neue Armut Mehr Obdachlose, mehr Hartz-IV-Empfänger: Mit dem Flüchtlingsstrom steigt die Zahl der Hilfsbedürftigen. Die Regierung setzt auf Ein-Eur....

Schroeder. Weiter wachsen wird seiner Einschätzung nach auch die Gruppe der illegal hier lebenden Migranten, von denen Schätzungen zufolge bereits einige Hunderttausend in Deutschland leben sollen.

"Obwohl diese Menschen keinen Anspruch auf staatliche Leistungen haben und zum Teil auf der Straße leben, bleiben viele lieber hier, als zurück nach Rumänien oder Afrika zu gehen", betont der Politikwissenschaftler. Sie leben am untersten Rand der Gesellschaft und tauchen doch in keiner deutschen Armutsstatistik auf.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

pa/ dpa/ Nicolas Armer

Seine Zukunft dürfte ungewiss sein: Flüchtling in Rosenheim

Nicolas Armer

**Load-Date:** December 21, 2015

---

End of Document

**Warum abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben werden; Manchmal täuschen Migranten die Behörden, manchmal verweigern die Herkunftsländer die Aufnahme. Neues Gesetz soll Duldungsrecht verschärfen**

Die Welt

Montag 24. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 249

**Length:** 912 words

**Byline:** Marcel Leubecher

## **Body**

---

Schwere Krankheiten, familiäre Verpflichtungen oder einfach fehlende Papiere: Verschiedene Gründe führen dazu, dass abgelehnte **Asylbewerber** nicht abgeschoben werden. 549.209 ehemalige Schutzsuchende, deren Antrag teilweise schon vor vielen Jahren abgelehnt wurde, lebten laut einer Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der Linkspartei Ende Juni in Deutschland.

Die größte Gruppe sind Türken mit rund 77.600 Personen. Es folgen abgelehnte **Asylbewerber** aus dem Kosovo (68.549) und aus Serbien (50.817). Nur wenigen dieser Gruppe mit mehr als einer halben Million Menschen droht eine Abschiebung. Denn fast die Hälfte hat der Bundesregierung zufolge bereits ein unbefristetes Aufenthaltsrecht - sie dürfen also, obwohl ihre Fluchtgründe nicht anerkannt wurden, in Deutschland bleiben. Etwa ein weiteres Drittel verfügt darüber hinaus über ein befristetes Aufenthaltsrecht.

Die übrigen Personen teilen sich in zwei Gruppen auf: Sie sind entweder geduldet - das heißt, sie haben keinen Aufenthaltstitel und sind also weiterhin ausreisepflichtig; allerdings ist die Ausreisepflicht für einige Zeit ausgesetzt. Oder sie sind vollziehbar ausreisepflichtig; das heißt, bei ihnen sprechen keine Gründe für eine Duldung. Nur bei dieser Gruppe kommt eine Abschiebung in der nächsten Zeit infrage.

Doch warum dürfen somit die meisten abgelehnten Asylbewerber in Deutschland bleiben? Zum einen gibt es Personen, die ohne eigenes Verschulden - etwa wegen Krankheit oder mangelnder Rücknahmebereitschaft ihrer Herkunftsstaaten - nicht ausreisen. Ebenfalls in diesen Personenkreis fallen Familien mit Kleinkindern und Schwangere.

Andere verhindern ihre Abschiebung, indem sie etwa Krankheit vortäuschen oder ihren wahren Herkunftsstaat verheimlichen. Wenn es den Behörden nicht gelingt, Reisepapiere zu beschaffen, weil sie sich an die falschen

Warum abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben werden Manchmal täuschen Migranten die Behörden, manchmal verweigern die Herkunftsländer die Aufnahme. Neues Ges....

Auslandsvertretungen wenden, bleiben diese Migranten im Land - auch wenn ihre Asylanträge in letzter Instanz abgelehnt worden sind.

Vor dem Hintergrund, dass viele ausreisepflichtige Ausländer über Jahre mit dem unsicheren Status der Duldung in Deutschland leben, aber nicht abgeschoben werden können, hat der Gesetzgeber Möglichkeiten geschaffen, diesen Zuwanderern eine dauerhafte Bleibeperspektive zu geben. Die letzte wichtige Gesetzesänderung dazu war die lange diskutierte und im Juli 2015 von der großen Koalition beschlossene Bleiberechtsregelung.

Dadurch bekommen kinderlose Geduldete nach acht Jahren und Familien mit Kindern sechs Jahre nach der Einreise eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie keine Straftaten begangen haben, Sprachkenntnisse mindestens auf A2-Niveau haben und ihr "Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit gesichert ist bzw. dies in Zukunft zu erwarten ist".

Auch können jetzt unter 21-Jährige, die seit mindestens vier Jahren geduldet sind oder einen Schulabschluss erreicht haben und mindestens seit ihrem 14. Geburtstag im Land sind, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Voraussetzung ist, dass sie nicht kriminell sind und eine gute Integrationsperspektive bescheinigt bekommen. Ist das der Fall, können auch die Eltern und Geschwister das Aufenthaltsrecht beantragen, wenn sie ihre Abschiebung nicht durch Täuschung verhindert haben und die Familie ihren Lebensunterhalt vollständig selbst sichert.

Die Bundesregierung möchte aber künftig die Ausreisepflicht strenger durchsetzen - und so die Zahl derjenigen verringern, die über eine lange Duldung schließlich einen Aufenthaltstitel erhalten. In einem der "Welt" vorliegenden Gesetzentwurf unter Federführung des Bundesinnenministeriums, der derzeit in der Ressortabstimmung ist, wird eine Reform des Duldungsrechts geplant.

So sei künftig "die Duldung nur noch denjenigen Ausländern zu gewähren, deren Abschiebung unmöglich ist, weil sie die Unmöglichkeit ihrer Abschiebung nicht verschuldet haben", heißt es darin. "Dies ist auch erforderlich, um dem zum Beispiel durch Bleiberechtsregelungen entstandenen Eindruck entgegenzuwirken, dass es sich bei der Gruppe der Geduldeten nur um Ausländer handeln würde, deren Abschiebung unverschuldet nicht möglich ist."

Außerdem soll künftig die "vollziehbare Ausreisepflicht" für alle gelten, die an der Klärung ihrer Nationalität oder der Beschaffung eines Passes nicht mitwirken. Wer in diese Gruppe fällt, soll keinen Zugang zu Integrationskursen und weiterführenden Bildungsangeboten erhalten. Auch soll laut dem Entwurf die Abschiebehaft schon möglich sein, wenn "eine oder mehrere vorsätzliche Straftaten" begangen wurden oder eine Person als "Gefährder" - also jemand, der mit hoher Wahrscheinlichkeit schwere Straftaten plant - eingestuft wurde.

Von allen rund 210.000 ausreisepflichtigen Ausländern, die meisten von ihnen abgelehnte Asylbewerber, hatten zum 31. August laut Bundesregierung 158.190 eine Duldung. Die Bundesregierung geht laut dem Gesetzentwurf davon aus, dass die Zahl der Ausreisepflichtigen sich durch negative Asylbescheide des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in diesem und im kommenden Jahr "weiter beträchtlich erhöhen" wird.

Für den Zeitraum September bis Dezember 2016 rechnet die Bundesregierung mit etwa 300.000 BAMF-Entscheidungen. Im Gesetzentwurf heißt es dazu: "Davon dürfte wenigstens ein Drittel zu einer Ausreisepflicht führen, sodass die Zahl der ausreisepflichtigen Personen bereits 2016 um mindestens 100.000 ansteigen dürfte."

Abschiebehaft soll künftig schon möglich sein, wenn eine oder mehrere vorsätzliche Straftaten begangen wurden

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** October 24, 2016

**Alternativlos ist nur der Rechtsstaat; Führende Staatsrechtler werfen der Regierung in der Flüchtlingskrise Gesetzesbruch vor - und zweifeln damit die Integrität der Kanzlerin an**

Die Welt

Donnerstag 14. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 11

**Length:** 1107 words

**Byline:** Thorsten Jungholt

## **Body**

---

Es gibt kaum ein Mitglied der Bundesregierung, das sie nach der Kölner Silvesternacht nicht gefordert hat: die ganze Härte des Gesetzes. Unnachgiebig, energisch und mit null Toleranz soll der Rechtsstaat reagieren, so ist es von der Kanzlerin bis zu den Ministern zu hören. Das ist nichts als verbale Kraftmeierei. Ein Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er Straftäter nicht mal gnadenlos und mal nachgiebig verfolgt und bestraft, sondern alle unterschiedslos so: jeden Einzelfall nach seiner Verantwortung. Jeder Täter bekommt, ganz schlicht, das Gesetz zu spüren.

Nun ist die Bundesregierung in der **Flüchtlingskrise** zu der Erkenntnis gelangt, dass dieses Recht nicht ausreicht. Es soll deshalb verschärft werden, an allen möglichen Ecken: Reform des Sexualstrafrechts, Residenzpflicht für anerkannte **Flüchtlinge**, schnellere Abschiebung abgelehnter **Asylbewerber**, Aberkennung des **Flüchtlings-** oder **Asylstatus** schon bei Bewährungsstrafen, Verschärfung der Videoüberwachung

Was all diese Forderungen so unglaublich macht, ist eine einfache Frage: Was nützen die Gesetze, was nützen immer neue Gesetze, wenn sie nicht vollzogen werden? Wer schneller ausweisen will, der muss sich fragen lassen, warum er bislang nicht einmal langsam ausgewiesen hat. Wer mehr Videokameras will, der sollte erklären, warum die vor Jahren groß angekündigte Überwachungsoffensive auf Bahnhöfen im Sande verlaufen ist.

Noch nie klappte die Schere zwischen politischen Parolen und der Realität des Rechtsstaates so weit auseinander wie in der Flüchtlingskrise. Denn während die politischen Entscheidungsträger Staatsorgane wie Polizei und Justiz bislang nur erodieren ließen - schlimm genug - , hat die Bundesregierung den Rechtsstaat durch die bedingungslose Öffnung der Grenzen nun außer Kraft gesetzt. So sehen es jedenfalls zwei Staatsrechtsprofessoren von Renommee: Hans-Jürgen Papier und Udo Di Fabio. Papier war von 1998 bis 2010 Richter im Ersten Senat des Bundesverfassungsgericht, die letzten acht Jahre amtierte er als Präsident. Di Fabio saß von 2002 bis 2011 als Richter im Zweiten Senat. Schon in ihrer Funktion als Verfassungshüter, nach gängiger



Alternativlos ist nur der Rechtsstaat. Führende Staatsrechtler werfen der Regierung in der Flüchtlingskrise Gesetzesbruch vor - und zweifeln damit die Integrität....

Lesart zur Zurückhaltung im öffentlichen Diskurs verpflichtet, meldeten sie sich beide außerhalb des Gerichts zu Wort - nicht immer im Sinne der Union, die sie für die Karlsruher Posten nominiert hatte.

Jetzt suchen sie erneut die Auseinandersetzung mit der Regierung, befreit von den Fesseln richterlicher Zurückhaltung. In schonungsloser Offenheit werfen die Juristen mit Migrationshintergrund - Papier entstammt einer hugenottischen Familie, Di Fabios Großvater wanderte als Stahlarbeiter ins Ruhrgebiet ein - der Bundeskanzlerin und ihrer Regierung fortgesetzten Rechtsbruch vor. Warum sie das tun? Die beiden Staatsrechtler fürchten um die verfassungsstaatliche Souveränität der Bundesrepublik, sie sehen den Rechtsstaat als Ganzes in Gefahr.

In der Flüchtlingskrise offenbare sich "ein eklatantes Politikversagen", sagte Papier dem "Handelsblatt". Die Regierung habe die Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts "gesprengt", bestehende Regelungen "an die Wand gefahren". Ein Umsteuern sei unausweichlich, fordert Papier: "Der Verfassungsstaat muss funktionieren, er darf durch die Politik nicht aus den Angeln gehoben werden. Sie hat die zentrale Verpflichtung, Gefahren entgegenzutreten, die durch eine dauerhafte, unlimitierte und unkontrollierte Migration in einem noch nie da gewesenen Ausmaß entstehen können."

Während Papier es bei einem donnernden Appell zur Umkehr belässt, sieht Di Fabio in einem von der CSU in Auftrag gegebenen Gutachten durchaus Möglichkeiten für den Freistaat Bayern, die Politik der Bundesregierung zu beeinflussen. Er deutet die Möglichkeit an, dass die bayerische Landespolizei die Grenzsicherung von der Bundespolizei übernehmen könnte, ohne diese "Reservezuständigkeit" abschließend zu bewerten. Konkreter wird Di Fabio hinsichtlich der Möglichkeit eines Bund-Länder-Streits vor dem Bundesverfassungsgericht, die er unter bestimmten Voraussetzungen nicht ausschließt.

Zwar könne die Bundesregierung sich durchaus darauf berufen, dass bestimmte Maßnahmen wie der Versuch einer besseren Sicherung der europäischen Außengrenzen erst nach einem gewissen Zeitraum wirken können. Sollten diese allerdings nicht ausreichen, um die bis dato bestehende exzeptionelle Situation wieder kontrollierbar zu machen, werde auch der Bund dann aus dem praktischen Scheitern der gemeinsamen europäischen Einreisekontrolle heraus "verfassungsrechtlich verpflichtet sein, wirksame eigene Grenzsicherung an der Bundesgrenze zu betreiben". Tut er das nicht, könnte Bayern den Versuch einer Klage unternehmen - weil der Bund ein Rechtssystem geschaffen habe, "dass dysfunktional geworden ist, weil es in schwerwiegender Weise deformiert ist und seine Zwecke zur Zeit nicht zu erfüllen vermag".

Wichtiger als diese Klageoption mit ungewissem Ausgang ist allerdings die politische Wirkung der Stellungnahmen der beiden Staatsrechtler. Denn letztlich stellen sie die Integrität der Kanzlerin infrage. Die Öffnung der Grenzen durch die Bundesregierung könne zwar "quasi im rechtfertigenden Notstand zu Gunsten einer menschenwürdigen Behandlung von Flüchtlingen notwendig gewesen sein", schreibt Di Fabio. Das würde aber nichts daran ändern, dass damit allenfalls eine "punktuelle, auf wenige Tage beschränkte einstweilige Maßnahme zu rechtfertigen wäre, aber keine längere oder gar dauerhafte Außerachtlassung des geltenden Rechts". Die Bundesregierung habe diese "wesentliche Entscheidung" jedenfalls "ohne gesetzliche Grundlage getroffen" und damit die Rechtspositionen von Bundestag und Bundesrat missachtet.

Die Verfassung garantiere eine "menschenwürdige Behandlung" in Deutschland, jedoch sei sie nicht dafür da, den Schutz aller Menschen weltweit "durch faktische oder rechtliche Einreiseerlaubnis" zu sichern. Entweder es bleibe bei einem quantitativ unbegrenzten individuellen Grundrecht auf Asyl - dann müsse es aber auch Registrierungen bei der Einreise, individuelle Prüfverfahren und Rückführungen in sichere Drittstaaten geben. Oder es gelte der weitere europäische Flüchtlingsbegriff, dann sei eine "Durchsetzung von Kapazitätsgrenzen" erforderlich - quasi ein juristischer Ritterschlag für die oftmals belächelte CSU-Idee von Obergrenzen.

Zusammengefasst lässt sich also sagen: Aus Sicht der beiden Staatsrechtler ist nicht Merkels Politik in der Migrationskrise alternativlos. Alternativlos ist allein der Rechtsstaat, der vom Grundgesetz unabänderlich festgeschrieben ist - als die einzige Form, in der Demokratie sich entfalten kann.

Alternativlos ist nur der Rechtsstaat Führende Staatsrechtler werfen der Regierung in der Flüchtlingskrise Gesetzesbruch vor - und zweifeln damit die Integrität....

## Graphic

---

Oliver Berg

Stein des Anstoßes: die Ereignisse in der Silvesternacht vor dem Kölner Hauptbahnhof. Seitdem überbietet sich die Politik mit Ideen zur Gesetzesverschärfung

Oliver Berg

**Load-Date:** January 14, 2016

---

End of Document

## Wie jeder von uns im Alltag Flüchtlingen helfen kann; Ob Wohnung oder Pflegekind: Neben klassischen Geldspenden gibt es viele Möglichkeiten

Die Welt

Dienstag 5. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 103

**Length:** 951 words

**Byline:** Stephan Maaß

## Body

---

Rund 300.000 **Flüchtlinge** erwartet das Bundesamt für **Migration** dieses Jahr in Deutschland. Hunderttausende sind in den vergangenen Jahren schon gekommen, vertrieben durch Konflikte in zahlreichen Ländern, in Syrien, Afghanistan oder den Ländern Afrikas. Angesichts der akuten Probleme mag sich mancher fragen: Soll ich helfen? Kann ich helfen? Und wenn ja, wie? "Die Welt" bietet einen Überblick über konkrete Hilfsideen:

### Wohnraum zur Verfügung stellen

"Vermieten Sie Wohnraum! Helfen Sie Flüchtlingen", baten etwa die Berliner Integrationsbeauftragte Monika Lücke und das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF), als die Zahl der Flüchtlinge so groß wurde, dass es zu Problemen bei der Unterbringung kam. Aufgrund der zunehmenden Zahl von Asylsuchenden hätten sich in Berlin erhebliche Engpässe bei der Unterbringung ergeben. Das EJF nimmt Meldungen von Privatleuten entgegen ([wohnraum-fuer-fluechtlinge@ejf.de](mailto:wohnraum-fuer-fluechtlinge@ejf.de)).

Bundeseinheitlich ist die Vermittlung von Wohnraum aber nicht geregelt. In manchen Bundesländern ist die private Aufnahme von Flüchtlingen sogar untersagt. Die Länder weisen die ihnen zugeteilten Flüchtlinge den Kreisen und Städten zu. Und die handhaben die Unterbringung unterschiedlich. In Bremen etwa werden Asylsuchende schon nach kurzer Zeit in einer öffentlichen Aufnahmeeinrichtung in Wohnungen untergebracht.

Informationen zu den speziellen regionalen Regelungen und Ansprechpartner finden Hilfswillige auf jeden Fall beim Flüchtlingsrat ihres Bundeslandes ([www.fluechtlingsrat.de](http://www.fluechtlingsrat.de)) (<http://www.fluechtlingsrat.de>). Die Flüchtlingsräte koordinieren und begleiten aktive Gruppen vor Ort, halten Kontakt zu den betroffenen Menschen und verfügen über das Wissen, wie konkret geholfen werden kann. Auch beim Verein Pro Asyl gibt es Kontakte, Erläuterungen und Ansprechpartner.

### In die WG aufnehmen

## Wie jeder von uns im Alltag Flüchtlingen helfen kann Ob Wohnung oder Pflegekind: Neben klassischen Geldspenden gibt es viele Möglichkeiten

Ein paar junge Leute haben einen pragmatischeren Ansatz gewählt: Auf dem Online-Portal "Flüchtlinge willkommen" können sich Menschen, die einen Flüchtling in ihre WG aufnehmen wollen, registrieren lassen.

"Wenn ihr Euch angemeldet habt, setzen wir uns mit einem externen Partner, der in eurer Stadt mit Flüchtlingen zusammenarbeitet, in Verbindung. Dieser wird mithilfe eurer Angaben nach einem passenden Mitbewohner suchen", beschreiben die Organisatoren das Verfahren. Für die Finanzierung gebe es mehrere Möglichkeiten. Man könne die Kosten selbst tragen oder versuchen, die monatlichen Kosten mit Hilfe von Mikrospenden aufzutreiben. Dabei sagen mehrere Leute monatliche kleine und Kleinstspenden für einen gewissen Zeitraum zu und richten einen Dauerauftrag ein. Eine andere Möglichkeit sei es, ein Crowdfunding über bekannte Plattformen zu starten. Zudem übernahmen viele Bundesländer, die den Auszug aus Sammelunterkünften - wie etwa Bremen - fördern, die Kosten.

### Minderjährige betreuen

Die Zahl der Flüchtlinge, die ohne Eltern nach Deutschland kommen, nimmt stark zu. Es ist möglich, solche Jugendliche als Pflegekinder aufzunehmen. Wer Interesse daran hat, einen minderjährigen Flüchtling zu betreuen, sollte sich auch an sein zuständiges Jugendamt wenden.

Doch auch das ist je nach Kommune verschieden. In einigen Regionen würden zu wenige Plätze zur Verfügung stehen und Fachkräfte fehlen, in anderen aber die bestehenden Strukturen eine gute Betreuung der Jugendlichen ermöglichen, heißt es beim Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF).

Das Jugendamt Nürnberg weist Interessenten darauf hin, dass sie sich bewusst sein müssten, dass viele der Jugendlichen durch Krieg und Flucht seelisch stark belastet sind. Hinzu kommt, dass die Jugendlichen oft mit ganz normalen Problemen der Pubertät zu kämpfen haben. Um einen Jugendlichen aufzunehmen, müssen Interessenten meist einen mehrstufigen Bewerbungsprozess durchlaufen. Am Ende entscheidet das Jugendamt über die Eignung. Für die Aufnahme von Pflegekindern zahlt der Staat ein Pflegegeld.

Wer einen solch weitreichenden Schritt nicht machen kann oder will, kann auch mit einer Patenschaft helfen. Dabei geht es darum, Flüchtlingskindern, die die Zeit nach der Schule oft in Heimen verbringen, zu begleiten, ihnen Gesellschaft zu leisten und Neues zu zeigen. Ein Beispiel ist die Freiburger Initiative "Zeit für Kinder".

### Praktische Hilfe

Die Zahl der Ideen und Projekte für die ganz praktische Hilfe im Alltag ist kaum überschaubar. Eine Übersicht bietet etwa der Blog "Wie kann ich helfen" der Journalistin Birte Vogel.

Die Bloggerin verweist Menschen, die Flüchtlingen helfen wollen, zunächst an das jeweils örtliche Ordnungsamt. Dort seien oft diejenigen ansässig, die sich um die Themen Migration und Asyl kümmern. Auch die örtliche Caritas, die Diakonie, die Kirchengemeinde oder das Rote Kreuz würden weiterhelfen und wüssten, wo noch Unterstützung gebraucht wird. Praktische Hilfe kann etwa auch sein, Flüchtlingen beim Eingewöhnen in den Alltag zu helfen - von der Unterstützung bei Behördengängen bis zum Sprachunterricht. Gerade letzteres könnten nicht nur Deutschlehrer leisten, sagt Vogel. "Wenn Sie selbst Deutsch sprechen und verstehen, bringen Sie schon die wichtigste Voraussetzung mit." Das örtliche Sport- und Kulturangebot vorstellen, Rechtsberatung, gemeinsam Essen, musizieren - je nach Neigung gibt es zahlreiche Ideen.

### Geld spenden

Und natürlich gibt es auch die klassischste Art der Nothilfe, nämlich schlicht eine Spende. Wo private Spenden für Flüchtlinge in Deutschland am besten ihr Ziel erreichen, erfährt man ebenfalls bei den oben genannten Adressen. Aber Ärzte ohne Grenzen, Cap Anamur oder Rotes Kreuz leisten auch Hilfe in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen oder dort, wo sie stranden. Eine Übersicht gibt es beim Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen.

Wie jeder von uns im Alltag Flüchtlingen helfen kann Ob Wohnung oder Pflegekind: Neben klassischen Geldspenden gibt es viele Möglichkeiten

**Load-Date:** May 5, 2015

---

End of Document

**EU-Strafregister hätte Hussein K. auffliegen lassen; Der Tatverdächtige im Freiburger Mordfall hatte in Griechenland im Gefängnis gegessen. Deutsche Behörden konnten das nicht wissen**

Die Welt

Freitag 16. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 295

**Length:** 914 words

**Byline:** Martin Lutz

Manuel Bewarder

## **Body**

---

Am 12. November 2015 stellte Hussein K. in Freiburg einen **Asylantrag**. Den Polizisten sagte er, dass er über Österreich eingereist war. Sein Alter gab er mit 16 Jahren an. Seine Heimat sei Afghanistan. Etwas anderes jedoch behielt er wohl für sich.

Mittlerweile scheint festzustehen, dass der Verdächtige im Fall der ermordeten Freiburger Studentin bereits vor drei Jahren in Griechenland ein schweres Verbrechen begangen hat. Er soll eine Frau überfallen und eine Steilküste heruntergeworfen haben. Der Mann wurde demnach zu zehn Jahren verurteilt - nach Informationen der "Welt" aber nach etwa eineinhalb Jahren am 31. Oktober wieder entlassen.

Weil er sich danach nicht regelmäßig bei der Polizei meldete, begann die griechische Polizei, nach ihm zu fahnden. Ohne Erfolg. Zwei Wochen nach seiner Entlassung stellte der Mann dann in Deutschland einen Asylantrag - und niemand hierzulande erfuhr etwas von seiner kriminellen Vergangenheit. Wie konnte das passieren mitten in Europa?

Als er den Asylantrag stellte, wurde der Mann "vollständig erkennungsdienstlich behandelt", sagte ein Sprecher des Innenministeriums. Die Fingerabdrücke und sein Name wurden zum Beispiel mit internationalen Datenbanken abgeglichen. Das blieb jedoch ohne Treffer. Und einen Ausweis legte er auch nicht vor. Also musste man zunächst seinen Angaben vertrauen - wenn auch mit Skepsis. Denn: K. gab an, ausgerechnet am Einreisetag Geburtstag zu haben. Doch was stimmte von diesen Angaben? Heißt Hussein tatsächlich Hussein? Kommt er wirklich aus Afghanistan? Ist er erst 17? Nach "Stern"-Informationen gab er in Griechenland als Geburtsjahr 1996 an.

EU-Strafregister hätte Hussein K. auffliegen lassen Der Tatverdächtige im Freiburger Mordfall hatte in Griechenland im Gefängnis gesessen. Deutsche Behörden kon....

Das Feststellen einer Identität gilt für die Behörden als besonders schwierig: Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise legten rund 80 Prozent der Einreisenden kein persönliches Dokument vor. In solchen Fällen zählen zunächst die Angaben des Migranten - die wiederum in Gesprächen hinterfragt und wenn möglich überprüft werden.

Für minderjährige Flüchtlinge gilt ein besonderes Prozedere: Gleich nach der Einreise soll sich das Jugendamt um sie kümmern. Die Kinder oder Jugendlichen bekommen einen Vormund, also einen gesetzlichen Vertreter. Wenn keine Dokumente vorgelegt werden, versucht das Jugendamt, in einem "Clearingverfahren" das Alter und andere Informationen zu überprüfen. Das Ergebnis wird dann auch dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mitgeteilt, das für das Asylverfahren zuständig ist.

Bei Minderjährigen reicht zunächst ein schriftlicher Antrag, der meist durch den Vormund gestellt wird. Eine Anhörung durch einen speziell geschulten Entscheider des BAMF findet bei einem Asylantrag aber auf jeden Fall statt. Spätestens dann erfolgt eine erkennungsdienstliche Behandlung - auch wenn wie im Fall von K. möglicherweise zuvor Fingerabdrücke genommen wurden.

Wie eine mit dem Fall K. vertraute Person aus dem BAMF der "Welt" erklärte, hatte ein solches Gespräch mit dem Mann bislang noch nicht stattgefunden. Außerdem hätte ein solches Gespräch in Verbindung mit einer erkennungsdienstlichen Behandlung im vorliegenden Zusammenhang womöglich keine neuen Resultate erzielt. Das habe unter anderem damit zu tun, dass entscheidende Informationen in europäischen Datenbanken nicht vorlagen.

Es gibt verschiedene Informationspools, die durch die Staaten gespeist werden. Das Innenministerium erklärte, dass bereits beim Stellen des Asylantrags von K. standardmäßig die Fahndungsdatenbank Schengener Informationssystem (SIS) abgefragt wurde. Hier gab es keinen Eintrag. Auch Interpol lagen keine Informationen zu K. vor. Noch keine Antwort gibt es auf die Frage, ob auch Eurodac abgeglichen wurde. In dem System werden Informationen über Asylanträge sowie illegale Aufenthalte ausgetauscht. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) erhebt Vorwürfe gegen Griechenland: K. hätte nicht nur zur nationalen, sondern auch zur internationalen Fahndung ausgeschrieben werden müssen. "Das ist ein sehr ärgerlicher Vorgang. Wir werden das sicherlich mit der griechischen Seite auch zu besprechen haben."

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, André Schulz, warnt jedoch vor einer einseitigen Schuldzuweisung: "Ich halte nichts davon, jetzt nach dem Fall Freiburg mit dem Finger auf Griechenland zu zeigen", sagte Schulz der "Welt". Es sei richtig, dass sich Griechenland im Normalfall schon kaum an die europäischen Vorgaben gehalten habe. "Das war aber bereits vor der großen Flüchtlingskrise der Fall", findet Schulz. "Wir haben den Fehler gemacht, dass wir die Versäumnisse zuvor in Normalzeiten akzeptiert haben. Man muss sich dann nicht wundern, wenn in Krisenzeiten alle Regeln beiseitegeschoben werden."

Durch den Fall startet nun aber noch eine ganz andere Diskussion: Einen umfassenden europäischen Datentopf etwa für Strafen gibt es bislang nicht. Für den Austausch von hochsensiblen Daten gelten nämlich hohe datenschutzrechtliche Vorgaben. Das mag ein "blinder Fleck" sein. Der Innenminister jedenfalls sieht Handlungsbedarf. Es gibt zwar bereits ein System zum Austausch von Informationen zum Strafregister namens ECRIS. Allerdings werden darin nur Daten von EU-Bürgern erfasst. Eine bessere Verknüpfung der europäischen Informationssysteme müsse auch für die Strafregister gelten, befand de Maizière. "Es ist jetzt Zeit, dass sich auch die Justizminister in Europa damit befassen." Doch auch eine solche Verknüpfung wird kaum etwas bringen, wenn die entsprechenden Daten nur ungenügend eingestellt werden.

Original Gesamtseiten-PDF

EU-Strafregister hätte Hussein K. auffliegen lassen Der Tatverdächtige im Freiburger Mordfall hatte in Griechenland im Gefängnis gesessen. Deutsche Behörden kon....

dpa/ Christoph Schmidt

Hussein K., der Verdächtige im Fall der ermordeten Freiburger Studentin, wird inzwischen im Gefängnis Krankenhaus Hohenasperg bei Ludwigsburg behandelt

Christoph Schmidt

**Load-Date:** December 16, 2016

---

End of Document



## Asylbehörde steckt weiter in Personalnot; 2000 Mitarbeiter fehlen. Anträge bleiben liegen

Die Welt

Montag 25. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 96

**Length:** 373 words

**Byline:** Manuel Bewarder

### Body

---

Für die Bearbeitung von Asylanträgen fehlen bundesweit viele Mitarbeiter. Das zeigt eine vertrauliche Aufstellung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die der "Welt" vorliegt. Demnach sollen in den Bundesländern rund 5500 Mitarbeiter eingesetzt werden. Bis zu diesem Monat haben aber erst 3500 ihren Dienst angetreten.

Insgesamt sollen in den Ländern sowie am BAMF-Hauptsitz in Nürnberg 7300 Stellen besetzt werden, derzeit sind es aber nur 5000. Aushilfsweise erhält das BAMF Unterstützung durch Personal von der Post, der Bundeswehr oder der Agentur für Arbeit. Manche Bundesländer trifft der Personalmangel besonders deutlich: In Schleswig-Holstein haben laut der Aufstellung von den 190 versprochenen BAMF-Mitarbeitern bislang erst 61 angefangen. Damit sind nur 32 Prozent der versprochenen Stellen besetzt. In Hamburg sollen in der Zukunft 141 Stellen mit BAMF-Personal besetzt sein. Laut der internen Aufstellung sind es jedoch nur 81. Auch im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen sieht es schlecht aus: Von 1197 versprochenen Mitarbeitern befinden sich gerade einmal 620 im Einsatz.

Selbst wenn man die vom BAMF bereits ausgesprochenen Einstellungszusagen einrechnet, fehlen in den 16 Bundesländern noch immer rund 1000 Mitarbeiter, die dringend gebraucht werden. Mit Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und dem Saarland tauchen in der Statistik lediglich vier Länder auf, in denen die Zusagen des BAMF übertroffen werden. Für Beunruhigung sorgen die Zahlen in der Nürnberger Zentrale offenbar nicht. Rund 1200 Bewerber hätten eine Einstellungszusage erhalten. Sie sollen über die kommenden Wochen ihren Dienst antreten. In den Ländern hält man diese Ankündigung für überaus ehrgeizig, wie die "Welt" erfuhr.

Dabei verweist man darauf, dass auch in der Vergangenheit Zusagen verschoben wurden. Jedenfalls gerät das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung in Gefahr, den Berg von Asylanträgen abzubauen und die Bearbeitungsdauer zu reduzieren. Weil die Zahl der Flüchtlinge 2015 so hoch war, sind 400.000 Asylgesuche unbearbeitet. 300.000 Personen warten auf einen Termin, um einen Antrag stellen zu können.

Asylbehörde steckt weiter in Personalnot 2000 Mitarbeiter fehlen. Anträge bleiben liegen

Lediglich in vier Ländern wurden die Zusagen des BAMF übertroffen

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** April 25, 2016

---

End of Document

**"Am Ende werden sie mehr sein als wir"; Ungarns Premier Viktor Orbán über muslimische Flüchtlinge, einen neuen Zaun und den Mangel an Führung in Europa**

Die Welt

Donnerstag 17. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 217

**Length:** 2393 words

**Byline:** Boris Kálnoky

## Body

---

Budapest

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán will nun auch an der Grenze zu Kroatien einen Zaun bauen, um den Zustrom an **Migranten** zu stoppen. In der **Flüchtlingskrise** brauche Europa starke Führer, sagt er, aber es wolle keine haben.

Das Interview

Die Welt:

Herr Ministerpräsident, funktioniert nun der Grenzzaun zu Serbien?

Viktor Orbán:

In der ungarischen Politik ist "zufrieden" ein gemiedener Ausdruck. Wer wäre auch so verrückt zu sagen, wir sind zufrieden, wenn da zahllose **Migranten** kommen und man die undankbare Aufgabe hat, sie stoppen zu müssen. "Satisfaction" ist etwas für die Rolling Stones. Wir haben uns ein Ziel gesetzt und dieses Ziel erreicht.

Gestern allein hat die ungarische Polizei 200 Menschen an der Grenze festgenommen. Den neuen strengen Gesetzen zufolge droht ihnen Gefängnis. Haben sie Platz für täglich 200 neue Häftlinge?

Es waren letztlich nur einige Dutzend Verfahren, die eröffnet wurden, es stellte sich heraus, dass die meisten dieser Menschen schon über die Grenze gekommen waren, bevor die neuen Regeln in Kraft traten. Sowieso werden Kinder und Frauen anders behandelt.

"Am Ende werden sie mehr sein als wir" Ungarns Premier Viktor Orbán über muslimische Flüchtlinge, einen neuen Zaun und den Mangel an Führung in Europa

Einige Dutzend pro Tag mal 365, das ergibt immer noch Tausende pro Jahr. Haben sie Tausende freier Plätze in den Gefängnissen?

Ja, wir haben einige Tausend.

Wohin werden sich die Flüchtlinge nun wenden?

Das wissen wir nicht. Es gibt zwei Optionen, Kroatien oder Rumänien. Deswegen weiten wir den Zaun jetzt auch auf einen Teil der rumänischen Grenze aus. Wir werden den Zaun auch auf die kroatische Grenze ausweiten müssen. Die Route bestimmen letztlich die Schmuggler.

Die Migranten waren in der Türkei, in Griechenland, Mazedonien, Serbien - aber erst in Ungarn haben sie begonnen, auf sehr professionelle Weise die westlichen Medien zu nutzen, um Forderungen zu stellen. Steckt da Organisation dahinter?

Natürlich. NGOs, Menschenrechtler, Aktivisten sind mit der Sache der Migranten einverstanden und helfen ihnen, auch mit Ratschlägen. Die Migranten lernen auch vom Verhalten der westlichen Medien, was gut ankommt.

Also wir, die Medien, und Aktivisten bringen den Flüchtlingen forderndes Auftreten bei, das sie dann mit nach Deutschland nehmen?

Orbán verbeugt sich wortlos.

Ist die jetzige Flüchtlingswelle ein spontanes Phänomen oder organisiert durch Schmuggler?

Es ist ein großes Geschäft. Aus den Geheimdienstberichten geht mittlerweile klar hervor, wie es funktioniert. In Pakistan und Afghanistan richten die Schmuggler regelrechte Camps ein, wo man ihre Dienstleistungen kaufen kann. Die Preise variieren je nach dem Service, den man kaufen will: per Flugzeug, Schiff oder auf dem Landweg. Deswegen gibt es so viele Pakistaner und Afghanen unter den Migranten.

Und der Zaun ist die Lösung?

Natürlich stoppen wir so nicht die Flut, nur an unserer Grenze.

Menschenrechtler sagen, dass Sie gegen die Genfer Konventionen verstoßen, wenn sie Flüchtlingen keine Chance geben, einen Asylantrag zu stellen - weil Sie sie gar nicht ins Land lassen.

Nein. Die Genfer Konvention sieht ein Recht auf Sicherheit vor, aber nicht ein Recht darauf, sich das Land auszusuchen, in dem man Schutz bekommt. Flüchtlinge haben auch Pflichten, müssen die Gesetze des Landes beachten. Wie es laufen muss, zeigte sich 1956, als viele Ungarn flüchteten: Sie gingen alle nach Österreich, weil es ein direktes Nachbarland und sicher war. Dort wurden sie in Flüchtlingslagern untergebracht, und da konnte man Anträge stellen, in welchem Land man aufgenommen werden wollte. Die diversen Regierungen entschieden dann darüber. Das war ein Prozess entsprechend der Genfer Konvention. Wir müssen in diesem Sinne geltendes Recht durchsetzen und unseren Pflichten nachkommen. Vor allem müssen wir diesen Menschen helfen, irgendwann in ihre Länder zurückzukehren, ihre Rückkehr managen. Dazu gehört, in Ländern wie Syrien Bedingungen zu schaffen, in denen man leben kann.

Wieso will Ungarn gar keine Flüchtlinge aufnehmen?

Wir haben in den vergangenen Jahren 1500 Familien aufgenommen aufgrund einer Vereinbarung, die ich bei einem Besuch im Libanon mit der koptischen Kirche traf. Sie bekamen bei uns auch die Staatsbürgerschaft und alle möglichen Rechte. Wir haben uns dessen nie öffentlich gerühmt, wir haben es einfach gemacht.

Warum lehnen Sie dann die von anderen EU-Staaten geforderten Umverteilungsquoten für Flüchtlinge ab?

"Am Ende werden sie mehr sein als wir" Ungarns Premier Viktor Orbán über muslimische Flüchtlinge, einen neuen Zaun und den Mangel an Führung in Europa

Pflichtquoten sind gegen die vitalen Interessen aller EU-Länder, und wir müssen Ungarn da verteidigen. Wie sind bereit, darüber zu reden, aber nur auf freiwilliger Basis und erst, wenn der Zustrom gestoppt ist. Das Quotensystem selbst ist aber ein Problem: Die Europäer verstehen nicht, wie die Menschen denken. Wenn Flüchtlinge im Nahen Osten hören, dass Europa Quoten einführt, verstehen sie es als Einladung, zu kommen.

Und wenn ein solches System von der EU mit qualifizierter Mehrheit beschlossen wird?

Dann ist das ein Gesetz, und wir müssen es akzeptieren. Es ist ein Trick, den die EU-Kommission da anwendet, bisher wurden solche Entscheidungen immer einstimmig im Europäischen Rat getroffen, also von den Regierungschefs. Aber die EU-Kommission hat das Recht, Gesetzesvorschläge im Europäischen Parlament einzubringen und mit qualifizierter Mehrheit durchzubringen. Es wäre unweise, unfair, und ich bin sicher, dass dafür später ein hoher Preis zu zahlen wäre. Wir sind dagegen und versuchen, Verbündete zu finden. Aber die zentraleuropäischen Länder - die gegen verpflichtende Quoten sind - sind auch gemeinsam nicht stark genug, um das zu verhindern.

Würden Sie die Errichtung eines sogenannten Hotspots in Ungarn in Betracht ziehen?

Unmöglich. Hotspots, wie die EU sie plant, sind Orte, an die Leute gesammelt und dann zurückgeschickt werden können, dort können sie solange bleiben. Es hat große Ähnlichkeit mit einem Flüchtlingslager. Vor allem geht es darum, eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Ursprungsländer vorzubereiten. Wenn sie das nicht wollen, können sie die Staatsbürgerschaft anderer Länder oder Asyl beantragen. So etwas muss nahe am Ort des Konflikts sein, vor dem die Menschen geflohen sind, also außerhalb der EU. Wenn das nicht geht, dann in Griechenland oder Italien. Es macht keinen Sinn, so etwas nach Ungarn zu bringen.

Gibt es nicht eine moralische Verpflichtung der Europäer in der Flüchtlingskrise?

Wir alle haben diese moralische Verpflichtung. Ungarn ist ein europäisches und christliches Land, das ist unsere Kultur, und wir nehmen unsere Verantwortung und unsere moralische Pflicht sehr ernst. Die erste Pflicht muss aber darin bestehen, den Zustrom der Migranten zu stoppen - denn auf dem Weg über das Meer sterben zehn bis 15 Prozent.

Das zeigt doch vor allem, wie groß die Verzweiflung dieser Menschen ist.

In Pakistan gibt es keine Verzweiflung, diese Menschen wollen ein besseres Leben.

Nun hat Serbien erklärt, dass es keine Migranten zurücknimmt, die bereits in Ungarn waren. Was machen Sie da?

Dafür sind ja die Transitzone an der Grenze eingerichtet worden, dort werden die Anträge abgefordert, diese Zonen gelten nicht als ungarisches Staatsgebiet. Es ist wie auf einem Flughafen: Dadurch, dass sie in Budapest landen, sind Sie rechtlich gesehen noch nicht in Ungarn. Erst nach der Grenzkontrolle.

Bedroht die Flüchtlingskrise Europas Identität?

Jetzt noch nicht, aber wenn die Krise schlecht gemanagt wird, dann in der Zukunft schon.

Weil dann ein Zusammenprall der Kulturen in Europa entsteht?

Ich nenne es lieber einen Wettbewerb der Kulturen. Es ist offensichtlich, dass die Christen diesen Wettbewerb verlieren werden, wenn man viele Muslime nach Europa lässt. Das hat demografische Gründe und liegt daran, dass Muslime in unbegrenzter Zahl nachströmen können. Wir haben genau studiert, was in den westlichen Gesellschaften passiert ist. Trotz bester Absicht der dortigen Führungsspitzen haben sich Parallelgesellschaften etabliert, haben sich die muslimischen Schichten nicht integrieren lassen. Man lebt nebeneinander. Jedes Land hat ein Recht, so etwas zu wollen. Wir wollen das nicht. Es ist eine Frage von kulturellen Gewohnheiten. Ich rede jetzt nicht von Gott und wie wir als Christen dazu stehen, oder Muslime. Ich rede von Kultur. Da geht es um Lebensstil,

"Am Ende werden sie mehr sein als wir" Ungarns Premier Viktor Orbán über muslimische Flüchtlinge, einen neuen Zaun und den Mangel an Führung in Europa

Freiheit, sexuelle Gewohnheiten, Gleichheit von Mann und Frau, unsere christliche Kultur. In der Hinsicht ist die muslimische Gemeinschaft stärker als unsere.

Inwiefern?

Sie setzen mehr Gewicht auf Familie, Kinder, Zusammenhalt in der Gemeinschaft. Und deswegen werden sie am Ende mehr sein als wir. Das ist simple Mathematik.

Dennoch scheint die EU - und Frau Merkel - in Migranten die Zukunft Europas zu erblicken, Sie hingegen das Ende Europas. Wer wird Recht behalten?

Ich mag den früheren Satz der Kanzlerin: Multikulturalismus ist tot. Ich stimme dem zu. Wir wollen dem multikulturellen Ansatz nicht folgen.

Keine Muslime - wollen sie Ungarn ethnisch pur halten?

Nicht doch, kaum ein Volk ist vermischer als unseres. Es geht um die Erhaltung unserer Kultur. Wir blicken auf eine sehr lange Geschichte zurück, und wollen so weitermachen wie bisher.

Der österreichische Bundeskanzler Faymann hat schlimme Dinge über Ungarn gesagt, Nazi-Vergleiche bemüht. Ist das Tischtuch zerschnitten?

Es war schlechtes Benehmen. Aber mein persönliches Verhältnis mit ihm ist gut. Wir müssen zusammenarbeiten. Mir gegenüber sagt er nie solche Dinge, wie er sie in den Medien äußert.

Also er denkt nicht so wie er spricht?

Genau. Es ist halt Politik. In der sozialistischen Internationale gibt es ja auch eine Arbeitsteilung, jeden Tag ist jemand anders dran, der uns angreifen muss. Ich nehme das nicht persönlich.

Fordern oder erwarten Sie eine Entschuldigung?

Sich zu entschuldigen, ist nicht die Stärke der Österreicher.

Wie bewerten sie die Debatte in Europa zur Flüchtlingskrise, in Österreich, Frankreich oder Deutschland?

Frankreich ist ein faszinierendes Land. Die Diskussion dort fasziniert mich, elektrisiert uns. Selbst wenn sie uns beleidigen, tun sie das mit Geist und Humor. Einem Franzosen zu antworten ist anders als bei Österreichern, die können grob sein. Also in Frankreich sind, anders als in Österreich, die Konservativen nicht Mainstream. Sarkozy kann ja wohl nicht als Extremist bezeichnet werden. Es ist auch in Deutschland interessant, dass die CSU neuerdings einen anderen Ton anschlägt. Wie haben vieles gemein mit Sarkozy oder auch der CSU, und das zeigt, dass unsere Positionen nicht als extrem bezeichnet werden können.

Welchen Stellenwert hat Deutschland für Sie?

Deutschland ist das erfolgreichste Land Europas seit mindestens 40 Jahren. Ohne Deutschland kann kein einziges Problem in Europa gelöst werden, besonders seit die Briten aus allem möglichen aussteigen. Aber Deutschland verzichtet darauf, in Europa die Macht und den Einfluss zu beanspruchen, die ihnen von ihrem Gewicht her eigentlich zustehen. Das kann man gar nicht genug respektieren. Deutschland versucht vielmehr, in Europa eine Struktur aufzubauen, wo alle Interessen berücksichtigt werden und es allen gut geht. Wir wollen ein solches gutes Deutschland.

Dennoch hat Innenminister de Maizière mit dem Entzug von EU-Finanzmitteln gedroht, falls Ungarn keine verbindliche Quotenregelung akzeptiert.

"Am Ende werden sie mehr sein als wir" Ungarns Premier Viktor Orbán über muslimische Flüchtlinge, einen neuen Zaun und den Mangel an Führung in Europa

Davon sind wir enttäuscht, das ist ja genau der Ton, auf den die Deutschen bisher verzichtet hatten. Das ist der Ton brutaler Machtanwendung. Übrigens gibt es ein großes Missverständnis über das Wesen der Strukturfonds. Es sind Mittel, die es den ärmeren Ländern ermöglichen sollen, zu den reicheren aufzuschließen, aber nicht als Almosen, sondern als Instrument, um einen funktionierenden, fairen Binnenmarkt zu ermöglichen.

Nun haben auch Deutschland und Österreich wieder Grenzkontrollen eingeführt. Zeigt das, dass Sie Recht hatten mit Ihrer harten Linie?

Ungarns Haltung ist die des gesunden Menschenverstands. Wenn Sie eine Grenze haben und Leute wollen illegal rein, das geht nicht. Das Seltsamste was passiert ist in der EU in den letzten Jahren ist ja, dass wir als einziges Land die Schengen-Regeln umsetzten - und dafür in der EU, deren Regeln das doch sind, angegriffen wurden. Wir werden manchmal zu Recht kritisiert, dass wir Regeln brechen oder nicht verstehen. Aber hier war es umgekehrt. Es war sehr seltsam. Gut, dass andere das auch so zu sehen beginnen wie wir.

Wie viele Migranten kommen noch?

Frontex-Analysen gehen von Millionen aus, und ich halte 100 Millionen für denkbar. Es lohnt sich, Sarkozy zuzuhören, der in einem TV-Interview sagte: Vergesst nicht Schwarzafrika. Denn nach dem Zusammenbruch Libyens stellt dieses Land kein Hindernis mehr für die Menschen in Schwarzafrika dar, wenn sie nach Europa wollen. Das alles ist eine globale Herausforderung, und die EU sollte in größeren Dimensionen denken, weiter vorausschauen, auch internationale Organisationen einbeziehen, wie die oft unterschätzten UN. Eine weltweite Diskussion ist nötig.

Und wie sähe eine Lösung aus?

Punkt eins: Es wäre vielleicht klug, nicht ständig Staaten zu zerstören. Auch in Syrien haben wir Europäer und Amerikaner eine de facto nicht existierende Opposition im "arabischen Frühling" unterstützt, obwohl klar war, dass von dort keine Führung für das Land kommen kann, sondern es zerfallen wird. Aber jetzt geht es natürlich erst mal um Krisenmanagement. Wir sollten uns dennoch eine gedankliche Notiz machen für später: Keine Staaten mehr zerstören.

Sie haben auch gesagt, dass auch die menschenfreundliche Haltung in der EU und in Deutschland Ursache der Flüchtlingskrise ist. Wirklich?

Ja, wir sind schuld, weil wir in Europa den Eindruck geschaffen haben, dass sie kommen können. Alle: die Medien, die Thinktanks, die Politik. Die liberale Denkweise in Europa. Es gibt, wenn man tiefer darüber nachdenkt, ein grundsätzliches Führungsproblem in Europa. Auch in der Euro-Krise war es zu beobachten. Unsere politische Kultur will Führung durch Institutionen. Ob nun nationale Parlamente oder das Europa-Parlament, Regierungen, Kommissionen: Wir präferieren Führung durch Institutionen, nicht durch Personen. Starke Führungspersönlichkeiten werden als Gefahr gesehen. So denken wir. Aber in der Krise braucht Europa starke Führungspersönlichkeiten.

Sie und Frau Merkel?

Europa hat sehr gute Führungspersönlichkeiten, aber die wollen nicht führen, sie verstecken sich hinter Institutionen. Übrigens gibt es auch Cameron, das ist eine klassische Führungspersönlichkeit. Jemand, der Mut hat, Entscheidungen zu treffen, und dann die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Original Gesamtseiten-PDF

"Am Ende werden sie mehr sein als wir" Ungarns Premier Viktor Orbán über muslimische Flüchtlinge, einen neuen Zaun und den Mangel an Führung in Europa

kormany.hu

kormany.hu

**Load-Date:** September 17, 2015

---

End of Document



**Afghanen entziehen sich mit Taliban-Trick der Abschiebung; Die Bundesregierung will Tausende Asylbewerber zurückführen. Einige von ihnen bezichtigen sich deshalb nun selbst als Terroristen - und bringen damit die deutsche Justiz in Schwierigkeiten**

Die Welt

Samstag 17. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 296

**Length:** 530 words

**Byline:** Florian Flade

## **Body**

---

Eine wachsende Zahl von Afghanen gibt bei **Asylgesprächen** bereitwillig an, in ihrem Heimatland als Taliban-Kämpfer aktiv gewesen zu sein. Mit der Selbstbezeichnung wollen die **Asylsuchenden** offenbar eine drohende Abschiebung nach Afghanistan verhindern. Dies erfuhr die "Welt" aus deutschen Sicherheitskreisen.

Demnach kam es in den vergangenen Wochen mehrfach zu derartigen Terrorbekenntnissen von afghanischen Flüchtlingen, auch in Gesprächen mit Mitarbeitern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). "Der Sachverhalt ist dem Bundesinnenministerium bekannt", sagte eine Sprecherin des Ministeriums. Es gehe dabei um Behauptungen von Asylsuchenden, sie selbst oder ihre Familienmitglieder hätten in Afghanistan die Taliban unterstützt oder seien zur Zusammenarbeit mit den Islamisten gezwungen worden. Das Bundeskriminalamt (BKA) und weitere Sicherheitsbehörden gehen den Hinweisen nach. "Diese Behauptungen können zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland führen", so die Sprecherin weiter. Die Bundesanwaltschaft beauftragte dann die Polizeidienststellen der betroffenen Bundesländer mit den Nachforschungen. Ein Ermittlungsverfahren wegen Terrorverdacht führt zu einem Abschiebestopp von ausreisepflichtigen Flüchtlingen.

Hinreichende Belege für eine Mitgliedschaft in der Terrorgruppe gab es allerdings bislang nur in wenigen Fällen, heißt es vonseiten der Ermittler. Seit Oktober ließ die Bundesanwaltschaft bislang drei Terrorverdächtige festnehmen, bei denen es sich um ehemalige Taliban-Kämpfer handeln soll. Wajid S., 19, Abdullah S. K., 17, und Hekmat T., 20, stehen im Verdacht, bei den Taliban eine terroristische Ausbildung an Schusswaffen erhalten zu haben. Zwei Verdächtige sollen zudem an Angriffen auf afghanische Sicherheitskräfte beteiligt gewesen sein.

Gerichtsfeste Belege für Terroraktivitäten werden deutsche Ermittler kaum erhalten, heißt es in Sicherheitskreisen. Auch weil die Zusammenarbeit mit den afghanischen Behörden in diesem Bereich eher schlecht als recht

Afghanen entziehen sich mit Taliban-Trick der Abschiebung Die Bundesregierung will Tausende Asylbewerber zurückführen. Einige von ihnen bezichtigen sich deshalb....

funktioniert. Die Ermittlungsverfahren gegen die angeblichen Taliban werden also womöglich ergebnislos eingestellt. Abgeschoben werden die Afghanen jedoch trotzdem nicht. Sie könnten darauf verweisen, dass ihnen in der Heimat Folter oder gar die Todesstrafe droht - und das wiederum wäre ein Asylgrund.

Am Mittwochabend waren 34 abgelehnte Asylbewerber aus Afghanistan am Flughafen Frankfurt in eine Maschine nach Kabul gesetzt worden. Nach dem Willen der Bundesregierung markiert der Flug den Beginn einer Massenabschiebung. Bis zu 12.500 Afghanen sollen in ihre Heimat zurückgebracht werden. Anfang Oktober hatte die Europäische Union mit der afghanischen Regierung ein Abkommen unterzeichnet, das im Gegenzug für ein milliardenschweres Hilfspaket die leichtere Abschiebung von Flüchtlingen ermöglicht. Bundesweit kam es in den vergangenen Tagen zu Demonstrationen gegen die geplanten Rückführungen an den Hindukusch. Afghanistan, so die Gegner der Abschiebungspolitik, sei alles andere als ein sicheres Herkunftsland.

Siehe Kommentar und Seite 6

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** December 17, 2016

---

End of Document

## Afrika und wir

Die Welt

Montag 7. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 261

**Length:** 423 words

**Byline:** Thomas Schmid

## Body

---

Heute ist nicht die Zeit für politische Spielchen. Etwa der Art, wie sie sich Teile der Opposition in Deutschland gerade leisten. Der hohe Ton, mit dem eine führende Grünen-Politikerin die im Innenministerium entwickelte Idee, im Mittelmeer gerettete **Flüchtlinge** nach Afrika zurückzuschicken, kritisiert hat, ist unangemessen und schwer erträglich. Denn Deutschland setzt mit diesem Plan nicht "weiter auf die Abschottung", wie die Politikerin sagt. Die Idee aus dem Innenministerium ist nur einer von vielen Versuchen, halbwegs sinnvolle, humanitär vertretbare und den Bürgern vermittelbare Antworten auf das riesige Problem zu finden, das die neuen **Migrationsbewegungen** darstellen und weiter darstellen werden.

Barbara John, die ehemalige Ausländerbeauftragte Berlins, hat einmal zu Recht darauf hingewiesen, dass die Art, wie Deutschland Asylverfahren managt, zu einem absurden "Drehtürmodell" führt. Die Asylbewerber kommen auch deswegen ins Land, weil sie nur hier ihren Antrag stellen können. Das schafft seit eh und je beträchtliche Probleme. Die Asylbewerber - darunter viele, die nicht werden bleiben können - müssen im Land ihrer Träume lange Zeit untätig warten. Und viele Bürger des Landes können nicht verstehen, dass sich der Staat solche zeitraubenden und teuren Verfahren leistet.

Da wäre es vielleicht besser, Anlaufstellen und Zentren für Asylbewerber in der Nähe der Staaten einzurichten, aus denen sie fliehen. Dort sollten ihre Fälle bearbeitet werden. Leicht wird das nicht sein. Denn es muss garantiert werden, dass die Flüchtlinge dort - etwa in Tunesien - den gleichen humanitären Schutz und die gleiche verfahrensmäßige Betreuung bekommen wie hier. Einen Versuch wäre das wert, wenn damit auch nur eine kleine Hoffnung besteht, das Sterben im Mittelmeer einzudämmen und den Schleusern das Geschäft zu erschweren.

Das wäre ein Fortschritt, aber ein kleiner. Und einer, der ein Gschmäcke haben könnte. Dann nämlich, wenn versucht würde, damit das Publikum in dem Irrglauben zu wiegen, so könne man sich - nach australischem Vorbild - den Problemdruck vom Hals halten, den die Flüchtlingsbewegung darstellt. Der Plan des Innenministeriums bekäme nur dann Statur und Berechtigung, wenn er nicht von seehoferschem Geist getragen wäre. Denn ob es den Nationalsouveränisten passt oder nicht: Was in Syrien, der Türkei, in Afrika geschieht, geht uns direkt an. Es

Afrika und wir

wird dort auch über unsere Zukunft entschieden. Ein europäischer Isolationismus kann uns nicht retten. Er würde uns und der Welt schaden.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 7, 2016

---

End of Document

**Politik Kompakt I; "Agenda 2020": Schröder fordert moderne  
Zuwanderungspolitik ++ Hameln: Tatverdächtige nach Anschlag gefasst ++  
Heidenau: Feiern mit Flüchtlingen statt Versammlungsverbot ++  
Ostdeutschland: Regierungschefs wehren sich gegen Nazi-Image**

Die Welt

Montag 31. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 202

**Length:** 634 words

## Body

---

"Agenda 2020"

Schröder fordert moderne Zuwanderungspolitik

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) fordert eine "Agenda 2020" für eine "moderne Zuwanderungspolitik". "Wenn wir auch in Zukunft ein sozial und wirtschaftlich starkes Land sein wollen, dann brauchen wir Zuwanderung", schreibt Schröder in einem Beitrag für die "Welt am Sonntag". In Deutschland werde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stark schrumpfen. "Was wir also brauchen, ist eine Einwanderung in unser Sozialsystem. Denn ohne diese können wir Renten in der Zukunft gar nicht mehr finanzieren", so Schröder. Das Asylverfahren biete vielen keine Perspektive auf einen Verbleib in Deutschland. "Wenn wir versuchen, die Tür zum Asylverfahren zu schließen, dann müssen wir daher eine legale Tür zur Zuwanderung öffnen. Nur in der Legalisierung der Zuwanderung besteht die Chance, diese kontrolliert zu halten", schreibt Schröder. "Wir dürfen diese Migration in und nach Europa nicht durch neue Eiserne Vorhänge zu verhindern versuchen. Stattdessen müssen wir sie steuern, müssen integrieren und müssen Perspektiven in den Herkunftsländern schaffen."

Hameln

Tatverdächtige nach Anschlag gefasst

Nach dem Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Salzhemmendorf bei Hameln sind drei Verdächtige festgenommen worden. Es handele sich um zwei Männer im Alter von 24 und 30 Jahren aus Salzhemmendorf sowie eine 23-jährige Frau aus dem Raum Hannover, teilte die Polizei Hameln mit. Der 24-Jährige sei wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung sowie politisch motivierten Taten bereits polizeibekannt, der 30-Jährige wegen Sachbeschädigung und Diebstahls. Niedersachsens Ministerpräsident Stefan Weil (SPD) sagte dem NDR, die drei Verdächtigen hätten Geständnisse abgelegt. Die Attentäter hatten in der Nacht zum Freitag einen Molotow-

Politik Kompakt I "Agenda 2020": Schröder fordert moderne Zuwanderungspolitik ++ Hameln: Tatverdächtige nach Anschlag gefasst ++ Heidenau: Feiern mit Flüchtling....

Cocktail durch ein Fenster eines ehemaligen Schulgebäudes geworfen, in dem Flüchtlinge untergebracht sind. Eine Asylbewerberin aus Simbabwe bemerkte den Angriff und konnte sich und ihre Familie unverletzt in Sicherheit bringen. Laut Polizei befanden sich zum Zeitpunkt des Anschlags etwa 40 Flüchtlinge in dem Gebäude.

Heidenau

Feiern mit Flüchtlingen statt Versammlungsverbot

Nach dem Wegfall eines Versammlungsverbots hat ein großes Polizeiaufgebot am Wochenende rechte Gegner einer Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Heidenau auf Distanz gehalten. Hunderte linke Demonstranten feierten auf der Straße vor dem zum Heim umgewandelten Baumarkt mit den Flüchtlingen. Zuvor waren im nahe gelegenen Dresden etwa 5000 Menschen für Menschlichkeit und Solidarität mit den Flüchtlingen auf die Straße gegangen. Sie prangerten auch eine verfehlte Regierungspolitik an, die Zustände wie in Heidenau möglich mache. Dort war es vor einer Woche zu schweren Ausschreitungen von Fremdenfeinden gekommen.

Ostdeutschland

Regierungschefs wehren sich gegen Nazi-Image

Angesichts der steigenden Zahl von Übergriffen auf Asylunterkünfte warnen ostdeutsche Ministerpräsidenten davor, Fremdenhass als ostdeutsches Problem zu betrachten. Man sollte sich davor hüten, "hier vorschnell von einem ostdeutschen Phänomen zu sprechen", sagte der Brandenburger Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) der "Welt am Sonntag". Eine Analyse der Zeitung hatte gezeigt, dass Angriffe auf Flüchtlinge und Asylbewerberheime dort besonders häufig verübt werden, wo die NPD im Stadt- oder Gemeinderat vertreten ist. Die NPD in Sachsen hält seit der letzten Kommunalwahl 59 solcher Mandate, unter anderem in den Orten, in denen die meisten flüchtlingsfeindlichen Vorfälle gezählt werden: Dresden, Heidenau und Freital. Nach Ansicht Woidkes verdeutlicht die Karte der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten, "dass es sich nicht um ein Ost-West-Problem, sondern um eine deutschlandweit zu betrachtende Entwicklung handelt."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 31, 2015

## ***Unerkannt im Strom mitschwimmen; IS-Kämpfer werden für Asylverfahren in Deutschland gezielt geschult. Können sie mit den aktuellen Kontrollen überhaupt erkannt werden?***

Die Welt

Montag 14. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 267

**Length:** 1222 words

**Byline:** Manuel Bewarder

### **Body**

---

Bei ein paar Dingen sollte ein **Flüchtlingshelfer** aufmerksam werden: Zum Beispiel, wenn sich das "äußere Erscheinungsbild" eines **Asylsuchenden** verändere, sich ein Mann also etwa einen langen Vollbart wachsen lasse und nur die Oberlippe rasiere. Oder wenn der Islam als die einzig "wahre" Religion und Andersdenkende als "Ungläubige" diffamiert würden. Falls mehrere solcher Anzeichen zusammentreffen, sollten Helfer vielleicht lieber die Polizei oder den Verfassungsschutz informieren.

Die Broschüre vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), die für extremistische oder geheimdienstliche Aktivitäten sensibilisieren soll, ist bereits im Sommer erschienen und umfasst 33 Seiten. Der Hintergrund dafür ist ernst: Beim Bundeskriminalamt (BKA) sind bereits mehr als 400 Hinweise auf Terroristen oder Anhänger der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) eingegangen. In etwa 80 Fällen leitete das BKA anschließend Ermittlungen ein.

Dass sich viele Menschen - darunter auch Flüchtlinge - hierzulande radikalisieren, gilt als ernstes Problem. Vor allem auf sie zielt die Anleitung zur Hellhörigkeit des Verfassungsschutzes. Spätestens seit den Terroranschlägen von Paris vor einem Jahr aber ist zudem klar, dass der IS Kämpfer auch getarnt als Flüchtlinge nach Europa einschleust. Sie sollen dann wie aus dem Nichts zuschlagen.

Eine aktuelle Warnung des Bundesnachrichtendienstes (BND) deutet nun darauf hin, wie groß die Gefahr offenbar weiterhin ist. Laut dem Hinweis von Ende Oktober, über den die "Welt am Sonntag" berichtete, bereitet die Terrormiliz ihre Kämpfer gezielt darauf vor, in der Masse der Flüchtlinge unterzutauchen und nicht aufzufallen. Demnach wird zum Beispiel ihr Verhalten trainiert, um bei Befragungen durch Polizisten entlang der Balkanroute oder anschließend beim Stellen eines Asylantrags als klassischer Flüchtling anerkannt zu werden. Für Politik und Behörden stellt sich daher umso dringender die Frage, ob die derzeitigen Vorkehrungen ausreichen.

Zunächst herrschte auch in den Sicherheitsbehörden die Meinung vor, dass die steigende Zahl der Asylsuchenden nicht zu einer erhöhten Terrorgefahr führen werde. Es gebe keine "belastbaren Hinweise" dafür, dass sich IS-

Unerkannt im Strom mitschwimmen IS-Kämpfer werden für Asylverfahren in Deutschland gezielt geschult.  
Können sie mit den aktuellen Kontrollen überhaupt erkannt w....

Mitglieder gezielt unter Flüchtlinge mischen, lautete im vergangenen Jahr zunächst noch die offizielle Sprachregel der Bundesregierung. Es sei wohl unwahrscheinlich, dass Terroristen die waghalsige Bootsflucht über das Mittelmeer wagen würden.

Und tatsächlich erreichten IS-Anhänger bis dahin vor allem mit gefälschten Dokumenten per Flugzeug den europäischen Kontinent. Doch im Sommer und Herbst kamen schließlich mehrere der Paris-Attentäter über die Ägäis nach Griechenland, um sich von dort nach Mitteleuropa durchzuschlagen. Das Perfide daran: Wahrscheinlich stimmt die Grundannahme der Sicherheitsbehörden aus dem vergangenen Jahr noch immer, und der IS hätte aufgrund der vielen Anhänger in Europa Anschläge verüben können, ohne mit neuen Kämpfern über die Balkanroute einzusickern. Fakt ist jedoch, dass die Miliz diesen Weg gewählt hat. Und dass die Drahtzieher der Paris-Anschläge sogar darauf Wert gelegt haben, dass genau das bekannt wird: Ein paar der Islamisten ließen sich nämlich auffällig oft auf ihrer Reise registrieren und legten ihre Pässe sorgsam zur Seite, bevor sie in der französischen Hauptstadt zur Tat schritten. Sicherheitsexperten vermuten deshalb, dass der IS Europa mit seinen offenen Grenzen nicht nur blamieren, sondern gleichzeitig den Flüchtlingstreck an sich diskreditieren wollte.

Ein Auseinanderhalten wird mittlerweile immer schwerer. Die Anschläge von Ansbach oder Würzburg in diesem Jahr etwa verübten junge Männer, die als Asylsuchende nach Deutschland kamen und die keine Sicherheitsbehörde auf dem Schirm hatte. Gleiches gilt für andere wie etwa jenen Islamisten, der sich zuletzt in Leipzig in seiner Zelle erhängte und vermutlich einen Anschlag in Berlin verüben wollte.

Dabei stellt sich jedes Mal die Frage, ob diese Islamisten bereits mit einem Auftrag kamen - oder sich doch erst hier radikalisierten. Und vor allem: Welche Chancen haben die Behörden überhaupt, dies mitzubekommen?

In den vergangenen Monaten waren es oftmals Hinweise von ausländischen Nachrichtendiensten, die deutsche Behörden aktiv werden ließen. Im Fall der mutmaßlichen Terrorzelle, deren Mitglieder im September in Schleswig-Holstein festgenommen wurden, war es ein bisschen anders: Ihre Pässe stammten offenbar aus derselben Fälscherwerkstatt wie die Dokumente der Paris-Attentäter. Und dadurch gelangten sie bereits zehn Tage nach den Paris-Anschlägen in den Fokus der Behörden und wurden seither überwacht.

Über mündliche Befragungen an der Grenze oder während der Asylverfahren - also in jenen Momenten, um die es nun in der BND-Warnung geht - sind die Behörden dem Vernehmen nach bislang aber noch auf keinen der gefährlichen Terrorverdächtigen gestoßen. Auf Behördenseite heißt es von jenen, die mit den Sicherheitsmaßnahmen im Zuge der Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vertraut sind, dass hier sehr erfahrene Mitarbeiter tätig seien. Dort im zuständigen Referat laufen demnach jeden Monat rund 1000 sogenannte sicherheitsrelevante Meldungen ein. Nach einer internen Prüfung werden besondere Anhaltspunkte, etwa auf einen möglichen Schläfer, an das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin gemeldet, wo sich dann Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern eng austauschen.

In wenigen Wochen soll der Verfassungsschutz zudem problemlos auf das erweiterte Ausländerzentralregister, das sogenannte Kerndatensystem, zugreifen dürfen. Verschiedene Datenbanken werden von Asylsuchenden mittlerweile auch im Zuge oder schnell nach ihrer Einreise abgefragt. Und im Laufe der vergangenen Monate wurden zudem internationale Datenbanken mit Informationen über Islamisten immer weiter aufgebaut und vernetzt.

Das Problem bei einem solchen Abgleich bleibt jedoch: Man erzielt nur dann einen Treffer, wenn die entsprechende Person zuvor bereits aufgefallen und vermerkt ist. Weil das eben nicht oft der Fall ist, wächst die Bedeutung der Befragungen.

Ein sehr genauer Blick auf Einreisende an der Grenze oder auch im Asylverfahren bleibt dabei eine große Herausforderung. Zuerst konnten die meisten Migranten im vergangenen Jahr wegen der schieren Masse nicht schon an der Grenze genauer kontrolliert werden. Außerdem entschied sich die Politik wegen der vielen Asylsuchenden dazu, das BAMF zu entlasten und für etwa ein Jahr im Normalfall bei Syrern keine mündliche Befragung mehr vorzunehmen - das Ankreuzen eines Fragebogens zusammen mit einem Dolmetscher reichte in dieser Zeit bis Anfang 2016 meist bereits aus, um einen Schutzstatus zu bekommen.



Unerkannt im Strom mitschwimmen IS-Kämpfer werden für Asylverfahren in Deutschland gezielt geschult.  
Können sie mit den aktuellen Kontrollen überhaupt erkannt w....

Doch selbst wenn es in Asylverfahren zu Gesprächen kam oder kommt, bleibt die Frage, wie genau den Bewerbern auf den Zahn gefühlt wird. Erfahrene BAMF-Mitarbeiter wissen meist gut, bei welchen Aussagen sie lange nachbohren müssen - doch aufgrund der vielen neuen Anträge hat die Nürnberger Behörde Tausende Mitarbeiter zusätzlich erhalten - oft aus völlig anderen Bereichen und natürlich weniger erfahren. Somit werden nun zwar deutlich mehr Anträge als früher bearbeitet werden können. Ob damit allerdings alles Mögliche getan ist, um geschulte IS-Terroristen zu enttarnen, kann nach der neuen BND-Warnung bezweifelt werden.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Getty Images/Sean Gallup

Graffiti an einer Wand der Berliner Ausländerbehörde. Das Amt ist wichtige Anlaufstelle für Geflüchtete in der Hauptstadt

Sean Gallup

**Load-Date:** November 14, 2016

## Moskau warnt die Europäische Union

Die Welt

Montag 4. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 78

**Length:** 259 words

### Body

---

Unmittelbar vor Beginn der Rückführungen von **Flüchtlingen** in die Türkei hat Russland die Europäische Union aufgefordert, die Genfer **Flüchtlingskonvention** einzuhalten. Der russische EU-Botschafter Wladimir Tschischow sagte der "Welt": "Was wir, ebenso wie die Vereinten Nationen und der Europarat auch, erwarten, ist, dass alle Maßnahmen, die von der EU und der Türkei durchgeführt werden, in völligem Einklang mit dem internationalen Recht stehen." Es sei unentschuldig, wenn von "bewährten Normen zur Aufnahme und zum Schutz von **Migranten** und **Asylsuchenden**" abgewichen würde, warnte Tschischow. Schließlich habe es auch Russland geschafft, nahezu zwei Millionen **Flüchtlinge** aus der Ukraine aufzunehmen, ohne dass es Kritik von den Vereinten Nationen oder vom Europarat gegeben hätte. "Ich möchte unterstreichen, dass die einzige gangbare Lösung für die **Flüchtlingskrise** die Stabilisierung Syriens, Libyens, des Iraks und Afghanistans ist." Dies sei eine große Aufgabe, bei der auch politische Fehler einiger westlicher Staaten korrigiert werden müssten. "Aber es gibt keine Alternative dazu", sagte der einflussreiche EU-Botschafter. Tschischow betonte, Moskau wünsche der Europäischen Union, dass sie die **Flüchtlingskrise** schnell unter Kontrolle bringt. Er machte aber auch klar: "Alle Versuche, **Flüchtlinge** als politische Verhandlungsmasse zu benutzen, um den eigenen Ansatz zur Lösung der Syrien-Krise anderen aufzuzwingen und irgendwelche Zugeständnisse in den bilateralen Beziehungen zu erpressen, sind vollkommen unzulässig."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** April 4, 2016

## *Frist versäumt, Asylbewerber darf bleiben*

Die Welt

Donnerstag 28. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 99

**Length:** 390 words

**Byline:** Sven Eichstädt

## **Body**

---

Nach der Dublin-Verordnung ist derjenige Staat für die Prüfung eines Asylbewerbers zuständig, in dem er erstmals europäischen Boden betritt. Weil viele aber in andere Staaten weiterreisen, dürfen sie in den Ankunftsstaat zurückgeschoben werden. So weit die Bestimmung des europäischen Asylsystems, die nun mit einer Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts von Mittwoch weiter an Bedeutung verliert: Wenn sich ein EU-Land weigert, einen Asylbewerber von Deutschland zurückzunehmen, der in diesem Land zuerst registriert worden ist und einen Asylantrag gestellt hat, kann dieser in der Bundesrepublik bleiben. Und zwar dann, wenn die Frist von einem halben Jahr abgelaufen ist, innerhalb derer die Abschiebung in das andere EU-Land geschehen sein muss.

"Der nach den Dublin-Bestimmungen zuständige Mitgliedstaat - in diesem Fall Deutschland - darf einen Schutzsuchenden jedenfalls dann nicht auf die Prüfung seines Asylantrags durch einen anderen Mitgliedstaat verweisen, wenn dessen Aufnahmebereitschaft nicht positiv feststeht", sagte der Vorsitzende Richter des Ersten Senats, Uwe-Dietmar Berlit. Zweck der Dublin-Bestimmungen sei ja gerade zu vermeiden, dass sich kein Mitgliedstaat zuständig fühlen will ("Refugee in Orbit"). Im konkreten Fall hatte sich der Iraner Hanid R. in Ungarn registrieren lassen und dort auch Asyl beantragt. Im November 2014 kam er nach Deutschland und stellte einen zweiten Asylantrag. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lehnte im Februar 2015 den Antrag ab, weil Ungarn zuständig sei, und ordnete die Abschiebung an. Ungarn wollte Hanid R. jedoch nicht zurücknehmen. Der Iraner klagte und verlor zunächst. Nun bleibt er also in Deutschland.

Einen zweiten Streitpunkt legt das Bundesverwaltungsgericht zunächst dem Europäischen Gerichtshof zur Klärung vor. Dabei geht es um die Frage, welches Land für einen Asylbewerber zuständig ist, wenn er erfolgreich in ein anderes EU-Land abgeschoben wurde, dann jedoch wieder illegal einreist. Im konkreten Fall hatte der Syrer Aziz H. 2014 in Italien einen Asylantrag gestellt, war kurze Zeit später in Frankfurt am Main aufgegriffen worden. Er beantragte zum zweiten Mal Asyl, der Antrag wurde abgelehnt, weil Italien bereit war, Aziz H. wieder aufzunehmen. Dieser wurde Anfang 2015 abgeschoben, war aber im August wieder da.

Original Gesamtseiten-PDF

Frist versäumt, Asylbewerber darf bleiben

**Load-Date:** April 28, 2016

---

End of Document

**Deutsche Richter hebeln schärfere Asylpraxis aus; Fast 100.000 Syrer haben in diesem Jahr schon gegen Entscheidungen der Behörden geklagt - nahezu ohne finanzielles Risiko und oft erfolgreich. Die Gerichte sind nur noch eingeschränkt handlungsfähig**

Die Welt

Freitag 18. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 271

**Length:** 503 words

**Byline:** Philip Kuhn

## **Body**

---

Deutschlands Verwaltungsgerichte müssen in diesem Jahr einen starken Anstieg der Klagen von **Asylsuchenden** bewältigen. Bis September registrierte das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) deutschlandweit fast 100.000 **Asylklagen**. Im gesamten Jahr 2015 waren es lediglich 73.000 gewesen.

Besonders auffällig: Vermehrt klagten zuletzt syrische Flüchtlinge; 23.000 von ihnen wehrten sich 2016 vor den Verwaltungsgerichten, weil ihnen seit März dieses Jahres oftmals nur noch der sogenannte subsidiäre Schutz gewährt wird. Der bedeutet, dass sie zunächst mindestens zwei Jahre lang keine Familienangehörigen nach Deutschland nachholen dürfen. Zudem gilt ihre Aufenthaltserlaubnis vorläufig nur ein Jahr und muss danach im Zweijahresabstand verlängert werden.

2015 hatten die meisten Syrer hingegen noch den Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Doch angesichts der Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr sah sich das BAMF zum Handeln gezwungen; zumindest wollte man den Familiennachzug einschränken. Dieses Kalkül ist nicht aufgegangen. Denn vor den meisten Verwaltungsgerichten bekommen die Syrer recht - und den umfassenderen Schutzstatus zugesprochen. Das Verwaltungsgericht Trier hatte sich jüngst offen gegen das BAMF gestellt und angekündigt, an seiner Rechtsprechung festzuhalten. Syrern vollen Flüchtlingsstatus zu gewähren sei richtig, sagte Gerichtspräsident Georg Schmidt. Dies gelte auch, wenn der Betroffene illegal ausgereist sei, in Deutschland einen Asylantrag gestellt habe und sich seit Längerem hier aufhalte. "Nach unserer Erkenntnis droht aktuell den Menschen bei einer Rückkehr mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit die politische Verfolgung." Diese Einschätzung ist bundesweit dominant: In ganz Deutschland entscheiden die Gerichte nach Angaben des BAMF in rund 76 Prozent der Fälle zugunsten der Flüchtlinge.

Deutsche Richter hebeln schärfere Asylpraxis aus Fast 100.000 Syrer haben in diesem Jahr schon gegen Entscheidungen der Behörden geklagt - nahezu ohne finanziel....

Allerdings gibt sich das BAMF nicht geschlagen. Allein in Rheinland-Pfalz ging es in 156 Fällen in Berufung. Am 23. November kommt es zum "Showdown" zwischen Richtern und Behörde: Dann entscheidet das Obergerverwaltungsgericht in Schleswig (Schleswig-Holstein) erstmals in einer Berufungsverhandlung über die Rechtmäßigkeit der BAMF-Linie. Das dürfte Signalcharakter haben.

Für das BAMF ist das Urteil auch finanziell bedeutend. Flüchtlingsklagen sind eine teure Angelegenheit. Verliert es einen Prozess, kostet das pro Flüchtling mehr als 900 Euro - das ist die Summe, die der Rechtsanwalt in Rechnung stellen kann. Für die klagenden Flüchtlinge - die oft von Ehrenamtlichen und Hilfsorganisationen unterstützt werden - ist der Rechtsweg finanziell praktisch risikofrei: In den allermeisten Fällen haben sie Anspruch auf Prozesskostenhilfe.

Ein weiteres Problem: Verwaltungsgerichte sind wegen der Zahl der Verfahren, die im Durchschnitt neun Monate dauern, personell überfordert. In Berlin gingen bis zum 15. November dieses Jahres 7397 Asylklagen ein (2015 insgesamt 2343). Die Berliner fordern deshalb dringend mehr Personal. Siehe Kommentar

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 18, 2016

**"Flüchtlinge wollen nicht als Loser zurückkehren";  
Entwicklungshilfeminister Gerd Müller legt ein millionenschweres Programm  
auf, um sie fit für ihre Heimat zu machen**

Die Welt

Samstag 17. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 219

**Length:** 1708 words

**Byline:** Claudia Ehrenstein

Jacques Schuster

## **Body**

---

Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) hat viel vor. In seinem Bereich will er alles dafür tun, dass sich weniger Menschen als **Flüchtlinge** nach Deutschland aufmachen. Entwicklungshilfe sei ihm auch Rückkehrerhilfe, erklärt er den Journalisten, die ihn in seinem Berliner Büro in der Nähe des Potsdamer Platzes besuchen.

Die Welt:

Herr Müller, Sie fliegen an diesem Sonntag zum UN-**Flüchtlingsgipfel** nach New York. Noch so ein Treffen, bei dem viel versprochen und nachher wenig gehalten wird?

Gerd Müller:

Es geht gerade darum, zu überprüfen, wer seine Versprechungen tatsächlich einhält. Wir haben unsere Mittel für die Flüchtlinge rund um Syrien vervierfacht. Hätten wir dies unterlassen, wären in den letzten zwei Jahren deutlich mehr Flüchtlinge aus der Region nach Europa gekommen.

Die CSU dringt auf feste Obergrenzen, schnellere Abschiebung, Bevorzugung von Migranten aus dem christlich-abendländischen Kulturkreis. Teilen Sie diese Position?

Es sind viele Forderungen und Vorschläge der CSU übernommen worden. Vor einem Jahr kamen noch 50 Prozent der Flüchtlinge aus den Balkanländern, heute kommt fast keiner mehr - weil diese Länder zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden. Auch sind die Verfahren beschleunigt worden.

"Flüchtlinge wollen nicht als Loser zurückkehren" Entwicklungshilfeminister Gerd Müller legt ein millionenschweres Programm auf, um sie fit für ihre Heimat zu m....

Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt Obergrenzen ab. Das ist wohlfeil, weil Berlin den Balkanstaaten den Grenzschutz überlässt und selbst den moralisch Makellosen spielt.

Wir tun gut daran, Griechenland, Italien, Ungarn, Mazedonien und die anderen Balkanländer nicht auszugrenzen und uns als Gemeinschaft zu verstehen, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Wir können Mazedonien nicht allein lassen

Das tut die Bundesregierung aber.

Wir haben viel zu lange zugeschaut, wie der Süden der EU mit dem Flüchtlingsproblem nicht fertig geworden ist. Das muss sich in der Tat ändern. Europäische Solidarität sieht anders aus.

Letztlich hat die deutsche Flüchtlingspolitik dazu geführt, dass Europa nun zutiefst gespalten ist.

Jedenfalls müssen wir auf europäischer Ebene schnell gemeinsame Lösungen finden. Die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs müssen endlich umgesetzt werden. Von den 160.000 Flüchtlingen, die auf die EU-Länder verteilt werden sollten, sind noch nicht einmal 5000 verteilt worden. Und der Beschluss ist ein Jahr alt.

Die osteuropäischen Länder sind nicht bereit, das auszubaden, was ihnen die Kanzlerin eingebracht hat. Wird diese Verteilung noch erfolgen?

Wie es im Augenblick ausschaut, nein. Aber nicht nur Osteuropa ist nicht bereit, auch Frankreich nicht. Die skandinavischen Staaten wollen nicht mehr. Wir sollten nicht lamentieren, sondern einen neuen Ansatz der Zusammenarbeit suchen.

Wie soll der aussehen?

Eines dürfen wir auf keinen Fall tun: Staaten wie Ungarn ausgrenzen. Jedes Land hat seine eigene Kultur, Geschichte und Erfahrung. Zudem haben wir es mitunter mit Staats- und Regierungschefs zu tun, die mit 50 Prozent und mehr der Stimmen gewählt wurden. Da kann es nicht einzelne Regierungen geben, die wie der Luxemburger Außenminister Jean Asselborn den Ausschluss von Staaten fordern. Das ist der falsche Weg und trägt zur Verhärtung der Fronten bei. Europa braucht endlich eine gemeinsame Asyl-, Ausländer- und Migrationspolitik. Wenn wir die Grenzen innerhalb Europas offen halten wollen, benötigen wir effektive Kontrollsysteme. Wir müssen wissen, wer reinkommt und wer rausgeht.

Sollte die EU Mazedonien stärker unterstützen?

Auf jeden Fall. Mazedonien ist schließlich ein Land mitten in Europa, das auch unsere Grenzen schützt. Wir brauchen eine neue Nachbarschaftspolitik, die Mazedonien einschließt. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass die Balkanstaaten im Rahmen der EU-Hilfen zum Teil zweistellige Milliardenbeträge erhalten haben, sich aber längst nicht so entwickelten wie etwa Polen oder Tschechien. Brüsseler Gelder sind hier in Kanälen der Korruption versickert.

Wie können Sie als Entwicklungshilfeminister konkret dazu beitragen, das Flüchtlingsproblem zu mindern?

Wir müssen uns viel stärker mit der Lage in den Herkunftsländern der Flüchtlinge beschäftigen. Nur zehn Prozent der syrischen und irakischen Kriegsflüchtlinge sind in die EU gekommen, 90 Prozent leben in der Türkei, in Jordanien und im Libanon. Man könnte dort mit einem Minimum dessen, was die Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland kostet, eine Bleibeperspektive schaffen. Wir tun dies in meinem Ministerium übrigens bereits.

Da sind wir gespannt.

Nehmen Sie als Beispiel die drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei. Dort habe ich gerade ein neues Projekt gestartet. Wir finanzieren 6000 syrische Lehrerinnen und Lehrer, die mit Beginn des neuen Schuljahres Flüchtlingskinder in türkischen Städten unterrichten. Dieser Unterricht schafft Hoffnung für die Eltern und gibt den



"Flüchtlinge wollen nicht als Loser zurückkehren" Entwicklungshilfeminister Gerd Müller legt ein millionenschweres Programm auf, um sie fit für ihre Heimat zu m....

Kindern eine Perspektive. Bei meinen Besuchen vor Ort sagen mir die Flüchtlingsfamilien immer wieder: Wir wollen gar nicht nach Deutschland, aber wenn wir nach fünf Jahren immer noch im Dreck leben, unsere Kinder nicht zur Schule gehen können und die Essensrationen nicht ausreichen, dann gibt es keine andere Chance und dann nehmen wir sogar den Tod auf dem Mittelmeer in Kauf.

Die Schweiz ist sehr erfolgreich damit, Flüchtlinge zurückzuführen. Sie hat die Rückführung sehr klug an die Entwicklungshilfe gekoppelt.

Nicht nur die Schweiz. Wir geben 200 Millionen Euro, damit unter anderem irakische Flüchtlinge aus den Camps in ihre Dörfer zurückkehren können. Mit unserer Hilfe sollen sie mit eigenen Schaufeln ihr eigenes Haus bauen können. Etwa 1000 Euro pro Person kostet so ein Haus. Bei uns würde es mindestens das 30-Fache kosten, einem Flüchtling eine Wohnung zu bieten. Wir geben in Deutschland 25 Milliarden pro Jahr für die Bewältigung der Flüchtlingskrise aus und könnten vor Ort für einen Bruchteil dessen schon so viel mehr erreichen und Flucht verhindern.

Die Schweiz geht grundsätzlicher vor. Migrantinnen, die nach Hause wollen, erhalten in ihrer Heimat eine Ausbildung auf Schweizer Kosten.

Warum immer auf die Schweiz schauen? Wir sind davon nicht weit entfernt. Ich starte jetzt ein Rückkehrerprogramm für Flüchtlinge in Deutschland, das wir auch mit Marokko, mit Tunesien, dem Senegal und einer Reihe anderer Staaten umsetzen wollen. Die Senegalesen zum Beispiel haben in Deutschland keine Chance auf Anerkennung. Es dauert aber zwei Jahre und länger, bis ihre Asylverfahren abgeschlossen sind. In dieser Zeit dürfen sie nicht arbeiten, sitzen herum und werden mitunter depressiv. Diesen Menschen bieten wir an, freiwillig zurückzukehren und zunächst in Deutschland eine handwerkliche Grundausbildung als Schlosser, Installateur, Elektriker oder Maurer zu erhalten.

Wie viel Geld werden Sie für diese Programme ausgeben?

Für die erste Phase benötige ich 100 Millionen Euro. Gestartet habe ich das Programm mit 25 Millionen Euro. Konkret richtet sich das Angebot an Menschen aus Ägypten, Ghana, Tunesien, Marokko und Nigeria. Diese Flüchtlinge wollen nicht als Loser in ihre Heimat zurückkehren. Häufig haben ihre Familien viel Geld für Schleuser bezahlt. Deshalb wollen wir ihnen handwerkliche Fähigkeiten mitgeben. Ein Handwerker findet in diesen Ländern sofort eine Arbeit. Das ist auch eine Form der Entwicklungshilfe.

Ein Nachteil könnte sein, dass diese Ausbildung Menschen erst anlockt.

Die Alternative wäre, die Menschen bis zu vier Jahre in einem aussichtslosen Asylverfahren hängen zu lassen. Die meisten Asylbewerber - abgesehen von den Kriegsflüchtlingsen - sind junge Männer im arbeitsfähigen Alter, die eine Zukunftsperspektive suchen. Viele von ihnen wussten gar nicht, worauf sie sich einlassen. Senegalesen erzählten mir etwa, ihnen seien Handybilder von Landsleuten in Berlin und München gezeigt worden, die regelrecht Werbeaufnahmen glichen. Darauf reagieren wir jetzt: Wir arbeiten gerade an einem digitalen Angebot. Die meisten Flüchtlinge besitzen ein Handy. Auf diesem wollen wir ihnen mithilfe eines von uns geschaffenen Informationssystems die Wirklichkeit zeigen. Sie sollen von der lebensgefährlichen Flucht abgehalten werden.

Müssen für die Rückführerprogramme Gesetze verändert werden?

Nein, wir setzen auf Freiwilligkeit. Niemand wird daran gehindert, ein aussichtsloses Asylverfahren abubrechen und in seine Heimat zurückzukehren. Wir sollten aber jeden ansprechen und ihnen ein solches Angebot machen.

Inwieweit kann Entwicklungshilfe auch als Druckmittel eingesetzt werden, um Rückführungsabkommen mit den verschiedenen Staaten schneller zu erreichen?

Sie bringen da einiges durcheinander. Die Rückkehrerprogramme wollen wir gemeinsam mit den Herkunftsländern zum Erfolg führen. Das andere ist die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern ohne Duldung. Da sind die Bundesländer unterschiedlich erfolgreich. Aber eines soll hier klar gesagt werden: Selbst in diesen Fällen stehen

"Flüchtlinge wollen nicht als Loser zurückkehren" Entwicklungshilfeminister Gerd Müller legt ein millionenschweres Programm auf, um sie fit für ihre Heimat zu m....

wir schon jetzt in den Herkunftsländern an der Gangway. Ob in Marokko oder in Pakistan - wir haben überall vor Ort Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme angestoßen. Wir lassen keinen allein.

Muss Europa die afrikanischen Länder stärker in die Pflicht nehmen, die Fluchtursachen zu bekämpfen?

Es geht um Good Governance und um die Bekämpfung der Korruption - um nur zwei wichtige Felder zu erwähnen. Doch Afrika kann durchaus auch Erfolge vorweisen. Sechs der zehn am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften liegen in Afrika. Wir müssen mit der Afrikanischen Union Sicherheitsstrukturen aufbauen und damit wirtschaftliche Impulse setzen. Ich will dabei einen neuen Weg gehen. Öffentliche Entwicklungsgelder können nur Türen öffnen, wir brauchen mehr private Investitionen. Wir brauchen einen Marshallplan für Afrika.

Das haben wir schon oft gehört. Sollten wir unsere Partnerschaften auf bestimmte Länder konzentrieren?

In den Krisengebieten haben wir einen humanitären Auftrag, also in Syrien und im Irak, aber auch in der Ukraine, im Südsudan und Uganda. In den Balkanländern und insbesondere in der Mena-Region - also den Ländern rund ums Mittelmeer - müssen wir wirtschaftliche Perspektiven für Millionen von Jugendlichen schaffen.

Gibt es Schätzungen, was der Wiederaufbau Syriens kosten wird?

Am teuersten ist der Krieg. Er fordert das Leben von Hunderttausenden, und deshalb sind Amerikaner, Europäer und Russen in der Pflicht, einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Dominik Butzmann

Dominik Butzmann

**Load-Date:** September 17, 2016

## Rechtsstaat im Gebrauch

Die Welt

Donnerstag 28. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 23

**Length:** 419 words

**Byline:** Ulf Poschardt

## **Body**

---

Nun schwindet der gleißende Sonnenschein aus dem bislang idyllischen Entwicklungsroman "Mein neues Leben als Einwanderungsland". Das Kabinett hat im Schulterschluss zwischen konservativem Innenminister und einem eher linken Justizminister eine drastische Verschärfung des Asylrechts verabschiedet, die noch vor Kurzem undenkbar war. Damit reagiert die Politik vordergründig auf den Druck von Umfragen, einer murrenden Basis und jenem gallig-defätistischen Sound aus den sozialen Netzwerken. Doch es ist mehr. Mit dieser Entscheidung werden Voraussetzungen geschaffen, um langfristig größere Migrationskontingente zu integrieren, ohne dabei die rechtsstaatliche Ordnung aufs Spiel zu setzen. Diese Verschärfung ist der Preis für das stolze Bekenntnis zur Willkommenskultur. Wir werden gezwungen, unsere Spielregeln einer offenen Gesellschaft robuster durchzusetzen.

Für die euphorischen, zum Teil heroisch engagierten Parteigänger des "Wir schaffen das" wird deutlich, dass es am Ende nur um das "So schaffen wir das" gehen kann. Und dazu gehören rechtsstaatliche Leitplanken, die helfen sollen, integrationsfähige und anpassungswillige Flüchtlinge von jenen zu scheiden, die es mit unseren Regeln und Gesetzen nicht so genau nehmen - oder diese aus religiösen, kulturellen oder welchen Gründen auch immer ablehnen. Das untergräbt auch die Agitation rechter Populisten, die jeden Kriminalitätsfall eines Migranten für das Schüren ihres xenophoben Ressentiments nutzen - und dabei die eher biodeutschen Widerwärtigkeiten von Flüchtlingsheimbrandstiftungen unterschlagen. Ihnen fällt es künftig schwerer, mit ihren Dekadenzanwürfen gegen einen Laisser-faire-Staat durchzudringen.

Das Gefühl von Freiheit lebt vom Gefühl der Sicherheit. Die Horrornacht von Köln hat deutlich gemacht, dass Freiheit und Sicherheit, insbesondere die von Frauen, eben nicht mehr überall gewährleistet werden können. Dem tritt das neue Gesetz entgegen. Gesetzestexte bleiben geduldige Prosa, solange deren rechtsstaatliche Regelungsintention nicht durch den gelebten Alltag der Polizeiarbeit und der Justiz bestätigt wird. Nirgendwo scheint Wittgensteins sprachphilosophisches Bonmot treffender als bei Gesetzestexten: Die Bedeutung entsteht im Gebrauch. Gerade der Populismus der SPD kann sich nun beweisen - bei der Abschiebungspraxis rot-grün oder grün-rot regierter Länder, bei der Führung der Polizei und einer unabhängigen Justiz, die sich im Zweifel nach grotesk milden Urteilen auch harte Kritik anhören muss.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 28, 2016

---

End of Document

## Hohe Erwartungen an den Bund vor Flüchtlingsgipfel

Die Welt

Freitag 8. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 106

**Length:** 498 words

**Byline:** Claudia Kade

Robin Alexander

### **Body**

---

Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) unterstützt vor dem **Flüchtlingsgipfel** am heutigen Freitag im Kanzleramt den Vorschlag der SPD, die finanziellen Lasten neu zu verteilen. "Der Bund sollte sich auf dem **Flüchtlingsgipfel** dazu bekennen, dass es sich hier um eine nationale Aufgabe handelt, an der er sich dauerhaft beteiligt", sagte Bouffier der "Welt". Bisher hat die Bundesregierung lediglich eine einmalige Hilfe von 500 Millionen Euro zugesagt. Bouffier fordert aber eine unbefristete Lösung: "Die SPD hat vorgeschlagen, dass der Bund die Kosten übernimmt, die bis zum Antragsverfahren anfallen. Das halte ich für einen guten Vorschlag: Wenn der Bund die frühen Kosten übernimmt, wird er sich bemühen, dass die Verfahren rascher bearbeitet werden." Der Ministerpräsident begründet seine Haltung mit der finanziellen Überforderung der Bundesländer. "Hessen hat im Jahr 2012 für die Erstaufnahme von **Flüchtlingen** 40 Millionen Euro aufgebracht. In diesem Jahr zahlen wir 400 Millionen."

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende fordert zudem ein schnelleres Asylverfahren und möchte weitere Herkunftsländer wie Mazedonien, Albanien und Kosovo zu sicheren Drittstaaten erklären. Außerdem verlangt Bouffier eine "europäische Quotenregelung" zur Verteilung der Flüchtlinge, sieht aber zur Zeit nur geringe Chancen diese durchzusetzen. Von der Europäischen Union fordert der hessische Ministerpräsident eine Neuorganisation der Flüchtlingspolitik.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt kritisierte, dass Vertreter von Städten und Gemeinden nicht zum Flüchtlingsgipfel eingeladen wurden. "Ein Treffen im Kanzleramt ohne Beteiligung der Kommunen ist kein echter Gipfel", sagte die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag dieser Zeitung. "Ich kann nur vor Scheinlösungen warnen."

In scharfen Worten wies die Grünen-Politikerin den Vorschlag von Union und SPD zurück, Asylsuchende aus den Balkanstaaten mit äußerst geringen Aussichten auf Asyl in speziellen Sammelstellen unterzubringen. "Die Einrichtung von Sonderlagern in Deutschland für Menschen aus dem Balkan sind eine absurde Kopfgeburt von

## Hohe Erwartungen an den Bund vor Flüchtlingsgipfel

SPD und Union im Bund", kritisierte Göring-Eckardt. "Sie sind politisch unhaltbar und praktisch unvorstellbar." Darüber hinaus stellte Göring-Eckardt fest, dass die Einstufung von Serbien, Montenegro und Bosnien zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten nicht die Entlastung gebracht habe, die man sich davon versprochen habe.

Göring-Eckardt sprach sich ebenfalls dafür aus, dass der Bund einen größeren Anteil der Kosten übernehmen sollte - für die Erstunterbringung und auch für die Gesundheitsversorgung der Asylsuchenden. Sie forderte erneut ein Einwanderungsgesetz, um den Migrationsdruck besser steuern zu können. Die Grünen hätten bereits Anfang des Jahres auf weiter steigende Flüchtlingszahlen hingewiesen, trotzdem sei nichts geschehen. Den Handlungsdruck, den Innenminister Thomas de Maizière (CDU) jetzt diagnostiziere, habe er selbst verursacht.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** May 8, 2015

---

End of Document

**Zahnloser Tiger in der Flüchtlingsbürokratie; Zwei Länder schreiben Asylbewerbern den Wohnort vor. Die anderen ignorieren das entsprechende Gesetz**

Die Welt

Mittwoch 28. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 228

**Length:** 710 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Thorsten Mumme

Ulrich Exner

## **Body**

---

Die Idee hinter der Wohnsitzauflage für **Flüchtlinge** klang genial: Ein wenig Planbarkeit würde in die große Krise einziehen - wo zum Beispiel sollen die vielen neuen Wohnungen denn gebaut werden? Soziale Brennpunkte oder **Flüchtlings**-Hotspots könnten verhindert werden. Und Integration wiederum erleichtert.

All das spukte in den Köpfen der großen Koalition herum, als sie im Frühjahr den Paragraphen 12a ins Aufenthaltsgesetz hineinschrieb. "Fördern und fordern" lautet schließlich die Devise des Integrationsgesetzes, das im August dann in Kraft trat. Anerkannte **Asylbewerber**, die Sozialleistungen beziehen, sollen demnach ihren Anspruch darauf verlieren, wenn sie einen anderen Wohnort als jenen wählen, der ihnen zugewiesen wurde. So sieht es das Gesetz zwar vor. Doch in der Realität trifft das Vorhaben nicht nur auf Gegenliebe. Mehrere Bundesländer lehnen die Einführung bislang nämlich ab. Zu bürokratisch, nicht durchsetzbar oder nicht mehr notwendig, heißt es zur Begründung mit Blick auf viel weniger **Flüchtlinge**, die mittlerweile über die Grenzen kommen. Verkommt die Wohnsitzauflage damit zum zahnlosen Tiger? Die Integrationsministerin von Rheinland-Pfalz, Anne Spiegel, erklärte, dass die Auflage "selbstverständlich" auch in ihrem Land gelte. Die Grünen-Politikerin findet jedoch, dass es bislang keinen Bedarf für die Anwendung gebe. Der enge Austausch mit kommunalen Spitzenverbänden habe gezeigt, dass "schlicht keine signifikanten Wanderungsbewegungen" stattgefunden hätten. Daher würde sie zunächst davon absehen, die "Freiheit der Wohnortwahl" einzuschränken.

Ganz ähnlich verhalten sich andere Länder. In der vergangenen Woche verschickte zum Beispiel das Innenministerium des rot-grün-regierten Landes Niedersachsen einen entsprechenden Erlass an die

Zahnloser Tiger in der Flüchtlingsbürokratie Zwei Länder schreiben Asylbewerbern den Wohnort vor. Die anderen ignorieren das entsprechende Gesetz

Ausländerbehörden des Landes. Die Grünen-Fraktionschefin sprach von einem "Bürokratiemonster". Auch die Stadtstaaten Bremen und Hamburg planen derzeit keine eigenen Rechtsverordnungen, um die Wohnsitzauflage im Land umsetzen zu können. Andere Bundesländer dagegen sind noch unentschlossen - Sachsen zum Beispiel. CDU-Innenminister Markus Ulbig sagte, die Einführung sei noch nicht beschlossen. Derzeit könne ein anerkannter Flüchtling innerhalb des Freistaats seinen Wohnort weiterhin frei wählen. "Ob es innerhalb des Freistaates eine Wohnsitzauflage gibt, wird derzeit geprüft", erklärte Ulbig. Auch Hessen und Mecklenburg-Vorpommern gaben am Monatsanfang an zu prüfen, ob landesseitig konkretisierende Regelungen erforderlich sind.

Bayern und Baden-Württemberg hingegen verteilen bereits Wohnsitzauflagen. München machte dabei den Anfang: "Mit der Wohnsitzzuweisung gewährleisten wir, dass Migrantinnen und Migranten in Bayern mit uns leben und nicht neben uns", sagte zum Beispiel Sozialministerin Emilia Müller (CSU). Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) erklärte, ohne sie drohten "Ghettoisierung und Parallelgesellschaften". Wer sich der Integration verweigere und sich abschotten wolle, müsse mit Sanktionen rechnen. Im Südwesten sollen anerkannte Flüchtlinge in einer Kommune des Landkreises untergebracht werden, in dem sie auch angekommen sind. Es sei wichtig, fügte Strobl hinzu, aus Fehlern zu lernen, wie sie zum Beispiel in Berlin oder Düsseldorf begangen wurden. Aber Nordrhein-Westfalen gab ebenfalls an, landesintern Regelungen zur Wohnsitzzuweisung zu erarbeiten. Sie sollen im Dezember dieses Jahres in Kraft treten.

Der Deutsche Städtetag forderte die Länder auf, die neue Wohnsitzauflage einzusetzen. Und zwar mit allen verankerten Möglichkeiten: Deshalb soll eben nicht nur die auf drei Jahre begrenzte Verpflichtung gelten, den Wohnsitz in dem Bundesland zu nehmen, dem ein Flüchtling zuerst zugewiesen wurde. Auch die 16 Länder sollen die Chance nutzen, um Regeln für die Verteilung im eigenen Land zu erlassen.

Beides ist laut Städtetagspräsidentin Eva Lohse (CDU) notwendig, um die Integrationsleistungen besser zu steuern und die Integrationsaufgaben gleichmäßiger auf Städte und ländliche Gebiete zu verteilen. "Auf der einen Seite wollen wir die Integration der Menschen in die Stadtgesellschaft fördern", sagte Lohse. "Auf der anderen Seite dürfen wir Städte und Ballungsräume mit der Integrationsaufgabe nicht überfordern."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 28, 2016



**Zentren der Zuwanderung; Auf dem Land wird sich der Fachkräftemangel in den kommenden Jahren verschärfen - aber nur wenige Migranten zieht es in die Provinz. Die Kommunen dort sollten mehr für sich werben**

Die Welt

Dienstag 29. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 73

**Length:** 974 words

**Byline:** Martin Greive

## **Body**

---

Wer als EU-Einwanderer nach Deutschland kommt, den zieht es in die Millionenmetropolen: Hamburg, München und natürlich Berlin. Wer als **Flüchtling** in die Bundesrepublik kommt und bleiben darf, den zieht es dorthin, wo schon viele Landsleute leben: ins Ruhrgebiet etwa.

In ländliche Regionen wie die Uckermark ziehen dagegen nur wenige der rund zwei Millionen Zuwanderer, die im vergangenen Jahr nach Deutschland kamen. Und genau das könnte schon bald zu einem Problem werden, warnt das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) in der Studie "Regionale Fachkräftesicherung durch Zuwanderung", die der "Welt" vorliegt. Denn wegen der demografischen Entwicklung wird es der Studie zufolge in ländlichen Regionen schon bald zu einem Fachkräftemangel kommen. Dieser kann über Zuwanderung so halbwegs gedeckt werden - allerdings nur, wenn **Migranten** nicht völlig ungleich über die Republik verteilt werden.

Das IW fordert deshalb eine Reform des Zuwanderungsrechts. "Die regionalen Unterschiede müssen beim Zuwanderungsrecht stärker berücksichtigt werden", sagt Studienautor Wido Geis. So sollten Gehaltsgrenzen im Einwanderungsrecht regional ausgestaltet werden. Und ländliche Regionen müssten stärker um Einwanderer buhlen.

Derzeit ist der Fachkräftemangel noch kein akutes Problem auf dem Land. So besteht der Untersuchung zufolge zwar vor allem im Süden der Republik wie dem Großraum München ein großer Arbeitskräftebedarf. Dort herrscht faktisch Vollbeschäftigung, und deshalb werden dort besonders viele Fachkräfte aus dem Ausland gebraucht. Im Osten und im Ruhrgebiet ist die Arbeitslosigkeit dagegen noch verhältnismäßig hoch, "sodass Fachkräftebedarfe größtenteils auch ohne Zuwanderung gedeckt werden können", heißt es in der Analyse. Während etwa im bayerischen Landkreis Donau-Ries im Dezember des Jahres 2014 gerade mal 1,4 Arbeitslose auf eine offene Stelle kamen, waren es in der brandenburgischen Uckermark 22,5 Personen.

Zentren der Zuwanderung Auf dem Land wird sich der Fachkräftemangel in den kommenden Jahren verschärfen - aber nur wenige Migranten zieht es in die Provinz. Die....

"Allerdings ist davon auszugehen, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt sowohl in Deutschland als auch in den einzelnen Regionen in den nächsten Jahren spürbar verändern wird, da die Arbeitskräftebasis aufgrund des demografischen Wandels deutlich kleiner wird", schreibt Studienautor Geis. So sind anders als in Großstädten in vielen Landkreisen die Belegschaften der Unternehmen alt. Im thüringischen Suhl sind etwa 26 Prozent aller Beschäftigten älter als 55 Jahre. In vielen anderen ostdeutschen Kreisen ist das Bild ähnlich: So haben auch im Spree-Neiße-Kreis, in Frankfurt (Oder) oder im thüringischen Greiz 23 Prozent aller Arbeitnehmer ihr 55. Lebensjahr überschritten.

Wenn die Arbeitnehmer dort in ein paar Jahren in Rente gehen, reißen sie große Lücken in ihren Belegschaften. "Insgesamt verteilen sich damit die längerfristigen Bedarfe an Fachkräften aus dem Ausland regional sehr viel gleichmäßiger, als die aktuelle Lage vermuten ließe", heißt es in der Studie des IW Köln. "Insbesondere werden auch die ländlichen Gebiete in Ostdeutschland in Zukunft stark auf Zuwanderung angewiesen sein."

Nur leben gerade in Ostdeutschland kaum Migranten - weder Flüchtlinge noch EU-Einwanderer zieht es dorthin. Während in Bremen 28,7 Prozent, in Hamburg 28,2 Prozent oder in Hessen 27,6 Prozent aller Einwohner einen Migrationshintergrund haben, sind es in Mecklenburg-Vorpommern nur 4,3 Prozent. In den anderen ostdeutschen Ländern mit Ausnahme Berlins ist der Anteil kaum höher. Auch haben die ostdeutschen Länder 2013 mit netto weniger als drei Zuwanderern je 1000 Einwohner viel weniger Migranten gewinnen können als etwa Bremen (7,29) oder Berlin (9,88). Während Städte im Westen mit Flüchtlings-Erstaufnahmелagern wie Fürth, Trier oder Karlsruhe eine starke Zuwanderung hatten, wanderten in sieben Kreisen mehr Personen je 1000 Einwohner ab als zu. Darunter waren vier ostdeutsche Regionen, aber auch Wilhelmshaven sowie die bayerischen Kreise Waldnaab und Lichtenfels.

Der IW-Studie zufolge ergibt sich insgesamt ein klares Bild: Die meiste Zuwanderung gibt es dort, wo Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende sind, an der West- und Südgrenze Deutschlands, insbesondere nahe zu Luxemburg und zur Schweiz, sowie in den Großräumen München, Rhein-Neckar und Rhein-Main. Und EU-Zuwanderer zieht es besonders stark nach Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Im Osten, aber auch in den ländlichen Regionen Niedersachsens wollen dagegen nur wenige Migranten leben. "Ein Vergleich nach Kreisen deutet darauf hin, dass ein Teil der Zuwanderer nicht in die Regionen zieht, wo sie langfristig besonders gebraucht werden", heißt es in der Studie. Aus Sicht der Migranten ist das verständlich. Wer zieht schon heute in eine Region, in der er erst in ein paar Jahren auf dem Arbeitsmarkt glänzende Aussichten hat?

Die Gefahr ist allerdings, dass die Ungleichverteilung der Migranten sich dauerhaft festsetzt. Denn wer sich in einer Stadt erst einmal eingewöhnt und Freunde gefunden hat, zieht ungern aufs Land, wo er niemanden kennt und wo es kaum Landsleute aus der Heimat gibt. IW-Forscher Geis fordert deshalb eine Reform des Einwanderungsrechts. So dürften nicht länger bundesweit die gleichen Gehaltsgrenzen gelten, damit Einwanderer in Deutschland arbeiten dürfen. Ebenso müssten die sogenannten Engpassberufe nicht mehr einheitlich, sondern regional differenziert definiert werden. Migranten mit einer Ausbildung in solchen Engpassberufen können recht problemlos nach Deutschland einwandern und hier arbeiten.

Die Politik müsse außerdem ausländische Fachkräfte gezielter in Regionen lenken, die vom demografischen Wandel betroffen sind, fordert der IW-Experte. Aber auch ländliche Regionen selbst müssten mehr tun, um Zuwanderer anzulocken: "Partnerschaften deutscher Städte und Regionen mit demografiestarken Gegenden in Südasien könnten unsere ländlichen Gebiete bekannter machen."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Zentren der Zuwanderung Auf dem Land wird sich der Fachkräftemangel in den kommenden Jahren verschärfen - aber nur wenige Migranten zieht es in die Provinz. Die....

**Load-Date:** March 29, 2016

---

End of Document

**Frontex-Chef befürchtet neuen Anstieg der Flüchtlingszahlen; Fabrice Leggeri: Migranten und Schlepper finden andere Wege nach Europa. EU braucht mehr Personal zum Schutz der Außengrenzen. SPD-Chef Sigmar Gabriel will Obergrenze für Zuwanderung**

Die Welt

Montag 29. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 202

**Length:** 532 words

**Byline:** Manuel Bewarder

## **Body**

---

Der Chef der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, warnt vor erneut steigenden **Flüchtlingszahlen**. "Der **Migrationsdruck** bleibt immens", sagte Leggeri der "Welt".

"In Syrien herrscht weiter Krieg, die Terrormiliz Islamischer Staat setzt sich nun auch in Nordafrika fest, und noch immer hat die Armut weite Teile der Welt fest im Griff." Angesichts der geschlossenen Balkanroute würden sich die **Flüchtlingsströme** auffächern. "Die **Migranten** und die Schmuggler finden neue Wege", sagte der Frontex-Chef. "Es kommen mehr **Migranten** aus Griechenland oder der Türkei nach Bulgarien."

Im Juli 2016 habe man etwa 2160 illegale Grenzübertritte in der Balkanregion registriert. Leggeri forderte mehr Unterstützung für Bulgarien beim Schutz der EU-Außengrenze: "Zurzeit haben wir etwa 112 Beamte in Bulgarien eingesetzt, wir brauchen aber noch mindestens 100 mehr." Zudem wies er darauf hin, dass die EU-Länder zum Teil die Grenze der Belastbarkeit erreicht haben.

Der Frontex-Chef hob die Bedeutung der Grenzschießung durch Mazedonien für das Sinken der Flüchtlingszahl nach Europa hervor. "Das war der entscheidende Einschnitt", sagte Leggeri. Das spätere Abkommen mit der Türkei Sorge für eine "hoffentlich nachhaltige Beherrschbarkeit der Situation". Angesichts der angespannten Lage in der Türkei warnte er vor einem Scheitern des Abkommens: "Die Zahl der irregulären Migranten aus der Türkei würde wahrscheinlich steigen."

Leggeri lobte die Bemühungen Ankaras in der Flüchtlingskrise. Seit dem Start des Abkommens arbeite die Türkei mit Griechenland und Frontex sehr gut zusammen. Es gelinge immer besser, "die Migrantenströme bereits in der Türkei zu kontrollieren". Ankara habe bewiesen, dass es die kriminellen Netzwerke effektiv bekämpfen könne.

Frontex-Chef befürchtet neuen Anstieg der Flüchtlingszahlen Fabrice Leggeri: Migranten und Schlepper finden andere Wege nach Europa. EU braucht mehr Personal zu....

Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen sprach sich Leggeri dafür aus, mehr legale Möglichkeiten zur Einreise zu schaffen: "Grenzschutz und legale Wege nach Europa schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich", sagte Leggeri. "Wenn es legale Wege gibt, sinkt der Druck auf die Außengrenze." Daher habe sich die EU-Kommission beides bereits im Frühjahr 2015 als Ziel gesetzt.

Um den weiteren Zustrom von Flüchtlingen auch nach Deutschland zu beherrschen, fordert jetzt auch SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel die Einführung von Obergrenzen. "Wir haben immer gesagt, es ist undenkbar, dass Deutschland jedes Jahr eine Million Menschen aufnimmt", sagte Gabriel im ZDF-"Sommerinterview". Der Zuzug müsse sich an der Integrationsfähigkeit eines Landes orientieren. Eine Obergrenze für die Zuwanderung von Flüchtlingen hatte bislang CSU-Chef Horst Seehofer gefordert. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lehnt eine solche Festlegung auf konkrete Zahlen ab.

Gabriel kritisierte die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und warf der Union vor, die Herausforderung unterschätzt zu haben. Es genüge nicht, ständig "Wir schaffen das" zu sagen, so Gabriel. SPD-Vize Ralf Stegner sagte der "Welt": "Wir Sozialdemokraten kämpfen mit der Union an jeder Ecke - ob es um mehr Arbeitschancen und Wohnraum für Flüchtlinge geht oder mehr Geld für die Kommunen, alles muss die SPD der Union abtrotzen." Siehe Kommentar und Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 29, 2016

**Dem Stargast droht in Kreuth der große Krach; Ob Begrenzung der Flüchtlingszahl oder Grenzschutz: Die Vorschläge der CSU vor ihrer jährlichen Klausur konterkarieren alle Ansätze, mit der Bundeskanzlerin einig zu werden**

Die Welt

Mittwoch 6. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 4

**Length:** 1188 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Thomas Vitzthum

## **Body**

---

Die CSU fordert ...", so lautete seit Weihnachten fast jeden zweiten Tag eine neue Schlagzeile. In der Folge begannen die Texte dann mit: "Große Kritik an CSU-Vorschlag zu ..." Es ist ein Ritual, seit Jahren eingeübt. Vor ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth veranstaltet die Partei traditionell ein Trommelfeuer an Vorschlägen, an dem sich Politik und Medien dankbar abarbeiten.

Manche Ideen bringen es dabei zu großer Bekanntheit. Unvergessen der Spruch: "Wer betrügt, der fliegt." Er stand vor zwei Jahren in einem Papier und betraf den angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen durch Migranten. Ein ähnlich pointierter Satz ist in den Beschlussvorlagen für 2016 nicht zu finden. Doch Konfliktpotenzial ist dennoch reichlich enthalten. Es ist sogar weit größer, denn die Parole von 2014 war nicht eingebettet in einen fundamentalen Konflikt zwischen CSU und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

Das ist diesmal vollkommen anders. Ausgerechnet, wo am Mittwoch zum ersten Mal die Bundeskanzlerin höchstselbst in Kreuth erwartet wird. Die Flüchtlingspolitik hat die Unionsparteien und ihre Vorsitzenden zu Kontrahenten gemacht. Es lag allenfalls am Weihnachtsfrieden, dass der Dissens zuletzt nicht ganz so heftig ausgetragen wurde. Die CSU-Vorschläge zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen und die europapolitischen Einlassungen vergrößern nun die Distanz zur Kanzlerin weiter. Zudem hat CSU-Chef Horst Seehofer erstmals eine Zahl für die viel beschworene Obergrenze genannt.

"In Deutschland haben wir keine Probleme mit dem Zuzug von 100.000 bis höchstens 200.000 Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlings pro Jahr", sagte Seehofer der "Bild am Sonntag". "Diese Zahl ist verkraftbar, und da funktioniert auch die Integration." Schon an diesem Montag ließ Regierungssprecher Steffen Seibert wissen:

## Dem Stargast droht in Kreuth der große Krach Ob Begrenzung der Flüchtlingszahl oder Grenzschutz: Die Vorschläge der CSU vor ihrer jährlichen Klausur konterkarieren....

"Dieses ist nicht die Position der Bundeskanzlerin. Eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen lässt sich nach unserer Überzeugung nicht im nationalen Alleingang erreichen."

Was heißt Seehofers Obergrenze konkret? Und wie soll sie umgesetzt werden? Mitte Dezember erklärte er auf dem CDU-Parteitag: "Kontingente, Obergrenze, Rückführung, Reduzierung - da können wir jetzt Sprachwissenschaftler einsetzen, die uns genau den Unterschied erläutern." Die Bevölkerung interessiert allein die Tatsache, ob eine spürbare Reduzierung der Flüchtlingszahl gelinge. Seehofer geht es also offenbar weniger um eine Grenze, ab der gesagt wird: Jetzt kommt keiner mehr herein.

Vielmehr spricht er über eine Belastungsgrenze. Im Prinzip liegt er damit nicht weit entfernt von Politikern aus anderen Parteien wie den SPD-Politikern Sigmar Gabriel oder Frank-Walter Steinmeier. Der Vorsitzende der Sozialdemokraten und der Außenminister erklärten bereits im Oktober: "Wir können nicht dauerhaft in jedem Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge aufnehmen und integrieren." Die Unterschiede betreffen die Höhe der avisierten Belastungsgrenze sowie die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduzierung der Flüchtlingszahl.

Als ausgeschlossen gilt aber auch für Seehofer eine Änderung des Grundrechts auf Asyl. Ein entscheidender Punkt. Um Angela Merkel zu zitieren: "Das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze." Damit steht fest, dass es keine Obergrenze geben kann, ab der Deutschland keinen Flüchtling mehr ins Land einreisen lassen würde.

Eine weitere umstrittene Forderung betrifft die Abweisung der Flüchtlinge an der Grenze. Dazu heißt es in dem Entwurf des Papiers "Für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen": "Die CSU-Landesgruppe fordert, dass eine Einreise nach Deutschland nur dann möglich sein darf, wenn auch gültige Ausweisdokumente vorgezeigt werden können. Andernfalls sind die Personen bereits an der Grenze zurückzuweisen." Die Zahl der Flüchtlinge ist zuletzt zurückgegangen, bleibt aber hoch.

In den ersten drei Tagen des Jahres zählte die Bundespolizeidirektion München in Bayern 7560 sogenannte illegale Einreisen. Während am Neujahrstag noch 1750 Personen gezählt wurden, waren es am Samstag bereits 2640 und am Sonntag schließlich 3170 Personen, die von Österreich nach Deutschland gekommen sind. Auf's Jahr hochgerechnet würde die Zahl damit eine ähnliche Größenordnung wie 2015 erreichen. Hintergrund der CSU-Forderung ist die europäische Vereinbarung, wonach Flüchtlinge eigentlich in dem EU-Land Asyl beantragen müssen, in dem sie zuerst ankommen. Den Mechanismus, wie ihn die CSU will, hat Schweden sogar bereits eingeführt.

Der Gegenwind für den CSU-Vorschlag ist aber kräftig: Laut der Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), ist im Aufenthaltsgesetz eindeutig geregelt, dass Schutzsuchende auch ohne Papiere um Asyl bitten können. Auch Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hält sich zurück: Zurzeit seien keine Änderungen in dieser Hinsicht geplant, sagte er.

Zudem fragt sich, ob es überhaupt praktikabel wäre. Eine interne Auswertung der Sicherheitsbehörden von Anfang 2015 kam zu dem Ergebnis, dass 73 Prozent der Asylbewerber angegeben haben, keine Identitätsdokumente zu besitzen. Viele dürften ihre Identität tatsächlich verschleiern; nicht wenige aber besitzen aus nachvollziehbaren keine Papiere mehr. Die Kanzlerin hat sich zur Frage, wie man es mit diesen Flüchtlingen halten solle, nicht öffentlich geäußert. Es wäre jedoch mehr als verwunderlich, wenn gerade sie, die so allumfassend betont, dass das Asylrecht keine Obergrenze kenne, plötzlich die Position verträte: "Das Asylrecht gilt nur für die, die sich ausweisen können."

Andere Vorstellungen als die Kanzlerin hat die CSU schließlich in der Europapolitik. Es ist eine höchst widersprüchliche. Zum einen schließen sich die Christsozialen der Haltung der Bundesregierung an, wonach die Flüchtlinge solidarisch in Europa verteilt werden müssten. Sie fordert die "Einführung von anrechenbaren humanitären Flüchtlingskontingenten", spricht von Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität. Zudem beklagt die Partei, dass zahlreiche Staaten geltendes europäisches Recht nicht umsetzen.

Zum anderen aber wird im Papier "Europa gemeinsam gestalten" die Auffassung vertreten: "Ein Vetorecht für eine Gruppe von Parlamenten gegenüber europäischer Gesetzgebung („rote Karte“) kann ein sinnvolles Mittel zur

Dem Stargast droht in Kreuth der große Krach Ob Begrenzung der Flüchtlingszahl oder Grenzschutz: Die Vorschläge der CSU vor ihrer jährlichen Klausur konterkarie....

Stärkung ihrer Stellung sein, wenn durch ein vernünftiges Quorum sichergestellt ist, dass keine Lähmung der Gesetzgebung droht." Der Plan ist in Anbetracht der Forderungen nach einem Mechanismus der Flüchtlingsverteilung mindestens erstaunlich. Schon heute ist ein Konsens über die Verteilung kaum herstellbar. Könnten nun auch noch nationale Parlamente "rote Karten" verteilen, würde sie wohl nie Realität.

Zwar denkt die CSU nur an eine "Gruppe von Staaten", doch wer ihr angehören soll, bleibt unklar. Ob die europäische Solidarität wirklich wächst, wenn es nur einigen Parlamenten vorbehalten wäre, ein Veto einzulegen? Auch dieser Vorschlag fällt in erster Linie in die Rubrik "Härte, Kante zeigen". In der Politik kann dies ja auch reichen, wenn es um Wählerzuspruch geht. Der Satz "Wer betrügt, der fliegt" hatte 2014 auch keine nennenswerten gesetzgeberischen Konsequenzen. Doch die Erinnerung an ihn ist noch immer wach.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 6, 2016

---

End of Document



## De Maizière: "Es kommen deutlich mehr zu uns"; Bund rät via Facebook von Asylsuche ab

Die Welt

Mittwoch 12. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 186

**Length:** 616 words

### **Body**

---

Deutschland erwartet dieses Jahr nach den Worten von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) deutlich mehr **Flüchtlinge** als die zuletzt prognostizierten 450.000. Die Bevölkerung müsse sich darauf einstellen, dass die neue Prognose "erheblich höher als bisher geschätzt" ausfallen werde, sagte de Maizière bei einem Besuch der Bundespolizei in Deggendorf. Die neue Hochrechnung werde derzeit in seinem Ministerium erstellt. Diese Zahlen forderten heraus, aber "wir bekommen das hin". Vor allem über die Balkanroute von Griechenland aus kämen deutlich mehr **Flüchtlinge**. Die Zahlen über die Südroute, also das Mittelmeer, stiegen nur leicht.

Dieser Anstieg der Flüchtlingszahlen verschärft die Probleme bei der Unterbringung. Der bayerische Städtetagspräsident Ulrich Maly (SPD) hält den Bau von bundesweit jährlich 80.000 Wohnungen für notwendig, um Konkurrenz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen um bezahlbaren Wohnraum zu verhindern. Die Zahl der Baugenehmigungen in Deutschland müsse um 25 bis 30 Prozent gesteigert werden, sagte der Nürnberger Oberbürgermeister - "jährlich wiederkehrend natürlich".

Die Grundlage für Malys Rechnung: Der SPD-Politiker geht davon aus, dass etwa 40 Prozent der Flüchtlinge in Deutschland bleiben können, in diesem Jahr nach seinen Prognosen voraussichtlich etwa 240.000 Menschen. Dabei rechnet er mit einer durchschnittlichen Familiengröße von drei Personen. Maly forderte daher eine kräftige Aufstockung der Wohnungsbauzuschüsse des Bundes.

Mit Anzeigen auf Facebook wendet sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit Dienstag an Flüchtlinge in der Balkanregion. Darin rät Behördenchef Manfred Schmidt den Menschen davon ab, nach Deutschland zu fliehen, wie das Amt in Nürnberg mitteilte. Die Anzeigen sind auf Serbisch und Albanisch verfasst und sollen eine Woche lang online bleiben.

Mit der Aktion will das Bundesamt die Zahl der Asylbewerber aus Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Albanien, Mazedonien und Montenegro verringern. Im ersten Halbjahr 2015 zählte das Bundesamt von dort rund 80.000 Asylanträge. In Deutschland werden nur etwa 0,2 Prozent der Anträge aus Westbalkanstaaten anerkannt. In den Onlineanzeigen warnt Schmidt, dass Flüchtlinge vom Balkan ab sofort deutlich schneller abgeschoben würden. Zudem könne Deutschland für abgelehnte Asylbewerber eine Wiedereinreisesperre für das gesamte EU-Gebiet

De Maizière : "Es kommen deutlich mehr zu uns" Bund rät via Facebook von Asylsuche ab

verhängen. Auch werde im Land darüber diskutiert, Flüchtlingen vom Balkan deutlich weniger Taschengeld auszuzahlen als bislang.

In Sachen Balkanflüchtlinge haben in Baden-Württemberg nach fünf Oberbürgermeistern nun drei Landräte bei Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) wegen der steigenden Zahlen Alarm geschlagen. In einem Brief fordern die CDU-Politiker aus den Kreisen Rhein-Neckar, Neckar-Odenwald und dem Landkreis Karlsruhe den Regierungschef auf, Zusagen vom zweiten Flüchtlingsgipfel Ende Juli sofort umzusetzen. So verlangen die Landräte, dass Asylbewerber aus den Balkanstaaten ab sofort nicht mehr auf die Kreise weiterverteilt werden.

Die Flüchtlingsunterkunft in Osterode, die Schauspieler und Filmproduzent Til Schweiger, 51, unterstützen will, kann nach Angaben von Bürgermeister Klaus Becker (parteilos) frühestens Ende 2015 ihre Pforten öffnen. Es könne noch nicht gebaut werden, weil bislang die Verträge zwischen dem Land Niedersachsen und dem Besitzer der ehemaligen Kaserne noch nicht unterzeichnet seien. Möglicherweise könnten Flüchtlinge auch erst 2016 einziehen. Schweiger hatte Anfang August angekündigt, zusammen mit dem Eigentümer der Kaserne ein "Vorzeigeflüchtlingsheim" zu bauen, mit Freizeitangeboten für Kinder, einer Sportanlage, Werkstätten und einer Näherei.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Ralf Hirschberger

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU)

Ralf Hirschberger

**Load-Date:** August 12, 2015

**Turbulente Wochen; Silvester-Übergriffe, 51.000 neue Asylbewerber und Debatten um strengere Gesetze. Die Flüchtlingskrise hat Deutschland 2016 bereits vor viele Herausforderungen gestellt. Ein Überblick**

Die Welt

Samstag 16. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 13

**Length:** 1247 words

## Body

---

Etwa 1,1 Millionen **Flüchtlinge** sind im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen, die höchste Zahl von **Asylbewerberzugängen**, die jemals verzeichnet worden ist. "Dieser enorme Zustrom hat uns vor Herausforderungen gestellt, wie es sie seit der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht mehr gegeben hat", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Herausforderungen, die sich 2016 bereits fortgesetzt haben und im Laufe des noch jungen Jahres weiter verschärfen werden. Der anhaltend starke Zustrom, die Übergriffe in der Silvesternacht, die Zweifel an Bundeskanzlerin Angela Merkels "Wir schaffen das" und die Diskussion um eine Verschärfung der Abschieberegeln - was hat sich seit Jahresbeginn ereignet und wie geht es weiter? Ein Überblick.

Anhaltend starker Zustrom und Ungewissheit: Was kommt noch?

Der Zustrom nach Deutschland hält unvermindert an. Seit Anfang Januar wurden bis Donnerstagmittag 51.395 neue Asylbewerber registriert. Die "Bild"-Zeitung beruft sich bei diesen Angaben auf Zahlen der Easy-Datenbank des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Der Präsident des Bundesrechnungshofs, Kay Scheller, bezeichnete die Flüchtlingslage als "große finanzielle Herausforderung". Wie hoch die Kosten tatsächlich sein würden, könne "heute weder die Politik noch der Bundesrechnungshof seriös einschätzen", sagte er kürzlich der "Welt". Niemand könne voraussagen, wie viele Flüchtlinge in diesem Jahr und darüber hinaus nach Deutschland kommen.

Unionsabgeordnete sammeln mit einer Unterschriftenaktion Stimmen für einen Grenzschließungsantrag. Über den Antrag soll in der Fraktionssitzung Ende Januar abgestimmt werden. Inzwischen wird nach Angaben der Bundespolizeidirektion München eine konsequente Umsetzung der sogenannten Dublin-Verordnung angestrebt. Täglich würden mehrere Hundert Flüchtlinge von Bayern aus zurück nach Österreich geschickt. Die Alpenrepublik hat nach eigenen Angaben in den vergangenen drei Wochen 3000 Migranten allein deswegen abgewiesen, weil sie falsche Angaben zu ihrer Nationalität gemacht hätten.

Kritik an Merkel. Und Zweifel

Turbulente Wochen Silvester-Übergriffe, 51.000 neue Asylbewerber und Debatten um strengere Gesetze. Die Flüchtlingskrise hat Deutschland 2016 bereits vor viele ....

Indes fürchten immer mehr Bundesbürger, dass Deutschland die Flüchtlingskrise über den Kopf wächst. Im ZDF "Politbarometer" ist eine klare Mehrheit von 60 Prozent der Ansicht, dass Deutschland die hohe Zahl an Flüchtlingen nicht verkraften kann. Nur noch 37 Prozent halten momentan den Zuzug für verkraftbar. Etwas weniger deutlich sind die Zahlen des "Deutschlandtrends" der ARD: 51 Prozent der Bundesbürger bezweifeln laut dieser Umfrage, dass Deutschland die aktuelle Flüchtlingsproblematik meistern kann. Nur noch 44 Prozent unterstützen demnach weiter die Einschätzung von Merkel (CDU) "Wir schaffen das!"

Das bezweifeln auch viele Politiker, die ohnehin seit Monaten währende Kritik an der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin setzt sich fort. Die unionsinternen Kritiker ihres Kurses wollen eine offene Konfrontation mit der Kanzlerin zunächst vermeiden. Offenbar werden zahlreiche Mitglieder der Unionsfraktion einen Brief unterzeichnen, in dem sie ihre Sorgen über die Entwicklung in der Flüchtlingskrise zum Ausdruck bringen. Der Inhalt soll nicht veröffentlicht werden. Das Schreiben dürfte Merkel Anfang kommender Woche erreichen. Er sei das Ergebnis gemeinsamer Überlegungen von Mitgliedern verschiedener Fraktionsarbeitsgruppen, hieß es.

Zuletzt hatten Verfassungsrichter und Staatsrechtler scharfe Kritik am Vorgehen von Kanzlerin Merkel geübt. Verfassungsbruch und "selbstherrliche Kanzler-Demokratie" lautete der Vorwurf von Ex-Verfassungsrichter Michael Bertrams. Staatsrechtler Ulrich Battis sagte: "Die Bundesrepublik muss ihre Grenzen effektiv schützen, wenn ansonsten eine Überforderung durch die Aufnahme von Ausländern droht." Auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, beobachtet die politische Lage mit allergrößten Bedenken. Die Stimmung im Land sei gekippt, Merkel müsse dringend handeln.

Übergriffe an Silvester und Forderung nach schärferen Gesetzen

Scharfe Worte kommen von Nordrhein-Westfalens ehemaligem Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD): "Uns ist in der Silvesternacht schockartig das Scheitern unserer Integrationspolitik vor Augen geführt worden." Die Attacken auf Frauen zum Jahreswechsel in Köln und anderen Städten haben eine ungeahnte Entwicklung ausgelöst. Hunderte Frauen wurden sexuell belästigt und ausgeraubt. Zeugen beschrieben die Angreifer als Männer, die "dem Aussehen nach aus dem arabischen oder nordafrikanischen Raum" stammen. Kölns neue Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) erntet für Verhaltensempfehlungen an Frauen ("Armlänge Abstand halten") harsche Kritik.

Laut einem internen Bericht der Bundespolizei war die Polizeispitze schon früh über das Ausmaß der Übergriffe informiert. Demnach waren zu wenige Beamte im Einsatz. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) versetzt Polizeipräsident Wolfgang Albers kurz darauf in den einstweiligen Ruhestand und wirft der Kölner Polizeiführung bei einer Sondersitzung des Düsseldorfer Landtags schwere Fehler vor. Die Polizei berichtet inzwischen von mehr als 500 Anzeigen. In Köln kommt es später zu fremdenfeindlichen Übergriffen. Die Polizei löst eine gewalttätige Demonstration von Rechtsextremisten und Pegida-Anhängern in Köln auf. Zugleich demonstrieren viele Bürger friedlich gegen Rassismus und Sexismus.

Als Konsequenz aus den Übergriffen will die Bundesregierung die Ausweisung von kriminellen Ausländern und Asylbewerbern erleichtern. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und Justizminister Heiko Maas (SPD) kündigen eine Gesetzesinitiative an. Auch die Mehrheit der Deutschen fordert eine schnellere Ausweisung ausländischer Straftäter. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Forsa-Umfrage, die das Magazin "Stern" in Auftrag gegeben hat. Demnach sind 83 Prozent der Befragten dafür, entsprechend Gesetze und Regelungen zu verschärfen.

Doch es gibt auch noch schärfere Forderungen. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer zum Beispiel will straffällige Flüchtlinge auch ohne Prozess abschieben. "Nicht erst das Strafmaß nach einer Verurteilung soll Grundlage für eine mögliche Abschiebung sein, sondern bereits ein Delikt. Wenn die Beweislage eindeutig ist, darf es keine Toleranz gegenüber Straftätern geben", sagte er. "Wer zu uns kommt, human aufgenommen wird und Schutz erhält, soll sich auch gefälligst an unsere Regeln halten."

Asylrecht, Abschiebung und die Frage: Wer darf bleiben?

Turbulente Wochen Silvester-Übergriffe, 51.000 neue Asylbewerber und Debatten um strengere Gesetze. Die Flüchtlingskrise hat Deutschland 2016 bereits vor viele ....

Die Polizei zeigt sich skeptisch über die geplante Verschärfung der Abschieberegeln für straffällige Ausländer. "Wir haben kein rechtliches, sondern ein personelles Problem", sagte der Vize-Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek, dem Magazin "Focus". Aus 2014 und 2015 gebe es "weit mehr als 16.000 Rückführungsfälle, die noch nicht umgesetzt wurden".

Unterdessen hat der Bundestag ein Gesetz verabschiedet, nach dem Asyl- und Schutzsuchende in Deutschland künftig über einen speziellen Flüchtlingsausweis verfügen müssen. Sie sollen künftig direkt nach ihrer Ankunft in Deutschland registriert werden. Parallel wird zu jedem Asyl- und Schutzsuchenden wie auch zu illegal eingereisten Personen zentral ein Datensatz mitsamt Fingerabdruck gespeichert. Dies soll sofort nach dem ersten Kontakt mit einer Behörde geschehen und nicht erst bei der Einreichung eines Asylantrags. Mit dem Gesetz sollen die Zahl der nicht registrierten Asylsuchenden in Deutschland reduziert und Doppelregistrierungen möglichst verhindert werden.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

REUTERS/HANNIBAL HANSCHKE

Auch im Januar ist die Lage im Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) schwierig. Ein Kind schläft auf einem Tisch, mit Pappe als Unterlage

HANNIBAL HANSCHKE

**Load-Date:** January 16, 2016

---

End of Document

**Kurden rechnen mit Massenflucht in die Bundesrepublik; Türken stellen seit Langem die größte Gruppe politisch Verfolgter. Mit Erdogans Reaktion auf den Putschversuch gibt es einen Grund mehr**

Die Welt

Freitag 12. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 188

**Length:** 784 words

**Byline:** Marcel Leubecher

## Body

---

Seit dem Militärputsch in der Türkei am 15. Juli geht die türkische Führung unter Präsident Recep Tayyip Erdogan mit großer Härte gegen alle vor, die sie als Gegner betrachtet. Die Kurdische Gemeinde Deutschland hält deshalb eine Massenflucht für wahrscheinlich.

"Kurzfristig rechne ich mit Zehntausenden, mittelfristig mit einigen Hunderttausend Schutzsuchenden aus der Türkei in Deutschland, wenn das Erdogan-Regime die Minderheiten und die demokratische Opposition weiter bekämpft", sagte der Verbandsvorsitzende Ali Toprak der "Welt".

Schon vor der politischen Eskalation in der Türkei stellten deren Bürger die größte Gruppe der in Deutschland lebenden politisch Verfolgten: 11.386 der insgesamt 39.625 als **asylberechtigt** anerkannten **Flüchtlinge** stammten zum Stichtag 30. Juni aus dem asiatisch-europäischen Grenzland, wie das Bundesinnenministerium dieser Zeitung mitteilte. **Asylberechtigt** nach dem Grundgesetz sind nur politisch, also von staatlicher Seite, individuell Verfolgte. Also nicht vor Gewalt, Armut oder Perspektivlosigkeit Geflohene.

Offenbar beantragen wegen der Verschärfung der Lage in ihrer Heimat bereits deutlich mehr Türken Asyl in Deutschland. Im ersten Halbjahr 1719 - und damit fast so viele wie im gesamten Vorjahr (1767). Dabei stieg die Zahl laut Bundesamt für Migration (BAMF) monatlich an: von 198 im März bis 485 im Juni. Allerdings suchten auch viele Türken ohne Fluchtgrund in Deutschland Schutz. Das zeigt die geringe Anerkennungsquote. Lag sie im vergangenen Jahr immerhin bei rund 15 Prozent, sank sie zwischen Januar und Juni auf unter sieben Prozent, wie der "Tagesspiegel" vom BAMF erfuhr.

Der Behörde zufolge waren im vergangenen Jahr 81 Prozent und in diesem Jahr sogar 88 Prozent der türkischen Antragssteller Kurden, deren Anerkennungsquote übrigens nicht über jener der ethnischen Türken lag. Das könnte sich nach Ansicht der Kurden ändern.

Kurden rechnen mit Massenflucht in die Bundesrepublik Türkei stellen seit Langem die größte Gruppe politisch Verfolgter. Mit Erdogans Reaktion auf den Putschver....

Verbandschef Toprak sagte, innerhalb der Türkei seien bereits 500.000 Kurden auf der Flucht, weil die Armee bereits vor Monaten kurdische Hochburgen mit Strafkolonien überzogen und dem Erdboden gleichgemacht habe.

Jetzt, nach dem vereitelten Putsch, kämen noch säkulare und oppositionelle ethnische Türken hinzu. "Viele werden in Europa neu anfangen wollen, wenn sie in der Türkei weiter unterdrückt werden", sagt Toprak, der CDU-Mitglied und Vertreter der Migranten im ZDF-Fernsehrat ist. Es könne aber nicht sein, dass ein Staat, der selbst Flüchtlinge aufnimmt, im eigenen Land Flüchtlinge produziert.

Der Kurdenvertreter beklagte auch die gezielte Ansiedlung syrischer Araber in kurdischen, aber auch in alevitischen Städten, womit Erdogan den Ausreisepressure auf die verbliebenen Kurden erhöhen wolle. "Sie sind die letzte große Minderheit in der Türkei, die christlichen Armenier und Griechen wurden ja schon in den vergangenen 100 Jahren ausgerottet oder vertrieben", sagte Toprak. Er wünscht sich, dass die Bundesregierung sich "so scharf wie Österreich gegen Erdogan und seine Anhänger positioniert. Auch hier in Deutschland findet eine Hexenjagd gegen Erdogan-Kritiker statt, ich fühle mich in den letzten Monaten zum ersten Mal nicht mehr sicher in Deutschland", sagte der Verbandsvorsitzende, der im Alter von drei Jahren nach Deutschland kam.

Der deutsche Zweig der Gülen-Bewegung rechnet ebenfalls mit einem Neuanfang vieler Türken im Ausland. Der Vorsitzende Ercan Karakoyun sagte der "Welt": Die "Brandmarkung" als Gülen-Anhänger vernichte Lehrern und anderen Akademikern die Existenz. "Wer sich nicht anpasst und Erdogan lobt, sitzt auf gepackten Koffern, übrigens auch die Kemalisten und Säkularen."

Wie sich die Flucht aus der Türkei seit dem Putschversuch am 15. Juli entwickelt, können deutsche Behörden erst in einigen Wochen sagen, dann werden entsprechende Zahlen vorliegen.

Häufig vergessen wird, dass viele der etwa 3,5 Millionen Türkischstämmigen in Deutschland nicht als Gastarbeiter und über den Familiennachzug, sondern auch als Asylbewerber kamen. So zählte die Türkei durchgängig von 1986 bis 2011 zu den Hauptherkunftsländern von Asylsuchenden in Deutschland.

Laut Bundesinnenministerium stellten allein von 1990 bis 2000 mehr als 200.000 Türken Asylanträge. Zwar wurden die meisten abgelehnt, doch viele Bewerber blieben trotzdem. Das ist bis heute so. Im ersten Halbjahr 2016 wurden laut Antwort der Bundesregierung auf eine Linke-Anfrage nur 101 Türken in ihr Herkunftsland abgeschoben, zusätzlich reisten 348 abgelehnte türkische Asylbewerber freiwillig aus - bevor die türkische Gesellschaft durch den Putschversuch und die harte Reaktion darauf erschüttert wurde.

Viele werden in Europa neu anfangen wollen Ali Toprak, Vorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 12, 2016

**EU-Staaten erreichen Ziel bei Flüchtlingsverteilung vorerst nicht; Parteien streiten über die richtige Reaktion auf die Asylwelle.**  
**Bundesinnenministerium lehnt Blue Card für hochqualifizierte Bewerber ab**

Die Welt

Dienstag 21. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 167

**Length:** 757 words

## **Body**

---

Den EU-Staaten ist es erneut nicht gelungen, sich vollständig auf die Verteilung zehntausender **Flüchtlinge** in Europa zu einigen. Allerdings verständigten sich die EU-Innenminister am Montag in Brüssel auf die Verteilung von 54.760 **Migranten**, wie die luxemburgische EU-Vertretung über den Kurzmitteilungsdienst Twitter erklärte. Das Land führt derzeit den Vorsitz im Kreis der EU-Staaten. "Wir sind noch nicht ganz da, wo wir ursprünglich hatten sein wollten", sagte die deutsche Staatssekretärin Emily Haber nach dem Sondertreffen. Dennoch werde mit der auf zwei Jahre angelegten Verteilung nun begonnen. Über die fehlenden Zusagen für das kommende Jahr werde dann nochmals im Oktober oder November verhandelt. "Zusätzliche Anstrengungen nötig bis Jahresende", teilte die luxemburgische Vertretung mit. Europas Staats- und Regierungschefs hatten Ende Juni die Verteilung von insgesamt 60.000 **Flüchtligen** auf alle EU-Staaten beschlossen. Unproblematisch war dabei die Aufnahme von 20.000 Menschen aus **Flüchtlingslagern** in Konfliktgebieten durch die EU-Staaten. Nicht genug Zusagen fanden sich aber für die Umverteilung von 40.000 **Flüchtligen**, die bereits in den Mittelmeerländern Italien und Griechenland sind. Zuletzt blieb noch eine Lücke von mehreren tausend **Flüchtligen**.

Unterdessen kündigte Österreich an, demnächst möglicherweise ebenso wie Italien und Griechenland einen Asylnotstand ausrufen zu müssen. "Das ist in den nächsten Monaten nicht auszuschließen", sagte Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner vor dem Treffen der EU-Innenminister. Österreich habe mittlerweile die höchste Pro-Kopf-Quote an Asylbewerbern und sei zum "Zielland Nummer eins" für Flüchtlinge geworden. Die Kapazitäten seien ausgereizt. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer sieht die Belastungsgrenze auch in Deutschland für überschritten. "Der Druck durch den nicht abbreißenden Zuzug von Flüchtlingen ist übergroß und kaum noch auszuhalten", sagte er der "Passauer Neuen Presse". "An den Grenzen stehen 60 Millionen Flüchtlinge. Wie sollen wir dieser Massen Herr werden? Wir können nicht die ganze Welt retten."

Mit Blick auf Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sagte Scheuer: "Es muss klar sein: Wer abgelehnt ist, muss ausreisen oder er wird abgeschoben." Wer da noch diskutierte, "riskiert das Implodieren unserer Gesellschaft".



EU-Staaten erreichen Ziel bei Flüchtlingsverteilung vorerst nicht Parteien streiten über die richtige Reaktion auf die Asylwelle. Bundesinnenministerium lehnt B....

CSU-Parteichef Horst Seehofer hatte zuvor von einem "massenhaften Missbrauch" des Asylrechtes gesprochen. Er wolle die Rekordzahl von Asylbewerbern aus Südosteuropa mit "rigorosen Maßnahmen" eindämmen. Die Anerkennungsquote sei gleich null: "So kann es nicht weitergehen." Nach Angaben des Bundesinnenministeriums kommen in der Tat rund 40 Prozent der Asylbewerber in Deutschland aus Staaten des Westbalkans. Deren Asylanträge haben wenig Aussicht auf Erfolg, weil sie in der Regel nicht als politisch Verfolgte gelten. Das bayerische Kabinett hat deshalb am Montag beschlossen, in Grenznähe zwei neue Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber zu schaffen, deren Anträge voraussichtlich nicht anerkannt werden. Dort setze sofort "die Beratung zur freiwilligen Ausreise" ein. Die Abschiebung erfolge "unmittelbar und kontinuierlich", sagte Seehofer.

Die SPD reagierte empört auf den Vorstoß aus Bayern. "Ich finde es schwer erträglich, was der bayerische Ministerpräsident in Sachen Flüchtlingshilfe gesagt hat", sagte SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi am Montag in Berlin. "Dass die CSU auf diese - wie ich finde - billige Tour versucht, Stimmung gegen Flüchtlinge in Deutschland zu machen, finde ich erbärmlich", sagte Fahimi.

Streit gibt es auch weiter über den Umgang mit Flüchtlingen, die einmal im Land sind. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner erneuerte die Forderung seiner Partei nach einer Reform des Asylrechts. "Eine Flüchtlingspolitik, die zulässt, dass junge, blitzgescheite Menschen von Abschiebung bedroht sind, ist inhuman und muss geändert werden", sagte er dem "Tagesspiegel".

Der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, Raimund Becker, forderte, auch hoch qualifizierte Asylbewerber müssten die Blue Card der EU erhalten können. Das Innenministerium lehnte die Idee jedoch ab. "Wenn wir Zuwanderungswilligen sagen: Kommt erst mal her, dann sehen wir, ob ihr über den Asylantrag oder die Blue Card bleiben könnt, würde das enorme zusätzliche Anreize für den Missbrauch des Asylverfahrens schaffen", sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Krings (CDU), der "Rheinischen Post". "Die Asylbewerberzahlen würden deutlich in die Höhe schnellen."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

pa/dpa/Daniel Karmann

SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi wirft der CSU Stimmungsmache vor

Daniel Karmann

**Load-Date:** July 21, 2015

## Die Hysterie; Da wird der Schornsteinfeger zum Terroristen; Tschechien und die Angst vor den Migranten

Die Welt

Mittwoch 16. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 216

**Length:** 662 words

**Byline:** Hans-jörg Schmidt

## Body

---

Prag

Aufgeregt rief eine Studentin bei der Polizei im westböhmischen Domazlice (Taus) an: Auf der Straße spazierte ein "schwarz gekleideter **Flüchtling** mit einem Maschinengewehr über der Schulter". Als die Beamten des Verdächtigen habhaft wurde, löste sich die Spannung - der Mann war ein ortsansässiger Schornsteinfeger in Arbeitskluft, die "Maschinenpistole" sein Handwerkszeug. Im mittelböhmischen Mlada Boleslav (Jungbunzlau) nahm die Polizei zur gleichen Zeit um ein Haar drei dunkelhäutige Neuzugänge des dortigen Fußball-Erstligaklubs fest. Die waren von "aufmerksamen Bürgern" telefonisch gemeldet worden, die offenbar meinten, die drei jungen Männer seien aus einem nahen Abschiebelager für **Flüchtlinge** ausgebrochen. "Der Anstieg hysterischer Anrufe bei uns ist enorm", heißt es bei der Polizei. Das belegt, wie tief die Furcht bei vielen Tschechen vor Fremden sitzt. "Wir waren in den 40 Jahren hinter dem Eisernen Vorhang nicht daran gewöhnt, mit Fremden zusammenzuleben", versucht Außenminister Lubomir Zaoralek in der Zeitung "Hospodarske noviny" zu erklären.

Die Ängste in der Bevölkerung wachsen, seit Deutschland an der Grenze zu Österreich wieder Kontrollen eingeführt und Ungarn seine Grenzen geschlossen hat. Den Tschechen reicht ein Blick auf die Landkarte, um zu ahnen, dass jetzt womöglich Zehntausende Asylsuchende über Tschechien nach Deutschland zu kommen versuchen. Die meisten Tschechen würden schärfst möglichen Grenzkontrollen auch auf Geheiß der eigenen Regierung zustimmen. Lange vor dem Beschluss der Deutschen vom Wochenende sagten drei Viertel der Tschechen, sie brauchten die Schengen-Freiheit eigentlich nicht. Die Regierung hat bislang lediglich 200 zusätzliche Polizisten an die Grenze zu Österreich geschickt. Die griffen am Montag 13 Asylsuchende aus Syrien und neun aus Afghanistan auf. Sollte die Zahl der Aufgelesenen so niedrig bleiben, wird man keine schärferen Maßnahmen treffen, heißt es in Prag.

Premier Bohuslav Sobotka und sein Innenminister Milan Chovanec werden dagegen nicht müde, eine effektive Sicherung der EU-Außengrenze einzufordern. Die Lücken dort stellten für Tschechien eines der entscheidenden Hindernisse dar, einer Quotenlösung für die Verteilung der Flüchtlinge zuzustimmen. Quoten lösten unter diesen

## Die Hysterie Da wird der Schornsteinfeger zum Terroristen Tschechien und die Angst vor den Migranten

Umständen nur eine Sogwirkung aus. Tschechien sei nicht in der Lage, den Asylsuchenden solche finanziellen Bedingungen zu bieten wie Deutschland, sagt Chovanec. Und er stellt die Frage, ob die EU nach der Annahme einer Quotenregelung Asylsuchende "mit Gewalt" nach Tschechien bringen wolle. "Wer nach Tschechien kommt, schläft hier eine Nacht und macht sich am Tag darauf auf den Weg zu den westlichen Nachbarn."

Hinzu kommt, dass über Jahre keine Vorbereitungen für einen Flüchtlingsansturm getroffen wurden. Es herrsche schlichtweg Ahnungslosigkeit, wie man mit einer größeren Zahl von Asylsuchenden umgehen solle, konstatiert eine Prager Zeitung. Es gebe zwar Vorschriften für Hochwasser, aber nicht für die Aufnahme und Integration von Menschen. Premier Sobotka schlug beispielsweise vor geraumer Zeit schon vor, Asylsuchende nicht erst ein Jahr warten zu lassen, bis sie eine Arbeit aufnehmen können. Ein Vorschlag, der perfekt in die derzeit laufende Debatte des Parlaments über eine Novelle des Asylrechts passen würde. Aber die Prager Politik scheut sich, weil sie den Gegenwind der Gewerkschaften fürchtet.

Zwei Abgeordnete eines Prager Stadtbezirks verteilten dieser Tage auf dem Hauptbahnhof Essenspakete an Flüchtlinge, die aus einem Abschiebelager lediglich mit einem Papier entlassen wurden, das sie auffordert, das Land rasch zu verlassen. Geld dafür haben sie nicht, die Nacht über schlafen sie in einem Park vor dem Bahnhof. Die beiden Abgeordneten nahmen sieben Flüchtlinge mit nach Hause, versorgten sie und kauften ihnen Tags darauf Fahrkarten. Im richtigen Krisenfall, da sind sie sicher, "würde es hier ähnlich aussehen wie kürzlich noch auf dem Bahnhof in Budapest".

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 16, 2015

## **Jobmotor Flüchtlingskrise; Islamische Religionslehrer, Schulpsychologen, Sozialarbeiter: Viele Berufe sind nun gefragt. Doch ihre Ausbildung muss sich ändern**

Die Welt

Samstag 19. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FINANZEN; Finanzen; S. 15; Ausg. 296

**Length:** 1150 words

**Byline:** David Bedürftig

## **Body**

---

Rund 300.000 **Flüchtlingskinder** kommen innerhalb des nächsten Jahres an deutsche Schulen. Die Integration der **Migranten** nicht nur in Deutschlands Klassenzimmern, sondern auch in den Arbeitsmarkt ist für Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Psychologen schon jetzt eine Mammutaufgabe. Sie kann für diese Berufe aber auch zum Vorteil werden.

"Die aktuelle **Flüchtlingsthematik** verstärkt den Fachkräftebedarf im Bildungssektor", sagt Matthias Anbuhl, Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). "Viele nützliche Berufe, die bislang zu Unrecht als brotlose Jobs galten, erfahren nun eine steigende Nachfrage und eine Aufwertung." Von Pädagogen bis zu Psychologen: Ihr gesellschaftliches Standing verbessere sich. Für eine gelungene Integration der **Flüchtlinge** seien diese zukunftssträchtigen Arbeitsfelder unverzichtbar.

Auch Schüler und Studenten, die später einmal im Bildungssektor arbeiten wollen, können sich über frische Berufschancen freuen. Sie müssen sich gleichzeitig aber auch fachlich und thematisch auf eine neue Situation vorbereiten. Die meisten Flüchtlingskinder sprechen kein Deutsch und können teilweise nicht schreiben. "In den nächsten Jahren wird 'Deutsch als Fremdsprache' im Lehramtsstudium immer wichtiger werden", so Bildungsexperte Anbuhl. Schon jetzt sind Pädagogen mit dieser Qualifikation bundesweit gefragt. "Für diesen Bereich gibt es zurzeit nicht genug Lehrkräfte", so Ambuhl. Auch Integrationskurslehrkräfte würden logischerweise immer mehr gesucht. Zudem benötigten alle Lehrer auch interkulturelle Kompetenzen. "Wer sich darauf einstellt, wird bessere Jobchancen haben, sagt Ambuhl.

Der Chefkoordinator der Pisa-Studien, Andreas Schleicher, sieht das deutsche Bildungssystem dadurch vor einer großen, aber machbaren Bewährungsprobe. Dafür müsse das Land politisch aber rasch die Weichen stellen, so wie es nach dem "Pisa-Schock" von 2000 angesichts miserabler Noten für deutsche Schüler geschehen sei, sagte Schleicher am Donnerstag. "Die Sprache des Ziellandes zu vermitteln - vor allem das muss geleistet werden, und zwar in relativ kurzer Zeit."

Jobmotor Flüchtlingskrise Islamische Religionslehrer, Schulpsychologen, Sozialarbeiter: Viele Berufe sind nun gefragt. Doch ihre Ausbildung muss sich ändern

Dafür gilt es jedoch einige Hindernisse zu überwinden. Statten die Bundesländer die Schulen mit genügend Fachkräften aus? Und passen sich Ausbildungen und Studiengänge schnell an die neue Situation an?

Denn noch gibt es nur wenige Ausbildungswege, die schon für diese neuen Herausforderungen gewappnet sind. An der Katholischen Hochschule Freiburg haben Studierende beispielsweise die Möglichkeit, Migration als Schwerpunkt zu wählen und Fachseminare zur Flüchtlingsthematik zu belegen. Laut Nausikaa Schirilla, Professorin für Soziale Arbeit, Migration und Interkulturelle Kompetenz, werden Studierende seit den hohen Flüchtlingszahlen im Sommer noch stärker mit Asyl- und Ausländerrecht konfrontiert und in interkultureller Kompetenz geschult. "Diese Fähigkeiten, eigene Normalitätsvorstellungen infrage zu stellen und Konflikte mit anderen kommunikativ zu lösen", helfen besonders in der Arbeit mit Flüchtlingen.

Aktuell werden an der Hochschule zusätzliche Qualifizierungskurse zur Flüchtlingsarbeit entwickelt. Zudem sollen auch studierwillige Flüchtlinge durch ein Schnupperprogramm für die Soziale Arbeit gewonnen werden. Diese erwacht laut Schirilla gerade zu "neuer Blüte". Sozialarbeit sei zentral für die Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Bildung, für die Bearbeitung von Konflikten in der Gesellschaft oder auch für die Prävention von rechtsextremer Gewalt. Das Arbeitsfeld sei besonders zukunftssträftig, wenn man bedenke, dass der Markt schon leergefegt sei. "Bereits im Frühjahr hat sich die Nachfrage bei uns verdoppelt", so Schirilla.

Auch in Sachen Religion sind Spezialisten mehr denn je gefragt. An der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg können sich Studenten beispielsweise seit Oktober zu Alevitischen oder Islamischen Religionslehrern ausbilden lassen. "Das Studienfach verändert sich stark durch die Flüchtlingsdebatte", sagt Katajun Amirpur, Professorin für Islamische Religion. Schließlich sind die meisten Geflüchteten Muslime. Man spreche in den Vorlesungen und Seminaren neben den hohen Flüchtlingszahlen auch vermehrt über den IS. In erster Linie gehe es im Studium aber darum, Studierenden Fachwissen über die vielfältigen und toleranten Formen des Islam beizubringen, um "religiösem Analphabetismus" entgegenzutreten, so Amirpur.

Mithilfe der Expertise können die Studenten nicht nur die Integration der Flüchtlinge unterstützen. "Islamische Religionslehrer, die muslimische Schüler genauer über ihre eigene Religion aufklären können, weisen den Extremismus ab", sagt Akademieleiter Wolfram Weiße. In Hamburgs Schulen etwa findet Religionsunterricht für alle Glaubensrichtungen gemeinsam statt. "Wenn die Schule ein Dialogforum zu Religion bietet, ist sie eine strukturelle Präventivmaßnahme gegen religiöse Verabsolutierung." Auch wenn man zwei Stunden Religionsunterricht nicht überbewerten solle, könne er "ein Bollwerk sein, das Separation zu verhindern hilft."

Zudem spiele Religion in Notsituationen eine große Rolle, so Weiße. Für die Flüchtlingskinder brauche man deshalb mehr islamische Religionslehrer. Ein Job mit rosigen Aussichten also? "Ganz klar, das Studium ist absolut zukunftssträftig", ergänzt Amirpur, "allein die Gemeinden in Hamburg gehen davon aus, dass sie zweihundert islamische Religionslehrer benötigen."

Insgesamt wollen die Bundesländer im kommenden Jahr laut einem Bericht der "Bild"-Zeitung rund 7800 neue Lehrer einstellen, die meisten in Nordrhein-Westfalen (1200) und in Bayern (1700). Das sei jedoch "viel zu wenig", sagte Heinz-Peter Meidinger, Chef des Deutschen Philologenverbandes, der Zeitung. Die Länder hatten bereits im Oktober ihre Gesamtkosten für die Schulbildung von Flüchtlingskindern 2014/15 auf mindestens 2,3 Milliarden Euro beziffert. Bei rund 300.000 Schülern unter den Asylbewerbern würden voraussichtlich mehr als 20.000 Lehrer mehr benötigt, sagte KMK-Präsidentin Brunhild Kurth. Doch die Bundesländer haben offenbar große Mühe, die notwendigen neuen Lehrer bereitzustellen.

Auch an psychologischer Hilfe fehlt es. "Viele Flüchtlingskinder sind schwer traumatisiert", sagt DGB-Bildungsexperte Anbuhl. Auf die Lehrer kämen neue Herausforderungen zu. "Deshalb ist es wichtig, dass man ihnen Sozialarbeiter und Psychologen an die Seite stellt." Auch Bernhard Jehle, Leiter des Instituts für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg, fordert mehr Psychologen mit einer Zusatzqualifikation für Flüchtlinge. Sie hätten sich in den vergangenen Jahren zwar vermehrt mit dem Umgang mit Schülern aus anderen Kulturen auseinandergesetzt. Aber die Traumaverarbeitung von Flüchtlingen sei in diesem Maße neu für sie: "Die

Jobmotor Flüchtlingskrise Islamische Religionslehrer, Schulpsychologen, Sozialarbeiter: Viele Berufe sind nun gefragt. Doch ihre Ausbildung muss sich ändern

Schulpsychologen sind an sich nicht für diese Klientel ausgebildet", so der Experte. Da müssten sich Studium und Ausbildung erst noch anpassen.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Fredrik von Erichsen

Integrationskurs für weibliche Flüchtlinge: Dafür werden immer mehr Lehrkräfte gesucht

Fredrik von Erichsen

**Load-Date:** December 19, 2015

---

End of Document

**Menschen & Märkte; Marijn Dekkers: Integration von Migranten schwierig ++  
Warren Buffett: Investmentfirma mit Rekordgewinn ++ Uwe Hück: Ohne  
Rotwein, aber mit harten Schlägen**

Die Welt

Montag 9. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Menschen & Märkte; S. 9; Ausg. 261

**Length:** 378 words

## **Body**

---

Marijn Dekkers

Integration von **Migranten** schwierig

Die Integration von **Flüchtlings** in den deutschen Arbeitsmarkt ist nach Ansicht von Bayer-Chef Marijn Dekkers eine langwierige Aufgabe. Es werde "sehr viel Zeit und Mühe kosten, die **Flüchtlings** auf das Niveau zu bringen, das man in Deutschland als Arbeitnehmer mitbringen muss, um eine Beschäftigung zu finden", sagte Dekkers der "Welt am Sonntag". Der Staat werde das über Jahre hinweg subventionieren müssen.

Man dürfe sich keinen Illusionen hingeben. "Bis die große Mehrheit der Asylsuchenden wirklich unabhängig von staatlicher Hilfe sein wird und ihr eigenes Einkommen verdient, werden mindestens 15 Jahre vergehen", sagte der Chef des Chemie- und Pharmakonzerns. Die deutschen Arbeitskräfte seien extrem gut ausgebildet. Das lasse sich nicht so leicht kopieren. Die Sprache sei ein zusätzliches Problem.

Warren Buffett

Investmentfirma mit Rekordgewinn

Der prominente US-Investor Warren Buffett hat mit seiner Beteiligungsgesellschaft Berkshire Hathaway im dritten Quartal glänzend verdient. Der Überschuss verdoppelte sich binnen Jahresfrist auf einen Rekord von 9,43 Milliarden Dollar, wie das Unternehmen am Freitag mitteilte. Grund sei ein großer Gewinn mit der Beteiligung an Kraft Heinz. Buffett hatte im Sommer den Zusammenschluss des Ketchup-Herstellers Heinz mit dem heimischen Rivalen Kraft zum drittgrößten Nahrungsmittel- und Getränkekonzern Nordamerikas vorangetrieben. Weltweit ist der Konzern die Nummer fünf. Berkshire hält 51 Prozent an der Firma.

Uwe Hück

Menschen & Märkte Marijn Dekkers: Integration von Migranten schwierig ++ Warren Buffett : Investmentfirma mit Rekordgewinn ++ Uwe Hück: Ohne Rotwein, aber mit h....

Ohne Rotwein, aber mit harten Schlägen

Um fit für harte Schläge zu sein, verzichtet Porsche-Betriebsratsvorsitzender Uwe Hück auf Annehmlichkeiten. Er trinke gerne Rotwein, doch Alkohol gebe es bei ihm nicht und er feiere auch nicht in Discos, erzählte Hück am Samstagabend nach einem Benefiz-Boxkampf in Ludwigsburg. "Ich gehe arbeiten und dann trainieren. Trainieren ist für mich Urlaub - so wie es für andere Urlaub ist, wegzufiegen", sagte der 53-Jährige. Er hatte acht Runden gegen den ehemaligen Profiboxer Francois Botha gekämpft. Der Kampf endete unentschieden. Hück, Ex-Europameister im Thaiboxen, sammelte bei der Aktion "Blaue Flecke für soziale Zwecke" Geld für Stiftungen, die benachteiligten Kindern helfen.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 9, 2015

---

End of Document



**"Wir zwingen die Menschen auf Schlepperboote"; Doris Schröder-Köpf hält den Umgang mit Flüchtlingen für "unmenschlich". Niedersachsens Migrationsbeauftragte fordert ein Ministerium für Einwanderung**

Die Welt

Dienstag 19. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 114

**Length:** 1711 words

**Byline:** Ulrich Exner

## **Body**

---

Seit gut zwei Jahren geht sie zumindest in der Politik ihren eigenen Weg. Doris Schröder-Köpf (SPD) bearbeitet als Landtagsabgeordnete und niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe die beiden innenpolitischen Megathemen Zuwanderung und Demografie. Im Interview mit der "Welt" berichtet sie über ihre Erfahrungen und fordert wesentliche Änderungen im Ausländer- und Asylrecht. Nur eine letzte Frage mag sie nicht beantworten - obwohl sie sich zuletzt wieder demonstrativ vertraut mit ihrem Ehemann Gerhard Schröder auf der Tribüne von Hannover 96 gezeigt hatte.

Die Welt:

Welche Erfahrungen haben Sie als Landesbeauftragte gemacht? Wie weit ist Deutschland in Sachen Integration?

Doris Schröder-Köpf:

Deutschland hat sich in den zurückliegenden zwanzig, dreißig Jahren sehr verändert. Viele Deutsche haben einen Zuwanderungshintergrund oder sind selbst eingewandert. Sie wissen also, wie das ist, in einem fremden Land ein neues Leben zu beginnen. Außerdem reisen viele Deutsche mehr und weiter als früher, lernen schon als junge Menschen im Austausch andere Länder kennen. All diese Erfahrungen verändern die Sicht auf die Welt. Das riesige Lager für syrische Flüchtlinge in der Türkei ist uns beispielsweise heute näher, als das früher der Fall gewesen wäre. In "Sachen Integration" hat Deutschland sich sehr positiv weiterentwickelt.

In Hannover sollen Flüchtlinge von Polizisten misshandelt worden sein. Ist das ein Einzelfall oder haben Sie von vergleichbaren Fällen gehört?

Derzeit sind mir keine Fälle hier im Land bekannt, in denen es zu ähnlicher Roheit und Grausamkeit gegenüber Flüchtlingen gekommen ist wie in den beschriebenen Fällen. Falls die Vorwürfe zutreffen, müssen dringend auch

"Wir zwingen die Menschen auf Schlepperboote" Doris Schröder-Köpf hält den Umgang mit Flüchtlingen für "unmenschlich". Niedersachsens Migrationsbeauftragte fordert....

die Hintergründe geklärt werden: Wussten Kolleginnen und Kollegen davon, gar Vorgesetzte? Und weshalb sind sie nicht sofort eingeschritten?

Wie viele zusätzliche Flüchtlinge erwarten Sie in diesem Jahr in Niedersachsen?

Das ist natürlich nicht genau vorherzusagen. Auf Niedersachsen entfallen nach dem Königsteiner Schlüssel, nach dem die Flüchtlinge in Deutschland verteilt werden, 9,36 Prozent der Zuflucht suchenden Menschen.

Das wären dann etwa 40.000, vielleicht auch 45.000 Menschen. Im vergangenen Jahr waren es gut 20.000 und viele Kommunen haben sich da schon überfordert gefühlt. Ist eine noch größere Zahl verkraftbar?

Wir arbeiten daran, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, auch ordentlich empfangen können. Fakt ist, dass die Kommunen die größte Last, die größte Verantwortung tragen, und auch einen großen finanziellen Anteil übernehmen müssen. Gerade in den Ballungsräumen oder den Universitätsstädten stoßen wir an Grenzen beim Wohnraum. Und der Markt für sogenannte Wohncontainer ist mittlerweile europaweit leergefegt. Es braucht jetzt massive Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. In ländlicheren Gegenden gibt es andere Herausforderungen.

Warum ist das so?

Weil es auf dem Land erst einmal ganz praktisch betrachtet schwieriger ist, die Teilnahme an Sprach- oder anderen Fördermaßnahmen zu organisieren. Oft fehlen auch Arbeitsplätze. Wohin man schaut: Unsere Kommunen stehen gehörig unter Druck.

Was muss man tun, um das zu ändern?

Einiges, vieles. In unserem Ausländer- und Asylrecht passt derzeit kein Stein auf den anderen.

Wie meinen Sie das genau?

Unsere Gesetze stammen zum Teil aus einer Zeit, in der die Abwehr von Zuwanderung das Maß aller Dinge war. In den 90er-Jahren etwa hatten wir eine sehr hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland. Also wurde so ziemlich alles getan, um Flüchtlinge von unserem Arbeitsmarkt fernzuhalten und ihnen das Bleiben zu verleiden.

Dieser Eindruck drängt sich in den Erstaufnahmелagern auch heute auf.

Wir in Niedersachsen nennen diese Orte "Erstaufnahmeeinrichtungen" und versuchen, mit Wegweiserkursen für die Bewohnerinnen und Bewohner, einem ordentlichen Angebot an Sozialarbeit und erster Berufsberatung diesen Eindruck zu vermeiden. In einigen Regionen des Landes suchen wir schon heute händeringend nach Arbeitskräften und Auszubildenden. Es ist inzwischen die Wirtschaft, die in Sachen Zuwanderung Druck macht. Deren Positionen decken sich ganz häufig mit denen des Flüchtlingsrates. Darauf müssen wir doch reagieren.

Wie?

Wir müssen beispielsweise endlich das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen, damit die Menschen, die hierherkommen, schnell arbeiten und ihre Familien ernähren dürfen.

Was muss noch konkret getan werden, damit die Kommunen entlastet und die Flüchtlinge schneller integriert werden können?

Ich würde mir wünschen, dass der Bund die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung übernimmt und endlich die Öffnung der Integrations- und Sprachkurse für Asylsuchende ermöglicht. Weil der Bund zudem Asylsuchende aus der Sozialgesetzgebung ausschließt, stehen ihnen die Arbeitsmarktförderungsinstrumente nicht zur Verfügung. Die Länder können diese Desintegrationspolitik des Bundes nicht in Gänze finanziell kompensieren, das können wir einfach nicht stemmen.

Können oder wollen?

"Wir zwingen die Menschen auf Schlepperboote" Doris Schröder-Köpf hält den Umgang mit Flüchtlingen für "unmenschlich". Niedersachsens Migrationsbeauftragte ford....

Wir haben als Land eine einzige relevante Steuer, die wir ganz theoretisch erhöhen könnten, die Grunderwerbssteuer. Das ist nicht sonderlich viel. Gleichzeitig haben wir im Verhältnis zum Gesamthaushalt enorme Personal- und Pensionskosten und müssen 2020 die Schuldenbremse einhalten. Unsere Spielräume sind minimal. Nach dem Aufenthaltsgesetz von 2005 hat der Bund erstmalig ein erfolgreiches System für Zuwanderer geschaffen: die Integrations- und Sprachkurse. Im Bundesrat hat die CDU damals leider verhindert, dass auch Asylsuchende teilnehmen können. Es ist an der Zeit, das zu korrigieren - und das ist eine Aufgabe des Bundes. Es wäre absurd, wenn die Bundesländer gezwungen wären, Doppelstrukturen aufzubauen.

Sie fordern mehr Geld vom Bund.

Ich wünsche mir, dass wir Zuständigkeiten neu sortieren. Nicht nur bei den Flüchtlingen. Auch die Zuwanderungsregeln müssen den neuen Gegebenheiten angepasst werden, schon allein der demografischen Entwicklung wegen. Außerdem muss sich die Außenpolitik einiger Staaten, auch europäischer, ändern.

Wie meinen Sie das?

Wie kommt es denn, dass es in Libyen keinen funktionierenden Staat gibt? Dass von dort jetzt Tausende und Abertausende Menschen auf Booten nach Europa wollen, die wir dann als Schiffbrüchige aus dem Mittelmeer retten müssen und wollen? Einige westliche Staaten haben 2011 die frühere Ordnung weggebombt und danach keine neue aufgebaut. Es geht kein Weg daran vorbei: Berlin muss mehr Verantwortung übernehmen, weil die Bundesebene mehr Verantwortung trägt! Vizekanzler und Außenminister haben das längst erkannt.

Die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels in der vergangenen Woche halten Sie für nicht ausreichend?

Wir brauchen eine grundsätzliche Neuordnung für Umgang und Versorgung von Flüchtlingen. Die Zahlen, um die es da geht, sind einfach zu hoch für Länder und Gemeinden. Und fest steht doch auch: Wir können nicht davon ausgehen, dass sich daran in absehbarer Zeit etwas ändert. Wir wissen doch, dass allein an den Küsten Nordafrikas Hunderttausende von Menschen auf die Überfahrt nach Europa warten. Und Lösungen für all die Kriege und Krisen sind längst nicht in Sicht.

Die wenigsten von ihnen haben auch nur den Hauch einer Chance auf politisches Asyl.

Ja. Weil man eben die individuelle Verfolgung nachweisen muss. Viele wissen das nicht und begeben sich ins Asylsystem. Wir müssen unsere Regeln so ändern, dass ein Umstieg von einem aussichtslosen Asylverfahren in ein geregeltes Zuwanderungsverfahren möglich wird. Es ist doch abenteuerlich, dass wir junge Flüchtlinge, die wir mit Handkuss aufnehmen würden, wenn sie über die Fachkräfteschiene eingereist wären, wieder abschieben, nur weil sie im falschen System feststecken. Das passt einfach alles nicht mehr zusammen.

Ist es zeitgemäß, dass in den Ländern, auch im Bund hauptsächlich die Innen-, also die Polizeiminister zuständig sind für Flüchtlinge und Einwanderung?

Auf Bundesebene brauchen wir endlich einen Ministeriumszuschnitt, der alle Felder zusammen denkt und sieht: ein Ministerium für Einwanderung und Demografische Entwicklung.

Wenn Sie in den vergangenen Monaten durch die Kommunen gereist sind, gibt es ein Bild, eine Situation, die Sie als Landesbeauftragte besonders bewegt hat?

Das ist leider eine ständig wiederkehrende Situation, wenn Eltern vor mir sitzen, Mütter mit tiefen lilafarbenen Ringen unter den Augen, die von zahllosen durchweinten Nächten zeugen, die nicht fassen können, dass in Deutschland Familiennachzug nur Ehegatten und minderjährige Kinder umfasst. Die nicht fassen können, dass sie ihre älteren Kinder nicht in Sicherheit bringen können. Für mich als Mutter auch einer 24-jährigen Tochter unerträglich. Wenn ich mir das ausmale: Ich könnte mich mit meiner 13-jährigen Tochter und meinem neunjährigen Sohn ins sichere Deutschland retten und müsste meine große Tochter zurücklassen. Sie wäre vielleicht auf Schlepper angewiesen und begäbe sich auf die lebensgefährliche Mittelmeerroute. Furchtbar.

"Wir zwingen die Menschen auf Schlepperboote" Doris Schröder-Köpf hält den Umgang mit Flüchtlingen für "unmenschlich". Niedersachsens Migrationsbeauftragte fordert....

Haben Sie eine Lösung?

Wir müssen beim Familiennachzug großzügiger werden. Derzeit zwingen wir Menschen, die schon Familie hier haben, auf die Schlepperboote. Das können wir doch nicht ernsthaft wollen. Und das kann ich den Menschen, die da vor mir sitzen, auch nicht erklären, dass wir so unmenschlich agieren.

Sie sind nicht nur seit gut zwei Jahren Migrationsbeauftragte, sondern genauso lange als Landtagsabgeordnete auch aktive Politikerin: War das der richtige Schritt?

Auf jeden Fall. Und zwar nicht nur, weil es mir Freude bereitet. Sondern auch, weil ich gerade auf meinem Themenfeld das Gefühl habe, in einer enorm wichtigen Phase sinnvolle Arbeit machen zu können.

Werden Sie bei der nächsten Landtagswahl wieder antreten?

Als Katholikin sage ich da: So Gott will und ich lebe!

Oder zieht es Sie irgendwann doch wieder nach Berlin, in die Bundespolitik?

Die weichenstellenden Entscheidungen werden im Ausländer- und Asylrecht natürlich auf Bundes- und Europäebene getroffen. Aber ich habe eben auch minderjährige Kinder, mit denen ich noch Zeit verbringen möchte. Mich füllen meine Aufgaben in Niedersachsen voll aus.

Was Ihr Privatleben angeht, drängt sich der Eindruck auf, Sie führen uns Journalisten gerade recht freudvoll an der Nase herum. Täuscht das?

(lacht) Darauf erwarten Sie nicht im Ernst eine Antwort.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Julian Stratenschulte/ dpa

Doris Schröder-Köpf will das Asylsystem komplett umkrempeln

dpa/Darrin Zammit Lupi

Flüchtlinge werden auf dem Mittelmeer aus einem Schlauchboot gerettet

Julian Stratenschulte/dpa

Darrin Zammit Lupi

**Load-Date:** May 19, 2015

**Deutschland ist weltweit das Flüchtlingsland Nummer zwei; Nur die Türkei hat mehr Schutzsuchende aufgenommen. Insgesamt sind 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht - mehr als je zuvor. Nur 200.000 konnten nach UN-Angaben in ihre Heimat zurückkehren**

Die Welt

Montag 20. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 142

**Length:** 529 words

**Byline:** Klaus Geiger

Mareike Kürschner

## Body

---

Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht. Im Jahr 2015 suchten 65,3 Millionen Personen Schutz vor Kriegen, Konflikten oder Verfolgung. Das zeigt die aktuelle Statistik, die das **Flüchtlingshilfswerk** der Vereinten Nationen (UNHCR) zum Weltflüchtlingstag am heutigen Montag vorlegt.

Danach ist die Zahl der Flüchtlinge innerhalb eines Jahres um knapp zehn Prozent angestiegen. Ihr Anteil an der Weltbevölkerung war damit im vergangenen Jahr so hoch wie nie. Das Hauptherkunftsland ist Syrien.

Das UNHCR wertet zudem aus, welche Länder im vergangenen Jahr die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben. An erster Stelle liegt mit 2,5 Millionen Flüchtlingen die Türkei. Diese Zahl ist nach Informationen der "Welt" bis Anfang Juni 2016 bereits auf 2,7 Millionen angestiegen. Deutschland taucht in diesem UN-Bericht trotz des großen Zustroms seit dem vergangenen September zunächst nicht unter den ersten zehn Staaten mit den meisten Schutzsuchenden auf, was daran liegt, dass die Zahlen, die von den jeweiligen Regierungen an das UNHCR übermittelt werden, den Stand von Ende 2015 wiedergeben.

Diese Angaben sind in vielen Fällen längst überholt. Zum 30. April 2016 lebten in Deutschland bereits mehr als 1,5 Millionen Menschen mit laufenden oder abgeschlossenen Asylverfahren. Hinzu kommen jene Schutzsuchenden, die noch keinen Asylantrag gestellt haben. Das waren nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bis Mai dieses Jahres rund 300.000. Insgesamt kann man derzeit also von mehr als 1,8 Millionen Asylzuwanderern in Deutschland ausgehen.

Deutschland ist weltweit das Flüchtlingsland Nummer zwei Nur die Türkei hat mehr Schutzsuchende aufgenommen. Insgesamt sind 65,3 Millionen Menschen auf der Fluc....

Auf Grundlage dieser Zahlen ist Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt nach der Türkei weltweit das Land, in dem die meisten Flüchtlinge leben. Hinter Deutschland rangieren Pakistan (1,6 Millionen) und der Libanon (1,1 Millionen). Die Zahlen in diesen beiden Ländern, die ebenfalls von Ende 2015 stammen, haben sich laut UNHCR seit Jahresbeginn jedoch kaum verändert.

Beim Anteil der Flüchtlinge an der gesamten Bevölkerung liegt Deutschland nicht so weit vorne. So kommen in Deutschland auf 1000 Einwohner 22 Flüchtlinge, womit die Bundesrepublik weltweit auf dem sechsten Rang liegt. An der Spitze stehen der Libanon und Jordanien mit 183 sowie 87 Flüchtlingen pro 1000 Einwohner. In der Türkei - gemessen an den Zahlen von Anfang Juni - sind es 37 Flüchtlinge pro 1000 Einwohner.

Nach der Definition des UNHCR handelt es sich bei den weltweit 65,3 Millionen Menschen um sogenannte Zwangsvertriebene; davon 3,2 Millionen Asylsuchende und 40,8 Millionen Binnenvertriebene. 21,3 Millionen Menschen registrierte das UNHCR als Flüchtlinge. Im deutschen Sprachgebrauch hingegen werden meist alle irregulären Zuwanderer als Flüchtlinge bezeichnet, auch wenn ihr Asylantrag noch nicht bearbeitet ist und die Flüchtlingseigenschaft also noch nicht festgestellt wurde.

Die Zahl der Asylsuchenden stieg gegenüber 2014 um neun Prozent. Die Hälfte von ihnen kommt aus Syrien, Afghanistan und Somalia. In ihre Heimat zurückkehren konnten 2015 nur 200.000 Flüchtlinge. In ihre Aufnahmeländer eingebürgert wurden 32.000 Geflüchtete, der Großteil in Kanada, weitere in Frankreich, Belgien und Österreich. Seite 6

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** June 20, 2016

## Der quotierte Flüchtling

Die Welt

Freitag 29. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 122

**Length:** 389 words

**Byline:** Andrea Seibel

## Body

---

Auf den ersten Blick klingt alles so wunderbar: Die Europäische Union zeigt sich tatkräftig angesichts der verheerenden Flüchtlingssituation im Mittelmeer. Die Kommission hat nicht nur entschieden, mit Kontingenten auch jene Länder zur vermehrten Aufnahme von Asylsuchenden zu zwingen, die geografisch nicht direkt tangiert sind wie die Mittelmeerstaaten. Um die unwilligen Länder, zu denen nicht nur Großbritannien gehört, sondern etwa auch viele Osteuropäer, zu verlocken, bietet man 6000 Euro pro Flüchtling an. Das mutet wie Kopfgeld an. Alles deutet darauf hin, dass ein derartiger institutioneller Schnellschuss schiefgehen muss, denn er missachtet alle Verfasstheiten und Strukturen, die relevant sind, um dem Ganzen einen einigermaßen humanen, fairen und geschmeidigen Charakter für alle Beteiligten, Flüchtlinge und Aufnahmeländer, zu verleihen. Als ob die EU nicht schon genug Legitimationsprobleme hätte! Mit dem überfrachteten Quotenbegriff soll primitivstes Social Engineering von oben praktiziert werden. Dabei haben zum Beispiel die Deutschen, die mit die meisten Lasten tragen, in den vergangenen 20 Jahren Fortschritte gemacht, was ihre Bereitschaft angeht, Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen mit persönlichen Engagement, wie man in diesen Monaten allerorten erlebt, zu helfen. Längst weiß man bei allen Ängsten vor den Fremden, die jede Gesellschaft hat, dass Europa in Zukunft nur europäisch wird bleiben können, wenn es weniger europäisch wird.

Der Clou der EU: Sie nennt nur eine kleine Zahl von 40.000 Menschen, um die es geht. In Wahrheit dürfte die Millionengrenze in diesem Jahr erreicht werden. Flüchtlinge, die sich noch in der Türkei, in Jordanien oder im Libanon befinden, sollen "notumgesiedelt" werden. Denkt man an den Willen dieser Menschen? Soll ihnen egal sein, wohin man sie bringt? Und Länder, die mit ihrer eigenen Transformation, sei es der Balkan oder aber Teile Osteuropas, Polen eingeschlossen, beschäftigt sind, sollen gezwungen werden, sich einer künstlichen Einwanderung zu stellen, als ob es nicht für viele Flüchtlinge, Asylsuchende und Einwanderer Sehnsuchtsorte gibt, die sie auch weiterhin vermehrt ansteuern werden? Der Migrationsdruck wird bleiben, aber nun auch der Druck wachsen, dass den europäischen Mitgliedsstaaten mehr einfällt als quotierte Flüchtlinge.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Martin U. K. Lengemann

**Load-Date:** May 29, 2015

---

End of Document



## Leserbriefe

Die Welt

Montag 8. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Leserbriefe; S. 3; Ausg. 32

**Length:** 569 words

## Body

---

Trauerspiel

Zu: "Wähler-Verwirrung" vom 4. Februar

Treffend Ihre Analyse. Der Merkel-Vertrauensverlust hat noch weitere Gründe. Denn die Koalitionsregierung ist vor allem sich selbst Opposition und zeigt sich als durch und durch zerstritten. Gegen jeden Ansatz auch nur halbwegs praktikabler Vorhaben zur Lösung der (vor allem) Flüchtlingskrise wird von allen Politikern auf Pawlow'sche Weise reagiert, nämlich grundsätzlich und immer absolut lösungs- und alternativfrei mit einem "Nein" gegen alles, was jeweils der/die aus einer anderen Partei vorschlägt - was für ein Trauerspiel in ernster Zeit. Auch der absolut blödsinnige "Schießbefehl" Frauke Petrys wird wie etliche hirnlose Vorhaben anderer Parteien kaum jemand davon abhalten, eine Partei zu wählen, die ihm Lösungen vorgaukelt oder auch nur Opposition verspricht. Anstatt Unsinn sich selbst zu überlassen, greifen die (nicht-)führenden Politiker alles auf, sich mediengerecht aufzuregen, um letztendlich damit zu verbergen, dass sie die wirklichen Probleme schlichtweg nicht lösen können.

Gerhard Klußmeier, Rosengarten

Der Wähler ist nicht verwirrt. Ich habe das Vertrauen zu Angela Merkel und der gesamten Bundesregierung längst verloren. Sie verwirrt den Wähler nicht, sondern dieser weiß, dass ihre Flüchtlingspolitik ergebnislos bleiben wird. Deutschland lässt alle Migranten (nur 30 Prozent davon waren 2015 Flüchtlinge) einfach ins Land, und wir sind danach nicht in der Lage, die nicht Bleibeberechtigten aufgrund komplexer Gesetze und anderer Hemmnisse wieder abzuschieben. Zur Erinnerung: 2015 kamen 1,1 Millionen Menschen nach Deutschland, und nur etwa 50.000 davon haben das Land zwischenzeitlich wieder verlassen. Die Konsequenz daraus kann doch eigentlich nur sein, Migranten ohne Chance auf Asyl erst gar nicht in die Bundesrepublik zu lassen. Hier fehlt es Bundeskanzlerin Angela Merkel an Einsicht. Offenbar leidet sie an einem übersteigerten Helfersyndrom und vermittelt den Eindruck, dass ihr die Europäische Union und die Aufnahme von Migranten wichtiger sind als das Wohlergehen unserer Bevölkerung und die innere Sicherheit in unserem Lande.

Rainer Jäckle, Weyhe

## Leserbriefe

Verschwiegen

Zu: "ARD und ZDF am Scheideweg" vom 2. Februar

Um die Einseitigkeit dieser Sender zu belegen nur zwei Beispiele: Am 24.8. wurde der damalige Bundesvorsitzende der AfD, Bernd Lucke, bei einer Wahlkundgebung auf offener Bühne von Linksradikalen tödlich angegriffen und zu Boden gebracht. Nicht ein einziges Wort haben ARD bzw. ZDF darüber berichtet. Was wäre los gewesen, wenn der Bundesvorsitzende einer anderen Partei von Rechtsradikalen angegriffen worden wäre? Und wenige Tage nach dem Massaker in Paris hat die türkische Polizei auf dem Flughafen von Istanbul acht mutmaßliche IS-Mitglieder aus Marokko festgenommen, die auf dem Weg nach Deutschland waren. Das fand in den Sendern ebenfalls keine Erwähnung. Eine solche Nachricht passte ja schließlich nicht in die verordnete "Willkommenskultur".

Dipl.-Ing. Bernhard Völkl, Nürnberg

Laut gelacht

Zu: "Mit Dackelblick in Miami" vom 4. Februar

Was für ein wunderbar geschriebener Artikel! Erst habe ich geschmunzelt, dann gekichert und schließlich laut gelacht. Ich saß in der Bahn und meine Mitreisenden guckten neugierig. Der Artikel ging dann durch unser Abteil und führte schließlich zu einer lebhaften Diskussion über das Fernsehprogramm. Danke!

Dr. Rita Knobel-Ulrich, Drennhausen

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** February 8, 2016

**"Deutsche Identität ist, Größtes zu leisten"; Kanzlerin Merkel bekommt auf dem CDU-Parteitag Ovationen für ihren Flüchtlingskurs. Aber auch sie möchte die Zahl der Asylbewerber reduzieren**

Die Welt

Dienstag 15. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 292

**Length:** 497 words

## **Body**

---

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihren Kurs in der **Flüchtlingspolitik** vehement verteidigt und dafür auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe minutenlange Ovationen erhalten. "Deutschland ist ein starkes Land. Wir schaffen das, für Deutschland und Europa. Ich kann das sagen, weil es zur Identität unseres Landes gehört, Größtes zu leisten." Deutschland könne trotz des Ansturms seine Grenzen nicht schließen. "Abschottung im 21. Jahrhundert ist keine vernünftige Option." Deutschland müsse ein "weltoffenes und vielfältiges Land bleiben".

Der Leitantrag für den Parteitag, der mit nur zwei Gegenstimmen angenommen wurde, vermeidet den Begriff "Obergrenzen" und sieht die Möglichkeit, Flüchtlinge an der deutschen Grenze zurückzuweisen, nicht vor. Hinzugefügt wurde die Formulierung, dass die Zahl der Flüchtlinge "spürbar" reduziert werden müsse. "Auch ein starkes Land wie Deutschland ist auf Dauer überfordert mit einer so großen Zahl an Flüchtlingen", sagte Merkel. "Deshalb wollen und werden wir die Zahl der Flüchtlinge spürbar reduzieren." Damit reagierte sie auf parteiinterne Kritik. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff sagte, die Botschaft des Antrags der Parteispitze an die Kommunen laute: "Wir lassen euch nicht allein, wir wissen, dass es natürliche Grenzen gibt, die wir im Blick behalten." Der Vorsitzende der Jungen Union, Paul Ziemiak, sagte: "Wir haben das Zeichen vom Parteitag, dass ein weiterer Flüchtlingsansturm auf Dauer Staat und Gesellschaft überfordern wird."

Deutschland müsse laut Merkel immer die Folgen seines Handelns auch für die EU bedenken. Statt eines Ausstiegs aus dem passfreien Schengenraum oder dem Dublinsystem über Asylverfahren sei es gerade für Deutschland deshalb viel besser, daran zu arbeiten, dass die EU-Regeln eingehalten würden. Sie forderte europäische Solidarität etwa bei der Verteilung von Flüchtlingen ein. "Ich weiß, die europäischen Mühlen mahlen langsam. Aber wir werden sie zum Mahlen kriegen."

Innerhalb Deutschlands müsse daran gearbeitet werden, den Flüchtlingszustrom zu bewältigen - mit klaren Ansagen an die Neuankömmlinge. Flüchtlinge müssten Deutsch lernen, wenn sie dauerhaft Zuflucht suchten, und sich an die Regeln des Grundgesetzes halten. Die Bundesregierung habe Fehlanreize für Flüchtlinge abgebaut und Länder und Kommunen stark unterstützt. Viele Reformen wie die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer

"Deutsche Identität ist, Größtes zu leisten" Kanzlerin Merkel bekommt auf dem CDU-Parteitag Ovationen für ihren Flüchtlingskurs. Aber auch sie möchte die Zahl d....

habe die Union erst gegen SPD und Grüne durchkämpfen müssen. Kritik rot-grüner Landesregierungen am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wies Merkel zurück: "Das sind Ablenkungsmanöver, weil man seine Hausaufgaben, zum Beispiel bei der Rückführung von Flüchtlingen, nicht richtig macht." Viele rot-grüne Landesregierungen würden verabredete Reformen wie den Übergang zu Sachleistungen nicht umsetzen.

Differenzen zwischen CDU und CSU spielte Merkel herunter. Die Einheit der Schwesterparteien sei die Erfolgsgeschichte Deutschlands.

Siehe Kommentar und Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

AFP/THOMAS KIENZLE

Die Chefin ist wieder da: Angela Merkel lässt sich auf dem CDU-Parteitag feiern - auch von Norbert Lammert und Volker Kauder

THOMAS KIENZLE

**Load-Date:** December 15, 2015

**So machtlos sind Europas Grenzschrützer; Frontex soll die EU vor ungezügelter Zuwanderung bewahren. Doch die Behörde hat kaum Einfluss auf die Migrationsströme, weil es an fast allem fehlt. Ein Ortsbesuch**

Die Welt

Freitag 29. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 24

**Length:** 976 words

**Byline:** Jörg Winterbauer

## **Body**

---

Warschau

In einem Warschauer Bürokomplex, fernab vom Machtzentrum der EU, sitzen sie - Europas Grenzschrützer. Dabei ist Frontex nicht etwa in dem 220 Meter hohen Wolkenkratzer des Warsaw Spire beheimatet. Die 2004 gegründete Agentur zur Sicherung der EU-Außengrenzen sitzt in einem der beiden kleineren Nebengebäude. An der Seite des riesigen Turms sieht das regelrecht unbedeutend aus.

Dabei sind die Erwartungen an Frontex gerade jetzt, während der **Flüchtlingskrise**, besonders groß. Vor allem Deutschland und Frankreich wollen die Behörde stärken. Das Budget wurde von 142 Millionen Euro (2015) auf 250 Millionen Euro erhöht. Auch in Sachen Personal soll aufgestockt werden. Ein Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass die Agentur künftig 1500 Grenzbeamte bekommt, die sie bei Bedarf einsetzen kann.

Und das ist anscheinend dringend nötig. Fabrice Leggeri, der Chef der Behörde, sagt in perfektem Deutsch: "Das Problem ist jetzt, dass wir nicht genug Beamte haben, um Griechenland und Italien zu helfen, die Migranten zu registrieren."

Der Elsässer steht im "Situation Room". Hier laufen alle Informationen über die Lage an den EU-Außengrenzen zusammen. Ein riesiger Monitor an der Wand zeigt das Mittelmeer und die angrenzenden Länder. Außerdem sind unzählige grüne Punkte darauf zu sehen. Jeder dieser Punkte steht für ein Schiff oder Boot mit Flüchtlingen. Der Blick auf den Monitor zeigt, wie groß die Aufgabe von Fabrice Leggeri ist.

Der Behördenchef spricht ruhig und wählt seine Worte mit Bedacht. Er ist durch und durch Beamter. "Wir führen nur aus, was die Politik vorgibt", betont Leggeri. Sein Unverständnis für die Entscheidungen aus Brüssel kann er dennoch nicht verbergen. Es mangle Frontex an Befugnissen. "Wir stehen jetzt zwischen der nationalen

So machtlos sind Europas Grenzschrützer Frontex soll die EU vor ungezügelter Zuwanderung bewahren. Doch die Behörde hat kaum Einfluss auf die Migrationsströme, w....

Souveränität und der EU", sagt er. "Man kann das mit der Euro-Krise vergleichen. Wenn die EU wirklich die Freizügigkeit ohne Binnengrenzen will, dann brauchen wir ein einheitliches Grenzmanagement auf EU-Ebene."

Dass Europa seinen Grenzschrütern die Arbeit nicht gerade leicht macht, ist unschwer zu erkennen: So hat Frontex - im Gegensatz zu nationalen Sicherheitskräften - beispielsweise keinen Zugriff auf das Schengener Informationssystem. Die Datenbank speichert unter anderem zur Fahndung ausgeschriebene Personen. Diese Informationen wären auch für Frontex wertvoll. Schließlich könnten die EU-Grenzschrützer mithilfe des Systems bekannte Terroristen identifizieren und verhaften.

Doch die aktuelle Rechtslage lässt das nicht zu. Demnach können Frontex-Beamte die ankommenden Migranten zwar registrieren und befragen - aber nicht in der Datenbank prüfen, ob etwas gegen sie vorliegt. "Warum hat die EU vor zehn Jahren Frontex gegründet, ohne der Agentur den Zugriff auf die Datenbanken zu erlauben?", fragt Leggeri - noch mit ruhiger Stimme. Dabei schüttelt er kaum merklich den Kopf. Es wirkt, als könne er nicht nachvollziehen, was die da in Brüssel machen.

Der Ort, der den Grenzschrütern die größten Sorgen bereitet, zeigt sich auf der großen Mittelmeerkarte ganz deutlich: Die grünen Punkte konzentrieren sich rund um die griechischen Inseln, ganz in der Nähe der Türkei. Allein im vergangenen Jahr sind 880.000 Migranten in Griechenland angekommen. Aktuell sind dort 234 Frontex-Beamte im Einsatz - fast nicht wahrnehmbar.

Dabei befasst sich die Agentur längst nicht nur mit dem Grenzschutz - sie soll die Schengenstaaten auch im Kampf gegen Schleuser unterstützen. Dafür wäre vor allem die Mithilfe der Türkei gefragt, doch die agiert bisher zurückhaltend. Der griechische Präsident Prokopis Pavlopoulos hat dem Nachbarland jetzt sogar offen vorgeworfen, die Schleuser zu unterstützen. Leggeri formuliert es diplomatischer: "Was die Bekämpfung der kriminellen Organisationen anbelangt, könnten wir die Zusammenarbeit mit der Türkei verbessern, und ich hoffe, dass unser Verbindungsbeamter in Ankara dabei helfen wird."

Leggeris Prognose für das Jahr 2016 fällt angesichts der Hindernisse eher verhalten aus: "Ich glaube, wenn die Zahl der Migranten sich nicht noch mal erhöht, wäre das schon positiv zu bewerten." Doch dagegen, dass die Flüchtlingsströme zunehmen, kann Frontex ohnehin wenig tun. Grenzschutz - das klingt so, als könnte man jemanden davon abhalten, nach Europa zu kommen. Doch in Wirklichkeit ist das rechtlich gar nicht möglich: Sobald ein Einwanderer Europa über das Mittelmeer erreicht, muss sich der Kontinent mit ihm beschäftigen - egal, ob er auf illegalem Weg eingereist ist oder nicht.

Niemand kann abgeschoben werden, ohne dass sein Anrecht auf Asyl geprüft wird. Sogenannte Push-Back-Aktionen, bei denen ein Boot in das Herkunftsland zurückgedrängt wird, sind verboten. In der Vergangenheit wurde Frontex immer wieder von Menschenrechtsorganisationen vorgeworfen, sich an solchen Operationen beteiligt zu haben und für den Tod von Menschen mitverantwortlich zu sein. Auch das hat dazu beigetragen, dass die Agentur nicht den besten Ruf genießt. Frontex betont jedoch, dass Push-Backs illegal sind und die Beamten verpflichtet seien, sich an diesen Grundsatz zu halten.

Die Aufgabe, die Frontex also letztlich bleibt, ist vor allem eine: die Neuankömmlinge zu registrieren und ihre Fingerabdrücke zu nehmen. Die 306 Mitarbeiter in der Zentrale in Warschau dokumentieren und verwalten die Flüchtlingskrise eher. Wirklichen Einfluss auf ihren Verlauf haben sie nicht.

Immerhin: Anhand ihrer Daten kann die Agentur Prognosen abgeben. So soll Frontex schon frühzeitig vor der Flüchtlingskrise gewarnt haben. Die EU hat sich trotzdem nicht dazu durchringen können, gemeinsame Lösungen für die Probleme zu finden. Auf einmal scheint alles einen Sinn zu ergeben: das unscheinbare Gebäude am Rande der EU und ein Chef, der vielleicht etwas zu leise spricht.

Wir stehen zwischen der nationalen Souveränität und der EU Fabrice Leggeri, Frontex-Chef

Original Gesamtseiten-PDF

So machtlos sind Europas Grenzschrüter Frontex soll die EU vor ungezügelter Zuwanderung bewahren. Doch die Behörde hat kaum Einfluss auf die Migrationsströme, w....

**Load-Date:** January 29, 2016

---

End of Document

**Kleines Job-Wunder im öffentlichen Dienst; Wegen des Zuzugs von Flüchtlingen werden derzeit Lehrer, Polizisten und Verwaltungsbeamte gesucht - mitunter mit Abstrichen bei der Qualifikation**

Die Welt

Dienstag 26. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 21

**Length:** 769 words

**Byline:** Stefan Von Borstel

Dr. Inga Michler

## Body

---

Selten war der oberste Dienstherr so voll des Lobes. Fast schon überschwänglich dankte Innenminister Thomas de Maizière auf dem Beamtentag in Köln "allen zupackenden Menschen" für ihre "außerordentliche und großartige Leistung" in der **Flüchtlingskrise**. Auf den öffentlichen Dienst sei Verlass, lobte er und erinnerte zugleich daran, dass sich die Gesellschaft nicht immer so klar zum Staat bekannt habe. Doch heute seien die Staatsdiener mehr denn je gefragt, konstatierte der Innenminister.

Das kann man wörtlich nehmen. Für Polizisten, Lehrer und Verwaltungsbeamte bedeutet die **Flüchtlingskrise** nicht nur mehr Arbeit, sondern sie eröffnet auch eine einmalige Chance: Nach langen Jahren harten Sparens und Personalabbaus können sie nun mit Zehntausenden neuen Stellen rechnen - den **Flüchtlingen** sei Dank. Die Lobbyverbände jubeln und überbieten sich mit Personalforderungen. Schon vor der **Flüchtlingskrise** habe der öffentliche Dienst 180.000 Mitarbeiter zu wenig gehabt, rechnet der Deutsche Beamtenbund dbb vor. "Diese Lücke hat sich mit dem Anschwellen des **Flüchtlingsstroms** vergrößert - nun dürften weit über 200.000 Mitarbeiter fehlen", sagt Beamtenbund-Vize Willi Russ.

Doch wo sollen die Zehntausenden von neuen Mitarbeiter auf die Schnelle herkommen? Wie langwierig der Personalaufbau ist, zeigt das Beispiel der Bundespolizei. Mehrere Hundert Beamte sind täglich an der Grenze zu Österreich im Sondereinsatz und fehlen in ihren Heimatdienststellen. Innenminister de Maizière hat bereits im Herbst Abhilfe versprochen: 3000 neue Planstellen bei den Polizeivollzugskräften - eine Aufstockung um rund zehn Prozent. Die neuen Kräfte allerdings müssen erst ausgebildet werden. Und das dauert. Im Frühjahr 2019 werden die ersten von ihnen ihren regulären Dienst beginnen.



Kleines Job-Wunder im öffentlichen Dienst Wegen des Zuzugs von Flüchtlingen werden derzeit Lehrer, Polizisten und Verwaltungsbeamte gesucht - mitunter mit Abstr....

Ein kleines Jobwunder bahnt sich derweil bei den Lehrern an. Mehr als 20.000 zusätzliche Kräfte seien nötig, um rund 300.000 Schüler unter den Asylbewerbern zu unterrichten, rechnete erst im Dezember die scheidende Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Brunhild Kurth (parteilos), vor. Allein Nordrhein-Westfalen hat für 2015 und 2016 knapp 5800 zusätzliche Stellen für die Beschulung von Zuwanderern ausgewiesen. Die reichten aber nur, wenn die bisherigen Prognosen von 80.000 zusätzlichen Schülern nicht übertroffen würden. Dabei sind die Voraussetzungen in Deutschlands bevölkerungsreichstem Bundesland vergleichsweise gut. Denn NRW ist der Empfehlung der Kultusminister nach dem Pisa-Schock gefolgt und hat 2009 als erstes Bundesland das Pflichtmodul "Deutsch als Zweitsprache" in das Lehramtsstudium für alle Fächer aufgenommen. Zudem bildet das Land seit Jahren Referendare über den eigenen Bedarf aus. Von einem Personalpuffer können andere Bundesländer nur träumen. Sachsen-Anhalt etwa hat die Kriterien sehr weit gefasst, um überhaupt Bewerber für die Flüchtlingsklassen zu finden. Bewerben könnten sich "Personen mit erfolgreich abgeschlossener Hochschulausbildung (Universität oder gleichwertig), deren Ausbildung für einen Einsatz im Schulunterricht geeignet erscheint", heißt es in der Ausschreibung für die auf ein Jahr befristeten Stellen. Gute Lehrer "wachsen nicht auf Bäumen", hat auch de Maizière erkannt. Für eine begrenzte Zeit könne es nötig sein, "manche Anforderung an die berufliche Qualifikation" abzusenken. In der täglichen Praxis landauf, landab geschieht genau das. Gelernte Berufsschullehrer übernehmen Willkommensklassen an Berliner Grundschulen. Rektoren aktivieren studierte Mütter mit Migrationshintergrund, um die Klassen zu verstärken.

Innenminister de Maizière sagt es so: Der Sinn für "Flexibilität und Pragmatismus" sei gefragt. Gemeint ist damit in erster Linie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, das über die Anträge der Asylbewerber entscheiden muss. Das Personal im überforderten Bundesamt wurde bereits um mehr als 50 Prozent aufgestockt, 1650 Mitarbeiter kamen hinzu, weitere 4000 sollen 2016 folgen. Doch in einem Brandbrief an Behördenchef Frank-Jürgen Weise klagte der Personalrat, durch die von Weise verordnete Verfahrensbeschleunigung sei ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleistet. So würden Kollegen der Bundesagentur für Arbeit, Praktikanten und Abgeordnete Mitarbeiter anderer Behörden nach nur einer drei- bis achttägigen Einarbeitung als "Entscheider eingesetzt und angehalten, massenhaft Bescheide zu erstellen". Weise möge für eine "ausreichend qualifizierte Ausbildung des zum Bundesamt abgeordneten Personals Sorge tragen". Der "Sinn für Flexibilität und Pragmatismus" ist in Nürnberg offenbar noch nicht sehr ausgeprägt.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Frank Rumpenhorst

Sprache ist der Schlüssel zur Integration: Flüchtlinge lernen Deutsch in der Zentrale der IG Metall in Frankfurt am Main

Frank Rumpenhorst

**Load-Date:** January 26, 2016

**Flüchtlinge stürmen Züge Richtung Westen; Budapest lässt Hunderte  
überraschend ausreisen. Chaotische Szenen. Merkel verurteilt  
Ausländerhetze und warnt vor neuer Ost-West-Debatte**

Die Welt

Dienstag 1. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 203

**Length:** 405 words

## Body

---

Ungarn hat völlig überraschend mehrere Hundert **Flüchtlinge** ungehindert gen Westen ausreisen lassen und damit seine Nachbarländer in Zugzwang gebracht. Durch den Abzug der Polizei von Budapests größtem Bahnhof konnten die **Migranten** mehrere Züge nach Österreich und Deutschland stürmen. Mehrere Schnellzüge wurden auf dem Weg nach Wien an der Grenze aber gestoppt.

Mit den Nachbarstaaten abgesprochen war das Vorgehen der ungarischen Polizei nicht, zumal das Schengen-Grenzland eigentlich niemanden nach Österreich oder Deutschland ausreisen lassen darf, der für diese Länder ein Visum braucht und keines hat. Nach dem Wegfall der Bahnsteigkontrollen strömten Hunderte Flüchtlinge an die Fahrkartenschalter und in die Züge nach Wien und München. Die überlastete Bundespolizei stoppte zeitweise ihre Kontrollen in Rosenheim.

Einige der Flüchtlinge, die zeitig aus Budapest losgefahren waren, konnten nach Deutschland durchfahren. Die österreichische Bundesbahn hielt später mindestens zwei Schnellzüge an der Grenze wegen Überfüllung auf. In einem der Züge waren rund 150 Flüchtlinge, die von österreichischen Polizisten kontrolliert wurden. Wer bereits in Ungarn Asyl beantragt habe, dürfe nicht nach Österreich einreisen, sagte ein Polizeisprecher. Die anderen wurden mit einem Regionalzug nach Wien gebracht.

Die EU-Kommission ermahnte Ungarn, europäisches Recht einzuhalten und alle ankommenden Flüchtlinge mit Fingerabdrücken zu registrieren. In der EU gilt die sogenannte Dublin-Verordnung, wonach derjenige Staat für das Verfahren eines Asylbewerbers zuständig ist, in dem dieser erstmals europäischen Boden betreten hat. Wer über ein anderes EU-Land nach Europa eingereist ist, wird dorthin zurückgeschickt.

Bundeschancellorin Angela Merkel (CDU) verurteilte jede Hetze und Gewalt gegen die Flüchtlinge. Sie geißelte all jene, die Stimmung gegen Flüchtlinge machten und sagte: "Zu oft sind Vorurteile, zu oft ist Kälte, ja sogar Hass in deren Herzen. Halten Sie Abstand."

Flüchtlinge stürmen Züge Richtung Westen Budapest lässt Hunderte überraschend ausreisen. Chaotische Szenen. Merkel verurteilt Ausländerhetze und warnt vor neuer....

Angesichts der Zunahme fremdenfeindlicher Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte warnte Merkel vor einer neuen Ost-West-Debatte. "Das bringt uns überhaupt nicht weiter." Bundespräsident Joachim Gauck sagte, dass viele Menschen "konkrete Hilfe" von Deutschland erwarten würden. "Nicht nur Rat und Diplomatie, was auch wichtig ist - sondern manchmal ganz praktische Hilfe."

Siehe Kommentar und Leitartikel Seite 3

Berichte Seiten 4 bis 6 und 11

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

AFP/ATTILA KISBENEDEK; pa/dpa

Tagelang mussten die Familien in Budapest warten. Dann konnten sie Züge besteigen, die zum Teil an der Grenze wieder gestoppt wurden

ATTILA KISBENEDEK

**Load-Date:** September 1, 2015